Kursbuch 23

Übergänge zum Sozialismus

Ch. Bettelheim, Zur Analyse neuer Gesellschaftsformen
Dossier: Übergangsbestimmungen aus 130 Jahren
Der russische Weg zum Sozialismus
Das »Politische Testament« von E. S. Varga
Entfremdung, Herrschaft, Produzentendemokratie
Zur Kritik der Politischen Ökonomie der DDR
Jan Myrdal, Bericht aus einem chinesischen Dorf (1969)
Darcy Ribeiro, Lateinamerikanische Zwickmühle
Kurszettel: Lebenszeichen aus Ungarn

Kursbuch Verlag/Wagenbach 7 Mark

Kursbuch
Herausgegeben von Hans Magnus Enzensberger und Karl Markus Michel

Kursbuch 23 März 1971

Übergänge zum Sozialismus

Charles Bettelheim, Zur Analyse neuer Gesellschaftsformationen 1
Dossier: Übergangsbestimmungen. Zitate aus 130 Jahren 6
Evgenij Samojlovič Varga, Der russische Weg zum Sozialismus und seine Ergebnisse. Mit Kommentaren von Tamara Deutscher, Philip Neumann und Hans Magnus Enzensberger 41
Günter Maschke, Entfremdung – Herrschaft – Produzentendemokratie. Bemerkungen zum Problem der Übergangsperiode 85
Philip Neumann, Der »Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsformation«. Zur Kritik der politischen Ökonomie des Sozialismus und ihrer Anwendung in der DDR 96
Jan Myrdal, Bericht aus einem chinesischen Dorf (1969) 145
Heinz Rudolf Sonntag, Gespräch mit Darcy Ribeiro 167

Kurszettel: Lebenszeichen aus Ungarn

Goethe Institut e.V. Bibliothek
ausgeschieden am: .....

Das Kursbuch erscheint in unregelmäßiger Folge, doch mit wenigstens vier Nummern im Jahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 5, im Einzelverkauf DM 7. Anschrift der Redaktion: Kursbuch Verlag / Wagenbach, 1 Berlin 31, Jenaer Straße 9, Telefon 2 13 16 06. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann. Verantwortlich für den Inhalt: Hans Magnus Enzensberger und Karl Markus Michel. Redaktion: Ingrid Karsunke. © 1971 Kursbuch Verlag, Berlin. Alle Rechte, auch das der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten. Druck: Georg Wagner, Nördlingen. Bindung: Hans Klotz, Augsburg.

Diesem Heft liegen Prospekte der Verlage Luchterhand, Suhrkamp und Klaus Wagenbach bei.

Charles Bettelheim
Zur Analyse neuer Gesellschaftsformationen

Die Mißerfolge der sozialistischen Länder waren z. T. das Ergebnis von Konzeptionen, die lediglich das in ideologischen Begriffen ausdrückten, was die unmittelbaren Erscheinungen suggerierten.
Wohlgemerkt: diese Mißerfolge sind so nur *zum Teil* erklärbar. In der Tat ist das Überwiegen dieser Konzeptionen nur im Zusammenhang mit dem Klassenkampf und mit dem Kräfteverhältnis der Klassen zu erklären.
Die Reflexion über die ökonomische und politische Geschichte der im Übergang befindlichen Länder, über ihren Fortschritt auf dem Weg zum Sozialismus oder ihre Rückkehr auf den kapitalistischen Weg, sowie über die Art, in der diese Geschichte geschrieben und gedacht worden ist (einschließlich von mir selbst), hat mich zu der Überzeugung gebracht, daß es absolut notwendig ist, *das Terrain zu wechseln*, d. h. den »Boden«, auf dem sich die ideologischen Auseinandersetzungen der letzten vierzig Jahre abspielten. Und dieser »Boden« ist genau der der Szenen von »Markt« und »Plan«.
Wir müssen uns daher *anderswohin* begeben (was nicht einfach ist). Wir müssen über die unmittelbar gegenwärtigen Formen hinausgehen, die auf wirkliche Verhältnisse hinweisen, wobei sie sie verschleiern. Unsere Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, diese wirklichen Verhältnisse zu *erfassen*, denn nur zwischen ihnen können sich *wirkliche Widersprüche* entwickeln (dazu gehört der *Hauptwiderspruch*, der jede Phase der wirklichen Geschichte der Gesellschaftsformationen im Übergang kennzeichnet).
Wenn wir zu einer *Kenntnis* dieser Verhältnisse und Widersprüche gelangen wollen, wenn wir nicht dazu verurteilt sein wollen, diese Verhältnisse und Widersprüche (im Glauben, sie wirklich zu bezeichnen) metaphorisch zu bezeichnen, wenn wir sie *meistern* wollen, dann müssen wir zu einer *Analyse der Formen* gelangen. Das heißt, wir müssen für die spezifischen Formen der Gesellschaftsformationen im Übergang eine Arbeit leisten, analog der, die Marx für die kapitalistische Produktionsweise geleistet hat, nämlich die Aufdeckung der *wirklichen gesellschaftlichen*

Verhältnisse, die die *Formen* der Darstellung sowie die aus ihnen entwickelten *ideologischen Begriffe* zugleich anzeigen und verbergen.
Ohne eine solche Analyse, die man *heute* in Angriff nehmen kann (*»heute«* weil die wirkliche Geschichte uns »gezeigt« hat, welche Illusionen, ausgehend von diesen Formen, errichtet werden konnten), wird man fortfahren, auf approximative Weise zu handeln und, was noch schwerwiegender ist, man wird auf dem *Terrain* bleiben, das den Klassenfeind begünstigt, auf dem Boden der ideologischen Illusionen, auf dem sich alle Formen der Ausbeutung, der Herrschaft und Unterjochung entwickeln.
Es ist grundsätzlich wahr, daß die Existenz von *Warenverhältnissen* der Herrschaft der Produzenten über ihre Produkte ein Hindernis entgegenstellten, und daß die volle Entwicklung dieser Verhältnisse zur Herrschaft der Bourgeoisie über die unmittelbaren Produzenten führt und folglich zur Nicht-Herrschaft der Produzenten über ihre Existenzbedingungen. Grundsätzlich ist also wahr, daß die Eliminierung der Warenverhältnisse zu den *historischen Aufgaben* gehört, die das Proletariat beim Aufbau des Sozialismus zu erfüllen hat. Ebenso wahr ist aber, daß diese Eliminierung keine »Abschaffung«, sondern nur das Ergebnis eines an der politischen, ideologischen und ökonomischen Front zu führenden *Kampfes* sein kann. Denn die Eliminierung der Warenkategorien stößt auf ideologische und zugleich auf politische Grenzen, genauso wie die bürgerlichen Rechtsverhältnisse (auf die Marx in der *Kritik des Gothaer Programms* hingewiesen hat) sowie auf ökonomische Grenzen, die wiederum abhängen vom Zustand der Struktur Produktivkräfte/Produktionsverhältnisse. (Das erklärt, warum z. B. bis zum heutigen Tag die Warenverhältnisse, das Geld und die Preise in China nicht eliminiert worden sind.) Die bestehende Aufgabe der Eliminierung der Warenverhältnisse ist daher eine *historische* Aufgabe. Indessen (und dieser Punkt scheint mir sehr wesentlich) dürfen uns die Existenz dieser Aufgabe und ihre historische Bedeutung nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch ein »Plan« und die *Planverhältnisse die Herrschaft der Produzenten über die Bedingungen und Resultate ihrer Tätigkeit verbieten können.*
Das ist in der Praxis sehr lange Zeit (auch von mir) ignoriert worden. Verkennt man das jedoch, so verliert man aus den Augen, daß es sozialistische Produktionsverhältnisse *nur in dem Maße geben kann, wie die Produzenten über die Bedingungen und Produkte ihrer Arbeit herrschen.*
Eine Schwierigkeit, rührt daher, daß unter den Bedingungen einer in hohem Grade vergesellschafteten Produktion die Herrschaft der Produzenten über ihre Existenzbedingungen die Entwicklung *völlig neuer gesellschaftlicher Verhältnisse* erfordert, und daß, solange diese neuen Verhält-

nisse nicht entwickelt sind, die alten Verhältnisse, die die Ausbeutung und die Klassenherrschaft ermöglichen, fortfahren sich zu reproduzieren. Die Errichtung der Diktatur des Proletariats ermöglicht der Arbeiterklasse, über ihre Vorhut bestimmte proletarische Verhältnisse durchzusetzen. Das ist eine der Auswirkungen der Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel. Sie sprengt den juristischen Rahmen, in dem die Bourgeoisie ihre Herrschaft ausübte.

Indessen bedeutet die Reproduktion der alten gesellschaftlichen Verhältnisse, der bürgerlichen Verhältnisse auf der Ebene der Unternehmen, der verschiedenen politischen und ideologischen Apparate, daß die Agenten der Reproduktion dieser Verhältnisse, die die bürgerlichen Kräfte der Gesellschaft darstellen, unter der Diktatur des Proletariats und trotz der Verstaatlichung der Produktionsmittel immer noch vorhanden sind.

Genau dieser Umstand macht die Diktatur des Proletariats notwendig, denn der Klassenkampf geht weiter. Eines der möglichen Ergebnisse dieses Kampfes ist die Rückkehr der bürgerlichen gesellschaftlichen Kräfte an die Macht, unter Formen, die nicht unmittelbar als bürgerliche erkennbar sind. Das geschieht dann, wenn die Repräsentanten dieser Kräfte die Leitung des Staates und der führenden Partei übernehmen. Von diesem Moment an ist der Klassencharakter des Staates, des Staatseigentums und der Planung nicht mehr proletarisch, sondern bürgerlich. In diesem Fall ist die Herrschaft der Produzenten über ihre Existenzbedingungen vollständig beendet und wird ersetzt durch die Herrschaft einer Ausbeuterklasse. Zum Zeitpunkt der Machtübernahme durch das Proletariat wird diese Herrschaft der Produzenten zuerst gewährleistet durch den Staatsapparat, wobei sie darauf wartet, unter anderen Formen gewährleistet zu sein, die nicht unmittelbar zu verwirklichen sind, da sie eine tiefgreifende Umformung der ökonomischen, ideologischen und politischen Verhältnisse erfordert. Auf der Basis der bestehenden ökonomischen, ideologischen und politischen Verhältnisse kann diese Ausbeuterklasse nur eine *Bourgeoisie* sein, die als *Staatsbourgeoisie* auftritt. Die Herrschaft dieser *Staatsbourgeoisie* bringt im übrigen die Entwicklung von *spezifischen Widersprüchen* mit sich, die es zu analysieren gilt.

Wenn man anerkennt, daß die Herrschaft der Produzenten über ihre Existenzbedingungen, also über die Produktionsmittel und die Produkte ihrer Arbeit, das Wesentliche der sozialistischen Produktionsverhältnisse ausmacht, muß man daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß der Fortschritt auf dem Weg zum Sozialismus eine Transformation der Formen dieser Herrschaft notwendig macht, damit diese immer vollständiger wird. Das scheint mir die Bedeutung des proletarischen Klassenkampfes

unter der Diktatur des Proletariats zu sein. Ein wesentliches Moment in diesem Kampf ist die Revolutionierung der verschiedenen ökonomischen, ideologischen und politischen Apparate, denn gerade durch die Revolutionierung dieser Apparate lassen sich die *kapitalistischen* Gesellschaftsverhältnisse, die sie zu reproduzieren fortfahren, eliminieren und durch sozialistische Gesellschaftsverhältnisse ersetzen.

Daraus folgt, daß vom Gesichtspunkt des Sozialismus aus das Entscheidende nicht die Art der »Regulierung« der Ökonomie ist, sondern gerade die Natur der *Klasse, die an der Macht ist.* Mit anderen Worten: die grundlegende Frage ist nicht die, ob der »Markt« oder der »Plan« – also auch der »Staat« – die Ökonomie beherrscht, sondern die nach der *Natur der Klasse, die die Macht in Händen hat.* Stellt man die Führungsrolle des Staates über die Ökonomie in den Vordergrund, dann verweist man die Rolle der Natur der Klasse an der Macht auf den zweiten Rang, d. h. man läßt das *Wesentliche* beiseite.

Der Charakter eines ideologischen Paares, der dem Widerspruch »Plan/Markt« oder »Staat/Markt« anhaftet, kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß die Seiten eines solchen Paares auf wirkliche Widersprüche lediglich anspielen, wobei sie *Verhältnisse* bezeichnen, *die sich ergänzen.* Tatsächlich ist auf der ökonomischen Ebene die Existenz des Marktes faktisch der Warenverhältnisse) eine *Bedingung der Möglichkeit* bourgeoiser Herrschaft, während auf der politischen Ebene der Staat als Existenzform der politischen Macht ebenfalls eine *Bedingung der Möglichkeit* bourgeoiser Herrschaft ist. In dieser Hinsicht stehen sich »Markt« und »Staat« nicht grundlegend und konträr gegenüber, sondern *sie ergänzen sich:* entsprechend der Natur der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Widersprüche eines jeden Zeitabschnitts, kommt die hauptsächliche Rolle bald dem einen, bald dem anderen zu.

Lenin hat betont, daß die staatliche Form der politischen Herrschaftsverhältnisse immer bürgerliche Verhältnisse impliziert. Daher die Wichtigkeit der Sowjetform der Macht und der Erfahrung der Pariser Kommune, denn diese Formen der politischen Macht produzierten einen »neuen Staatstypus«, in dem die bürgerlichen Verhältnisse auf den zweiten Rang verwiesen sind, so daß sie nicht mehr ganz und gar »Staaten« sind. Der bürgerliche Staat (der Staat par excellence also) ist in der Tat die organisierte Ausübung der Gewalt einer Minderheit über eine Mehrheit, während die Existenz eines Arbeiterstaates die Ausübung der Gewalt einer Mehrheit über eine Minderheit impliziert. Das hat eine radikale Transformation der Struktur und der Rolle des Staatsapparates wie auch seines Verhältnisses zu den Massen zur Folge. Genau diese radikale Trans-

formation bewirkt, daß ein sozialistischer Staat nicht mehr ganz ein Staat ist, obwohl er noch Verhältnisse umfaßt, die es der Bourgeoisie erlauben, die Macht zurückzuerobern.

Der wesentliche Aspekt des bürgerlichen Staates ist die *Trennung* des Staatsapparates von den Massen: der Staatsapparat steht »über« den Massen, er beherrscht und unterdrückt sie, während der Staat der Arbeiterklasse schon nicht mehr ganz ein Staat ist, da er das Instrument der Machtausübung der arbeitenden Massen selbst ist. (Darin liegt das Wesentliche der Sowjetmacht, der Pariser Kommune, der revolutionären Komitees etc).

Die Macht der Arbeiterklasse kann natürlich entsprechend den konkreten historischen Bedingungen, d. h. hauptsächlich entsprechend dem Kräfteverhältnis der Klassen, verschiedene Formen annehmen. Diese Macht kann besonders vermittels eines »Vortrupps« des Proletariats ausgeübt werden, d. h. durch eine marxistisch-leninistische kommunistische Partei. Eine solche Partei übt insoweit eine proletarische Macht aus, wie sie tatsächlich eine Avantgarde ein Teil der Arbeiterklasse ist, der die gesamte Klasse vertritt und in Verbindung mit ihr handelt, ohne sich an ihre Stelle setzen zu wollen. Sie hört auf, eine Avantgarde zu sein in dem Maße, wie sie im Gegensatz dazu sich an die Stelle der Klasse setzt,wie sie aufhört, diese anzuführen, um ihr einfach ihre eigenen Konzeptionen aufzuzwingen.

Die Vielfältigkeit der konkreten Formen, die die Macht der Arbeiterklasse annehmen kann, ändert so lange nichts an ihrem Klassencharakter, wie das *Verhältnis der Machtorgane zu den Massen* kein Verhältnis der Herrschaft und Unterdrückung ist, sondern das Verhältnis einer Avantgarde zu den Massen, das den Massen ermöglicht, ihre Anschauungen zu äußern, und das der Führung ermöglicht, die richtigen, aus den Massen kommenden Ideen zu konzentrieren. *Trennen* sich dagegen die Machtorgane von den Massen, beherrschen und unterdrücken sie die Massen, dann hören diese Organe auf, Organe eines Staates der Arbeiterklasse zu sein, und werden zu Organen eines bürgerlichen Staates. Dafür kann es keinen Zwischenausdruck und keinen »dritten Weg« geben. Und ganz besonders kann es keine »Staatsmacht der Bürokratie« geben, denn eine Bürokratie dient immer einer herrschenden Klasse. Das ist auch dann der Fall, wenn sie ihre administrativen Privilegien mißbraucht.

Dossier: Übergangsbestimmungen Zitate aus 130 Jahren

> Wir brauchen also eine Übergangsperiode, sei es nun, welche es sei, nur eine lustige, kräftige.
> *Wilhelm Weitling, 1842*[1]

Vorbemerkung

Das Wort von der Übergangsperiode, das auf die Frühsozialisten zurückgeht, von den Klassikern des Marxismus, zumal von Lenin theoretisch untermauert wurde, ohne dadurch an Eindeutigkeit zu gewinnen, im Sowjetmarxismus zum Gemeinplatz verkam, der Widersprüche weniger zu erklären als dogmatisch zu verschleiern hatte, erlebte nach dem Zweiten Weltkrieg, zunächst durch die chinesische Revolution, sodann durch marxistische Wirtschaftstheoretiker wie Bettelheim und Mandel, eine neue Wendung und macht sich seitdem auch im Sprachschatz der westdeutschen Linken breit.

Einen »orthodoxen« Begriff der Übergangsperiode gibt es nicht. »Gerade weil der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus die historische Aufgabe des Proletariats als einer revolutionären Klasse war, erschienen Marx und Engels die spezifischen politischen *Formen* dieses Übergangs als Variablen, die von der Theorie nicht fixiert und aufgestellt werden konnten.«[2] Erst durch Lenin wurde die Periode des Übergangs strikt mit jener der Diktatur des Proletariats gleichgesetzt. Da sich letztere aber hinzog, mußte auch die Dauer der ersteren auf die ganze Phase des Sozialismus ausgedehnt werden, von der aus dann, in einem *zweiten* Übergang, zum Kommunismus fortgeschritten werden solle – unter Fortbestehen des der Theorie zufolge längst abgestorbenen Staates.

Es gibt also wenigstens drei verschiedene Bestimmungen der Übergangsperiode: 1. Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus (= Diktatur des Proletariats); 2. Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus (= Sozialismus = Diktatur des Proletariats); 3. Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus – von Stalin schon 1939, auf dem ersten Parteitag nach den »Säuberungen« angekündigt und seitdem als These vom »allmählichen Hinüberwachsen« in der UdSSR stereotyp wiederholt.

Die Rechtfertigungsfunktion der verschiedenen Lehren vom Übergang liegt auf der Hand; doch die Hand, die sie zur Schau stellt, ist nicht immer dieselbe. Wer hatte Recht: Lenin oder Rosa Luxemburg oder Kautsky? Und später: das stalinsche Zentrum oder die Linksopposition oder die Rechtsopposition? Ein Teil der Kontroversen läßt sich auf eine unterschiedliche Auffassung von der Übergangsperiode zurückführen. So hielt Trockij – gegen Lenin und Stalin – an der ersten Bestimmung fest: die Periode der Diktatur des Proletariats sei relativ kurz, und dann werde auf einer neuen Basis (der des Sozialismus) ein neuer Übergang, eine neue Revolution fällig. Diese Theorie vom permanenten Übergang wurde in China – unter Berufung freilich nicht auf Trockij, sondern auf Stalin – zur revolutionären Praxis, und zugleich wurde auch die Leninsche These vom Fortbestehen des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats ernster genommen als von Lenin selbst und seinen Nachfolgern, denen sie mehr zur Rechtfertigung der beim Aufbau des Sozialismus notwendig werdenden Zwangsmaßnahmen als zu

deren praktischer Überwindung diente und deshalb bald Hand in Hand ging mit der ideologischen Verklärung und faktischen Verewigung von Repressionen und Mißständen, die aus der weiterbestehenden bürgerlichen Arbeitsteilung folgten.
Kritik an den repressiven Praktiken des Übergangs müßte ebenso wie deren Rechtfertigung den vorweggenommenen Standpunkt der befreiten kommunistischen Gesellschaft beziehen. »Die wesentliche Aufgabe des Marxismus wird also sein, nach einer Gewalt zu suchen, die sich selbst überwindet in Richtung auf die menschliche Zukunft.«[3]
Die folgende Textauswahl ist bruchstückhaft und kontingent. Beides verweist auf den Zustand der Theorie des Übergangs, die erst durch gesellschaftlich-menschliche Praxis zu sich selbst kommen, nur durch Verwirklichung aufgehoben werden kann. Unter bestimmten Bedingungen aber, lehrt Mao, kann auch die Theorie die entscheidende Rolle spielen: »Wenn der politische, kulturelle usw. Überbau die Entwicklung der ökonomischen Basis behindert, dann werden die politischen und kulturellen Umgestaltungen zur wichtigsten und entscheidenden Sache.«[4]

Die Redaktion

I. Von der Utopie zur Theorie

Frage: Ist ein plötzlicher Sprung, *ohne Vorbereitung*, aus dem bisherigen Plunder in die [ikarische-kommunistische] Gemeinschaft möglich?
Antwort: Nein; wir brauchen dazu einen allmählichen Übergang, in dem mehrere Generationen durch geeignete Erziehung dazu gebildet, *alle* Männer stimmfähige Staatsbürger werden und die Freiheit zu Versammlungen und Diskussionen, d. h. zum ernsten Bedenken und Besprechen der Sachen, bekommen.
Frage: Warum nicht plötzlicher Umsturz?
Antwort: Weil dieser die Besitzenden zur Verzweiflung und Empörung treiben würde; auch wären die Leute nicht hinreichend gebildet.
Frage: Wie lange soll der Übergang dauern?
Antwort: Dreißig bis hundert Jahre; das ist lange, aber ist einmal notwendig . . .

Etienne Cabet, 1839[5]

Die wünschenswerteste Übergangsperiode wäre nun freilich die, daß einmal durch die Umwälzung irgendeines Staates irgendein Mann an das Ruder der Verwaltung käme, der unserm Prinzip mit größter Liebe ergeben ist (. . .) Aber ein solcher Mann wird kommen und die Zertrümmerung der alten sowie die Organisation der neuen Ordnung leiten; und dieses wird ein zweiter Messias sein, größer als der erste.

Wilhelm Weitling, 1842[6]

Frage: Was ist Kommunismus und was wollen die Kommunisten?
Antwort: Der Kommunismus ist ein System, nach welchem die Erde das Gemeingut der Menschen sein, nach welchem jeder nach seinen Fähigkeiten arbeiten, »produzieren«, und jeder nach seinen Kräften genießen, »konsumieren« soll. Die Kommunisten wollen also die ganze gesellschaftliche Ordnung einreißen und eine völlig neue an ihre Stelle setzen. (. . .)

Frage: Auf welche Weise kann die Gemeinschaft am schnellsten und leichtesten eingeführt werden?
Antwort: [fehlt]

Bund der Kommunisten, Entwurf eines Kommunistischen Glaubensbekenntnisses, 1847[7]

Die Kommunisten sind noch ziemlich unentschieden über die Wahl ihrer Regierungsform. Ein großer Teil derselben in Frankreich neigt sich zur Diktatur hin, weil sie wohl wissen, daß die Volksherrschaft, so wie sie die Republikaner oder vielmehr die Politiker verstehen, nicht geeignet ist für die Übergangsperiode aus einer alten zu einer neuen vollkommenern Organisation. Cabet hat trotzdem das Prinzip der Volksherrschaft den Republikanern abgeborgt, weiß jedoch sehr klug demselben während der Übergangsperiode eine fast unmerkliche Diktatur anzuhängen. Owen endlich, der Chef der englischen Kommunisten, will, daß jedes Mannesalter sein bestimmtes Amt zu verrichten habe und also die höchsten Leiter der Verwaltung auch zugleich die ältesten Mitglieder derselben sind. Alle Sozialisten – mit Ausnahme der Fourieristen, denen jede Regierungsform gleich ist – sind darüber einverstanden, daß die Regierungsform, welche man Volksherrschaft nennt, ein sehr untauglicher, ja selbst gefährlicher Notanker für das junge, erst zu verwirklichende Prinzip der Gemeinschaft sei.

Weitling, 1849[8]

Wir sahen schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist.
Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.
Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermittelst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.
Diese Maßregeln werden natürlich je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein. (. . .)
Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. Die politische Gewalt im eigentlichen Sinn ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern. Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, der Klassen überhaupt, und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf.
An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.

Kommunistisches Manifest, 1848[9]

[Der revolutionäre Sozialismus] ist die *Permanenzerklärung der Revolution*, die *Klassendiktatur* des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur *Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt*, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlichen Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen.

MARX, 1850[10]

Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten. (. . .) Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind.

MARX, 1859[11]

Der revolutionäre Sozialismus versuchte soeben eine erste schlagende und praktische Kundgebung in der *Commune von Paris* (. . .:) eine kühne, sehr ausgesprochene Verneinung des Staates. (. . .)
Unsere Pariser Freunde hatten tausendmal recht. Denn in der Tat, welcher noch so geniale Kopf, oder im Fall einer kollektiven Diktatur, selbst wenn sie aus mehreren hundert höchstbegabter Personen bestehen würde, welche Gehirne sind so groß und mächtig, um die unendliche Vielfältigkeit und Verschiedenheit der wirklichen Interessen, Aspirationen, Wünsche und Bedürfnisse zu umfassen, deren Summe den gemeinsamen Willen eines Volks bildet, und eine soziale Organisation zu erfinden, die imstande wäre, alle zu befriedigen? Eine solche Organisation wäre stets nur ein Prokrustesbett, in das die unglückliche Gesellschaft durch mehr oder weniger hervortretende staatliche Gewalttätigkeit hineingezwungen würde. (. . .)
Die zukünftige soziale Organisation darf nur von unten nach oben errichtet werden durch die freie Assoziierung und Föderierung der Arbeiter zunächst in den Assoziationen, dann in den Gemeinden, den Distrikten, den Nationen und zuletzt in einer großen internationalen und universellen Föderation. Erst dann wird die wahre und lebengebende Ordnung der Freiheit und des allgemeinen Glücks verwirklicht werden, diese Ordnung, welche die Interessen der einzelnen und der Gemeinschaft nicht leugnet, sondern sie vielmehr bejaht und in Übereinstimmung bringt.

BAKUNIN, 1871[12]

[Die Pariser Kommune war] eine durch und durch ausdehnungsfähige politische Form (...), während alle früheren Regierungsformen wesentlich unterdrückend gewesen waren. Ihr wahres Geheimnis war dies: Sie war wesentlich eine *Regierung der Arbeiterklasse*, das Resultat des Kampfs der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.

Ohne diese letzte Bedingung war die Kommunalverfassung eine Unmöglichkeit und eine Täuschung. Die politische Herrschaft des Produzenten kann nicht bestehn neben der Verewigung seiner gesellschaftlichen Knechtschaft. Die Kommune sollte daher als Hebel dienen, um die ökonomischen Grundlagen umzustürzen, auf denen der Bestand der Klassen und damit der Klassenherrschaft ruht. Einmal die Arbeit emanzipiert, so wird jeder Mensch ein Arbeiter, und produktive Arbeit hört auf, eine Klasseneigenschaft zu sein.

Die Arbeiterklasse verlangte keine Wunder von der Kommune. Sie hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen. Sie weiß, daß, um ihre eigne Befreiung und mit ihr jene höhre Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigne ökonomische Entwicklung unwiderstehlich entgegenstrebt, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben.

MARX, 1871[13]

Die Abschaffung des Staats ist ohne vorherige soziale Umwälzung ein Unsinn – die Abschaffung des Kapitals *ist* eben die soziale Umwälzung und schließt eine Veränderung der gesamten Produktionsweise in sich. Nun aber, da für Bakunin der Staat das Grundübel ist, darf man nichts tun, das den Staat, d. h. irgendwelchen Staat, Republik, Monarchie oder wie immer, am Leben erhalten kann. Daher also *vollständige Abstention von aller Politik*. Einen politischen Akt begehn, besonders aber an einer Wahl teilnehmen, wäre Verrat am Prinzip. Man soll Propaganda machen, auf den Staat schimpfen, sich organisieren, und wenn man *alle* Arbeiter auf seiner Seite hat, also die Mehrzahl, so setzt man alle Behörden ab, schafft den Staat ab und setzt an seine Stelle die Organisation der Internationalen. (...)

Da nun die Internationale nach Bakunin nicht für den politischen Kampf geschaffen sein soll, sondern damit sie bei der sozialen Liquidation sofort an die Stelle der alten Staatsorganisation treten kann, so muß sie dem Bakuninschen Ideal der zukünftigen Gesellschaft so nahekommen wie möglich. In dieser Gesellschaft existiert vor allem keine *Autorität*, denn Autorität = Staat = absolut vom Übel. (Wie die Leute eine Fabrik treiben, eine Eisenbahn befahren, ein Schiff leiten wollen ohne einen in letzter Instanz entscheidenden Willen, ohne einheitliche Leitung, das sagen sie uns freilich nicht.)

ENGELS, 1872[14]

Der Arbeiter muß eines Tages die politische Gewalt ergreifen, um die neue Organisation der Arbeit aufzubauen; er muß die alte Politik, die die alten Institutionen aufrechterhält, umstürzen (...)

Aber wir haben nicht behauptet, daß die Wege, um zu diesem Ziel zu gelangen, überall dieselben seien.

Wir wissen, daß man die Institutionen, die Sitten und die Traditionen der verschiedenen Länder berücksichtigen muß, und wir leugnen nicht, daß es Länder gibt, wie Amerika, England (...), wo die Arbeiter auf friedlichem Wege zu ihrem Ziel gelangen können. Wenn das wahr ist, müssen wir auch anerkennen, daß in den meisten Ländern des Kontinents der Hebel unserer Revolutionen die Gewalt sein muß; die Gewalt ist es, an die man eines Tages appellieren muß, um die Herrschaft der Arbeit zu errichten.

MARX, 1872[15]

Der Theorie von Herrn Marx zufolge soll das Volk den Staat nicht nur nicht zerstören, sondern ihn stärken und aufwerten und in dieser Form in die Hände seiner Wohltäter, Wärter und Lehrer, der Führer der kommunistischen Partei übergeben – mit einem Wort: Herrn Marx und seinen Freunden, die ihn dann auf ihre Weise emanzipieren werden. Sie werden die ganze Macht der Regierung in strengen Händen konzentrieren, weil allein die Tatsache, daß das Volk unwissend ist, eine strenge und sorgsame Betreuung durch die Regierung nötig mache; sie werden eine einzige Staatsbank gründen, die alle kommerzielle, industrielle, landwirtschaftliche und selbst wissenschaftliche Produktion in ihren Händen konzentriert; sie werden die Massen aufteilen in zwei Armeen – eine industrielle und eine landwirtschaftliche – unter dem direkten Kommando der Staatsingenieure, die eine neue, privilegierte wissenschaftlich-politische Klasse bilden werden (...)
Sie bestehen darauf, daß nur eine Diktatur – natürlich *ihre* Diktatur – den Volkswillen schaffen kann, während unsere Antwort ist: keine Diktatur kann ein anderes Ziel haben, als sich selbst zu erhalten, und sie kann in dem Volk, das sie erduldet, nichts anderes erzeugen als Sklaverei; Freiheit kann nur durch Freiheit geschaffen werden, das heißt durch eine universale Rebellion des Volkes und eine freie Organisation der geschundenen Massen, eine Organisation von unten nach oben.

BAKUNIN, 1873[16]

Alle Sozialisten sind einer Meinung darüber, daß der politische Staat und mit ihm die politische Autorität im Gefolge der nächsten sozialen Revolution verschwinden werden, und das bedeutet, daß die öffentlichen Funktionen ihren politischen Charakter verlieren und sich in einfache administrative Funktionen verwandeln werden, die die wahren sozialen Interessen hüten. Aber die Antiautoritarier fordern, daß der autoritäre politische Staat auf einen Schlag abgeschafft werde, bevor noch die sozialen Bedingungen vernichtet sind, die ihn haben entstehen lassen. Sie fordern, daß der erste Akt der sozialen Revolution die Abschaffung der Autorität sei. Haben diese Herren nie eine Revolution gesehen? Eine Revolution ist gewiß das autoritärste Ding, das es gibt; sie ist der Akt, durch den ein Teil der Bevölkerung dem anderen Teil seinen Willen vermittelst Gewehren, Bajonetten und Kanonen, also mit denkbar autoritärsten Mitteln aufzwingt; und die siegreiche Partei muß, wenn sie nicht umsonst gekämpft haben will, dieser Herrschaft Dauer verleihen durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionären einflößen.

ENGELS, 1873[17]

Womit wir es hier [in der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft] zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, also in jeder Beziehung, ökono-

misch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. (. . .)
Aber diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft. (. . .)
Es fragt sich dann: Welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft erleiden? In andern Worten, welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Wortes Volk mit dem Wort Staat auch nicht um einen Flohsprung näher.
Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts andres sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats.*

MARX, 1875[18]

Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum.
Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf und damit auch den Staat als Staat. Die bisherige, sich in Klassengegensätzen bewegende Gesellschaft hatte den Staat nötig, d. h. eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußern Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse (. . .) Sobald es keine Gesellschaftsklasse mehr in der Unterdrückung zu halten gibt, sobald mit der Klassenherrschaft und dem in der bisherigen Anarchie der Produktion begründeten Kampf ums Einzeldasein auch die daraus entspringenden Kollisionen und Exzesse beseitigt sind, gibt es nichts mehr zu reprimieren, das eine besondre Repressionsgewalt, einen Staat, nötig machte. Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt – die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft –, ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht »abgeschafft«, *er stirbt ab.* (. . .)
Proletarische Revolution, Auflösung der Widersprüche: Das Proletariat ergreift die öffentliche Gewalt und verwandelt kraft dieser Gewalt die den Händen der Bourgeoisie entgleitenden gesellschaftlichen Produktionsmittel in öffentliches Eigentum. Durch diesen Akt befreit es die Produktionsmittel von ihrer bisherigen Kapitaleigenschaft und gibt ihrem gesellschaftlichen Charakter volle Freiheit, sich durchzusetzen. Eine gesellschaftliche Produktion nach vorherbestimmtem Plan wird nunmehr möglich. Die Entwicklung der Produktion macht die fernere Existenz verschiedner Gesellschaftsklassen zu einem Anachronismus. In dem Maß wie die Anarchie der gesellschaftlichen Produktion schwindet, schläft auch die politische Autorität des Staats ein. Die Menschen, endlich Herren ihrer eignen Art der Vergesellschaftung, werden damit zugleich Herren der Natur, Herren ihrer selbst – frei.

ENGELS, 1877[19]

Der sozialdemokratische Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats.

ENGELS, 1891[20]

II. THEORIE UND PRAXIS: ÜBERGANG IN EINEM LAND

Der Marxismus unterscheidet sich dadurch vom Anarchismus, daß er die *Notwendigkeit* des Staates und der Staatsgewalt in einer revolutionären Periode im allgemeinen und in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im besonderen anerkennt.
Der Marxismus unterscheidet sich vom kleinbürgerlichen, opportunistischen »Sozialdemokratismus« der Herren Plechanow, Kautsky und Co. dadurch, daß er für die erwähnten Perioden *nicht* einen Staat wie die gewöhnliche parlamentarische bürgerliche Republik für notwendig erachtet, sondern einen Staat wie die Pariser Kommune.

LENIN, SOMMER 1917[21]

Man wird sehen, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus in einem wirklich revolutionär-demokratischen Staate unweigerlich, unvermeidlich einen Schritt, ja mehrere Schritte zum Sozialismus hin bedeutet!
Denn wenn ein kapitalistisches Großunternehmen sich in ein Monopol verwandelt, dann bedeutet das, daß es das ganze Volk beliefert. Wenn dieses Unternehmen Staatsmonopol geworden ist, dann bedeutet das, daß der Staat (d. h. die bewaffnete Organisation der Bevölkerung, in erster Linie der Arbeiter und Bauern, *revolutionären* Demokratismus vorausgesetzt) den ganzen Betrieb lenkt – (. . .) im Interesse der revoluionären Demokratie; dann *ist das eben ein Schritt zum Sozialismus.*
Denn der Sozialismus ist nichts anderes als der nächste Schritt vorwärts, über das staatskapitalistische Monopol hinaus. Oder mit anderen Worten: Der Sozialismus ist nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das *zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird* und dadurch *aufgehört hat*, kapitalistisches Monopol zu sein.
Hier gibt es keinen Mittelweg. Der objektive Gang der Entwicklung ist derart, daß man von den *Monopolen* aus (und der Krieg hat deren Zahl, Rolle und Bedeutung verzehnfacht) *nicht* vorwärtsschreiten kann, ohne zum Sozialismus zu schreiten.

LENIN, SOMMER 1917[22]

Beim *Übergang* vom Kapitalismus zum Kommunismus ist die Unterdrückung *noch* notwendig, aber es ist das bereits eine Unterdrückung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Ausgebeuteten. Ein besonderer Apparat, eine besondere Unterdrükkungsmaschine, ein »Staat« ist *noch* notwendig, aber es ist das bereits ein Übergangsstaat, kein Staat im eigentlichen Sinne mehr, denn die Niederhaltung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Lohnsklaven *von gestern* ist eine so verhältnismäßig leichte, einfache und natürliche Sache, daß sie viel weniger Blut kosten wird als die Unterdrückung von Aufständen der Sklaven, Leibeigenen und Lohnarbeiter, daß sie der Menschheit weit billiger zu stehen kommen wird. Und sie ist vereinbar mit der Ausdehnung der Demokratie auf eine so überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, daß die Notwendigkeit einer *besonderen Maschine* zur Unterdrückung zu schwinden beginnt. Die

Ausbeuter sind natürlicherweise nicht imstande, das Volk niederzuhalten ohne eine sehr komplizierte Maschine zur Erfüllung dieser Aufgabe, das *Volk* aber vermag die Ausbeuter mit einer sehr einfachen »Maschine«, ja nahezu ohne »Maschine«, ohne einen besonderen Apparat niederzuhalten, durch eine einfache *Organisation der bewaffneten Massen*. (. . .)
Bis die »höhere« Phase des Kommunismus eingetreten sein wird, fordern die Sozialisten die *strengste* Kontrolle seitens der Gesellschaft *und seitens des Staates* über das Maß der Arbeit und das Maß der Konsumtion, aber diese Kontrolle muß mit der Expropriation der Kapitalisten *beginnen*, mit der Kontrolle der Arbeiter über die Kapitalisten, und darf nicht von einem Beamtenstaat durchgeführt werden, sondern von dem Staat der *bewaffneten Arbeiter* (. . .)
Die gesamte Gesellschaft wird ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein. Aber diese »Fabrik«disziplin, die das siegreiche Proletariat nach dem Sturz der Kapitalisten, nach Beseitigung der Ausbeuter auf die gesamte Gesellschaft erstrecken wird, ist nichts weniger als unser Ideal oder unser Endziel, es ist nur eine *Stufe*, die notwendig ist zur radikalen Reinigung der Gesellschaft von den Niederträchtigkeiten und Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung, eine Stufe, um *weiter* vorwärtsschreiten zu können.

LENIN, SEPTEMBER 1917[23]

Die Hautpschwierigkeit der proletarischen Revolution liegt in der Verwirklichung einer vom ganzen Volk getragenen genauesten und gewissenhaftesten Rechnungsführung und Kontrolle, der *Arbeiterkontrolle* über die Produktion und die Verteilung der Produkte. (. . .)
Damit sind wir bei einer anderen Seite der Frage des Staatsapparats angelangt. Außer dem vorwiegend »unterdrückenden« Apparat des stehenden Heeres, der Polizei und der Beamtenschaft gibt es im modernen Staat einen Apparat, der besonders eng mit den Banken und Syndikaten verbunden ist, einen Apparat, der eine große Arbeit auf dem Gebiet der Rechnungsführung und Registrierung leistet, wenn man sich so ausdrücken darf. Dieser Apparat darf und soll nicht zerschlagen werden. Man muß ihn aus der Unterordnung unter die Kapitalisten befreien, muß ihn den Kapitalisten entreißen und alle Fäden ihres Einflusses *abschneiden*, *abschlagen*, *abhacken*, muß ihn den proletarischen Sowjets *unterordnen* und auf eine breitere, umfassendere Grundlage stellen, ihn mit dem ganzen Volke verbinden. Und das *kann* geschehen, wenn man sich auf die vom Großkapitalismus schon hervorgebrachten Errungenschaften stützt (wie überhaupt die proletarische Revolution ihr Ziel nur erreichen kann, wenn sie sich auf diese Errungenschaften stützt).
Der Kapitalismus hat *Apparate* der Rechnungsführung in Gestalt der Banken, der Syndikate, der Post, der Konsumgenossenschaften und der Angestelltenverbände geschaffen. *Ohne die Großbanken wäre der Sozialismus nicht zu verwirklichen.* (. . .)
Eine einheitliche Staatsbank allergrößten Umfangs mit Zweigstellen in jedem Amtsbezirk, bei jeder Fabrik – das ist schon zu neun Zehnteln ein *sozialistischer* Apparat. Das bedeutet eine gesamtstaatliche *Buchführung*, eine gesamtstaatliche *Rechnungsführung* über die Produktion und die Verteilung der Produkte, das ist sozusagen eine Art Gerippe der sozialistischen Gesellschaft.
Die Zwangssyndizierung, d. h. die Zwangsvereinigung zu Verbänden unter der Kontrolle des Staates, das ist es, was der Kapitalismus vorbereitet hat, das ist es, was in Deutschland durch den Junkerstaat verwirklicht worden ist, das ist es, was in Rußland die So-

wjets, die Diktatur des Proletariats vollauf werden verwirklichen können und was *uns* einen sowohl universellen als auch ganz neuen und unbürokratischen »Staatsapparat« bringen wird.

LENIN, OKTOBER 1917[24]

Der Sozialismus wird nicht auf Befehl von oben geschaffen. Staatsbürokratischer Automatismus ist seinem Geiste fremd; Sozialismus ist etwas Lebendiges – er ist eine Schöpfung der Volksmassen selbst.

LENIN, NOVEMBER 1917[25]

Die Hauptaufgabe des Proletariats und der von ihm geführten armen Bauernschaft in jeder sozialistischen Revolution (... ist) die positive oder auch schöpferische Arbeit, die darin besteht, ein außerordentlich kompliziertes und feines Netz von neuen organisatorischen Beziehungen herzustellen, die die planmäßige Produktion und Verteilung der Produkte erfassen, wie sie für die Existenz von Dutzenden Millionen Menschen notwendig sind. Eine solche Revolution kann nur bei selbständigem historischem Schöpfertum der Mehrheit der Bevölkerung, vor allem der Mehrheit der Werktätigen, erfolgreich verwirklicht werden. Nur wenn das Proletariat und die arme Bauernschaft genügend Bewußtheit, Überzeugungskraft, Selbstaufopferung und Beharrlichkeit aufbringen, wird der Sieg der sozialistischen Revolution gesichert sein. Mit der Schaffung eines neuen, des sowjetischen Staatstypus, der den werktätigen und unterjochten Massen die Möglichkeit erschließt, an dem selbständigen Aufbau der neuen Gesellschaft tätigen Anteil zu nehmen, haben wir erst einen kleinen Teil der schwierigen Aufgabe gelöst. Die Hauptschwierigkeit liegt auf ökonomischem Gebiet: überall die strengste Rechnungsführung und Kontrolle über Produktion und Verteilung der Produkte durchzuführen, die Arbeitsproduktivität zu steigern, die Produktion *tatsächlich zu vergesellschaften*. (...)
Ohne die Anleitung von Spezialisten der verschiedenen Zweige des Wissens, der Technik und der Praxis ist der Übergang zum Sozialismus unmöglich, denn der Sozialismus erfordert einen bewußten und massenhaften Vormarsch zu einer höheren Arbeitsproduktivität als unter dem Kapitalismus, und zwar auf der Basis des durch den Kapitalismus Erreichten. Der Sozialismus muß *auf seine Art*, mit seinen Methoden (...) diesen Vormarsch verwirklichen. Die Masse der Spezialisten aber ist unvermeidlich bürgerlich infolge der ganzen Beschaffenheit des gesellschaftlichen Lebens, das sie zu Spezialisten gemacht hat. (...)
Wir mußten jetzt zu dem alten bürgerlichen Mittel greifen und uns mit einer sehr hohen Bezahlung der »Dienste« der bedeutendsten bürgerlichen Spezialisten einverstanden erklären. (...) Es ist klar, daß eine solche Maßnahme ein Kompromiß, eine Abweichung von den Prinzipien der Pariser Kommune und jeder proletarischen Macht ist, die fordern, daß die Gehälter dem Lohn des Durchschnittsarbeiters angeglichen werden und daß man den Kampf gegen den Karrierismus mit Taten und nicht mit Worten führe. (...)
Offen erklären, wie und warum wir diesen *Schritt zurück* gemacht haben, dann öffentlich beraten, welche Mittel vorhanden sind, das Versäumte nachzuholen – das bedeutet, die Massen erziehen und zusammen mit ihnen aus der Erfahrung lernen, wie man den Sozialismus aufbauen muß. (...)
Es wäre jedoch die größte Dummheit und der unsinnigste Utopismus, wollte man annehmen, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ohne Zwang und ohne Diktatur möglich sei. (...)
Wenn wir keine Anarchisten sind, müssen wir die Notwendigkeit des Staates, *das heißt*

des Zwangs, für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus anerkennen. Die Form des Zwangs wird bestimmt durch den Entwicklungsgrad der gegebenen revolutionären Klasse, ferner durch solche besonderen Umstände wie zum Beispiel die Erbschaft eines langen und reaktionären Krieges, ferner durch die Formen des Widerstands der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums. Deshalb gibt es entschieden *keinerlei* prinzipiellen Widerspruch zwischen dem sowjetischen (d. h. dem sozialistischen) Demokratismus und der Anwendung der diktatorischen Gewalt einzelner Personen. (. . .)
Die Revolution hat soeben die ältesten, festesten, schwersten Fesseln zerschlagen, denen sich die Massen zwangsweise gefügt hatten. Das war gestern. Heute aber fordert dieselbe Revolution, eben im Interesse ihrer Entwicklung und Festigung, eben im Interesse des Sozialismus, die *unbedingte Unterordnung* der Massen unter den *einheitlichen Willen* der Leiter des Arbeitsprozesses. Begreiflicherweise ist ein solcher Übergang nicht auf einmal möglich. Man begreift, daß er nur zu verwirklichen ist um den Preis der größten Stöße, Erschütterungen, Rückschläge zum Alten, der gewaltigsten Anspannung der Energie der proletarischen Avantgarde, die das Volk zum Neuen führt.

LENIN, APRIL 1918[26]

Wir vertreten nicht den [leninschen] Standpunkt des »Aufbaus des Sozialismus unter Leitung der Trust-Organisatoren«. Wir vertreten den Standpunkt des Aufbaus der proletarischen Gesellschaft durch die Klassenschöpferkraft der Arbeiter selbst, nicht durch Ukase von »Industriekapitänen«. (. . .) Wir gehen aus vom Vertrauen zum Klasseninstinkt, zur aktiven Klasseninitiative des Proletariats. Anders kann es nicht sein. Wenn das Proletariat nicht selbst weiß, wie die notwendigen Vorbedingungen für die sozialistische Organisation der Arbeit zu schaffen sind – niemand kann das für es tun, und niemand kann es zwingen, das zu tun. Wenn der Stock gegen die Arbeiter erhoben wird, wird er in den Händen einer gesellschaftlichen Kraft sein, die entweder unter dem Einfluß einer anderen Gesellschaftsklasse steht oder in den Händen der Sowjetmacht ist; dann wird die Sowjetmacht gezwungen sein, bei einer anderen Klasse (z. B. der Bauernschaft) Unterstützung gegen das Proletariat zu suchen, und dadurch wird sie sich selbst als Diktatur des Proletariats zerstören. Sozialismus und sozialistische Organisation müssen vom Proletariat selbst errichtet werden, oder sie werden gar nicht errichtet werden; etwas anderes wird entstehen – Staatskapitalismus.

J. OSSINSKI, 1918[27]

. . . die Entdeckung der »linken Kommunisten«, daß der Sowjetrepublik angesichts einer »rechtsbolschewistische Abweichung« eine »Evolution zum Staatskapitalismus« drohe (. . .).
Sie haben nicht daran gedacht, daß der Staatskapitalismus ein *Schritt vorwärts* wäre gegenüber der jetzigen Lage der Dinge in unserer Sowjetrepublik. Hätten wir in etwa einem halben Jahr den Staatskapitalismus errichtet, so wäre das ein gewaltiger Erfolg und die sicherste Garantie dafür, daß sich in einem Jahr der Sozialismus bei uns endgültig festigt und unbesiegbar wird.

LENIN, MAI 1918[28]

Zwischen beiden Stadien, der Vorbereitung für den Sozialismus und dem durchgeführten Sozialismus, die beide der Demokratie bedürfen, steht das des Überganges, nachdem das Proletariat die politische Macht erobert, den Sozialismus aber ökonomisch noch nicht durchgeführt hat. In diesem Zwischenstadium soll [laut Lenin] die Demokratie nicht nur nicht notwendig, sondern schädlich sein. (. . .)

Die Diktatur erweist sich nicht als ein Mittel einer sozialistischen Partei, die in einem Staate im Gegensatz zur Mehrheit des Volkes zur Herrschaft kommt, diese dort zu sichern, sondern nur als ein Mittel, sie vor Aufgaben zu stellen, die ihre Kräfte übersteigen, an deren Lösung sie sich erschöpft und aufreibt; wobei sie nur zu leicht den Gedanken des Sozialismus selbst kompromittiert, seinen Fortschritt nicht fördert, sondern hemmt.

KAUTSKY, 1918[28a]

Der »Marxist« Kautsky hat einen ungeheuerlichen Unsinn und eine Unwahrheit gesagt, denn er hat den Klassenkampf »vergessen«. (. . .) Diktatur bedeutet nicht unbedingt die Aufhebung der Demokratie für die Klasse, die diese Diktatur über die anderen Klassen ausübt; sie bedeutet aber unbedingt die Aufhebung der Demokratie (. . .) für die Klasse, über welche oder gegen welche die Diktatur ausgeübt wird. (. . .)
Kautsky (. . .) hat es »verlernt«, die Frage zu stellen: Demokratie *für welche Klasse?* Er urteilt vom Standpunkt der »reinen« (d. h. klassenlosen? oder außerhalb der Klassen stehenden?) Demokratie.

LENIN, NOVEMBER 1918[28b]

Theoretisch unterliegt es keinem Zweifel, daß zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus eine gewisse Übergangsperiode liegt, die unbedingt Merkmale oder Eigenschaften dieser beiden sozial-ökonomischen Formationen in sich vereinen muß. Diese Übergangsperiode kann nur eine Periode des Kampfes zwischen dem sterbenden Kapitalismus und dem entstehenden Kommunismus oder, mit anderen Worten, zwischen dem besiegten, aber nicht vernichteten Kapitalismus und dem geborenen, aber noch ganz schwachen Kommunismus sein. (. . .)
Sozialismus ist Abschaffung der Klassen.
Um die Klassen abzuschaffen, muß man erstens die Gutsbesitzer und die Kapitalisten stürzen. Diesen Teil der Aufgabe haben wir erfüllt, aber das ist nur ein Teil und *nicht* einmal der schwierigste. Um die Klassen abzuschaffen, muß man zweitens den Unterschied zwischen Arbeitern und Bauern aufheben, muß man *alle zu Arbeitenden* machen. Das kann nicht auf einmal geschehen. Das ist eine unvergleichlich schwierigere und notwendigerweise langwierige Aufgabe. Das ist eine Aufgabe, die sich nicht durch den Sturz irgendeiner Klasse lösen läßt. Sie ist nur durch die organisatorische Umgestaltung der ganzen gesellschaftlichen Wirtschaft, durch den Übergang von der einzelnen, isolierten warenproduzierenden Kleinwirtschaft zur gesellschaftlichen Großwirtschaft zu lösen. (. . .)
Sozialismus ist Abschaffung der Klassen. Die Diktatur des Proletariats hat für diese Abschaffung alles getan, was sie tun konnte. Aber auf einen Schlag kann man die Klassen nicht abschaffen.
Und die Klassen *sind geblieben* und *werden* für die Dauer der Epoche der Diktatur des Proletariats *bestehenbleiben*. Die Diktatur wird nicht mehr gebraucht werden, wenn die Klassen verschwunden sind. Sie werden nicht verschwinden ohne die Diktatur des Proletariats. (. . .)
Allgemeine Phrasen über Freiheit, Gleichheit und Demokratie sind in Wirklichkeit gleichbedeutend mit der gedankenlosen Wiederholung von Begriffen, die eine Ableitung aus den Verhältnissen der Warenproduktion sind. Mit Hilfe dieser allgemeinen Phrasen die konkreten Aufgaben der Diktatur des Proletariats lösen wollen heißt auf der ganzen Linie auf die theoretische, prinzipielle Position der Bourgeoisie übergehen. Vom Standpunkt des Proletariats steht die Frage nur so: Freiheit von der Unterdrückung durch

welche Klasse? Gleichheit welcher Klasse mit welcher? Demokratie auf dem Boden des Privateigentums oder auf der Basis des Kampfes für die Abschaffung des Privateigentums?

LENIN, 1919[29]

Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen. Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats.
Jawohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der *Art der Verwendung der Demokratie*, nicht in ihrer *Abschaffung*, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohlerworbenen Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen läßt. Aber diese Diktatur muß das Werk der *Klasse*, und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d. h. sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen. (. . .)
Alles, was in Rußland vorgeht, ist begreiflich und eine unvermeidliche Kette von Ursachen und Wirkungen, deren Ausgangspunkte und Schlußsteine: das Versagen des deutschen Proletariats und die Okkupation Rußlands durch den deutschen Imperialismus. Es hieße, von Lenin und Genossen Übermenschliches verlangen, wollte man ihnen auch noch zumuten, unter solchen Umständen die schönste Demokratie, die vorbildlichste Diktatur des Proletariats und eine blühende sozialistische Wirtschaft hervorzuzaubern. (. . .)
Das Gefährliche beginnt dort, wo sie aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen.

ROSA LUXEMBURG, 1918[30]

[Bei Rosa Luxemburg zeigt sich] die *Unterschätzung* der Bedeutung der nicht-proletarischen Elemente in der Revolution. (. . .) Und diese falsche Beurteilung der wahren treibenden Kräfte führt zu dem entscheidenden Punkt ihrer falschen Einstellung: zur *Unterschätzung der Rolle der Partei* in der Revolution, zur Unterschätzung des bewußtpolitischen Handelns gegenüber der Notwendigkeit der ökonomischen Entwicklung elementaren Getriebenseins. (. . .)
Aus den proletarischen (und halbproletarischen) Organen zur Kontrolle und Weitertreibung der bürgerlichen Revolution sind regierende Kampforganisationen des siegreichen Proletariats geworden. Diesen »Sprung« weigert sich nun Rosa Luxemburg aufs entschiedenste mitzumachen (. . .) weil sie die Sowjetform als regierende Kampfform der Übergangszeit, als Kampfform zum Erkämpfen und Erzwingen der Voraussetzungen des Sozialismus nicht anerkennt. Sie erblickt vielmehr in den Sowjets den »Überbau« jener Epoche der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, in der die Umwandlung im Sinne des Sozialismus bereits größtenteils vollzogen ist.

GEORG LUKÁCS, 1922[31]

Es wäre töricht, für das geschichtliche Werden einer neuen Gesellschaftsordnung die Formen voraussagen zu wollen. Eines steht jedoch fest: Ohne eine Diktatur des Proletariats, das heißt ohne einen Übergangszustand, in welchem das Proletariat die herrschende Klasse bildet und mit Ausschluß aller anderen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft die Politik des Landes bestimmt, ist der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus unmöglich. (. . .)

Das Wirtschaftsleben in der Periode der Diktatur ist in zwei Teile gespalten. Neben der proletarischen Gemeinwirtschaft bestehen die Reste des Privatwirtschaftssystems. Letztere lösen sich langsam auf und werden dem System der Gemeinwirtschaft einverleibt. Ist dieser Prozeß vollzogen, nimmt die Diktatur des Proletariats ihr Ende. Es gibt keine Proletarier und keine Bourgeois mehr: es gibt nur mehr eine Gemeinschaft frei arbeitender Kulturmenschen . . .

Es ist hierbei vorausgesetzt, daß mit dem Verschwinden des Privateigentums auch die diesen Eigentumsverhältnissen entsprechende habgierig-egoistische Ideologie verschwindet. Die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats endet nicht mit dem Verschwinden des Privateigentums an den Produktionsmitteln, sondern erst mit dem Verschwinden der kapitalistischen, habgierig-egoistischen Ideologie. Die Diktatur des Proletariats kann durch den Sozialismus erst dann abgelöst werden, wenn die Wandlung in der Ideologie vollzogen ist, wenn die dem Kapitalismus eigentümliche habgierig-egoistische Psyche ebenfalls verschwunden ist. Dies wird wohl eine Generation erfordern. (. . .)

Wir gelangen somit zu dem Ergebnis, *daß die Diktatur des Proletariats gerade den Bannerträgern der neuen Gesellschaftsordnung, dem industriellen Proletariat, vorerst nur eine moralische und kulturelle (Theater, Musik, Bibliotheken, Bäder usw.) Standarderhöhung bieten kann. In bezug auf materielle Güter dagegen ist ein weiteres Sinken des Lebensniveaus unausbleiblich.* Das muß der Elite der industriellen Arbeiterschaft offen und aufrichtig gesagt werden.

E. VARGA, 1920[32]

Schon beim ersten ernsthaften Versuch, jenes höchst ruhelos Konkrete, das wir als Wirtschaft der Übergangsperiode bezeichnen, wissenschaftlich zu erfassen, stoßen wir darauf, daß die alten Begriffe der theoretischen Ökonomie im Nu versagen. (. . .)

Im Allgemeinen gesprochen, ist eine der Grundtendenzen der Übergangsperiode das *Zerreißen der warenfetischistischen Hüllen.* Zusammen mit dem wachsenden Naturalsystem der Wirtschaftsverhältnisse der Gesellschaft werden auch die entsprechenden ideologischen Kategorien der Gesellschaft gesprengt. Und ist dies einmal der Fall, so erwächst der Theorie des Wirtschaftsprozesses die Notwendigkeit, zum naturalwirtschaftlichen Denken, d. h. zu der Betrachtung sowohl der Gesellschaft als auch ihrer Teile als Systeme von Elementen in ihrer Naturalform, überzugehen. (. . .)

In der Übergangsperiode, wo eine Produktionsstruktur von einer anderen abgelöst wird, ist der Geburtshelfer die revolutionäre Gewalt. Diese revolutionäre Gewalt muß die Fesseln der Entwicklung der Gesellschaft sprengen, d. h. einerseits die alten Formen der »konzentrierten Gewalt«, die zu einem konterrevolutionären Faktor geworden sind, den alten Staat und den alten Typus der Produktionsverhältnisse. Diese revolutionäre Gewalt muß andererseits aktiv die Bildung neuer Produktionsverhältnisse fördern, indem sie eine neue Form der »konzentrierten Gewalt« schafft, den Staat der neuen Klasse, die als Hebel der wirtschaftlichen Umwälzung wirkt und die ökonomische Struktur der Gesellschaft verändert. Einerseits spielt also die Gewalt die Rolle eines zerstörenden Faktors, andererseits ist sie die Kraft der Kohäsion, der Organisation, des Aufbaus. Je grö-

ßer diese »außerökonomische« Kraft ist, die in Wirklichkeit eine »ökonomische Potenz« darstellt, desto geringer sind die »Unkosten« der Übergangsperiode (natürlich unter sonst gleichen Bedingungen), desto *kürzer* ist diese Übergangsperiode, desto schneller tritt ein gesellschaftliches Gleichgewicht auf neuer Grundlage ein und desto rascher beginnt die Kurve der Produktivkräfte emporzusteigen. Diese Kraft ist nicht irgendeine überempirische, mystische Größe: sie ist die Kraft der Klasse, die die Umwälzung vollzieht, ihre soziale Macht. Es ist daher vollkommen klar, daß sie ihrer Größe nach vor allem vom Grad der Organisiertheit dieser Klasse abhängt. Und die revolutionäre Klasse ist dann am meisten organisiert, wenn sie sich als Staatsgewalt konstituiert hat.

BUCHARIN, 1920[33]

(. . .) der großen Rolle, die das Recht in *allen Übergangsphasen* als »Motor der Geschichte« spielt. Hier fällt der Entwicklungsprozeß mit dem rechtlichen Prozeß tatsächlich zusammen. Diese Identität ist nicht in einem versöhnlerischen, sondern in einem positiv revolutionären (oder umgekehrt in einem konterrevolutionären) Sinne zu verstehen. Dann und in diesem Sinne können wir vom *Recht als Revolution sprechen.* (. . .)
Aber die *revolutionäre* Gesetzlichkeit hat auch eine andere Bedeutung. Der Richter, der nach den neuen Gesetzen judiziert, muß beachten, daß der Rückzug [aus der »revolutionären Rechtmäßigkeit« der »kommunistischen« Periode von 1918 in die »revolutionäre Gesetzlichkeit« der Periode der NÖP] *freiwillig und im Interesse der Revolution* geschieht, weil er dem Klasseninteresse des siegreichen Proletariats und seinem revolutionären Rechtsbewußtsein entspricht. Nur so ist es möglich, die klassenbestimmte Gerechtigkeit mit der strengen Gesetzlichkeit, d. h. der Beachtung der Dekrete und Kodices der Arbeiter- und Bauernregierung, zu vereinen.
Wie ein roter Faden muß sich das revolutionäre Klassenbewußtsein durch unser Rechtsverständnis und Rechtsbewußtsein ziehen. Wir müssen alle Theorien des Revisionismus und Ökonomismus vermeiden, die uns die *Machtlosigkeit des revolutionären Gesetzes* über die bürgerlichen Produktionsverhältnisse lehren. Wir müssen aber auch gegen die revolutionären Gesetzesverfechter kämpfen, die an die *Allmacht des revolutionären Dekrets glauben.* Von der Kraft der siegreichen Klasse, von ihren Erfolgen im Klassenkampf (der – wenn auch mit anderen Mitteln – fortgesetzt wird) hängt der Endsieg des neuen Systems gesellschaftlicher Verhältnisse ab, das die Interessen des Proletariates verkörpert.

P. A. STUČKA 1921[34]

Ich war (. . .) im Jahre 1918 der Meinung, daß gegenüber der damaligen wirtschaftlichen Lage der Sowjetrepublik der Staatskapitalismus ein Schritt vorwärts wäre. (. . .) Es wird allen recht seltsam erscheinen, daß in einer Republik, die sich für sozialistisch erklärt hat, ein nichtsozialistisches Element höher bewertet erscheint, als höherstehend anerkannt wird als der Sozialismus. Doch die Sache wird verständlich, wenn Sie sich erinnern (. . .), daß wir in Rußland sowohl eine patriarchalische Landwirtschaft, d. h. die primitivste Form der Landwirtschaft, als auch eine sozialistische Form haben. (. . .) Und da sagte ich mir: Der Staatskapitalismus, obwohl seine Form keine sozialistische ist, wäre für uns und für Rußland günstiger als die jetzige Form. (. . .)
Damals war das noch eine ganz vage Idee; im Jahre 1921 aber, nachdem wir die wichtigste Etappe des Bürgerkriegs schon zurückgelegt, und zwar siegreich zurückgelegt hatten, kam es zu einer großen – ich glaube der größten – inneren politischen Krise Sowjetrußlands, die dazu führte, daß nicht nur ein sehr großer Teil der Bauern unzufrieden

war, sondern auch ein großer Teil der Arbeiter. (. . .) Die Ursache war, daß wir bei unserem ökonomischen Vordringen zu weit gegangen waren, daß wir unsere Basis nicht genügend gesichert hatten, daß die Massen schon fühlten (. . .) daß der direkte Übergang zu einer rein sozialistischen Wirtschaftsform, zur rein sozialistischen Distribution der Güter unsere Kräfte übersteigt und daß wir, wenn wir es nicht fertig brächten, den Rückzug derart vorzunehmen, daß wir uns auf leichtere Aufgaben beschränken, zugrunde gehen werden. Die Krise setzte, glaube ich, im Februar 1921 ein. Schon im Frühling desselben Jahres beschlossen wir einstimmig (. . .), zur Neuen Ökonomischen Politik überzugehen.

LENIN, 1922[35]

Die Gesetzmäßigkeit der Übergangsperiode (. . .) Jede überbauende Kraft, darunter auch die konzentrierte Gewalt der Klasse, ihre Staatsgewalt, ist eine *Macht*. Aber diese Macht ist *nicht unbegrenzt*. Keine Kraft kann das vollbringen, was über die Kraft geht. Wodurch wird aber die politische Macht der zur Macht gelangten neuen Klasse *beschränkt?* Sie wird beschränkt durch den gegebenen Zustand der ökonomischen Verhältnisse und folglich auch den der Produktivkräfte. Mit anderen Worten: *jene Veränderung in den ökonomischen Verhältnissen, die mit Hilfe des politischen Hebels vollzogen werden kann, hängt selbst vom vorhergehenden Zustand der ökonomischen Verhältnisse ab.* Das kann man am besten an der russischen proletarischen Revolution ersehen. Die Arbeiterklasse hat im Oktober 1917 die Macht in ihre Hände genommen. Aber sie konnte nicht daran denken, zum Beispiel, die kleinbürgerliche Wirtschaft und insbesondere die Bauernwirtschaft zu zentralisieren und sozialisieren. Und 1921 stellte es sich heraus, daß die russische Ökonomie noch hartnäckiger ist, und daß die Kräfte der proletarischen Staatsmaschinerie bloß dazu ausreichen, die Großindustrie, und auch nicht einmal die ganze, sozialisiert zu halten. (. . .)
Die Arbeiterklasse (. . .) gelangt zum Siege unter Verhältnissen der sinkenden Produktivkräfte und der materiellen Unsicherheit der breiten Massen. Deshalb muß auch eine *Tendenz* zur »Entartung«, d. h. zur Aussonderung einer führenden Schicht in Form eines Klassenkeimes auftreten. Andererseits wird sie durch zwei entgegengesetzte Tendenzen gelähmt werden: erstens durch das *Wachstum der Produktivkräfte;* zweitens durch die Aufhebung des *Bildungsmonopols*. Die erweiterte Reproduktion der Techniker und überhaupt der Organisatoren aus der Arbeiterklasse untergräbt die eventuelle neue Klassengliederung. Davon, welche Tendenzen sich als die stärkeren erweisen, hängt auch der Ausgang des Kampfes ab.

BUCHARIN, 1922[36]

Wenn es [das Proletariat beim Umbau der Gesellschaft und bei der Lenkung der Wirtschaft] zuviel auf sich nimmt, ist es gezwungen, einen riesigen *Verwaltungsapparat* zu schaffen. Um die ökonomischen Funktionen der Kleinproduzenten, Kleinbauern usw. wahrzunehmen, braucht es zu viele Angestellte und Verwalter. Der Versuch, all diese kleinen Leute durch Staatsbeamte zu ersetzen – nennt sie, wie ihr wollt, tatsächlich sind es Staatsbeamte –, erzeugt einen so riesigen Apparat, daß die Kosten zu seiner Unterhaltung unvergleichlich höher sind als die unproduktiven Ausgaben, die unter den anarchischen Bedingungen der Kleinproduktion auftreten. Daraus aber folgt: diese ganze Verwaltungsform, der ganze ökonomische Apparat des proletarischen Staates erleichtert nicht, sondern *hindert nur die Entwicklung der Produktivkräfte*. In Wirklichkeit führt er zum direkten Gegenteil dessen, was er bezwecken soll, und deshalb zwingt die eiserne

Notwendigkeit das Proletariat, solch einen Apparat zu zerstören. (. . .) Wenn das Proletariat es nicht tut, werden andere Kräfte seine Herrschaft stürzen.

BUCHARIN, 1922[37]

Die Arbeiterklasse kann nicht jede Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen. Eine bureaukratisch-militaristische Staatsmaschinerie ist dazu untauglich. Einzig tauglich dazu ist die *demokratische Republik*. Wo das siegreiche Proletariat sie nicht vorfindet, muß es sie schaffen. Im Jahre 1871 und lange darüber hinaus schien dies eine unerläßliche Aufgabe des Proletariats allenthalben auf dem Kontinent zu sein. Die letzten Jahre haben darin gründlichen Wandel geschaffen. Fast überall in Europa wird das siegreiche Proletariat die demokratische Republik bereits fertig vorfinden. Es wird dort keine Staatsmaschinerie völlig zu zerbrechen, sondern nur noch Überreste der Monarchie sowie bureaukratischer und militaristischer Privilegien hinwegzufegen haben. (. . .)
Solange die Diktatur nicht gefallen ist, wird Rußland fortfahren zu verkommen, trotz aller Konzessionen an die Kapitalisten. Aber nicht nur mit dem industriellen Kapitalismus ist die Regierungsform der Diktatur unvereinbar, sondern auch mit dem demokratischen Sozialismus. Und ebenso mit dem Stadium des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Denn dieser kann nur entstehen aus einem voll entfalteten, einem blühenden, nicht einem verkümmerten Kapitalismus, und in der Zeit des Übergangs wird der Kapitalismus auf einer Reihe von Gebieten noch längere Zeit weiterbestehen müssen, wie wir noch sehen werden.

KAUTSKY, 1922[38]

Vor uns stehen zwei Hauptaufgaben, die eine Epoche ausmachen. Das ist einmal die Aufgabe, unseren *Apparat* umzugestalten, der absolut nichts taugt und den wir gänzlich von der früheren Epoche übernommen haben. Hier ernstlich etwas umzugestalten, das haben wir in fünf Jahren Kampf nicht fertiggebracht und konnten es auch nicht fertigbringen. Unsere zweite Aufgabe besteht in der kulturellen Arbeit für die Bauernschaft. Und diese kulturelle Arbeit unter der Bauernschaft verfolgt als ökonomisches Ziel eben den genossenschaftlichen Zusammenschluß. Bei einem vollständigen genossenschaftlichen Zusammenschluß stünden wir bereits mit beiden Füßen auf sozialistischem Boden. Aber diese Voraussetzung, der vollständige genossenschaftliche Zusammenschluß, schließt ein derartiges Kulturniveau der Bauernschaft (eben der Bauernschaft als der übergroßen Masse) in sich ein, daß dieser vollständige genossenschaftliche Zusammenschluß ohne eine ganze Kulturrevolution unmöglich ist.
Unsere Gegner hielten uns oft entgegen, es sei ein sinnloses Beginnen von uns, in einem Lande mit ungenügender Kultur den Sozialismus einführen zu wollen. Aber sie irrten sich darin, daß wir nicht an dem Ende anfingen, an dem es nach der Theorie (von allerlei Pedanten) hätte geschehen sollen, und daß bei uns die politische und soziale Umwälzung jener kulturellen Umwälzung, jener *Kulturrevolution* vorausging, der wir jetzt dennoch gegenüberstehen.
Uns genügt nun diese Kulturrevolution, um ein vollständig sozialistisches Land zu werden, aber für uns bietet diese Kulturrevolution ungeheure Schwierigkeiten sowohl rein kultureller (denn wir sind Analphabeten) als auch materieller Natur (denn um Kultur zu haben, braucht man eine bestimmte Entwicklung der materiellen Produktionsmittel, braucht man eine bestimmte materielle Basis).

LENIN, 1923[39]

Die objektiven Widersprüche des gegebenen Stadiums der Übergangsperiode, die daher rühren, daß sehr verschiedenartige Wirtschaftsformen nebeneinander bestehen, daß Marktverhältnisse existieren, daß staatliche Institutionen auf kapitalistische Formen und Methoden der praktischen Arbeit zurückgreifen müssen, daß sie sich bei dieser Arbeit auf einen Personalbestand von Funktionären stützen müssen, die dem Proletariat noch fremd sind – diese objektiven Widersprüche finden Ausdruck in einer ganzen Reihe negativer Tendenzen. Der Kampf gegen diese negativen Tendenzen muß auf die Tagesordnung gesetzt werden. Zu ihnen gehören: schroffe Unterschiede in der materiellen Stellung von Parteimitgliedern je nach ihren Funktionen und die sogenannten »Exzesse«; zunehmende Verbindungen mit bürgerlichen Elementen und ideologische Einflüsse von dieser Seite; ressortmäßige Einengung des Horizonts, die von notwendiger Spezialisierung zu unterscheiden ist, und von da ausgehend eine Schwächung der Verbindung zwischen Kommunisten in verschiedenen Arbeitszweigen; die Gefahr, die Perspektive des sozialistischen Aufbaus als Ganzes und der Weltrevolution aus den Augen zu verlieren (...); Bürokratisierung der Parteiapparate und eine sich allenthalben bedrohlich auftuende Kluft zwischen der Partei und den Massen.

STALIN, KAMENEV, TROCKIJ
(BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES ÜBER DEN PARTEIAUFBAU), 1923[40]

In der proletarischen Diktatur (werden) trotz Fortbestehens des Marktaustausches die Interessengegensätze innerhalb der nationalisierten Industrie aufgehoben und die Absonderung oder Autonomie einzelner Wirtschaftsorganismen (nach dem Muster der privatwirtschaftlichen Autonomie) *nur als Methode aufrechterhalten*. Auf diese Weise werden jene quasi-privatwirtschaftlichen Beziehungen, die zwischen der Staatsindustrie und den Kleinwirtschaften sowie zwischen den einzelnen Unternehmungen und Unternehmungsgruppen innerhalb der Staatsindustrie selbst entstehen, in strenge Grenzen verwiesen, die in jedem gegebenen Augenblick von den in der Sphäre planmäßiger Wirtschaftsführung erzielten Erfolgen bestimmt werden. Darum birgt die Rechtsform als solche in unserer Übergangsperiode nicht jene unbeschränkten Möglichkeiten in sich, die sich ihr in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in deren Geburtsstunde eröffneten. Im Gegenteil schließt sie uns nur zeitweilig in ihre engen Horizonte ein. Sie existiert nur, um sich endgültig zu erschöpfen.
(...) Die Entwicklung kann auf den verschiedenen Gebieten des sozialen Lebens nicht gleichmäßig fortschreiten. Darum ist eine minuziöse Arbeit der Beobachtung, Vergleichung und Analyse unerläßlich. Erst wenn wir Tempo und Form der Überwindung der Wertverhältnisse in der Ökonomik und zugleich des Absterbens privatrechtlicher Momente im juristischen Überbau und endlich die allmähliche, von diesen grundlegenden Prozessen bedingte Durchlüftung des juristischen Überbaus selbst durchstudiert haben, können wir uns sagen, daß wir wenigstens eine Seite im Aufbauprozeß der klassenlosen Kultur der Zukunft geklärt haben.

PAŠUKANIS, 1924[41]

Die Kunst der Revolution, die unausweichlich alle Widersprüche der Übergangsgesellschaft widerspiegelt, darf man nicht mit der sozialistischen Kunst verwechseln, für die eine Basis noch garnicht geschaffen ist. (...) Die Revolution selbst ist noch kein »Reich der Freiheit«, im Gegenteil, die Züge des »Zwanges« erlangen in ihr die extremste Entwicklung. Während der Sozialismus zusammen mit den Klassen auch die Klassengegensätze beseitigt, treibt die Revolution den Klassenkampf bis zur höchsten Intensität.

TROCKIJ, 1924[41a]

Der Umstand, daß in unserem Lande moderne kapitalistische Großbetriebe neben äußerst rückständigen wirtschaftlichen Formen bestanden, drückt auch den Formen des bei uns im Aufbau befindlichen Sozialismus ihren Stempel auf. Aus dem Vorhandensein von Kleinhändlern und Kleinunternehmern folgt, daß sie noch eine Zeitlang auch unter unserem Regime weiterbestehen werden; aus dem Vorhandensein ungeheuer großer Bauernschichten, deren wirtschaftliche Bedeutung für unser Land so unermeßlich groß ist, folgt erstens, daß der Weg zum vollständigen Aufbau des Sozialismus verhältnismäßig sehr lang sein wird, und daß zweitens die landwirtschaftliche Genossenschaft als Mittel der Entwicklung der Bauernwirtschaft zum Sozialismus hin von ungeheurer Bedeutung ist; aus dem Vorhandensein von Großbetrieben, in denen viele Tausende von Proletariern arbeiten, folgt, daß eine proletarische Führung in unserem Lande absolut möglich ist. (. . .)
Wir brauchen uns dessen nicht zu schämen, daß unser Sozialismus, an dem wir arbeiten, ein rückständiger Typus des sozialistischen Aufbaus ist. Es ist nicht unsere Schuld; wir können absolut sicher sein, daß wir die Möglichkeit zu unbegrenztem Fortschritt haben, zur Vervollkommnung dieser Formen, zur Überwindung unserer Rückständigkeit, zur beschleunigten Verwirklichung eines tatsächlich vollkommenen Typus der sozialistischen Gesellschaft.

BUCHARIN, 1925[42]

Die Widersprüche in der Stellung der Arbeiterregierung in einem rückständigen Lande mit einer erdrückenden Mehrheit bäuerlicher Bevölkerung werden nur im internationalen Maßstab, in der Arena der Weltrevolution des Proletariats ihre Lösung finden können. (. . .)
Ein wirklicher Aufschwung der sozialistischen Wirtschaft in Rußland wird erst nach dem Siege des Proletariats in den wichtigsten Ländern Europas möglich sein.

TROCKIJ, 1922[42a]

Also, ist die Errichtung der sozialistischen Wirtschaft in unserem Lande möglich ohne den vorherigen Sieg des Sozialismus in anderen Ländern, ohne daß das siegreiche Proletariat des Westens direkte Hilfe mit Technik und Ausrüstung leistet?
Ja, sie ist möglich. Und sie ist nicht nur möglich, sondern auch notwendig, und unausbleiblich. Denn wir bauen bereits den Sozialismus auf, indem wir die nationalisierte Industrie entwickeln und sie mit der Landwirtschaft zusammenschließen, indem wir das Genossenschaftswesen auf dem Lande entfalten und die bäuerliche Wirtschaft in das allgemeine System der sowjetischen Entwicklung einbeziehen, indem wir die Sowjets beleben und den Staatsapparat mit den Millionenmassen der Bevölkerung verschmelzen, indem wir eine neue Kultur aufbauen und ein neues gesellschaftliches Leben entfalten. (. . .)
Bauen wir für den Sozialismus auf, den Sieg des sozialistischen Aufbaus voraussetzend, oder bauen wir aufs Geratewohl, ins Blinde hinein, um »in Erwartung der sozialistischen Revolution in der ganzen Welt« den Boden für die bürgerliche Demokratie zu düngen – das ist jetzt eine der Grundfragen. Man kann nicht wirklich arbeiten und aufbauen, wenn diese klare Frage nicht ebenso klar beantwortet ist.

STALIN, 1925[42b]

[Trotzki] stellt sich die Sache sehr einfach vor (. . . :) Ein geringes Proletariat, eine geringe Industrie. Das Proletariat gelangt zur Macht und geht unvermeidlich unter. (. . .)

In der Tat ist die übliche Vorstellung über die sozialistische Revolution folgende: Die materielle Voraussetzung des Sozialismus sei – die Großindustrie und eine starke Arbeiterklasse; ist das nicht vorhanden, so müsse die proletarische Revolution unbedingt untergehen, denn dabei käme eine revolutionäre Frühgeburt heraus. Wie tritt Lenin an die Frage heran? Er sagt: »Im großen und ganzen ist das richtig. Unter besonderen Umständen aber verwandelt sich dieses *Richtige* in *Falsches*« (. . .)
Daraus ergab sich auch der generelle »Plan« Lenins, sich nicht loszureißen von der Bauernbasis und die Industrie allmählich zu entwickeln. Man denke daran, daß die Akkumulierung einer Kopeke in der Bauernwirtschaft die Grundlage ist, um einen Rubel in der sozialistischen Industrie zu akkumulieren. Man halte sich ständig bei der ganzen wirtschaftlichen und sonstigen Politik mit beiden Händen am Bauern fest. Ihn gilt es durch die Konsumgenossenschaft umzumodeln, ihn gilt es zum Zusammenschluß in der Konsumgenossenschaft zu schleppen. Wir haben die Banken und den Kredit. Im Laufe von Jahrzehnten wandeln wir den Bauer um, ohne uns daran zu stoßen, daß er – Eigentümer ist. Man denke daran, daß er unser Verbündeter sein muß, den wir umzumodeln haben. Man habe Geduld, man eile nicht, man verhaue sich nicht, man stelle seine kommunistischen Tugenden nicht immer in den Vordergrund, da sie den Bauer abschrecken mögen, man verstecke sie zuweilen in die Tasche, wenn sie ihn erschrecken, man verstehe es, ihn vorsichtig und klug hinter sich herzuführen – *nur* dann wird man siegen.

BUCHARIN, 1925[42c]

Wir müssen den Standpunkt nicht der Konsumtion, sondern der Produktion einnehmen und von ihm ausgehen. Schließlich leben wir noch nicht in einer sozialistischen Gesellschaft mit ihrer Produktion für den Konsum, wir leben in der Periode der *ursprünglichen sozialistischen Akkumulation*, unter dem harten Joch des Gesetzes dieser Akkumulation. (. . .)
In der Periode der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation und während dieser ganzen Periode müssen die Preise der Industriegüter nicht nur alle Elemente der Reproduktion einschließen, sondern auch den Übergang der Industrie zu einer neuen technologischen Basis sicherstellen. Es ist eine ganz andere Frage (. . .), wie schnell oder wie langsam diese Akkumulation vollbracht wird. Bei unserer allgemeinen Armut und dem niedrigen Stand der Landwirtschaft wird dieser ganze Prozeß – wenn ihm nicht eine Revolution in Europa zuhilfe kommt – natürlich sehr langsam vonstatten gehen. Aber er ist ein unvermeidlicher Prozeß; er ist eine Frage von Leben und Tod für das sowjetische Wirtschaftssystem. Das Gesetz der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation ist das Gesetz des Kampfes um die Existenz der Staatswirtschaft.

PREBRAČENSKI, 1926[43]

Die Diktatur des Proletariats hat ihre Perioden, ihre besonderen Formen, ihre verschiedenartigen Arbeitsmethoden. In der Periode des Bürgerkrieges ist das Merkmal der Gewalt in der Diktatur besonders augenfällig. Aber daraus folgt keineswegs, daß in der Periode des Bürgerkrieges keine Aufbauarbeit geleistet wird. Ohne Aufbauarbeit ist es unmöglich, den Bürgerkrieg zu führen. In der Periode des Aufbaus des Sozialismus ist umgekehrt die friedliche, organisatorische, kulturelle Arbeit der Diktatur, die revolutionäre Gesetzlichkeit usw. besonders augenfällig. Aber daraus folgt wiederum keineswegs, daß das Merkmal der Gewalt in der Diktatur während der Periode des Aufbaus wegfällt oder wegfallen kann. Die Organe der Unterdrückung, die Armee und andere Organisationen sind jetzt, in der Zeit des Aufbaus, nicht minder notwendig als in der

Periode des Bürgerkrieges. Ohne das Vorhandensein dieser Organe ist keine einigermaßen gesicherte Aufbauarbeit der Diktatur möglich. Man darf nicht vergessen, daß die Revolution vorläufig nur in *einem* Lande gesiegt hat. Man darf nicht vergessen, daß, solange es eine kapitalistische Umwelt gibt, auch die Gefahr der Intervention mit allen sich aus dieser Gefahr ergebenden Folgen bestehen wird.

STALIN, 1926[44]

Nach Lenin schöpft die Revolution ihre Kräfte vor allem unter den Arbeitern und Bauern Rußlands selbst. Bei Trotzky dagegen ergibt sich, daß man die notwendigen Kräfte *nur* »in der Arena der Weltrevolution des Proletariats« schöpfen kann. Wie aber, wenn es der internationalen Revolution beschieden sein sollte, mit Verspätung einzutreffen? Bei Trotzky gibt es keinen Lichtblick. (...) Nach diesem Plan verbleibt unserer Revolution nur die eine Perspektive: in ihren eigenen Widersprüchen fortzuvegetieren und in Erwartung der Weltrevolution auf dem Halm zu verfaulen. (...)
Infolgedessen ist der Sieg des Sozialismus in *einem* Land, selbst wenn dieses Land kapitalistisch weniger entwickelt ist, bei Fortbestehen des Kapitalismus in den anderen Ländern, selbst wenn diese kapitalistisch entwickelter sind, durchaus möglich und wahrscheinlich.

STALIN, 1926[45]

Der vollständige Sieg des Sozialismus in *einem* Land ist undenkbar, er erfordert die aktive Zusammenarbeit von mindestens einigen fortgeschrittenen Ländern, *zu denen wir Rußland nicht rechnen können.*

TROCKIJ (15. PARTEIKONFERENZ), NOVEMBER 1926[46]

Das Unglück unserer Partei besteht darin, daß sie in letzter Zeit künstlich der Möglichkeit beraubt wurde, jene Probleme richtig zu prüfen und kollektiv zu entscheiden, von denen das Schicksal der Arbeiterklasse und des Arbeiterstaates abhängt. (...)
Statt einer marxistischen Analyse der wirklichen Lage der proletarischen Diktatur in der UdSSR bietet die Partei die unwahre, kleinbürgerliche »Theorie vom Sozialismus in einem Lande«, die mit dem Marxismus, mit dem Leninismus nichts gemein hat. Dieses plötzliche Abrücken vom Marxismus erschwert es der Partei, den *Klasseninhalt* der vor sich gehenden ökonomischen Prozesse zu sehen.

ERKLÄRUNG DER VIERUNDACHTZIG (VEREINIGTE OPPOSITION), MAI 1927[47]

Die Frage der Diktatur des Proletariats. Haben wir die Diktatur des Proletariats oder haben wir sie nicht? Die Frage klingt etwas seltsam. (*Heiterkeit.*) Trotzdem kommt die Opposition in jeder ihrer Erklärungen mit dieser Frage. Die Opposition sagt, bei uns gebe es eine thermidorianische Entartung. Was aber bedeutet das? Das bedeutet, daß wir keine Diktatur des Proletariats haben, daß Wirtschaft wie Politik bei uns versagen und zurückgehen, daß wir nicht dem Sozialismus entgegenschreiten, sondern zum Kapitalismus zurückkehren. Das ist natürlich grotesk und dumm. Aber die Opposition bleibt bei ihrer Leier. (...)
Die Frage nach dem Charakter unserer Revolution. Wenn die Möglichkeit der siegreichen Errichtung des Sozialismus in unserem Lande geleugnet wird, wenn das Vorhandensein der Diktatur des Proletariats geleugnet wird, wenn die Notwendigkeit eines Blocks der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft geleugnet wird – was bleibt dann von unserer Revolution, von ihrem sozialistischen Charakter übrig? Natürlich nichts, einfach gar nichts.

STALIN 1927[48]

Die Diktatur des Proletariats in einem Land, das von kapitalistischen Staaten umringt ist, gestattet weder die Existenz zweier Parteien noch die fraktionelle Spaltung einer einheitlichen Partei. Aber die gleiche Diktatur erfordert (. . .) die Möglichkeit, mit den Methoden des *demokratischen Zentralismus* selbst unter den schwierigsten Bedingungen all ihre Organe zu kontrollieren, d. h. sie politisch anzuleiten, ihre Handlungen zu prüfen, sie zu ernennen und abzusetzen.

TROCKIJ, 1927[49]

Wir sind *viel zu sehr* zentralisiert. Wir müssen uns fragen, ob wir nicht ein paar Schritte in Richtung auf Lenins Kommunestaat tun können (. . .)
[Lenin] verkündet die Losung: *Alle möglichen Vereinigungen von Arbeitern, mit allen Mitteln ihre Bürokratisierung verhindern.* [Der proletarische Staat muß] ein bestimmtes Stadium im Übergang zur Staatskommune darstellen, von der wir leider noch sehr, sehr weit entfernt sind. Daher fragt Wladimir Iljitsch: Wenn die Frage des Staatsapparates so steht, wie können wir ihn in Ordnung bringen, wohin sollen wir uns wenden, welche Hebel müssen wir ansetzen? Und er antwortet mit einer bedeutsamen Formulierung. Er sagt: Wir müssen uns an die tiefe historische Quelle der Diktatur wenden; und diese tiefste Quelle sind »die fortgeschrittenen Arbeiter«.

BUCHARIN, 1928/29[50]

Nicht aus eigener Machtvollkommenheit konstituiert sich die Klassenherrschaft des Proletariats als eine Diktatur, als eine Klassenherrschaft, die an die Struktur einer bestimmten Produktionsweise gebunden ist; sie wird zur Diktatur des Proletariats nur insoweit, als die gesellschaftliche Entwicklung und die aus ihr geborene Aktion der proletarischen Masse die *Elemente der neuen Gesellschaft* in Freiheit gesetzt und historische Wirklichkeit hat werden lassen. Nur insoweit wird die Klassenherrschaft des Proletariats zur Diktatur, als eine ökonomische Struktur der gesellschaftlichen Produktion gegeben ist, aus der die Tendenz zur Aufhebung der Klassenspaltung, eine Tendenz, die mit der geschichtlichen Aufgabe des Proletariats identisch ist, mit Gewalt zum Durchbruch gelangt. Nur in dieser Richtung empfängt das Proletariat die gleichsam *kommissarische Übertragung der Staatsgewalt von der neuen, sozialistischen Produktionsweise;* nur in dieser Richtung wird seine Diktatur zur Vollstreckung eines historisch gegebenen Inhaltes der gesellschaftlichen Struktur, wird sie zur Diktatur, indem sie eine gesellschaftliche Organisation begründet, in der keine Klassen und kein Staat, somit auch keine Diktatur mehr möglich, in der also die *Diktatur des Proletariats in der Verwirklichung ihrer geschichtlichen Mission sich selbst auflöst.* In der Selbstaufhebung der Diktatur des Proletariats findet ihr dialektischer Begriff erst seine Vollendung.

ARKADIJ GURLAND, 1930[51]

Ist es etwa nicht klar (. . .), daß die Stachanowbewegung die Zukunft unserer Industrie darstellt, daß sie den Keim des künftigen kulturellen und technischen Aufschwungs der Arbeiterklasse in sich birgt, daß sie uns den Weg eröffnet, auf dem allein jene Höchstleistungen der Arbeitsproduktivität erzielt werden können, die für den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus und für die Aufhebung des Gegensatzes zwischen geistiger und körperlicher Arbeit notwendig sind?

STALIN, 1935[52]

Der 7. Kominternkongreß versicherte in der Resolution vom 20. August 1935 feierlich, infolge der Fortschritte der nationalisierten Industrie, der Verwirklichung der Kollektivierung, der Verdrängung der kapitalistischen Elemente und der Liquidierung des Kulakentums als Klasse seien »der endgültige und unwiderrufliche Sieg des Sozialismus in der U. S. S. R. und eine allseitige Festigung des Staates der Diktatur des Proletariats erreicht« worden. Bei all seiner Entschiedenheit ist das Urteil der Komintern durch und durch widersprüchlich: wenn der Sozialismus »endgültig und unwiderruflich« gesiegt hat, nicht als Prinzip, sondern als lebendige Gesellschaftsordnung, so ist die neue »Festigung« der Diktatur offensichtlich eine Sinnlosigkeit. Und umgekehrt: wenn die Festigung der Diktatur realen Erfordernissen des Regimes entspricht, so heißt das, daß es mit dem Sieg des Sozialismus noch seine Weile hat. Nicht nur der Marxist, jeder realistisch denkende Politiker muß begreifen, daß die bloße Notwendigkeit einer »Festigung« der Diktatur, d. h. des staatlichen Zwangs, kein Zeugnis für den Triumph der klassenlosen Harmonie ist, sondern für das Heranwachsen neuer sozialer Gegensätze.

TROCKIJ, 1936[53]

Hatten wir damals [1924] die erste Periode der NÖP, den Beginn der NÖP, die Periode einer gewissen Belebung des Kapitalismus, so haben wir jetzt [1936] die letzte Periode der NÖP, das Ende der NÖP, die Periode der restlosen Liquidierung des Kapitalismus in allen Sphären der Volkswirtschaft. (. . .)
Somit ist jetzt der volle Sieg des sozialistischen Systems in allen Sphären der Volkswirtschaft zur Tatsache geworden. (. . .)
Das bedeutet, daß die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufgehoben, beseitigt ist, das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln und -instrumenten sich aber als unerschütterliche Grundlage unserer Sowjetgesellschaft durchgesetzt hat. (*Anhaltender Beifall*) (. . .)
In einigen Tagen wird die Sowjetunion eine neue, sozialistische Verfassung haben, aufgebaut auf den Grundlagen des vollentfalteten sozialistischen Demokratismus.
Das wird ein historisches Dokument sein, das (. . .) von den Tatsachen des Sieges der vollentfalteten, restlos konsequenten Demokratie in der Sowjetunion handelt.
Es wird dies ein Dokument sein, das davon zeugt, daß das, wovon Millionen ehrlicher Menschen in den kapitalistischen Ländern träumten und weiter träumen, in der Sowjetunion bereits verwirklicht ist. (*Stürmischer Beifall*)

STALIN 1936[54]

In der Richtung der Geschichte gehen, das wäre ein einfaches Rezept, wenn in der Gegenwart die Richtung der Geschichte augenfällig wäre. Soll man nun mit der Rechtsopposition der Meinung sein, die Geschichte gehe einer Stabilisierung des Kapitalismus in der Welt entgegen, die UdSSR könne unter diesen Umständen den Sozialismus bei sich nicht verwirklichen und müsse folglich zurückstecken und ihre NÖP verstärken? Oder soll man mit der Linksopposition der Meinung sein, daß man zur Stabilisierung des Kapitalismus beitrage, wenn man sie für ausgemacht halte, und daß man den Sozialismus durch Industrialisierung und Kollektivierung vorbereiten und gleichzeitig draußen die Offensive ergreifen müsse mit Hilfe der nationalen Kommunistischen Parteien? Oder soll man schließlich mit dem stalinschen Zentrum der Meinung sein, die Geschichte fordere, daß man in der kurzen Frist, die vor dem Krieg noch bleibe, draußen durch eine opportunistische Politik Zeit gewinnen und den wirtschaftlichen Aufbau der UdSSR mit allen Mitteln beschleunigen müsse?

MERLEAU-PONTY, 1947[55]

Der Stalinismus ist nichts als eine Sammlung aller Ungeheuerlichkeiten des historischen Staates, dessen boshafteste Karikatur und abscheulichste Grimasse. Wenn die Vertreter der alten Gesellschaft dem Krebsgeschwür puritanisch eine sterilisierte demokratische Abstraktion entgegenstellen, können wir ihnen, wie der gesamten alten Gesellschaft, mit vollem Recht empfehlen, sich in dem verzerrten Spiegel des Sowjetthermidors selbst zu bewundern.

Trockij, 1938[56]

Der Ausbruch aus der Barbarei des Kapitalismus kann selber noch barbarische Züge aufweisen. (...) Die Revolution entfesselt wunderbare Tugenden und anachronistische Laster zugleich. Die Befreiung von den Lastern braucht mehr Zeit als die Revolution. Sie wird schon beim zweitenmal (in China) etwas leichter sein und auch in weniger rückständigen Ländern, wo die ursprüngliche Akkumulation von Kapital bereits fortgeschrittener ist.

Bertolt Brecht, 1956[57]

III. China oder der permanente Übergang

Die Diktatur des Proletariats, das als Führer der demokratischen Revolution zur Herrschaft gelangt ist, wird unvermeidlich und in kürzester Frist vor Aufgaben gestellt sein, die mit weitgehenden Eingriffen in die bürgerlichen Eigentumsrechte verbunden sind. Die demokratische Revolution wächst unmittelbar in die sozialistische hinein und wird dadurch allein schon zur *permanenten Revolution.*
Die Machteroberung durch das Proletariat schließt die Revolution nicht ab, sondern eröffnet sie nur. Der sozialistische Aufbau ist nur auf der Basis des Klassenkampfes im nationalen und internationalen Maßstabe denkbar. Unter den Bedingungen des entscheidenden Übergewichts kapitalistischer Beziehungen in der Weltarena wird dieser Kampf unvermeidlich zu Explosionen führen, d. h. im Inneren zum Bürgerkrieg und außerhalb der nationalen Grenzen zum revolutionären Krieg. Darin besteht der permanente Charakter der sozialistischen Revolution, ganz unabhängig davon, ob es sich um ein zurückgebliebenes Land handelt, das erst gestern seine demokratische Umwälzung vollzogen hat, oder um ein altes kapitalistisches Land, das eine lange Epoche der Demokratie und des Parlamentarismus durchgemacht hat. (...)
Verschiedene Länder werden diesen Prozeß in verschiedenem Tempo vollziehen. Unter gewissen Bedingungen können zurückgebliebene Länder früher als die fortgeschrittenen zur Diktatur des Proletariats kommen, aber später zum Sozialismus.

Trockij, 1930[58]

Der mächtige Imperialismus und seine reaktionären Verbündeten in China setzen sich in der Regel auf lange Zeit in den zentralen Städten des Landes fest. [Daher müssen die revolutionären Kämpfer] aus dem zurückgebliebenen Dorf eine fortschrittliche feste Basis, eine große militärische, politische, ökonomische und kulturelle Bastion der Revolution schaffen, um, auf diese gestützt, den Kampf gegen den Todfeind, der die Städte für den Angriff auf die ländlichen Gebiete ausnutzt, zu führen und den Sieg der Revolution im vollen Umfang, Schritt um Schritt und in einem lang dauernden Kampf zu erringen. Unter diesen Umständen ist einerseits der Sieg der chinesischen Revolution zuerst in den ländlichen Gebieten möglich (...), andererseits wird dadurch aber auch die Ungleich-

mäßigkeit der Revolution bewirkt, und der Kampf für den vollen Sieg gestaltet sich langwierig und mühevoll. Hieraus wird auch klar, daß der lange revolutionäre Kampf, der auf dieser Basis der Revolution voranschreitet, im wesentlichen ein von der Kommunistischen Partei Chinas geführter Partisanenkrieg der Bauern ist. (. . .)
Welchen Charakter hat letzten Endes die chinesische Revolution in der gegenwärtigen Phase? Ist sie eine bürgerlich-demokratische Revolution oder eine proletarisch-sozialistische? Sie gehört selbstverständlich nicht zum letzteren Typus, sondern zum ersteren. (. . .)
Allerdings ist die bürgerlich-demokratische Revolution im gegenwärtigen China schon nicht mehr die übliche alten Typs; Revolutionen dieser Gattung gehören bereits der Vergangenheit an. Es handelt sich vielmehr um einen neuen, besonderen Typ. Diese Gattung entwickelt sich gerade jetzt in China und allen anderen kolonialen und halbkolonialen Ländern; wir nennen sie »neudemokratische Revolution«. Die neudemokratische Revolution ist ein Bestandteil der proletarisch-sozialistischen Weltrevolution; sie tritt dem Imperialismus, d. h. dem internationalen Kapitalismus, entschieden entgegen. Politisch ist sie die Diktatur eines Bündnisses mehrerer revolutionärer Klassen, die gegen den Imperialismus und die verräterische Reaktion gerichtet sind, und sie kämpft dagegen, daß die chinesische Gesellschaft von einer bürgerlichen Diktatur beherrscht wird. Wirtschaftlich kämpft sie um Verstaatlichung der großen Kapitalien und Großunternehmen, die dem Imperialismus und der verräterischen Reaktion gehören, ferner um die Aufteilung des Bodens der Grundbesitzer und dessen Übergabe in das Eigentum der Bauern; gleichzeitig schützt sie die allgemeinen privatkapitalistischen Unternehmen und liquidiert keineswegs die großbäuerlichen Wirtschaften. Daher bereitet zwar eine solche neuartige demokratische Revolution einerseits dem Kapitalismus den Weg, andererseits aber schafft sie auch die Voraussetzung für den Sozialismus. Die gegenwärtige Phase der chinesischen Revolution ist eine Übergangsperiode zwischen dem Kampf um Beendigung der kolonialen, halbkolonialen und halbfeudalen Gesellschaft und der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft; das ist der Prozeß der neudemokratischen Revolution.

MAO TSE-TUNG, 1939[59]

Genosse Mao Tse-tung unterschied richtig zwischen den beiden revolutionären Etappen, d. h. zwischen der nationalen demokratischen Revolution und der sozialistischen Revolution. Zugleich hat er beide richtig und eng miteinander verknüpft. Die nationale demokratische Revolution ist eine notwendige Vorbereitung der sozialistischen Revolution und die sozialistische Revolution ist die unvermeidliche Fortsetzung der nationalen demokratischen Revolution. Es gibt zwischen diesen beiden Etappen keine Chinesische Mauer. Aber die sozialistische Revolution ist nur möglich, nachdem die nationale demokratische Revolution vollständig durchgeführt wurde. Je gründlicher die nationale demokratische Revolution war, um so günstiger sind die Voraussetzungen für die sozialistische Revolution.

LIN BIAO, 1965[60]

Nachdem die chinesische Revolution im ganzen Land gesiegt hat und das Bodenproblem gelöst ist, wird es in China noch immer zwei grundlegende Widersprüche geben. Der erste ist ein innerer Widerspruch, der Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie. Der zweite ist ein äußerer Widerspruch, der Widerspruch zwischen China und den imperialistischen Staaten. Daher darf nach dem Sieg der volksdemokratischen Revolution die von der Arbeiterklasse geführte Staatsmacht der Volksrepublik nicht geschwächt, sondern sie muß gestärkt werden. MAO TSE-TUNG, 1949[61]

Diese beiden Aspekte, der demokratische innerhalb des Volkes und der diktatorische gegenüber den Reaktionären, bilden zusammen die Diktatur der Volksdemokratie.
Aus welchem Grund muß so verfahren werden? Jedermann ist das klar. Wenn nicht so verfahren würde, ginge die Revolution verloren, das Volk geriete ins Unglück, und der Staat würde ausgelöscht.
»Wollt Ihr nicht die Staatsmacht abschaffen?« – Wir wollen es, aber gegenwärtig wollen wir es noch nicht, gegenwärtig können wir es noch nicht wollen. Warum? Immer noch gibt es den Imperialismus und in unserem Land die Reaktionäre und Klassen. Unsere augenblickliche Aufgabe liegt in der Stärkung des Staatsapparates des Volkes – das bedeutet hauptsächlich Volksarmee, Volkspolizei und Volksgerichte –, um dadurch die Landesverteidigung zu festigen und die Interessen des Volkes zu sichern. Unter diesen Bedingungen kann sich China unter Führung der Arbeiterklasse und der KP festen Schritts von einem Agrarstaat in einen Industriestaat verwandeln, von einer neudemokratischen Gesellschaft zu einer sozialistischen und kommunistischen werden, die Klassen auflösen und die Große Gemeinsamkeit verwirklichen. (. . .)
Der Volksstaat schützt das Volk. Erst wenn es einen Volksstaat gibt, kann das Volk in gesamtstaatlichem Umfang vollkommen demokratische Methoden anwenden, sich selbst erziehen und wandeln.

MAO TSE-TUNG, 1949[62]

Die Übergangsperiode ist voll von Widersprüchen und Kämpfen. Unsere gegenwärtigen revolutionären Kämpfe gehen sogar noch tiefer als der bewaffnete revolutionäre Kampf in der Vergangenheit. Es handelt sich dabei um eine Revolution, in der das kapitalistische System und alle anderen Ausbeutungssysteme restlos zu Grabe getragen werden.

MAO TSE-TUNG, 1967[63]

Weite Kreise des Volkes haben jetzt volles Vertrauen in den großen Sprung unserer Produktion nach vorn und sind entschlossen, den sozialistischen Aufbau weiter zu beschleunigen. Ungeduldig wollen sie die Hindernisse beseitigen, die der technische und kulturelle Rückstand verursacht hat. Nachdem die sozialistische Revolution bereits im wesentlichen an der wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Front siegreich war, halten das Zentralkomitee und der Genosse Mao Tse-tung nun den Zeitpunkt für gekommen, Partei und Volk vor neue revolutionäre Aufgaben zu stellen und zu einer technischen und zugleich kulturellen Revolution aufzurufen.
Marx, Engels und Lenin haben wiederholt betont, daß die »permanente Revolution« die Losung der Arbeiterklasse sein muß.

LIU SCHAO-TSCHI, 1958[64]

Der Genosse Mao Tse-tung sagt: bei uns lösen die Revolutionen einander ab. So war es in der Vergangenheit, und so wird es daher auch in Zukunft sein. Es wird folglich ewig so sein. Selbst die kommunistische Gesellschaft macht davon keine Ausnahme. (. . .)
Sollte eines Tages die Metaphysik an die Stelle der dialektischen Methode treten, so wird der Revolutionär zum Konservativen werden; derjenige, der ursprünglich ein glühender Anhänger revolutionärer Reformen war, wird unter den neuen Umständen sich bestürzt zeigen über die allerkleinste Reform. (. . .)
Um den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus auszuführen, haben wir unsere Zuflucht zur Form der Diktatur des Proletariats und zu anderen auf ihr beruhenden politischen und ökonomischen Formen genommen. Um jetzt den Sozialismus aufzubauen und

den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus zu bewerkstelligen, haben wir bereits eine Form gefunden, die wir heute für die beste und geeigneteste halten: die Form der Volkskommunen. [Die Volkskommune ist] das notwendige Produkt der permanenten Revolution; einmal realisiert, wird sie ihrerseits zu einem mächtigen Instrument bei der Fortführung der Revolution und zum Schauplatz, auf dem die permanente Revolution einen Schritt nach vorn tut.

WU JIANG, 1958[65]

Hinsichtlich der Frage des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus dürfen wir nicht im sozialistischen Stadium steckenbleiben, wir sollten uns aber auch nicht dem utopischen Traum hingeben, die Etappe des Sozialismus übergehen und direkt in das kommunistische Stadium springen zu können. Wir verfechten die marxistisch-leninistische Theorie der permanenten Revolution. Wir sind der Ansicht, daß zwischen der demokratischen und der sozialistischen Revolution und zwischen dem Sozialismus und dem Kommunismus keine »Große Mauer« bestehen kann und darf. Gleichzeitig aber befürworten wir die marxistisch-leninistische Theorie der etappenweisen Entwicklung der Revolution und vertreten den Standpunkt, daß die verschiedenen Entwicklungsetappen die qualitativen Veränderungen widerspiegeln und daß diese qualitativ verschiedenen Etappen nicht verwechselt werden dürfen.

ZK DER KPCH, 1958[66]

Die große proletarische Kulturrevolution, die sich jetzt entfaltet, ist eine große Revolution, die die Seele der Menschen erfaßt, und stellt in der Entwicklung der sozialistischen Revolution unseres Landes ein neues Stadium dar, das noch tiefer und weiter als das vorangegangene ist. (. . .)

Gegenwärtig besteht unser Ziel darin, gegen Leute in Machtpositionen, die den kapitalistischen Weg gehen, zu kämpfen und ihnen einen vernichtenden Schlag zu versetzen, die reaktionären bürgerlichen akademischen »Autoritäten« und die Ideologie der Bourgeoisie und aller anderen Ausbeuterklassen zu kritisieren und zurückzuweisen sowie die Erziehung, Literatur und Kunst und alle anderen Teile des Überbaus, die nicht der sozialistischen Wirtschaftsbasis entsprechen, umzuformen, damit die Konsolidierung und Entwicklung des sozialistischen Systems gefördert werden. (. . .)

In der großen proletarischen Kulturrevolution können die Massen nur selbst sich befreien, und die Methode, in allem für sie zu handeln, darf nicht angewendet werden.

Vertraut den Massen, stützt euch auf sie und achtet ihre Initiative. Befreit euch von der Furcht. Habt keine Angst vor Unordnung. Vorsitzender Mao hat uns oft gesagt, daß Revolution nicht derart verfeinert, sanft, gemäßigt, gütig, höflich, zurückhaltend und großmütig sein kann. Laßt die Massen sich in dieser großen revolutionären Bewegung selbst erziehen und es lernen, zwischen richtig und falsch und zwischen korrekter und unkorrekter Handlungsweise zu unterscheiden. (. . .)

Man muß streng zwischen zwei verschiedenen Arten von Widersprüchen unterscheiden: jenen im Volk und jenen zwischen uns und dem Feind. Widersprüche im Volk dürfen nicht in solche zwischen uns und dem Feind umgefälscht werden, noch dürfen die Widersprüche zwischen uns und dem Feind als solche im Volk hingestellt werden.

Es ist ganz natürlich, daß die Volksmassen verschiedene Ansichten haben. Kontroversen zwischen verschiedenen Ansichten sind unvermeidlich, notwendig und nützlich. Im Verlauf einer normalen und erschöpfenden Diskussion werden die Massen bestätigen, was recht, korrigieren, was falsch ist, und allmählich Einmütigkeit erzielen.

Die in Diskussionen anzuwendende Methode ist die Darlegung der Tatsachen, die Argumentation und mit Hilfe dieser Argumentation die Überzeugung. Es ist unzulässig, eine Minderheit, die anderer Ansicht ist, mit Gewalt zum Nachgeben zu zwingen. Die Minderheit soll geschützt werden, denn manchmal liegt bei ihr die Wahrheit. Auch wenn sie unrecht hat, soll ihr dennoch erlaubt werden, in ihrer Sache zu sprechen und ihre Meinung zu behalten.

ZK der KPCh, 1966[67]

Ohne ausgedehnte Volksdemokratie kann die Diktatur des Proletariats nicht gefestigt werden, und die politische Macht wird unstabil sein. Ohne Demokratie, ohne die Massen in Bewegung zu bringen, und ohne Überwachung durch die Massen ist es unmöglich, wirksam die Diktatur über die Reaktionäre und asozialen Elemente auszuüben, ist es auch unmöglich, diese wirksam umzuerziehen; sie werden fortgesetzt Unruhe stiften, und die Möglichkeit einer Restauration besteht noch immer.

Mao Tse-tung, 1968[68]

Vorsitzender Mao setzt hier genial und schöpferisch die Theorie von der Diktatur der Volksmasse unter der Führung der politischen Partei des Proletariats auseinander. Dies ist eine großartige Bereicherung und Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie vom Staat. (. . .)
Liu Schao-tschí war gegen die Diktatur der Masse und trat dafür ein, »sich nur auf die Organe des Sicherheitsdienstes und der Justiz zu verlassen«. Dabei verfolgte er das Ziel, diese Organe unter die Kontrolle seines bürgerlichen Hauptquartiers zu bringen und aus ihnen seine konterrevolutionären Werkzeuge zu machen, die den Klassenfeind schützen, ihn stillschweigend gewähren lassen und die Volksmasse unterdrücken sollten.
Der »Grund«, weshalb sich Liu Schao-tschi gegen die Diktatur der Masse stellte, war »die Rückständigkeit der Masse«. Er beschwerte sich, daß das chinesische Volk »die Demokratie nicht verstünde«. Das ist eine unerhörte Verleumdung des chinesischen Volkes.

Peking Rundschau, 1969[69]

Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Diese ganze Geschichtsperiode hindurch existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, existiert der Kampf zwischen den beiden Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, existiert die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus, existiert die Bedrohung durch Umsturz und Aggression seitens des Imperialismus und des modernen Revisionismus. Solche Widersprüche können nur durch die marxistische Theorie über die Weiterführung der Revolution und durch die von ihr angeleitete Praxis gelöst werden. Die große proletarische Kulturrevolution in unserem Land ist gerade eine große politische Revolution, die das Proletariat unter den Bedingungen des Sozialismus gegen die Bourgeoisie und alle anderen Ausbeuterklassen durchführt.

Statut der KPCh, 1969[70]

Eine Gesellschaft, in der es hinterhältige Anschläge der feindlichen Klassen gibt, die zersetzende Wirkung der alten Ideologie fortbesteht, wo Unterschiede zwischen Stadt und Land und die Klassenunterschiede zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft bestehen bleiben, wo die Industrialisierung des Landes noch nicht voll verwirklicht und die materielle und technische Basis des Sozialismus noch nicht geschaffen ist, kann noch nicht als eine Gesellschaft bezeichnet werden, in der der Sozialismus vollständig gesiegt hat. (. . .)

Nur wenn der sozialistische Staat die Diktatur gegen die feindlichen Elemente, die ideologische Revolution und die ökonomische Arbeit zusammen richtig realisiert, können die beiden Festungen, die ideologische und die materielle, die auf dem Weg zum Sozialismus und Kommunismus erstürmt werden müssen, genommen und kann auf diese Weise der vollständige Sieg des Sozialismus gewährleistet werden. (. . .)
Die Kommunisten kämpfen nicht nur für die Freiheit und die Befreiung des Volkes, sondern auch für sein glückliches Leben. (. . .) Die Sorge für die Erhöhung des Wohlstandes des Volkes, das ist das höchste Prinzip der Tätigkeit der Partei und des Staates der Arbeiterklasse.

Kim Ir Sen, 1969[71]

IV. Zur Ideologie und Strategie des Übergangs auf Weltebene

Man darf die Sätze des Marxismus-Leninismus nicht bloß schematisch lernen, sondern man muß ihn selbst als die Wissenschaft von der Revolution studieren. (. . .) Die große Stärke des Marxismus-Leninismus besteht darin, daß er mit der konkreten revolutionären Praxis eines jeden Staates verbunden ist. (. . .) Wir müssen die westlichen Schablonen abtun, das leere und abstrakte Geschwätz soll abklingen, der Dogmatismus soll schweigen.

Mao Tse-tung, 1938[72]

Die Formen des Übergangs verschiedener Länder vom Kapitalismus zum Sozialismus können unterschiedlich sein. Die Arbeiterklasse und ihre Vorhut, die marxistisch-leninistische Partei, sind bestrebt, die sozialistische Revolution mit friedlichen Mitteln durchzuführen. Die Verwirklichung dieser Möglichkeit entspräche den Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes, den gesamtnationalen Interessen des Landes.
Unter den heutigen Verhältnissen hat die Arbeiterklasse mit ihrer Vorhut an der Spitze in einer Reihe von kapitalistischen Ländern die Möglichkeit, auf der Grundlage der Arbeitereinheits- und der Volksfront und anderer möglicher Formen des Bündnisses und der politischen Zusammenarbeit verschiedener Parteien und gesellschaftlicher Organisationen die Mehrheit des Volkes zu vereinigen, die Staatsmacht ohne Bürgerkrieg zu erobern und den Übergang der wichtigsten Produktionsmittel in die Hand des Volkes zu sichern. (. . .)
Für den Fall, daß die Ausbeuterklassen dem Volke gegenüber Gewalt brauchen sollten, muß man eine andere Möglichkeit im Auge haben: die des nichtfriedlichen Übergangs zum Sozialismus. Der Leninismus lehrt – und die historische Erfahrung bestätigt –, daß die herrschenden Klassen die Macht nicht freiwillig abtreten. Der Grad der Erbitterung und die Formen des Klassenkampfes werden unter diesen Bedingungen nicht so sehr vom Proletariat abhängen, als vielmehr von der Stärke des Widerstandes, den die reaktionären Kreise dem Willen der überwältigenden Mehrheit des Volkes entgegensetzen, davon, ob diese Kreise in dieser oder jener Phase des Kampfes für den Sozialismus Gewalt anwenden werden.
Die reale Möglichkeit dieser oder jener Art des Übergangs zum Sozialismus wird in jedem einzelnen Lande durch die konkreten historischen Verhältnisse bestimmt.

Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1957[73]

Unsere Epoche, deren Hauptinhalt der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitete Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist, ist die Epoche des Kampfes der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme, die Epoche der sozialistischen Revolutionen und der nationalen Befreiungsrevolutionen, die Epoche des Zusammenbruchs des Imperialismus und der Liquidierung des Kolonialsystems, die Epoche des Übergangs immer neuer Völker auf den Weg des Sozialismus, die Epoche des Triumphes des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab.

Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1960[74]

Damit allen Menschen der Welt ein Überfluß an Industriegütern zur Verfügung steht, müssen also die Produktivkräfte stark gesteigert werden. Diese Entfaltung der Produktivkräfte bedeutet, daß die gegenwärtige Industrieproduktion der Welt verdoppelt, wenn nicht verdreifacht werden muß. *Dies aber schließt die Notwendigkeit einer Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, einer Periode der sozialistischen Akkumulation in sich ein.* Im Verlauf dieser Periode kann auf der Grundlage der Vergesellschaftung der großen Produktionsmittel und des Handels sowie einer weltweiten Planung der Wirtschaft ein Entwicklungsgrad der (mechanischen und menschlichen) Produktivkräfte erreicht werden (was vor allem eine riesige Erziehungsaufgabe ist), der eine Wirtschaft ermöglicht, die ihre Güter und Dienstleistungen so verteilt, daß alle Bedürfnisse sämtlicher Mitglieder der Weltgesellschaft gedeckt werden.

Ernest Mandel, 1960[75]

Unsere Partei [KPdSU] geht davon aus, daß in der gegenwärtigen Epoche günstige internationale und innere Bedingungen zum Übergang immer weiterer Länder zum Sozialismus bestehen. Das stimmt sowohl in bezug auf die entwickelten kapitalistischen Länder als auch in bezug auf die Länder, die erst vor kurzem die nationale Unabhängigkeit errungen haben. (. . .)

Die Revolution ist ein Werk der breitesten Volksmassen. Die genaue Analyse der konkreten Situation, die richtige Einschätzung des Kräfteverhältnisses – das ist eine der wichtigsten Bedigungen der Revolution. Man kann den Elan der revolutionären Massen im Kampf für den Sieg der sozialistischen Revolution nicht hemmen, wenn dafür die objektiven und subjektiven Bedingungen herangereift sind. Das käme dem Tode gleich. Aber man kann eine Revolution nicht künstlich anpeitschen, wenn dafür die Bedingungen noch nicht reif sind. Ein Aufstand, für den die Zeit noch nicht reif geworden, ist, wie die Erfahrung des revolutionären Klassenkampfes lehrt, zum Scheitern verurteilt. (. . .)

Die Arbeiterklasse und ihr Vortrupp, die marxistisch-leninistischen Parteien, sind bestrebt, die sozialistische Revolution mit friedlichen Mitteln, ohne Bürgerkrieg zu vollziehen. Dies würde den Interessen der Arbeiterklasse und des gesamten Volkes, den gesamtnationalen Interessen des Landes dienen.

Brief des ZK der KPdSU an das ZK der KPCh, 30. 3. 1963[77]

Es sind Tagträume, wenn irgendjemand meint, daß auch wir, da unsere Revolution siegreich ist, unser nationaler Aufbau voranschreitet, unser nationaler Reichtum größer wird und unser Lebensstandard sich hebt, unseren revolutionären Kampfgeist verlieren, die Sache der Weltrevolution aufgeben und den Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus beiseite werfen würden. Natürlich rührt jede Revolution in einem

Lande von den Forderungen des eigenen Volks her. Nur wenn das Volk in einem Lande erwacht, mobilisiert, organisiert und bewaffnet ist, kann es sich der reaktionären Herrschaft der Imperialisten und ihrer Lakaien durch Kampf entledigen. Es kann dabei von niemand ersetzt, und seine Rolle kann von keinem Volk im Ausland übernommen werden. Aber das schließt die gegenseitige Anteilnahme und Unterstützung der revolutionären Völker in aller Welt bei ihrem Kampf gegen die Imperialisten und deren Lakaien nicht aus. Unsere Unterstützung und Hilfe für andere revolutionäre Völker dient gerade dazu, ihnen zu helfen, einen Kampf zu führen, bei dem sie sich auf die eigenen Kräfte verlassen.

LIN BIAO, 1965[78]

Die Entwicklung jener Länder, die den Weg der Freiheit jetzt antreten, muß die sozialistischen Länder etwas kosten. (. . .) Es kann keinen Sozialismus geben, wenn nicht im Bewußtsein eine Veränderung eintritt, die zu einer brüderlichen Haltung in den Beziehungen der Menschheit führt, sowohl auf der individuellen Ebene (innerhalb der sozialistischen Gesellschaft oder in der Periode des sozialistischen Aufbaus), als auch auf Weltebene gegenüber allen Völkern, die die imperialistische Unterdrückung erdulden. Wir glauben, daß die Verantwortung, den abhängigen Ländern zu helfen, nur von einem solchen Geist getragen werden kann, und daß nicht von *gegenseitigem Vorteil* die Rede sein darf, wenn die Beziehungen zu den zurückgebliebenen Ländern vom Wertgesetz beherrscht und wenn die internationalen Beziehungen ungleicher Tausch sind (der sich von eben diesem Wertgesetz ableitet). (. . .) Wenn wir zugeben, daß jene Art von brüderlichen Beziehungen es ist, die die Länder verbinden sollte, müssen wir auch zugeben, daß das sozialistische Lager in gewisser Weise Komplize der imperialistischen Ausbeutung ist. (. . .) Die sozialistischen Länder haben die moralische Pflicht, ihre stillschweigende Komplizenschaft mit den Ausbeuterstaaten des Westens völlig zu liqudieren.

CHE GUEVARA, 1965[79]

Der Widerspruch zwischen »Plan« und »Markt« bezeichnet einen wesentlichen Widerspruch im Sozialismus als einer *Übergangsphase*. Dieser Widerspruch ist das *Oberflächenphänomen*, das durch einen tieferen Widerspruch hervorgerufen wird, nämlich durch den Grundwiderspruch der Übergangsperiode, der offensichtlich auf der Ebene der Produktionsverhältnisse und der Produktivkräfte liegt. (. . .)
Was den Sozialismus im Gegensatz zum Kapitalismus charakterisiert, ist nicht das Bestehen oder Fehlen von Marktmechanismen, von Geld und Preisen, sondern das Bestehen der Vorherrschaft des Proletariats, der Diktatur des Proletariats. Durch die Tätigkeit dieser Diktatur auf allen Gebieten – wirtschaftlich, politisch, ideologisch – können Marktverhältnisse allmählich abgeschafft werden durch *konkrete* Maßnahmen, die *konkreten* Situationen angepaßt sind. Diese Abschaffung kann nicht »verordnet« oder »proklamiert« werden. Sie erfordert politische *Strategie* und politische *Taktik*. Wenn diese fehlen, kann auch die schönste Proklamation zu etwas ganz anderem als zum erklärten (oder erhofften) Ziel führen. (. . .)
Unter gewissen Umständen mag das Proletariat, das die Macht erlangt hat, auch zu strategischen oder taktischen *Rückzügen* auf der wirtschaftlichen Front gezwungen werden. Selbstverständlich müssen diese *Rückzüge*, um nicht zu *Niederlagen* zu führen, deutlich und klar auch als solche bezeichnet und nicht als »Siege« verstanden und dargestellt werden, denn das letzte Ziel ist die vollständige Abschaffung der Marktmechanismen; es gibt keinen Zweifel, daß dies nur möglich ist, wenn auch der Staat verschwin-

det, und das kann nur erreicht werden, wenn der Kommunismus weltweit errichtet wird.

BETTELHEIM, 1969[80]

Nach meiner Ansicht sind gerade in den Übergangsgesellschaften oder zumindest in bestimmten Phasen ihrer Entwicklung die »determinierenden« Elemente der geschichtlichen Verursachung die schwächsten und gerade die »voluntaristischen« die wesentlichsten. Wenn dem so ist, bedeutet es, daß bei der Analyse dieser Gesellschaften wir uns besonders davor hüten müssen, in Dogmen und Schablonen zu denken.

SWEEZY, 1969[81]

In der Phase des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus hängt der Erfolg des Proletariats oder aber das Wiedererstehen einer Bourgeoisie davon ab, welche dieser beiden Klassen die technische Organisation der Produktion sowie die technisch-wissenschaftliche Entwicklung beherrscht (. . .)
Die proletarische Revolution muß also einerseits die Hindernisse überwinden, welche die Bourgeoisie der technisch-wissenschaftlichen Ausbildung der Arbeitermassen in den Weg gelegt hat; andererseits muß sie auch die bürgerliche Arbeitsteilung überwinden, welche die schöpferische Energie der Arbeiterklasse unterdrückt und verhindert, daß das ganze Volk an der Entwicklung der Produktivkräfte teilhat (. . .)
Folglich kann sich die Arbeiterklasse, nachdem sie die Macht ergriffen hat, nicht darauf beschränken, die Bourgeoisie zu enteignen, die Anarchie der bürgerlichen Produktion durch die sozialistische Planwirtschaft zu ersetzen; sie muß vielmehr proletarische Produktionsverhältnisse einführen, sich der technischen Organisation der Produktion und der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung bemächtigen.
Das Proletariat kann jedoch die bürgerliche Arbeitsteilung nicht durch einen bloßen Willensakt abschaffen, denn durch diese Arbeitsteilung ist der Bourgeoisie eine *wirkliche* technische Fähigkeit zugewachsen, den Arbeitern aber lediglich eine Fähigkeit zur manuellen Ausführung. Nur mit einer großen und qualifizierten Arbeiterklasse wäre es möglich, sofort den langen Prozeß einzuleiten, der darauf abzielt, proletarische Produktionsverhältnisse einzuführen, was selbstverständlich augenblicks einen verschärften Klassenkonflikt mit den bürgerlichen Technikern hervorrufen würde. Wenn aber die Arbeiterklasse in der Minderheit ist und es nur wenige qualifizierte Arbeiter gibt, wie in der Sowjetunion und in China, ist es notwendig, jenen Prozeß aufzuschieben; die kommunistische Führung muß sich dann der bürgerlichen Techniker bedienen, um die sozialistische Wirtschaft aufzubauen. Daher ist es verständlich, daß alle sozialistischen Gesellschaften zu Beginn ein wichtiges Element der kapitalistischen Gesellschaft beibehalten haben: die bürgerliche Arbeitsteilung. Weniger verständlich ist, warum alle sozialistischen Länder – mit Ausnahme Chinas – im Stadium der fortgeschrittenen Industrialisierung das klassische kommunistische Programm im Hinblick auf die Überwindung der bürgerlichen Arbeitsteilung nicht wieder aufgenommen haben, warum sich diese Arbeitsteilung in manchen Fällen sogar noch konsolidiert hat (. . .)
Nach der Machtübernahme steht das Proletariat vor einem tiefgreifenden Widerspruch: in dem Augenblick, da es die wirtschaftliche Macht der Bourgeoisie trifft, indem es ihre Privilegien beschneidet, muß es von eben dieser Bourgeoisie die Zusammenarbeit erwirken, um die Produktion, die Verwaltung und die Entwicklung der Technik zu organisieren. Wenn man aber die in bezahlte Kader umgewandelten kapitalistischen Manager und Experten ihrer Privilegien beraubt, vermindert sich die Effektivität ihrer Arbeit so

sehr, daß dies der Wirtschaft des Landes schadet. Und selbst wenn man gewisse Privilegien aufrechthält als Entschädigung für effektive Arbeit, muß das Proletariat in der Lage sein, diese Effektivität zu kontrollieren. Es muß also über genügend vertrauenswürdige kommunistische Kader verfügen, damit es den bürgerlichen Kadern einen Teil der wichtigsten Entscheidungen abnehmen und die Arbeit der bürgerlichen Techniker kontrollieren kann. Doch eine solche Kontrolle reicht nicht aus; ihr Erfolg hängt auch von der Kontrolle ab, die von der Basis, von den Arbeitern ausgeübt wird.

MARCO MACCIÓ, 1969[82]

Anmerkungen

1 Wilhelm Weitling, *Garantien der Harmonie und Freiheit*, Berlin 1955, S. 262.
2 Herbert Marcuse, *Die Gesellschaftslehre des Sowjetmarxismus*, Neuwied/Berlin 1964, S. 43.
3 Maurice Merleau-Ponty, *Humanismus und Terror* 1, Frankfurt 1966, S. 12.
4 Mao Tse-tung, Über die Widersprüche, *Ausgewählte Schriften*, Frankfurt 1963, S. 59.
5 Etienne Cabet, *Reise nach Ikarien*, deutsch von F. v. Wendel-Hippler; zitiert nach: *Politische Katechismen*, hrsg. v. K. M. Michel, Frankfurt 1966, S. 192.
6 Weitling, a.a.O., S. 262.
7 Zitiert nach: *Die Londoner Kommunistische Zeitschrift und andere Urkunden aus den Jahren 1847/48*, hrsg. v. Carl Grünberg, Leipzig 1921, S. 82, 84.
8 Weitling, *Garantien der Harmonie und Freiheit*, 3. Auflage 1849, zitiert nach Weitling, a.a.O., S. 315.
9 Marx/Engels, *Werke*, Berlin 1960 ff. (MEW), Bd. 4, S. 481, 482.
10 Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, MEW Bd. 7, S. 89 f.
11 Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW Bd. 13, S. 9.
12 Michail Bakunin, Commune von Paris, in: Bakunin, *Gott und der Staat und andere Schriften*, Reinbeck 1969, S. 195, 200, 202.
13 Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW Bd. 17, S. 342 f.
14 Engels an Cuno, 24. 1. 1872.
15 Marx, Rede über den Haager Kongreß, MEW Bd. 18, S. 160.
16 Michail Bakunin, *Etatisme et anarchisme*, zitiert nach: *The Political philosophy of Bakunin*, ed. by G. P. Maximoff, London 1953, S. 287 ff.
17 Engels, Von der Autorität, MEW Bd. 18, S. 308.
18 Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW Bd. 19, S. 20, 21, 28.
19 Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW BD. 19, S. 223 f., 228.
20 Engels, Einleitung zu: Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW Bd. 22, S. 199.
21 W. I. Lenin, Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, *Ausgewählte Werke*, Berlin 1961 (AW), Bd. 2, S. 62.
22 Lenin, Die drohende Katastrophe . . ., AW Bd. 2, S. 299.
23 Lenin, Staat und Revolution, AW Bd. 2, S. 393, 399, 403.
24 Lenin, Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?, AW Bd. 2, S. 460, 461 f., 46.
25 Lenin, Antwort auf eine Frage der linken Sozialrevolutionäre, zitiert nach: R. V. Daniels, *Das Gewissen der Revolution*, Köln/Berlin 1962, S. 107.

26 Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, AW Bd. 2, S. 736 f., 743 f., 757, 762, 763.
27 J. Ossinski im *Kommunist*, April 1918; zitiert nach Daniels, a.a.O., S. 110 f.
28 Lenin, Über die »linke« Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit, AW Bd. 2, S. 786.
28a Karl Kautsky, *Die Diktatur des Proletariats*, Wien 1918, S. 19 f., 63.
28b Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, AW Bd. 3, S. 79, 92.
29 Lenin, Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats, AW Bd. 3, S. 323, 328, 330, 332.
30 Rosa Luxemburg, *Die russische Revolution*, Frankfurt 1963, S. 78, 79.
31 Georg Lukács, Kritische Bemerkungen über Rosa Luxemburgs »Kritik der russischen Revolution«, in: *Geschichte und Klassenbewußtsein*, Berlin 1923, S. 278, 284, 288.
32 Eugen Varga, *Die wirtschaftlichen Probleme der proletarischen Diktatur*, Wien 1920, S. 6, 8, 38.
33 Nikolaj Bucharin, *Ökonomik der Transformationsperiode*, Reinbeck 1970, S. 149 f.
34 Petr I. Stučka, *Die revolutionäre Rolle von Recht und Staat*, Frankfurt 1969, S. 131, 155.
35 Lenin, Referat auf dem IV. Kongreß der Komintern, 1922, AW Bd. 3, S. 814 ff.
36 Bucharin, *Theorie des historischen Materialismus*, Moskau 1922, S. 310, 365.
37 Zitiert nach Daniels, a.a.O., S. 409.
38 Karl Kautsky, *Die proletarische Revolution und ihr Programm*, Berlin 1922, S. 119, 141.
39 Lenin, Über das Genossenschaftswesen, AW Bd. 3, S. 865 f.
40 Zitiert nach Daniels, a.a.O., S. 262.
41 E. Paschukanis, *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus*, Wien 1929, S. 113.
41a Trotzki, *Literatur und Revolution*, Berlin 1968, S. 193.
42 Bucharin, *Der Weg zum Sozialismus*, Wien 1925; zitiert nach: *Der Sowjetkommunismus. Dokumente*, Bd. 1, Köln/Berlin 1963, S. 259.
42a Zitiert nach: Deborin/Bucharin, *Kontroversen über dialektischen und mechanistischen Materialismus*, Frankfurt 1969, S. 398 f.
42b Stalin, Über den Aufbau des Sozialismus in einem Lande, zitiert nach: Deborin/Bucharin, a.a.O., S. 397, 399.
42c Bucharin, Über die Theorie der »permanenten Revolution«, zitiert nach: Deborin/Bucharin, a.a.O., S. 262 f.
43 E. Preobrazhensky, *The New Economics*, Oxford 1965, S. 253, 261 f.
44 J. W. Stalin, Zu den Fragen des Leninismus, in: *Fragen des Leninismus*, Berlin 1950, S. 147.
45 Stalin, Die Oktoberrevolution und die Taktik der russischen Kommunisten, zitiert nach Daniels, a.a.O., S. 294 f.
46 Zitiert nach Daniels, a.a.O., S. 348.
47 Zitiert nach Daniels, a.a.O., S. 331.
48 Stalin auf dem XV. Parteitag der KPdSU (B); zitiert nach: *Der Sowjetkommunismus*, a.a.O., S. 248 f.
49 Zitiert nach Daniels, a.a.O., S. 349.
50 Zitiert nach Daniels, a.a.O., S. 409, 410.
51 Arkadij Gurland, *Marxismus und Diktatur*, Leipzig 1930, S. 106.
52 Zitiert nach: *Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang*, 1938, S. 423.

53 Leo Trotzki, *Verratene Revolution*, Zürich 1958, S. 64.
54 Stalin, Über den Entwurf der Verfassung der UdSSR; zitiert nach: Stalin, *Zu den Fragen des Leninismus. Eine Auswahl*, Frankfurt 1970, S. 223, 224, 249.
55 M. Merleau-Ponty, *Humanismus und Terror*, a.a.O., S. 108 f.
56 Trotzki, *Ihre Moral und unsere* (1938), o.O.o.J. (hektogr.), S. 12.
57 Bertolt Brecht, *Gesammelte Werke*, Frankfurt 1967, Bd. VIII, S. 881 f.
58 Trotzki, *Die permanente Revolution*, Frankfurt 1956, S. 160 f.
59 Mao Tse-tung, Die chinesische Revolution und die KPCh, in: *Ausgewählte Schriften*, Frankfurt 1963, S. 138, 150 f.
60 Lin Biao, Es lebe der Sieg im Volkskrieg, *Peking Rundschau* Nr. 37, 1965.
61 Zitiert nach: *Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung*, Peking 1967, S. 45.
62 Mao Tse-tung, Über die Diktatur der Volksdemokratie, *Ausgew. Schriften*, a.a.G., S. 184 f.
63 Zitiert nach: *Peking Rundschau* Nr. 39, 1969.
64 Liu Schao-tschi, Rede vom 5. Mai 1958; zitiert nach Stuart R. Schramm, *Die permanente Revolution in China*, Frankfurt 1966, S. 87.
65 Wu Jiang, Ein Verfechter der Theorie der permanenten Revolution muß mit Notwendigkeit konsequenter dialektischer Materialist sein, in: Schramm, a.a.O., S. 116, 117, 124.
66 Beschluß des ZK der KPCh über einige Fragen der Volkskommunen, 10. 12. 1958; zitiert nach Schramm, a.a.O., S. 145.
67 Beschluß des ZK der KPCh über die Große Proletarische Kulturrevolution, 1966; in: *Schulungsheft zur Chinesischen Revolution*, hrsg. von den Marxisten-Leninisten Westberlin, 1970, S. 27 ff.
68 Zitiert nach: *Peking Rundschau* Nr. 39, 1969.
69 Diktatur des Proletariats ist Diktatur der Masse. Von den proletarischen Revolutionären an der politischen Akademie der Chinesischen Volksbefreiungsarmee, *Peking Rundschau* Nr. 6, 1969.
70 Zitiert nach: *Peking Rundschau* Nr. 18, 1969.
71 Kim Ir Sen, *Die Koreanische Volksdemokratische Republik ist das Banner der Freiheit und Unabhängigkeit für unser Volk und die machtvolle Waffe für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus*, Pjöngjang 1969, S. 53 f.
72 Mao Tse-tung, Der Platz der KPCh im nationalen Krieg, *Ausgew. Schriften*, a.a.O., S. 75 f.
73 Zitiert nach: *Der Sowjetkommunismus*, a.a.O., S. 462 f.
74 Zitiert nach: *Der Sowjetkommunismus*, a.a.O., S. 448.
75 Ernest Mandel, *Marxistische Wirtschaftstheorie*, Frankfurt 1968, S. 647.
77 Zitiert nach: P. Gäng / R. Reiche, *Modelle der kolonialen Revolution*, Frankfurt 1967, S. 176, 177, 178.
78 Lin Biao, Es lebe der Sieg im Volkskrieg, *Peking Rundschau* Nr. 37, 1965.
79 Zitiert nach: Sergio de Santis, Bewußtsein und Produktion, *Kursbuch 18*, 1969, S. 113 f.
80 Charles Bettelheim, Brief an Sweezy, in: Bettelheim, Dobb u. a., *Zur Kritik der Sowjetökonomie*, Berlin 1969, S. 114 f.
81 Paul M. Sweezy, Antwort an Bettelheim, ebenda S. 125.
82 Marco Macció, Parti, techniciens et classe ouvrière daus la révolution chinoise, *les temps modernes*, August/September 1970, S. 215 ff.

Evgenij Samojlovič Varga
Der russische Weg zum Sozialismus und seine Ergebnisse

Die tiefe Krise im gesamten sozialen Leben Rußlands, die in aller Schärfe nach den militärischen Niederlagen von 1917 zutage trat, zeigte die völlige Unfähigkeit des alten, reaktionären, gutsherrlichen Polizeistaates, das Land wie bisher zu regieren, und zugleich zeigte sich die Weigerung der Arbeiter, sich weiterhin seiner Macht zu unterwerfen. Das bestimmte die wesentlichen Zielsetzungen des revolutionären Kampfes der Arbeiter- und Bauernmassen und führte zur Oktoberrevolution, die der KPR(b) zur Macht verhalf.

Die Antriebskraft der Oktoberrevolution war im wesentlichen nicht das Streben der arbeitenden Massen nach Errichtung des Sozialismus – denn die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus wurden nur von der oberen Schicht der Arbeiterklasse einigermaßen und von der Bauernschaft überhaupt nicht verstanden –, sondern das Bestreben der arbeitenden Massen, die alte, völlig korrumpierte Ordnung zu zerstören, der Haß der Massen nicht nur auf die Minister, Generalgouverneure und Polizisten, sondern auch auf die Gutsbesitzer und Unternehmer, auf die Generäle und Offiziere des Zaren, das Streben des Volkes, sich von der Herrschaft dieser Leute und von der ökonomischen Ausbeutung durch sie zu befreien und eine neue, freie Staatsform zu schaffen, eine andere Macht, die den Interessen des Volkes entspräche. Dieser Haß, der lange im Bewußtsein der Volksmassen geschwelt hatte und nun endlich zum Ausbruch kam, bedingte den revolutionären Elan der Ereignisse von 1917 und der folgenden Jahre des Bürgerkriegs und des Kampfes gegen die Interventionstruppen. Diese Ereignisse schlossen die Industriearbeiter, die armen Schichten in Stadt und Land, die Mehrheit der mittleren Bauern und die Soldaten und Matrosen, die aus all diesen Schichten kamen und ein höheres Klassenbewußtsein besaßen, eng zusammen. Sie vereinten die Vertreter dieser Schichten in den neuen lokalen Machtorganen, den »Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten«, und sie drängten sie dazu, aktiv für die »Macht der Sowjets« zu kämpfen. Dieser Haß und diese Bestrebungen ließen im Bewußtsein einer großen Zahl von Angehörigen der arbeitenden Massen das Gefühl gesellschaftlicher Verantwortlichkeit ent-

stehen, eine militante Begeisterung, den Mut, Heldentaten zu vollbringen und den feindlichen Kräften auf der Ebene der Arbeit oder auf der Ebene der Organisierung neuer Formen der sozialen Herrschaft entgegenzutreten. Aber die Losungen »Sozialismus« und »Herrschaft der Sowjets« wurden nach wie vor durch die Vertreter der revolutionären Intelligenz, die Reden und Artikel der Führung der KPR(b) mit Lenin an der Spitze in das Bewußtsein der Massen getragen.
Diesem vereinigten revolutionären Lager standen, die Waffen in der Hand, soziale Kräfte gegenüber, die nicht im eigentlichen Sinne der Bourgeoisie angehörten, sondern fast ausschließlich dem alten halbfeudalen, bürgerlich-gutsbesitzerlichen Lager: Generäle und Offiziere des Zaren, Adlige, führende und wohlhabende Kosaken, Kulaken und die Vertreter der ländlichen Wucherer- und Händlerbourgeoisie mit ihrem reaktionären Bewußtsein. Trotz des verbissenen Widerstands dieses Lagers in seiner Gesamtheit, das durch Interventionstruppen von 14 Staaten unterstützt wurde, errang das revolutionäre Lager schließlich den Sieg. Die innere Stärke und der Zusammenhalt der revolutionären Schichten waren so groß, daß sie durch äußerst harte Prüfungen hindurch – militärische Niederlagen, wirtschaftliche Desorganisation, Hunger – vier Jahre später die roten Fahnen der Herrschaft der Sowjets im ganzen Land aufpflanzen konnten, außer in seinen ehemaligen westlichen Randbezirken.

Die Klassenwidersprüche in der neuen Gesellschaft

Ungeachtet dieses erstaunlichen Sieges wurden jedoch innerhalb des revolutionären Lagers tiefe Klassenwidersprüche spürbar, die durch den Charakter der Oktoberrevolution selbst erzeugt worden waren. Diese Revolution war im Namen der »Ideale« des Sozialismus abgelaufen und trug den Namen »sozialistische Revolution«. Aber in Wirklichkeit war sie das nur zum Teil. Sie war die kühne und blutige Entscheidung nicht nur eines, sondern zweier verschiedener sozialer Kriege, die seit langem in der russischen Gesellschaft geführt wurden, und die Lenin 1905 in dem Artikel »Sozialismus und Bauernschaft« beschrieben hatte.
Der eine war der Krieg der gesamten Bauernschaft und ihrer Ideologen gegen das autokratische und gutsherrliche Herrschaftssystem: für »Land und Freiheit«; der andere der des Proletariats und der halbproletarischen Schichten der Bauernschaft gegen die städtische und ländliche Bourgeoisie: für die Nationalisierung und Sozialisierung der wichtigsten industriellen

Produktionsmittel. Die Oktoberrevolution war somit nur teilweise eine sozialistische Revolution und in nicht geringem Maße eine bürgerliche Bauernrevolution. Sie hatte als aktive Hauptdarsteller nicht nur die Industriearbeiter, die das bürgerliche Eigentum enteigneten, sondern auch die großen Massen der armen und mittleren Bauernschaft, ebenso die Soldaten und Matrosen, die aus ihrer Mitte hervorgegangen waren und die von der Front und von ihren Schiffen in die Dörfer desertierten, um die Besitzungen der Gutsherren zu verwüsten und ihr Land aufzuteilen. Am Ausgang der Revolution gingen die industriellen Unternehmungen, der Bergbau, die Banken, die Eisenbahnen in das Eigentum und in die Verwaltung des sowjetischen Staates über. Zugleich wurde aber nur ein kleiner Teil des Kulturlands Eigentum des neuen Staates. Der Vorschlag Lenins auf dem I. Kongreß der Bauernschaft, daß das Land der Grundeigentümer mit deren Ausrüstungen die Grundlage kollektiver Betriebe bilden sollte, die von den Ärmsten betrieben würden, konnte von der Bauernschaft nicht verwirklicht werden. Die Bauern nahmen die ländlichen Besitztümer in Besitz oder stutzten sie stark zurecht.

Die bürgerliche Bauernrevolution lief unter der Parole der sozialistischen Revolution ab. Die sozialistische Revolution wurde jedoch in starkem Maße durch die Klassenkräfte der bürgerlichen Bauernrevolution gestärkt und geschützt. Wenn diese Kräfte nicht durch die Triebkraft des Kampfes gegen das autokratische und gutsherrschaftliche System mitgerissen worden wären, durch das Bestreben, endlich »Land und Freiheit« zu bekomme, hätte die proletarische Revolution nicht siegen und sich in den Hauptstädten und den industriellen Zentren nicht festigen können. Sie wäre durch die Kräfte der bürgerlich-gutsherrlichen Konterrevolution ausradiert worden.

Die bäuerlichen Ideale von »Land und Freiheit«, die die Möglichkeit des kapitalistischen Wegs der [amerikanischen] Farmer wiedergaben, und die proletarischen Ideale des »Wissenschaftlichen Sozialismus«, die das Privateigentum an Produktionsmitteln verneinten, standen zueinander in einem tiefen Widerspruch, der die Form eines Klassenantagonismus besaß. Lenin hatte 1907 recht gehabt, als er annahm, daß dieser Widerspruch nur durch Gewalt, mit bewaffneter Macht gelöst werden könne. Er glaubte, daß die Farmerbourgeoisie, wenn sie sich weiterentwickelt und gefestigt hätte, das Proletariat – ihren Verbündeten in der antifeudalen Revolution – »beruhigen« bzw. abwürgen würde. Tatsächlich jedoch trat das diametral entgegengesetzte Phänomen ein: und das war nicht weniger dramatisch.

Parallel zu diesem Klassenantagonismus im Schoße des revolutionären Lagers, das im ganzen Land die »Macht der Sowjets« eingerichtet hatte, zeigte sich unter den konstitutiven sozialen Kräften dieses Lagers mit einem Mal ein anderer, äußerlich weniger offenbar werdender Widerspruch, der sich auch aus der Klassenstruktur der russischen Gesellschaft ableitete und seinerseits später folgerichtig zu dramatischen Resultaten führte.

War das erste Klassenelement im Innern des revolutionären Lagers das Industrieproletariat im eigentlichen Sinne, zu dem sich die qualifizierten Lohnarbeiter der Eisenbahn, der Schiffahrtslinien, der großen landwirtschaftlichen Besitztümer und der Werkstätten gesellten, waren das zweite »Klassenelement« dieses Lagers die kleinen Eigentümer von ländlichen und städtischen Produktionsmitteln, die ihren Bedürfnissen ebenso durch ihre eigene Arbeit wie durch Ausbeutung von Lohnarbeit nachkommen konnten, so enthielt dieses Lager teilweise noch ein drittes »Klassenelement«, das eine klare theoretische Definition erfordert.

In seinen *Briefen aus der Ferne*, in denen er die Gruppierungen in den Klassenkämpfen in Rußland nach dem Sturz (der Autokratie) des Zarismus analysierte, schrieb Lenin, daß »der Sowjet der Arbeiterdeputierten (...) sich im gesamten Proletariat und in der gesamten Masse der ärmsten Bevölkerung Verbündete sucht«, daß dieser Sowjet »der Vertreter der gesamten armen Massen der Bevölkerung« sei, daß es unerläßlich sei, eine »ebenso ausgezeichnete *Organisation des Proletariats*« zu schaffen, »des Proletariats als Führer der gesamten unübersehbaren Masse der armen Bevölkerung in Stadt und Land, der Halbproletarier und der kleinen Eigentümer«.

Armut ist allerdings ein dehnbarer Begriff. Arm sein kann der Industrie- und Eisenbahnarbeiter, der trotz allem einen inneren Sinn für Organisation bewahrt hat, dank des Umgangs mit der Technik und seiner Verbindung mit der Kollektivität der Arbeiter des Unternehmens; sehr arm kann auch der Bauer sein, der eine kleine Klitsche besitzt, oder der Handwerker, der die Bereitschaft bewahrt, seiner zwar individuellen, aber ewig gleichen Arbeit nachzugehen.

Aber es gab noch eine andersgeartete Schicht armer Bevölkerung, die sich aus deklassierten »Elementen« der untersten Schichten der Gesellschaft zusammensetzte: das waren Leute, die ihre kleine Habe entweder verloren oder eine solche nie besessen hatten und zugleich nie an der industriellen Arbeit innerhalb der Kollektivität der Arbeiter in den Unter-

nehmen teilgenommen hatten, Leute, die von Gelegenheitsarbeiten lebten. Diese Schicht von Armen, die keine feste und organisierte Arbeit kannte und unter der Unsicherheit ihrer materiellen Existenz litt, wies im allgemeinen in ihrem sozialen Bewußtsein und in ihrer Psychologie gewisse spezielle Züge auf: Empfänglichkeit für Groll gegen die Gesellschaft, Neid und Klassenhaß gegenüber denen, deren Existenz beständig und gesichert war, vor allem gegenüber denen, die Macht und Reichtum besaßen, aber auch individualistische Gier nach persönlichem Vermögen und persönlicher Macht. Diese Kategorie von Armen war sehr zahlreich in den niederen Schichten der Gesellschaft, aber auch ziemlich verbreitet bei denjenigen, die ein gewisses Maß an Ausbildung und Kultur besaßen. Die Oktoberrevolution wühlte alle demokratischen unteren Schichten der russischen Gesellschaft auf und weckte sie politisch auf, und mehr als alle anderen die armen »deklassierten« Schichten. Ein Teil dieser Schichten gehörte zum reaktionären Lager oder lief wieder zu ihm über, in der Hoffnung, daß sein möglicher Sieg sie nach oben spülen werde. Ein anderer Teil, an Zahl weniger groß, entfaltete dagegen außerordentliche staatsbürgerliche Aktivität im revolutionären Lager. Gerade aus diesem Milieu sind die Teilnehmer der revolutionären Ereignisse hervorgegangen, die sich in den besonders kritischen Momenten der Auseinandersetzungen des »Bürgerkriegs« durch ihre wilden »ultrarevolutionären« politischen Übertreibungen auszeichneten, und die später, in den friedlicheren Perioden des Aufbaus der neuen Gesellschaft, einen offenen oder versteckten Machthunger entwickelten, einen politischen Karrierismus, der oft vor keinem Mittel zurückschreckte, einen Hang zu selbstherrlichem »Führertum«, aber auch zu Aufgeblasenheit in ihren Handlungen und ihrer Lebensweise.

Die relativ geringe Zahl der spezifisch proletarischen Parteikader in der KPR(b) gegenüber den weiten Dimensionen eines im wesentlichen bäuerlichen und kleinbürgerlichen Landes führte dazu, daß diese herrschsüchtigen Ultrarevolutionäre in die Reihen der Partei eindrangen, als diese die Macht erobert hatte, und oft ein besonders aktives, sogar führendes »Element« in ihren Rängen wurden; sehr oft waren sie es, die auf lokaler Ebene die Revolution durchführten, indem sie die Grundbesitzer und die Bourgeois, und später die Kulaken enteigneten und erschossen. Diese Führer in den peripheren Regionen konnten dank ihres revolutionären Rufs aufrücken und in den zentralen Apparat der Partei und des Staats eindringen. Neben dem wirklich proletarischen Führungs»stil«, der sich durch Einfachheit, Bescheidenheit und Verzicht auf eigenen Vorteil auszeichnete, und dessen beste Vertreter Lenin, Sverdlov, Dzeržnskij, Kirov

waren, zeigte sich allmählich ein anderer Führungsstil, der andere Charakteristika aufwies; und das hatte seine historischen Gründe.

Staat und Revolution

In dieser Verflechtung von Klassentendenzen im Innern des revolutionären Lagers mußte die bolschewistische kommunistische Partei zwei Grundprobleme stellen und lösen, die die Zukunft des Landes bestimmten. Und gerade Lenin oblag es, diese Probleme theoretisch zu klären, wie zahlreiche andere auch.
Lenin widmete dem Studium des ersten Problems – dem der Organisationsprinzipien des sozialistischen Aufbaus in einem rückständigen Land mit bäuerlichem Übergewicht – eine spezielle Broschüre, *Staat und Revolution*, geschrieben August/September 1917. Sie wirft der opportunistischen Sozialdemokratie zu Recht vor, sie wolle die grundlegenden Thesen von Marx und Engels in den Fragen des Staats entstellen oder stillschweigend übergehen.
Hier seine Thesen: das Proletariat, das die proletarische Revolution verwirklicht hat, darf sich nicht damit begnügen, die Macht der Bourgeoisie auszulöschen, sich der Staatsmaschine zu bemächtigen und sie in seinen Dienst zu stellen, sondern es muß auch einen neuen Staat gründen, der dann immer mehr »absterben« wird. Als Lenin dieses Problem behandelte, war er von der Überzeugung beeinflußt, daß die Weltrevolution nahe sei: »(. . .) wird sich die Herrschaft der Kapitalisten in der Welt behaupten können, wenn das russische Volk (. . .) die ganze Staatsmacht den Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten übergibt?« Das ist der Grund, warum Lenin der These von Engels bezüglich der historischen Dialektik des Staats übertriebenes Vertrauen schenkte, und auch der Verallgemeinerung, die Marx aus der Erfahrung der Kommune gezogen hatte und die natürlich zu kurz und ungenügend war.
Lenin entwickelt die Idee von Engels, nach der der bürgerliche Staat, der hauptsächlich aus »besonderen Formationen bewaffneter Menschen« bestehe, durch die revolutionäre Diktatur des Proletariats ersetzt werden müsse, die sich in einer »selbsttätigen bewaffneten Organisation der Bevölkerung« verwirklichen müsse, durch »bewaffnete Arbeiter«, und daß, wenn »die Mehrheit des Volkes selbst ihre Unterdrücker unterdrückt«, eine besondere Form für diese Unterdrückung nicht mehr notwendig sei. Das sei im politischen Leben die Renaissance des »primitiven Demokratismus«, der früher in der klassenlosen Gesellschaft existiert

habe, auf einer neuen und höheren Ebene. Weiter entwickelt Lenin eine alte Idee von Marx über die Ersetzung der »Beamtenmaschinerie«, die aus privilegierten, über dem Volk stehenden Beamten bestehe, durch einen neuen Apparat, »der allmählich jedes Beamtentum überflüssig macht und aufhebt«. Das werde möglich, weil sich die Verwaltungsfunktionen im Kapitalismus schon beträchtlich vereinfacht hätten, und weil dann die Staatsfunktionen »auf so einfache Operationen der Registrierung, Buchung und Kontrolle zurückgeführt werden, daß diese Funktionen alle Leute, die des Lesens und Schreibens kundig sind, ausüben können«.
Lenin hält das für realisierbar, wenn die Beamten »verantwortlich und jederzeit absetzbar sind und den öffentlichen Dienst für Arbeiterlohn ableisten«. Mit der Einführung einer solchen Ordnung werden »die sich immer mehr vereinfachenden Funktionen der Aufsicht und Rechenschaftslegung der Reihe nach von allen ausgeübt, später zur Gewohnheit werden und schließlich als *Sonder*funktionen einer besonderen Schicht von Menschen in Fortfall kommen«. Nach Engels würden »die öffentlichen Funktionen ihren politischen Charakter verlieren und sich in einfache administrative Funktionen verwandeln (...), die die sozialen Interessen überwachen«. Diese Auffassung von den Herrschaftsprinzipien des Staates und der Verwaltung steht bei Lenin in offenem Widerspruch zu den Aufgaben, die sich dem »als herrschende Klasse organisierten Proletariat« unvermeidlich stellen: »Das Proletariat braucht die Staatsmacht, eine zentralisierte Organisation der Macht, eine Organisation der Gewalt sowohl zur Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter als auch zur *Leitung* der ungeheuren Masse der Bevölkerung, der Bauernschaft, des Kleinbürgertums, der Halbproletarier, um die sozialistische Wirtschaft ›in Gang zu bringen‹.« An einer anderen Stelle schreibt er, daß »die Expropriation der Kapitalisten unausbleiblich eine gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Gesellschaft zur Folge haben wird«.
Man versteht nicht ganz, wie diese »Leitung« der gesamten proletarischen Masse der Bevölkerung und diese »Organisation« der gigantischen Entwicklung der Kräfte der menschlichen Gesellschaft mit Hilfe reiner »Techniker, Aufseher, Buchhalter« möglich sind, wenn ein konstanter Wechsel der Angestellten obligatorisch ist, wenn alle die Verwaltungsfunktionen abwechselnd erfüllen, ohne dauernden Einsatz der politischen Macht, ohne politische Verwaltung, ohne Vorgesetzte, die mit besonderer Führungserfahrung ausgestattet sind. Und auch die »bewaffneten Arbeiter«, die die Grundlage der Diktatur des Proletariats bilden, können trotzdem nicht der Reihe nach, mit Gewehren bewaffnet sich ablösen, um

»die Bourgeoisie niederzuhalten«. Sie müssen sich zwangsläufig in besonderen bewaffneten Organisationen zusammenfinden, die über die innere politische Ordnung wachen, – von der Armee, die den neuen Staat gegen einen äußeren Angriff beschützt, gar nicht zu reden.

Das Ideal der Renaissance des primitiven Demokratismus steht in noch viel größerem Widerspruch zu den Erklärungen, die Lenin über das Wesen der »ersten Phase des Kommunismus«, der sozialistischen Organisation der Gesellschaft, gegeben hat: »Gerechtigkeit und Gleichheit kann also die erste Phase des Kommunismus noch nicht bringen: Unterschiede im Reichtum, und zwar ungerechte Unterschiede bleiben bestehen, (. . .) die Verteilung der Konsumtionsmittel ›nach Arbeitsleistung‹ – und nicht nach den Bedürfnissen –, (. . .) das bürgerliche Recht wird *nicht* vollständig abgeschafft, sondern nur zum Teil.« Das liegt daran, daß aber nicht so sehr »(. . .) die einzelnen Menschen nicht gleich sind: der eine ist stärker, der andere schwächer; der eine ist verheiratet, der andere nicht; der eine hat mehr Kinder als der andere usw.«; es kommt vielmehr daher, daß die Qualität der Arbeit selbst zwangsläufig ungleich ist: die einen haben Leitungsposten, die anderen bleiben einfache Arbeiter. Die Bezahlung ihrer Arbeit wird natürlich ganz verschieden sein: die Leitenden werden sich nicht mit »Arbeiterlöhnen« zufrieden geben wollen und können. Wenn Lenin weiter schreibt, daß »der Staat (. . .) aber noch nicht ganz abgestorben (ist), denn noch bleibt die Wahrung des ›bürgerlichen Rechts‹, das die faktische Ungleichheit sanktioniert«, dann heißt das natürlich nicht, daß der Staat den größeren Anteil, den vermögende Junggesellen und Arbeiter mit kleinen Familien besitzen, vor den Eingriffen der Verheirateten und Väter großer Familien beschützen werde. Er wird allerdings vornehmlich den größeren Wohlstand der führenden Funktionäre vor Eingriffen von Seiten der einfachen Arbeiter schützen.

Nach dem Oktober ließ die russische Wirklichkeit schnell erkennen, bis zu welchem Grad die Vorstellung von der Möglichkeit des Übergangs der Gesellschaft zu einer dem »primitiven Demokratismus« ähnlichen Form illusorisch war. Die Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten schufen alsbald »Exekutivkomitees« auf Rayon- und Gebietsebene, die zum größten Teil aus neuen, aber auch aus »alten« Funktionären bestanden, die unter der Leitung der Verwaltung der Partei arbeiteten und natürlich ganz bestimmte politische Funktionen erfüllten. Die Sowjetkongresse schufen eine zentrale Regierung, die aus zahlreichen »Kommissariaten« bestand, die noch kompliziertere und schwerfälligere bürokratische Organisationen bildeten. Gleizeitig wurde die ČEKA bzw. die GPU eingerichtet, deren Aufgabe es war, das neue Regime nicht nur vor der bür-

gerlichen Konterrevolution, sondern auch vor allen anderen Angriffen zu bewahren. All das begünstigte zweifellos das rasche Anwachsen der Bürokratie im Apparat des neuen Staates.

Die Gewerkschaftsfrage

Allen diesen Phänomenen mußte Lenin Rechnung tragen, als die Partei drei Jahre nach der Oktoberrevolution das Problem der Führungsprinzipien der nationalisierten Industrie in Angriff nahm. Dieses Problem stellte sich im Verlauf einer spontan entstandenen Diskussion, der Diskussion über die Gewerkschaften und ihre Rolle bei der Leitung der Produktion, zunächst in den Jahren 1920-1921 und schließlich auf dem X. Parteikongreß der KPR(b) im Mai 1921. Es wurde von der »Arbeiteropposition« mit Schljapnikov an der Spitze auf die Tagesordnung gesetzt und dann von Trockij und Bucharin weiter diskutiert. Lenin widersprach ihren Auffassungen und Vorschlägen, die er als anarchosyndikalistisch bezeichnete.

Die Hauptthese der »Arbeiteropposition« forderte: »Die Leitung der Volkswirtschaft zu organisieren, obliegt dem Gesamtrussischen Kongreß der Produzenten, die in Gewerkschafts- und Produktionsverbänden zusammenzuschließen sind. Diese wählen das zentrale Organ, das die gesamte Volkswirtschaft leitet.« Lenin erklärte dagegen, diese Forderung schalte »die führende, erzieherische, organisierende Rolle der Partei gegenüber den Gewerkschaften des Proletariats und des Proletariats gegenüber den halbkleinbürgerlichen und ausgesprochen kleinbürgerlichen Massen der Werktätigen (. . .) vollständig (. . .) aus«. Er wies darauf hin, daß es »(. . .) keine Werktätigen schlechthin (. . . gibt), sondern es gibt entweder den Produktionsmittel besitzenden Kleineigentümer (. . .) oder den Lohnarbeiter«, und daß die Wahl eines Führungsgremiums für die ganze Volkswirtschaft durch alle Produzenten unvermeidlich »zur Restauration (. . .) der Macht und des Eigentums der Kapitalisten und der Gutsbesitzer« führen werde.

Lenin stellte diesen Thesen eine andere Konzeption von den Prinzipien der Führung des Landes und der Stellung und Rolle der Gewerkschaften innerhalb dieser Führung entgegen. Es ist seiner Meinung nach so, daß »die Partei (. . .) die Avantgarde des Proletariats in sich aufsaugt«. Diese Avantgarde erfülle alle staatlichen Funktionen »mit Hilfe des Sowjetapparats«. »(. . .) die Gewerkschaften (stellen) die *Verbindung* der Avantgarde mit den Massen her«. Die Gewerkschaften sollten einstweilen nur

»an allen lokalen und zentralen Verwaltungsorganen der Industrie teilnehmen«; aber sie »müssen dahin gelangen, daß sie die ganze Leitung der gesamten Volkswirtschaft (. . .) tatsächlich in ihren Händen konzentrieren«. Dafür werde man, nach Meinung Lenins, 15 bis 20 Jahre brauchen, und vielleicht noch länger.

Lenin war sich indessen der Existenz der Bürokratie im Sowjetapparat völlig bewußt: »Aus unserem Parteiprogramm (. . .) ist bereits ersichtlich, daß unser Staat ein Arbeiterstaat *mit bürokratischen Auswüchsen* ist.« Daraus folgerte er, daß die Gewerkschaften »die materiellen und geistigen Interessen des (. . .) Proletariats *gegenüber* dieser Staatsmacht« verteidigen müßten. Und er fügte hinzu, daß dieser Kampf Jahrzehnte erfordern und schwierig sein werde.

So zeigten sich in der Gewerkschaftsdiskussion und beim X. Parteikongreß der KPR(b) in der Organisation der sowjetischen Gesellschaft und in ihrem Staat drei verschiedene Tendenzen: a) die anarcho-syndikalistische Tendenz, b) die partei-gewerkschaftliche Tendenz, d. h. die nicht nur dem Namen nach, sondern tatsächlich demokratisch-zentralistische Tendenz, und c) die partei-bürokratische Tendenz, die die Staatsmacht über die Gesellschaft und über die arbeitenden Massen stellte.

Welche dieser drei Tendenzen setzte sich in der Folgezeit durch oder errang gar die Vorherrschaft? Die anarcho-syndikalistische Tendenz wurde ideologisch abgelehnt und von der Führung der KPR(b) verurteilt; sie konnte sich in der Folgezeit nicht entfalten. Dennoch hatte Lenin Unrecht, als er erklärte, die Herrschaft dieser Tendenz hätte zur Restauration des Privateigentums der Kapitalisten und Grundeigentümer geführt. Kapitalisten und Gutsbesitzer im alten, vorrevolutionären Sinn gab es nicht mehr. Wenn ein Kongreß der russischen Produzenten die Leitung der Volkswirtschaft in die Hände genommen hätte, dann hätte das kleinbürgerliche Element der Revolution schrittweise das proletarische Element besiegt. Die Führer der wohlhabenden Bauernschaft, der potentiellen »Farmer«schicht, in erster Linie die Trudoviki, hätten die Kommunisten auf dem allerdemokratischsten Wege von der Macht verdrängt, oder sie hätten sie sogar »erstickt«. Rußland hätte sich, betrachtet man es isoliert von den internationalen Beziehungen zwischen 1920 und 1940, auf den »amerikanischen Weg« der Entwicklung des Kapitalismus, auf den »Weg der Farmer« begeben, wie es Lenin in seinem *Agrarprogramm der Sozialdemokratie* angenommen hatte. Aber das hätte nur in jahrzehntelanger autonomer Entwicklung geschehen können, was unmöglich war. Die partei-gewerkschaftliche Tendenz, anders ausgedrückt der demokratische Zentralismus im sowjetischen Staat, den das Statut der

KPR(b) vorsah – und dem Namen nach auch heute noch vorsieht –, hat eine gewaltige Rolle in der demokratischen Erziehung der russischen Massen gespielt, die bis dahin unter dem Joch der feudalen Autokratie gestanden hatten und ohne jede demokratische Erziehung gewesen waren. Wenn diese Tendenz die Oberhand gewonnen hätte, hätte sich die sozialistische Form des Lebens der russischen Gesellschaft nach und nach mit sozialistischem Inhalt gefüllt. Dann wäre nicht nur die Nationalisierung und Vergesellschaftung der grundsätzlichen Produktionsmittel im Interesse der werktätigen Massen verwirklicht worden. Dann wäre es möglich gewesen, nach und nach eine aktive demokratische Selbsttätigkeit der Werktätigen zu erreichen, ihre direkte, bewußte und freie Teilnahme an der Bildung der staatlichen Macht, an der Wahl der Leitung der herrschenden Partei und des Staates, der zentralen und lokalen Machtorgane im Rahmen einer tagtäglichen, durch nichts eingeschränkten Kontrolle über sie, einer freien und öffentlichen Diskussion aller die Gesellschaft betreffenden Dinge und Probleme, ohne Rücksicht auf Personen, einer freien Einrichtung von wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Vereinigungen, einer aktiven Beteiligung an der Aufwerfung und Lösung aller möglichen ideologischen Probleme. Dies alles hätte nur sehr allmählich erreicht werden können, im Verlauf von Jahrzehnten und unter den Bedingungen nationaler Unabhängigkeit, ohne irgendwelche Bedrohungen und Angriffe von außen. Das wäre wirklich Sozialismus gewesen. Aber diese Voraussetzungen gab es in Wirklichkeit nicht.

In der Realität nahmen die Dinge einen anderen Verlauf. Was Lenin als »bürokratische Auswüchse des Arbeiterstaates« bezeichnete, wurde sehr rasch zur vorwiegenden und bald beherrschenden Tendenz in der Führung des Landes. Schon zehn Monate nach dem X. Parteikongreß der KPR(b) kündigte Lenin in den von ihm verfaßten Beschlüssen des ZK der KPR(b) – »Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik« – an, daß die Leitungen der Fabriken, die »in der Regel nach dem Prinzip der Einzelverantwortung zusammengesetzt sind, selbständig (. . .) die Festsetzung der Lohnsätze (. . .) regeln« müßten und daß »jede unmittelbare Einmischung der Gewerkschaften in die Leitung der Betriebe (. . .) unter diesen Bedingungen als unbedingt schädlich und unzulässig betrachtet werden« müsse, daß »eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften (. . .) darin (besteht), aus der Masse der Arbeiter und der Werktätigen überhaupt Verwaltungskräfte heranzuziehen und auszubilden«.

So hat sich bereits zu Beginn der zwanziger Jahre, zu Lebzeiten und unter Führung Lenins, die parteibürokratische Tendenz in der Führung der

Industrie und von dort aus im Staat deutlich herausgebildet und schließlich über die partei-gewerkschaftliche Tendenz den Sieg davongetragen.

Die Bauernfrage

In diesen Jahren, nach der Abwehr der Intervention und dem Ende des Bürgerkrieges, stellte sich der Partei ein zweites, nicht weniger wichtiges Problem, das der Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land, zwischen dem proletarischen Arbeiterstaat und dem überwiegend bäuerlichen Teil der Bevölkerung, die Bestimmung der Haltung gegenüber den bäuerlichen Massen, die Art und Weise, mit der sie unter der Führung des Proletariats auf den Weg sozialistischer Entwicklung zu lenken seien.
Nach dem Friedensschluß von Brest-Litovsk hatte die Sowjetregierung anfangs die Organisierung eines breiten Warenaustausches zwischen sozialistischer Industrie und dem bäuerlichen Kleinbesitz erwogen. Aber das hatte keinerlei Ergebnis gezeitigt, weil sich während des Bürgerkrieges die verstaatlichte Industrie kaum entwickelt hatte bzw. infolge des Mangels an Energie und Rohstoffen sogar zurückgegangen war. Aber vor allem hatte der bäuerliche Markt in der Requisitionsperiode der Sowjetmacht Beziehungen zur Bauernschaft auferlegt, die sich auf Warenkauf und -verkauf auf dem Markt gründeten.
Die von Lenin vorgeschlagene Neue Ökonomische Politik zielte in erster Linie nicht so sehr darauf ab, der städtischen Bourgeoisie Zugeständnisse zu machen, um die Leichtindustrie anzukurbeln, sondern auch und vor allem auf die Legalisierung der bürgerlichen Handelsbeziehungen zwischen dem sowjetischen Staat und den bäuerlichen Massen.
Hier sah Lenin den eigentlichen Ansatzpunkt, um die russische Landbevölkerung Schritt für Schritt auf sozialistisches Geleis zu lenken. Er stellt der Partei die Aufgabe, das Rußland des »NEP-Manns« in ein sozialistisches Rußland umzuwandeln. Diesem Problem widmet er einen seiner letzten Aufsätze: »Über das Genossenschaftswesen«, wo er vom »Handel« und von »genossenschaftlichen Operationen« spricht, in denen die Genossenschaften der Partei die »Gesamtheit der kleinen Bauern« auf der Basis von Vergünstigungen und Prämien zusammenfassen sollten. Zugleich beschwört Lenin die Notwendigkeit, eine »Kulturrevolution« unter den weiten Massen der Bauernschaft durchzuführen. Die Teilnahme an den Genossenschaften und die damit verbundene »Kulturrevolution« müsse »ausnahmslos die gesamte Bevölkerung« umfassen. Die historische Frist für diesen Prozeß werde lang sein: »Wir können im günstigsten Fall

diese Epoche in ein, zwei Jahrzehnten durchschreiten.« Wenn jedoch eine Einmischung von außen dazukomme, werde das drei Jahrzehnte und mehr dauern . . .
Trotzdem glaubte Lenin, daß die Bürokratisierung des Sowjetapparates eine vorübergehende Erscheinung sei, daß die Gewerkschaften in einem Zeitraum von fünfzehn bis zwanzig Jahren trotz allem schließlich doch die gesamte Leitung der nationalen Wirtschaft in ihren Händen vereinigen könnten und daß der ganze Bauernstand in einer Frist von zwanzig bis dreißig Jahren auf friedlichem Wege in Genossenschaften zusammengefaßt sein würde, wozu er durch eine Phase der Kulturrevolution gelangen werde. In dieser wie jener Hinsicht ist Lenin wirklich der »Träumer des Kremls« gewesen.

Stalin und die Industrialisierung Rußlands

Keine dieser Hoffnungen Lenins hat sich erfüllt. Stalin, der ihm in der Leitung der Partei nachfolgte, legte immer deutlicher einen anderen Führungs»stil« an den Tag. Seinem sozialen Charakter waren weder demokratisches Bewußtsein noch Selbstbeschränkung bei der Verfolgung eines Ziels eigen, sondern Geschmack am Befehlen, Ultrarevolutionarismus und Liebe zur Macht. Weiterhin hatte er kein staatsmännisches Gespür und auch nicht die Fähigkeit, die internationale Lage richtig einschätzen zu können. Und drei Jahre nach dem Tode Lenins begann er, die Partei zur Ausarbeitung von Plänen für den raschen Aufbau der Schwerindustrie zu drängen . . .
Obgleich das unermeßliche menschliche Anstrengungen und die Überwindung großer materieller Schwierigkeiten und enormer Organisationsprobleme erforderte, obgleich in der Folge, vor allem seit dem zweiten Fünfjahresplan, die neue Schwerindustrie in breitem Ausmaße durch die Arbeit von Hunderttausenden und sogar Millionen unschuldiger verleumdeter, verhafteter und in die Konzentrationslager deportierter Menschen aufgebaut wurde, gewann die Erfüllung der stalinistischen Fünfjahrespläne eine gesamtnationale progressive Bedeutung. Hätte der sowjetische Staat keine entwickelte Schwerindustrie besessen, und vor allem keine Rüstungsindustrie, die es erlaubt hätte, der Armee rasch genug die nötige Mengen an Waffen, Lastwagen und Flugzeugen zu liefern, wäre Rußland weder durch die Weite seines Territoriums noch durch die Kälte und ebensowenig durch das Bewußtsein der Massen vor der nationalen Todesgefahr zu retten gewesen: Dann wäre die Rote Armee geschlagen worden, die

Deutschen hätten den Ural erreicht, alle demokratischen Kräfte des Landes wären vernichtet, die Hälfte der Bevölkerung in einem Blutbad niedergemetzelt worden. Rußland wäre wieder ein halbkoloniales Land geworden, dessen Lage schlimmer als unter Nikolaus II. gewesen wäre.

Der Führungsstil Stalins

Die Maßnahmen der Stalinschen Führung und vor allem die Entwicklung des Landes auf dem »russischen Weg des Übergangs zum Sozialismus« führten ganz natürlich zu einer krassen Verschärfung der Divergenzen innerhalb der Partei und in der Folge zu Machtkämpfen, die bis zur Spaltung der Partei führten. Eine große Anzahl von Parteimitgliedern mit Trockij an der Spitze glaubten nicht mehr an die Möglichkeit eines Sieges auf diesem Weg gesellschaftlicher Entwicklung. Früher oder später kamen sie alle zu orthodoxen marxistischen Auffassungen von den Wegen des Übergangs zum Sozialismus über einen reifen und ausgebildeten nationalen Kapitalismus zurück; nach dem Beispiel Lenins in den Jahren 1917–1921 orientierten sie sich auch weiterhin auf die proletarische Revolution in den Ländern des »klassischen Kapitalismus«: Das verlieh ihnen allen eine Grundstimmung, die zur Kapitulation neigte. Darin bestand das Wesen der sogenannten »Linksoppositionen«, zuerst der Trockijschen, dann der Zinovevschen. Fünfundsiebzig Parteigänger dieser Linksopposition wurden auf dem XV. Parteikongreß der KPR (b) im Jahre 1927 ausgeschlossen, fuhren aber fort, gegen die Führung Stalins zu kämpfen.
Die von Bucharin, Rykov und Tomskij angeführten »Rechtsoppositionellen« brachten andere ideologische Tendenzen zum Ausdruck. Sie waren dem leninistischen Plan einer Umwandlung der Bauernschaft über die Neue Ökonomische Politik, den Handel und die Kulturrevolution auf dem Lande sichtlich treu geblieben. Diese Bedeutung hatte zweifelsohne die Parole Bucharins vom »Hineinwachsen des Kulaken in den Sozialismus« und der »Zweijahresplan« Rykovs; beide gaben der Entwicklung der Leichtindustrie zur Befriedigung der Bedürfnisse des Landes, vor allem seiner wohlhabenden Schichten, den Vorrang.
Die Rechtsoppositionellen wurden – 1929 – ebenfalls aus der Partei ausgeschlossen und setzten ebenso ihren politischen Kampf gegen die Generallinie des Zentralkomitees der KPR (b) fort.
Es ist heute schwierig zu sagen, in welchem Maße diese Oppositionen zu illegalen Formen des Kampfes gegen die Parteiführung übergingen und inwieweit dieser Kampf die Existenz des neuen Staates tatsächlich be-

drohte. Anscheinend gab es diese Gefahr – was auch die Grausamkeit der Abrechnung der stalinschen Führung mit den führenden Köpfen beider Oppositionsgruppen erklärt. Allerdings repräsentierten die Formen dieser Abrechnung selbst einen außerordentlich gefährlichen Machtmißbrauch.
Der Kampf hätte prinzipiell in der Weise geführt werden müssen, daß man die ganze Gesellschaft ausführlich und offen über Ursachen und Wesen der innerparteilichen Divergenzen aufgeklärt hätte, über die Legitimität der durch die Partei eingeschlagenen Generallinie zur Festigung und Weiterentwicklung der revolutionären Eroberungen, so daß andersdenkende Gruppen durch eine theoretische Widerlegung ihrer Auffassungen und Forderungen überzeugt worden wären. Genauso hätte Lenin gehandelt, wenn er bis Mitte der dreißig Jahre am Leben gewesen wäre.
Stalin jedoch schlug, aufgrund von Machtliebe, Härte und dem Jesuitismus seines Charakters, den Weg wahlloser Repression ein: erlogene Anklagen, Prozesse, die sich auf falsche, unter der Folter erpreßte Geständnisse gründeten, schließlich die Hinrichtung der eigenen Genossen, der alten Garde der erprobten Revolutionäre. Dieses System der Repression raubte der stalinschen Führung jegliche moralische Autorität gegenüber der gesamten Öffentlichkeit des Landes.
Auf diese Weise entstand ein außerordentlich gefährlicher und übler Zug im gesellschaftlichen Leben der Sowjetunion, der auch nach Stalins Tod nicht überwunden wurde: das Bestreben, der Macht in den Augen der Bevölkerung durch Lügen, durch das Verschweigen der Fehler und die Übertreibung der Erfolge einen Heiligenschein zu verleihen. Genau mit diesen Methoden entstand auch der Stalinsche »Personenkult«, der seinem sozialen Ursprung nach lumpenproletarisch ist.
Dieser Stil wurde zu einem Stil von Prunkhaftigkeit und aufgeblasener Größe, einem Stil mit lakonischen und hohlen Sentenzen und machtvollem Gehabe, einem »Stil« von Herrschaftsinsignien aller Art, schönfärberischen Porträts und Skulpturen. Der proletarische Führungsstil, den Lenin eingeführt hatte, wurde beseitigt, obgleich Stalin und seine Handlanger nach außen hin die Einfachheit und die demokratische Gesinnung Lenins nachäfften. Seit Mitte der dreißiger Jahre gab es keine kommunistische Partei im leninistischen Sinne mehr. Sie hatte sich in einen Parteiapparat verwandelt, der vom Willen des obersten Machthabers widerspruchslos beherrscht wurde. Die Parteikongresse wurden nicht mehr regelmäßig einberufen: zwischen dem XVIII. und dem XIX. Parteikongreß vergingen mehr als vierzehn Jahre.

Die verhängnisvollen Veränderungen im Bestand der Organisation im Führungsstil der KPR (b) hatten ihre prinzipiellen Ursachen nicht in dem Charakter Stalins und noch nicht einmal in dem gesellschaftlichen Ursprung dieses Stils. Die unmittelbare Ursache bestand darin, daß die Kader der alten Leninschen Führung ausgerottet waren und Stalin keineswegs mehr an die Meinung der Massen zu appellieren brauchte, sondern sich auf einen bürokratischen Partei- und Staatsapparat stützen konnte, der seit langem die einzig reale und grundlegende politische Kraft im ganzen Land darstellte. Diese Situation war entstanden, weil die Vorschläge Lenins im Verlauf der Diskussion über die Gewerkschaften, die schon in das Statut der KPR (b) aufgenommen worden waren, verwirklicht und weiterentwickelt worden waren. Damit die Gewerkschaften innerhalb eines Zeitraums von fünfzehn bis zwanzig Jahren die Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit tatsächlich in ihren Händen hätten konzentrieren können, hätte die Partei sie allmählich immer mehr darauf vorbereiten müssen. Sie hätte das Auftreten von Bürokratismus in den staatlichen Institutionen, den »kommunistischen Dünkel« der Bürokraten, Rücksichtslosigkeit und Despotismus der leitenden Beamten, Papierkrieg und bürokratische Verschleppungen etc. tatkräftig bekämpfen müssen.

Stattdessen begab sich die Partei selbst auf den Weg des Bürokratismus und verwandelte sich fortschreitend in eine äußerst verzweigte, auf Subordination und Unterwerfung gegründete bürokratische Hierarchie: Zentralkomitee der Union, Zentralkomitees der Republiken, Gebietskomitees, Bezirkskomitees, Distriktkomitees, Parteikomitees der verschiedenen Institutionen; bald machten sich im Gebäude dieser Hierarchie Kastengeist, Rangverehrung, Liebedienerei gegenüber den Vorgesetzten etc. breit. Es ist ganz natürlich, daß die Gewerkschaften, die theoretisch zur Erziehung und Bildung von Administratoren der Partei bestimmt waren, diesem Schicksal nicht entgingen. Sie verwandelten sich ihrerseits immer mehr in Institutionen bürokratischen Typs, die auf die »Verteidigung der materiellen und geistigen Interessen des Proletariats gegenüber der Staatsmacht« verzichteten.

Im Gegenteil, sie ließen sich von den Interessen des Staates leiten, und ihre Rolle gegenüber der arbeitenden Bevölkerung beschränkte sich darauf, sich der materiellen Bedürfnisse, vorzugsweise der hochgestellten Arbeiter, anzunehmen und die Mitgliedsbeiträge einzuziehen. Und auf den Parteitagen wurde die Frage nach der Rolle der Gewerkschaften in der Wirtschaftsführung des ganzen Landes nie mehr gestellt. So verkörperte

Stalin seit den dreißiger Jahren immer mehr in seiner Person nicht die politische Partei des Proletariats, sondern die Macht der bürokratischen Parteiführung über das Proletariat und die anderen werktätigen Schichten. Das erlaubte ihm dann auch, so schnell und so brutal mit allen abzurechnen, die ihn störten.

Die partei-bürokratische Oberschicht

Was ist die partei-bürokratische Oberschicht? Welchen Stellenwert besitzt sie in der Struktur der sowjetischen Gesellschaft? Warum mußte sie in eine privilegierte Stellung gelangen? Wie beherrscht sie den Staat und die Bevölkerung?
Man ging – und geht noch immer – von der Voraussetzung aus, es gebe seit der »Liquidierung der Kulaken als Klasse« im großen und ganzen in der Bevölkerung drei nicht antagonistische Klassen: die Arbeiter, die Kolchosbauern und die Staatsfunktionäre.
Diese letzteren haben jedoch in Wirklichkeit niemals eine homogene Klasse gebildet.
Es gibt einerseits einfache Beamte, Parteimitglieder oder parteilos, die an der Herrschaft nicht beteiligt sind, die nichts und niemanden regieren und keine Befehle oder Entscheidungen mit Gesetzeskraft erlassen können. Und es gibt auf der anderen Seite Funktionäre, die an der Macht sind, die die Unternehmen, die Institutionen, ganze Wirtschaftszweige, die Politik, die Kultur, das alltägliche Leben und schließlich den ganzen Staat in seinen inneren und äußeren Beziehungen ebenso wie die ganze Partei, ihre leitende und organisatorische Aktivität beherrschen, Leute, die die Macht besitzen, Erlasse, Befehle und Entscheidungen mit verpflichtender gesetzlicher Kraft zu dekretieren. Das ist die herrschende Klasse der sozialistischen Gesellschaft, die alle Bereiche des Lebens aus der Fülle ihrer Macht heraus leitet. Die entscheidende herrschaftliche Gewalt besitzt dabei die partei-bürokratische Oberschicht, der alle »Hebel« des Apparats von Partei und Staat unterstellt sind.
Zu Beginn der dreißiger Jahre ergab sich anscheinend innerhalb dieser herrschenden Klasse die Notwendigkeit einer bestimmten Geheimhaltung, was notwendigerweise jedoch eine rechtlich fixierte Abschließung der partei-bürokratischen Oberschicht von allen anderen Schichten der Bevölkerung darstellte, eine Abschließung, die ihr Isolation nach außen und Stabilität im Inneren gewährte, indem sie ihren personellen Bestand vor jedem Zwischenfall, jeglicher Fluktuation und jedem Einbruch nicht kontrollier-

ter und nicht sicherer Elemente schützte. Diese Abschließung der herrschenden Klasse fand ihren Ausdruck in dem Begriff einer »Nomenklatur«, d. h. in der Aufstellung von Listen besonders bevorzugter, überprüfter und mit dem höchsten Vertrauen der Partei versehener Personen, denen eine verantwortungsvolle Arbeit innerhalb der Partei oder im Staat anvertraut werden könne.
Die in der »Nomenklatur« aufgeführten Funktionäre wurden auf diese Weise in eine privilegierte Lage gegenüber der ganzen Masse der arbeitenden Bevölkerung versetzt. So befreite sich die partei-bürokratische Oberschicht von der gesellschaftlichen Meinung der Werktätigen und gewöhnte sich daran, sie zu ignorieren. Ihre Aktivität spielte sich in einer separaten, autonomen Sphäre ohne Kontrolle durch die Gesellschaft und noch nicht einmal durch die Partei ab.
Es ist ganz natürlich, daß die herrschende Schicht dabei danach strebte, ihre geheimgehaltene und doch rechtlich fixierte Privilegiertheit zusätzlich durch eine materielle Privilegiertheit zu festigen: durch den ungesetzlichen Gebrauch verschiedener Besitzrechte vor allem administrativer Natur. Hierzu gehören vornehmlich hohe Gehälter, zusätzliche Aufwandsentschädigungen, die Zuteilung von im Handel nicht erhältlichen Lebensmitteln, geschlossene Restaurants, große, häufig luxuriös ausgestattete Wohnungen, Landhäuser (Datschas) mit Gärten, Tennisplätzen, Swimmingpools, Fahrzeuge mit privaten Chauffeuren und Sanatorien erster Klasse.

Zu einigen Bedingungen der Industrialisierung Rußlands

Worin bestehen die tieferen Ursachen dafür, daß die russischen arbeitenden Massen, die von der kommunistischen Partei auf einen spezifischen, vom Marxismus nicht vorgesehenen Weg des Übergangs zum Sozialismus gezogen wurden, sich sehr bald nach Lenins Tod der uneingeschränkten Macht dieser partei-bürokratischen Oberschicht unterworfen fanden? Und dafür, daß das Prinzip des demokratischen Zentralismus für die Organisation der neuen Gesellschaft, wie es zunächst vom Statut der KPR (b) angestrebt wurde, keine Fortentwicklung fand? Warum vernichtete der Zentralismus der Parteiführung die Demokratie – obgleich er sie in einer rein äußerlichen Form wahrte? Diese Gründe wurzeln in dem »russischen Weg des Übergangs zum Sozialismus«, der sich aus der revolutionären Situation von 1917 ergab.
Rußland, ein unermeßliches, wirtschaftlich zurückgebliebenes Land, des-

sen Bevölkerung in ihrer überwältigenden Mehrheit bäuerlich und kleinbürgerlich war, stand nach dem Sturz seiner alten Machthaber, deren vollständige Degeneration und Ohnmacht zu einem Zustand des totalen ökonomischen Zusammenbruchs geführt hatte, vor unerhörten Schwierigkeiten in seiner weiteren Entwicklung. Um seine Volkswirtschaft rasch wieder auf den bisherigen Stand zu bringen und weiter zu entwickeln und um den Widerstand der reaktionären Agrarbourgeoisie zu brechen, um auf sich selbst gestellt der äußerst starken und bedrohlichen kapitalistischen Umzingelung standzuhalten – dafür waren gigantische Zentralisations- und Organisationsanstrengungen und gewaltige materielle Ressourcen notwendig. Die Kürze der ökonomischen Entwicklungsphasen, die notwendig war, um auch unter der besonderen Zuspitzung der internationalen Lage die Nation vor dem Untergang zu retten, erforderte eine solche Zentralisierung der Organisation, daß ein langer Prozeß der Erziehung zur sozialistischen Demokratie ebenso ausgeschlossen war wie die allmähliche »Integration des Kulaken in den Sozialismus«. Unter diesem Aspekt hatte Stalin recht, wenn er die Pläne Lenins und Bucharins revidierte und die Neue Ökonomische Politik rasch beseitigte. Aber genau diese Maßnahmen führten dazu, daß die Schaffung einer Partei- und Regierungshierarchie mit Riesenschritten voranging, einer in all ihren Maßnahmen überaus strengen und grausamen Hierarchie. Allerdings war das nur das unumgängliche System, der Hebel einer zentralisierten administrativen Leitung; es war jedoch unbedingt notwendig, daß die Wirtschaft des Landes nicht nur geleitet, sondern auf neuen Grundlagen aufgebaut wurde. Der Wiederaufbau der Industrie, der Unterhalt einer Armee, des Apparats usw. verursachten ungeheure Kosten; die Umgestaltung der Landwirtschaft, die Errichtung einer großen Zahl neuer Industriezweige und neuer wissenschaftlicher Institute erforderten noch mehr Mittel. Da es unmöglich war, Auslandsanleihen zu erhalten, mußten diese Mittel aus der Arbeit der Bevölkerung herausgepreßt werden, nicht allein mittels Inlandanleihen, sondern vor allem mittels der direkten Exploitation der Arbeit der Fabrikarbeiter, Bauern und Angestellten. Wenn die Errichtung eines kapitalistischen Regimes eine »ursprüngliche personelle Akkumulation« erfordert, so erfordert der Aufbau des Sozialismus in einem zurückgebliebenen und zugrunde gerichteten Land ebenfalls eine entsprechende Phase. In der Industrie realisierte sich dabei unmittelbar das Gesetz der Aneignung des Mehrwerts durch den Staat. Stalin behauptete zu unrecht in seiner Broschüre *Die ökonomischen Grundlagen des Kommunismus*, die Kategorie des Wertes höre unter den Bedingungen des Kommunismus auf zu existieren. Er dachte dabei an den in den Handelsbeziehungen realisierten

»Tauschwert«. In Wirklichkeit bemißt sich der Wert eines Produkts, auf welche Weise auch immer er sich ausdrücken mag, nach der Menge der zu seiner Produktion benötigten Arbeitskraft, und erscheint folglich als vollkommen objektive Wechselbeziehung zwischen der Arbeit und ihren materiellen Resultaten. Deshalb kann der Mehrwert in keiner Weise verschwinden. Würde die Gesellschaft unter dem Kommunismus auf die Kalkulation der Herstellungskosten dieses oder jenes Produkts verzichten, so würde sie sich in ein wirtschaftliches Chaos stürzen. In allen Entwicklungsstadien der gesellschaftlichen Produktion besteht nicht nur der Tauschwert eines Produkts, sondern auch der im Produktionsprozeß entstandene Mehrwert fort. Je mehr die produktive Arbeit mit technischen Hilfsmitteln versehen und folglich produktiver wird, in desto höherem Grade schafft sie ein Produkt, das an Wert ebenso die Ausgaben übertrifft, die dem Arbeiter zur Reproduktion seiner Arbeitskraft notwendig sind, wie die Ausgaben, mit denen der Besitzer des sozialistischen Unternehmens sich selbst reproduzieren muß. Und wenn das Produkt auf eine entsprechende Nachfrage in der Gesellschaft trifft, läuft die ganze Frage darauf hinaus, in wessen Händen der Mehrwert bleibt, in den Händen des Arbeiters selbst, wenn er selbst ein kleiner Unternehmer ist, oder aber in den Händen einer Gruppe von Eigentümern, die den Arbeiter mietet, einer Genossenschaft mittlerer Produzenten, in Privatunternehmen des bürgerlichen Staates oder schließlich in den Händen des sozialistischen Staates. In der sowjetischen Gesellschaft, in ihrer Großindustrie, ist gerade letzteres der Fall. Der zentralisierte, partei-bürokratisch beherrschte Staat eignet sich, indem er den Wert eines Produkts im eigenen staatlichen Handel realisiert, den durch die Arbeit der Arbeiter geschaffenen Mehrwert an und gebraucht ihn zur Befriedigung seiner Bedürfnisse; das heißt im Grunde Aufbau und Entwicklung der vergesellschafteten Volkswirtschaft, aber auch Erweiterung der materiellen Privilegien der partei-bürokratischen Oberschicht. Dabei kann der staatliche Mehrwert auf zweierlei Arten realisiert werden:

a) durch die Regulierung der Löhne von Arbeitern und Angestellten;

b) durch Regulierung der Preise der in den staatlichen Läden verkauften Waren.

Das eine wie das andere wird mit dem größtmöglichen Vorteil für den Staat und die herrschende Schicht und mit einem verhältnismäßig erträglichen Nachteil für die Arbeiter und Angestellten realisiert. Die Preise im staatlichen Handel werden als Maximalpreise festgelegt und realisiert; sehr hohe Preise werden manchmal nicht realisiert, manchmal jedoch übertreffen sie die realen Produktionskosten um ein Vielfaches. Die Werktäti-

gen ihrerseits erhalten einen möglichst niedrigen Lohn, der es ihnen bei den bestehenden Preisen für die Produkte kaum gestattet, zurecht zu kommen. Das erniedrigt die Werktätigen moralisch, treibt sie nicht selten dazu, zusätzliche Existenzmittel zu suchen, Nebenbeschäftigungen auszuüben oder sogar das Gesetz zu verletzen.

Im Gegensatz zu diesem ungenügenden Versorgtsein der breitesten Massen gibt es übermäßig hoch bezahlte Schichten der Bevölkerung: die höhere Partei- und Staatsbürokratie einschließlich der Militärs und ebenso jenes Teils der Wissenschaftler und Künstler, die Karriere gemacht haben.

In der Landwirtschaft ist die Lage noch schlimmer. Tatsächlich müßten die landwirtschaftlichen Kooperativen das volle Verfügungsrecht über ihre Produktionsmittel haben, über das Land, das Inventar, die menschliche Produktivkraft und infolgedessen auch über alle Produkte ihrer Arbeit, die sie dem Staat zu Preisen aufgrund freier Vereinbarung und zu beiderseitigem Nutzen verkaufen würden. Sie müßten ebenfalls eine freie, auf die Wahl von Leitern und Organisatoren gegründete Selbstverwaltung haben. In Wirklichkeit stellte die stalinistische Führung die Kolchosen, von den ersten Schritten ihrer Organisierung angefangen, unter ein Regime kollektiver Ablieferungspflicht und zwangsweiser Verwaltung von oben. Die Kolchosen mußten nach einem von den landwirtschaftlichen Abteilungen der Exekutivkomitees »übersandten« Plan Fruchtwechsel vornehmen, sie wurden durch von den regionalen Komitees ernannte Vorsitzende geleitet und zu Naturalienlieferungen in vom Staat gewünschten Mengen mit ausschließlich für den Staat günstigen Preisen verpflichtet. Oft war der Umfang dieser Naturalienlieferungen so gewaltig, daß er die Möglichkeiten der Kolchosen überstieg, weshalb die Entlohnung der Arbeit äußerst gering war und manchmal ganz entfiel. Darüber hinaus wurden die privaten Parzellen der Kolchosbauern seit der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre stark beschnitten, das Recht zur Geflügel- und Viehzucht empfindlich eingeschränkt. Das Abmähen von Gras für privatwirtschaftliche Bedürfnisse wurde überall verboten.

Es ist ganz natürlich, daß die Kolchosbevölkerung unter diesen Bedingungen nach anderen Möglichkeiten suchte, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, und Wohnsitz und Arbeit in der Stadt annahm. Um diese Abwanderung der Arbeitskräfte vom Land zu verhindern, wurden den Kolchosbauern die Pässe entzogen, und sie hatten nicht mehr das Recht, das Dorf ohne Zustimmung des Vorsitzenden und der lokalen Repräsentanten der Staatsmacht zu verlassen. In Wirklichkeit richtete die stalinistische Führung die Kolchosen zugrunde, besonders im nördlichen Teil des europäischen Rußlands, und raubte zahlreichen Kolchosbauern jedes Interesse an

der Arbeit. Nur im Süden und Südosten des Landes, wo die Erde die Arbeit hundertfach lohnte, konnten die Kolchosen ohne Not existieren und manchmal sogar aufblühen.

Erscheinungsformen der Bürokratisierung der Partei

So gerieten die wirklichen ökonomischen Verhältnisse in Landwirtschaft und Industrie in krassen Widerspruch zu den Idealen des Kommunismus und zum Parteiprogramm. Schon frühzeitig hatte die bürokratische Oberschicht begonnen, die wirkliche Lage der Bevölkerung den werktätigen Massen in Stadt und Land zu verschleiern und den realen Ablauf des Wirtschaftsprozesses im Lande mit dem Siegel der Verschwiegenheit zu belegen. In noch stärkerem Maße wurde die ökonomische Lage der Sowjetunion der Weltöffentlichkeit gegenüber falsch dargestellt, und zwar sowohl den feindlich gesinnten Kreisen der Bourgeoisie wie dem Proletariat der fortgeschrittenen Länder, das im Prinzip Sympathien für die Sowjetunion hegte. Die wirtschaftliche Lage wurde zum Tabu. Weil jedoch die Ökonomie eine der Grundlagen der marxistischen Betrachtungsweise bildet und man sie unmöglich einfach verschweigen kann, gewöhnte man sich rasch daran, unter Ökonomie einfach nur noch die Entwicklung der Produktivkräfte des Landes zu verstehen. »Ökonomie« wurde gleichbedeutend mit der Errichtung, der Inbetriebnahme und der Tätigkeit von Minen, Fabriken, Kraftwerken, Eisenbahnen usw. Diese Verschleierung der ökonomischen Verhältnisse gegenüber der großen Masse der Bevölkerung, das daraus sich ergebende völlige Fehlen von Verantwortung und Kontrolle bei allen ökonomischen Maßnahmen der Machthabenden bildete den Ausgangspunkt und die Grundlage jener raschen Bürokratisierung der Staatsmacht und führte zu einer bürokratischen, von den werktätigen Massen isolierten, über den Massen stehenden Parteihierarchie. Die Geheimhaltung bezüglich des ökonomischen Geschehens schuf einen scharfen Gegensatz zwischen der außerordentlichen Armut der Werktätigen und dem außerordentlichen Wohlstand der partei-bürokratischen Oberschicht und erlaubte alle Arten von Mißbrauch auf diesem Gebiet.
So wurde das theoretische Prinzip des Sozialismus »Jedem nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung« in der Praxis schon frühzeitig pervertiert. Die Arbeit der gewöhnlichen Staatsbürger wurde zu niedrig bewertet, selbst dann, wenn sie über das Gewöhnliche hinausgehende Fertigkeiten bewiesen und ihre Aufgaben korrekt erfüllten. Die Arbeit der in der »Nomenklatur« aufgeführten Personen wurde übermäßig entlohnt,

auch wenn sie gar nichts Besonderes leisteten und mit unnötiger Wichtigtuerei und nutzlosem Papierkrieg nur Schaden anrichteten. All diese Phänomene deuten unbezweifelbar auf innere Widersprüche im Leben unserer Gesellschaft.

Basierten nun diese Widersprüche auf der Ausbeutung der breiten Volksmassen durch eine die Gesellschaft beherrschende Schicht? Zweifellos leben die Mitglieder der »Nomenklatur« und ihre Familienangehörigen in übermäßigem Wohlstand, weil sie sich mit Hilfe verborgener Rechtsverfügungen einen Teil des Mehrwerts aneignen, der von der Arbeit der einfachen Arbeiter, Kolchosbauern und Angestellten geschaffen wird. Wenn diese mittellosen Gruppen der Gesellschaft auf die Tatsachen der übermäßigen Wohlhabenheit der herrschenden Schicht stoßen, dann empfinden sie natürlich Neid, Haß und Verachtung, die den Charakter von Überbaugegensätzen zwischen Klassen haben.

Den Weg der Aneignung aller möglichen übermäßigen Privilegien im Alltagsleben, mit dem damit verbundenen Überschreiten und sogar dem Mißbrauch ihrer Machtbefugnisse, betraten vor allem die Vertreter der partei-bürokratischen Oberschicht, die ihrer Herkunft, dem Einfluß ihres sozialen Milieus und ihren persönlichen Neigungen nach zu bürokratischer Selbstgefälligkeit, Arroganz, Beamtendünkel und Führerallüren tendierten. Doch ein besonders gefährlicher Zug in der Tätigkeit der parteibürokratischen Oberschicht besteht nicht in ihrer Neigung zu persönlichem Machtmißbrauch, sondern in ihrer allgemeinen Unfähigkeit, das Land richtig zu regieren. Gerade aufgrund ihrer bürokratischen Natur stellen diese Parteikreise immer mehr ihre innere Trägheit und ihren Konservatismus unter Beweis: das Bestreben, sich an den eingefahrenen Lebensformen festzuklammern, Angst vor allen entscheidenden Veränderungen an den bestehenden sozialen Verhältnissen und den Führungsprinzipien. Die überwältigende Mehrzahl der »sowjetischen« Bürokraten folgt immer noch lieber dem Buchstaben des Gesetzes und wendet die eingefleischten Verfahrensweisen an, wenn irgendeine Maßnahme vorbereitet und durchgeführt werden muß, als daß sie sich vom Interesse für die Sache, von Überlegungen über den Nutzen für die Gesellschaft, den Vorteil für den Staat und die Bedürfnisse der werktätigen Massen leiten ließen. Sie stürzen sich in den administrativen Papierkrieg, gehen jeder organisatorischen Neuerung aus dem Weg, verhindern die Anwendung der nützlichen technischen Erfahrungen, hemmen den internationalen Austausch wissenschaftlicher Erfahrungen, unterstützen zuweilen sogar die Adepten der rückschrittlichsten Theorien und verleumden das wissenschaftliche Denken der Avantgarde, wie z. B. auf dem Gebiet der Biologie.

Dies muß die Gesellschaft, der Staat und vor allem das Volk häufig sehr teuer bezahlen; ebenso schadet es sehr oft der Lage der Sowjetunion auf internationaler Ebene. Das schlagendste Beispiel dafür liefert die verbrecherische Fahrlässigkeit, mit der sich die stalinsche Führung auf den Krieg vorbereitete; schreckliche Verluste und Niederlagen in den ersten Kriegsjahren waren die Folge für das Land. Es gab keine Kräfte, die diese tödliche Trägheit, diesen Konservatismus der führenden Gruppen überwinden konnten.

Zur politischen Struktur der »Proletarischen Diktatur« in der Sowjetunion

In welcher Weise schlägt sich diese Sozialstruktur der sowjetischen Gesellschaft im Bereich der Politik, der Ideologie und Moral nieder? Die uneingeschränkte Macht der partei-bürokratischen Oberschicht, die den Werktätigen gegenüber Prinzipien und Mechanismus der schonungslosen Ausbeutung von Arbeitern, Angestellten und vor allem Kolchosbauern im Namen des Aufbaus des Kommunismus verhüllt und aus diesen Verhältnissen materielle Vorteile für ihre täglichen Interessen zieht, bestimmt auch die politische Struktur der Gesellschaft. Die Diktatur des Proletariats, theoretisch begründet von Marx und Lenin, verwandelte sich sehr rasch in eine Diktatur der partei-bürokratischen Oberschicht.

Trotz der Tatsache, daß in der sowjetischen Gesellschaft schon in den 30er Jahren nach der Liquidierung der Kulaken zwei Formen des Eigentums nebeneinander bestanden: das Staatseigentum, fälschlicherweise auch als »Volkseigentum« bezeichnet, und das bäuerlich-genossenschaftliche, das Kolchos-Eigentum, die beide eigene politische Interessen zum Ausdruck brachten, – trotzdem war das Land einzig und allein von einer bürokratisch organisierten politischen Partei beherrscht. Die Folge war ein völliger Zerfall der »Macht der Sowjets«, oder genauer, der »Macht der Deputierten der Arbeiter- und Bauernräte«.

Die Parteibürokratie regierte in ihrer Hierarchie, wie sie durch die »Nomenklatur« gegeben war, das Land nicht über die Sowjets, sondern über die Parteiinstitutionen: durch das Zentralkomitee, die regionalen und die Distriktkomitees und sogar durch die ihrer Macht unterstehenden staatlichen Institutionen: den Ministerrat, Ministerien, regionale Exekutivkomitees und ihre Abteilungen. All diese staatlichen Institutionen heißen »sowjetisch« und werden dafür gehalten, aber die von ihnen ausgeübte Macht ist nur deshalb die »Macht der Sowjets«, weil die Personen, die sie leiten,

als Vertreter der partei-bürokratischen Oberschicht gleichzeitig auch die Deputierten der Sowjets sind, von der gesamten Bevölkerung auf der Grundlage »direkter, geheimer und gleicher« Wahlen gewählt. Allerdings werden diese Deputierten nicht vom Volke und seinen gesellschaftlichen Organisationen vorgeschlagen, nicht durch die gesellschaftliche Meinung der Werktätigen, sondern geheim durch partei-bürokratische Kanäle bestimmt. Dem Volke bleibt keine andere Möglichkeit, als sie zu wählen.

Die Sowjets setzen sich jedoch nicht nur aus der Parteibürokratie zusammen, sondern auch aus anderen Deputierten, die ebenso von der partei-bürokratischen Oberschicht aufgrund irgendwelcher Verdienste um die Gesellschaft oder auch wegen ihrer Fähigkeit, sich blind der Macht zu unterwerfen, aufgestellt wurden. Diese gehören verschiedenen Abteilungen der Exekutivkomitees an und nehmen an Diskussionen über alle möglichen Probleme teil, die allerdings gewöhnlich von der partei-bürokratischen Führung dieser Abteilungen der Exekutivkomitees und manchmal sogar von höchsten führenden Kreisen gestellt und im voraus entschieden worden sind.

Die einfachen Deputierten haben keine Möglichkeit, hier irgend etwas durch eigene Initiative und eigene Überlegungen zu ändern. Ihre grundsätzliche Funktion besteht im Umgang mit der Bevölkerung, in der Entgegennahme von Bittschriften und Klagen, meist persönlicher Natur und auf den Alltag bezogen, und in der Unterstützung dieser Eingaben gegenüber der Macht der Bürokratie, wobei diese Unterstützung nicht immer Erfolg hat.

Das gleiche gilt für die Deputierten, die in den Obersten Sowjet gewählt werden und an dessen Sitzungen teilnehmen: sie nehmen an den Versammlungen teil und treten manchmal in den Debatten zu Problemen auf, die ebenfalls im voraus von den Parteikreisen gestellt und entschieden worden sind. Ihre Rolle besteht allein darin, den Machthabern beifällig zuzustimmen bzw. ihre Entscheidungen wortreich den regionalen und beruflichen Erfordernissen ihrer Gebiete und Branchen anzupassen. Die Wahlen dieser Abgeordneten werden deshalb zu bloßer Form, die – jeglichen Inhalts beraubt – die Sowjetdemokratie zu einer Parodie verkommen läßt. Die Bevölkerung wählt die von den Parteizirkeln zuvor bestimmten Kandidaten, d. h. sie wählt aus *einem* möglichen Kandidaten einen Abgeordneten. Obgleich das Volk all dies weiß oder doch zumindest fühlt, gibt es in formaler Erfüllung seiner staatsbürgerlichen Pflicht seine Stimme ab, zeigt aber nicht das geringste Interesse für die Ergebnisse seines Handelns.

So kann man sagen, daß die »Macht der Sowjets« bei uns nur in dem be-

sonderen Sinn existiert, daß die Oberschicht der Partei das Land im Namen der Sowjets beherrscht, deren Abgeordnete unter Zwang gewählt werden. Nicht nur die parteilosen Staatsbürger, sondern auch die einfachen Parteimitglieder besitzen im Grunde keinerlei politische Rechte. Alle Formen politischer Meinungsverschiedenheiten und noch mehr des politischen Kampfes werden als unzulässig betrachtet und mit äußerst harter und brutaler Repression unterdrückt.

Daraus darf jedoch nicht der Schluß gezogen werden, daß es in der Partei bei den Entscheidungen über das Leben der Bürger überhaupt keinen politischen Kampf gebe. Dieser Kampf findet statt, aber im Verborgenen, hinter verschlossenen Türen, innerhalb der Partei- und Staatsorganisationen. Die werktätigen Massen nehmen daran in keiner Weise teil. Sie werden über seine Ergebnisse durch die Veröffentlichung bereits getroffener Entscheidungen und durch Gerüchte informiert, die stets falsch sein oder sogar absichtlich von diesen oder jenen – nicht selten feindlichen – Kreisen in Umlauf gesetzt sein können. Mit anderen Worten – das politische Leben des Landes hat jeglichen demokratischen Charakter verloren. Die Politik trägt das Siegel der Geheimhaltung im gleichen, vielleicht in noch stärkerem Maße als die Volkswirtschaft.

Natürlich entstehen in einem solchen Klima politische Schwierigkeiten. Seit langem unterliegt das Land der Diktatur eines engen Kreises hoher Parteifunktionäre; gewöhnlich nimmt diese Diktatur die Form der Diktatur bestimmter Persönlichkeiten an, die sich mit einem Heiligenschein der Allmacht umgeben, die leicht mißbraucht werden kann. So hat Stalin 1934, als er zur Politik der Vernichtung der bedeutendsten Oppositionellen überging, einige der wichtigsten Personen ausgeschaltet, die zwar die Generallinie der Partei verfolgten, sich jedoch seinem Aufstieg und seinen Führungsmethoden widersetzten. Ein Klima der Bespitzelung und der Schnüffelei breitete sich über das ganze Land aus. In den meisten Institutionen, Kollektiven und Unternehmen, ja sogar in den Gemeinschaftsquartieren setzten die Überwachungsorgane ihre Spitzel ein. Zahlreiche Leute übernahmen diese beschämende Arbeit, teils aus Angst und unter dem Zwang der Überwachungsorgane, teils aus Rücksicht auf persönliche Karriere. Manche Informanten mißbrauchten dann ihre Macht und denunzierten völlig unschuldige Personen, mit denen sie eine persönliche Rechnung zu begleichen hatten. Auf diese »Kampagne« der geheimen und wahllosen Bespitzelung folgte die dritte Phase des Mißbrauchs der unbeschränkten Macht durch Stalin, die sich mit dem Namen Ežov und später Berija verbindet. In dieser Phase wurden Millionen Sowjetbürger zu Opfern von Verhaftungen, Denunzierungen, Foltern, Exekutionen, lan-

gen Gefängnisstrafen und Konzentrationslagern, aus denen viele nie wiederkehrten, da sie dem Hunger, der auszehrenden Arbeit und Krankheiten erlagen.
Zur Rechtfertigung dieser Massenrepression gegenüber den einfachen Bürgern stellte Stalin eine besondere Theorie auf, derzufolge sich in einem Land in der Aufbauphase des Sozialismus der Klassenkampf fortsetzt und im Laufe einer langen Zeit sogar noch verschärft – bis zu dem Zeitpunkt, an dem die neue Gesellschaft völlig aufgebaut und gefestigt sei. Der objektive Zweck dieses Vorgehens bestand offensichtlich darin, daß Stalin angesichts der harten Ausbeutung der Werktätigen, die unzufrieden wurden, und der wachsenden Gefahr einer Aggression von seiten der kapitalistischen Länder, insbesondere des faschistischen Deutschland, seine Macht und die Macht der von ihm geführten partei-bürokratischen Kreise zu befestigen trachtete, indem er die werktätigen Massen spaltete und die Mehrheit gegen die Minderheit politisch ausspielte. Sein Spionage- und Spitzelapparat verhaftete etwa ein Zehntel der Bevölkerung, brandmarkte sie als Volksfeinde und beschuldigte sie des Verrats sowie der Kollaboration mit den ausländischen Feinden, um auf diese Weise die übrigen neun Zehntel einzuschüchtern, bei ihnen die Illusion zu wecken, die sozialistische Ordnung selbst sei bedroht, und sie so den herrschenden Kreisen, d. h. der Oberschicht gefügiger zu machen und der Macht zu unterwerfen.

Zur Ideologie des partei-bürokratischen Zentralismus

Das System des partei-bürokratischen Zentralismus, das die Grundlage für das Leben der sowjetischen Gesellschaft bildet, mußte sich auch im Charakter seiner Ideologie niederschlagen. Die Ideologie der herrschenden Ordnung wird stets den Zweck erfüllen, sie gegenüber der Gesellschaft durch Idealisierung der positiven und Verschweigen der negativen Seiten dieser Ordnung zu legitimieren. Im sowjetischen Staat wird die Ideologie ausschließlich von der partei-bürokratischen Oberschicht selbst geschaffen und bei den Massen propagiert, also von jenen Kreisen, die mit diktatorischen, auf der Basis der Verheimlichung aller wichtigen Probleme der Politik und Ökonomie beruhenden Methoden das Land regieren. Im Land herrscht ein ideologischer Zentralismus, herrscht eine alleingültige Ideologie, die alle anderen ausschließt und unterdrückt. Die gesamte Presse und alle Zensurinstanzen befinden sich in den Händen der Partei und ihres Staatsapparates. Das Recht der Versammlung und der freien Mei-

nungsäußerung steht nur der Partei zu und wird nur von ihr reguliert; im Lande existiert auch nicht eine Spur von freier Meinungsäußerung. Die Zeit der politischen Diskussionen der 20er Jahre nimmt märchenhafte Züge an. All das verwandelt die herrschende Ideologie zu einem offiziellen, kategorischen Dogma, das in entscheidendem Maße auf formalistisch-verbales Zitieren und bloße Verweise auf die klassischen Autoritäten gegründet ist. Man wählt in den Werken von Marx, Engels und Lenin nur die Thesen aus, die sich zur Legitimation der herrschenden Verhältnisse verwenden lassen – alles andere läßt man beiseite.

Die Geschichte der Partei wird in grob tendenziöser Weise entstellt, um die Autorität der Parteiführung und ihre Leistungen hervorzuheben und jede Opposition und alle Feinde dieser Führung zu verleumden. So werden eine große Anzahl von Namen und Ereignissen einfach verschwiegen und man schreibt denen, die man zu diskreditieren wünscht, Gedanken und Haltungen zu, die nie die ihren waren.

In dieser Form wird die dogmatisierte Ideologie den Massen in der Presse und in den öffentlichen Erklärungen der Führung Tag für Tag dargeboten. In dieser Form wird sie der Jugend in den höchsten Bildungsinstitutionen, im System der Schulung durch die Partei und in den speziellen Parteischulen vorgetragen. Von besonders naiven und politisch unerfahrenen Leuten wird sie natürlich als Evangelium akzeptiert und trägt auf diese Weise noch zur Entwicklung solcher Naivität und Unerfahrenheit bei.

Diese offizielle ideologische Propaganda bewirkt bei zahlreichen Mitgliedern der Gesellschaft eine zunehmende Gleichgültigkeit, eine Art von geistiger Leere und ideellem Skeptizismus, manchmal sogar Zynismus. Seit längerer Zeit findet im Land ein Prozeß der »Entideologisierung« des gesellschaftlichen Bewußtseins statt, die für alle möglichen fremden – manchmal sogar völlig absurden – Einflüsse und Interessen einen günstigen Boden schafft. All das stärkt die bestehende Ordnung nicht, sondern schwächt sie im Gegenteil innerlich.

Zum Stand des Bewußtseins innerhalb der sowjetischen Gesellschaft

Materielle und ideologische Verhältnisse bestimmen natürlich auch den moralischen Bestand einer Gesellschaft. Die alte religiöse Moral, die die Menschen aufforderte, das Gute zu tun und zum Sieg der Gerechtigkeit in der Perspektive eines ewigen Lebens beizutragen, ist bei der Mehrheit der Mitglieder der neuen Gesellschaft schon längst in Mißkredit geraten;

dennoch veranlaßt die kalte Abstraktheit der offiziellen Propaganda manchen dazu, weiterhin der alten religiösen Symbolik zu huldigen. Die neue materialistische Moral wird weder theoretisch ausgearbeitet noch unter philosophischen und historischen Gesichtspunkten begründet. Sie reduziert sich selbst auf eine dogmatische Verkündung abstrakter Lösungen, die keinen starken und tiefen Eindruck auf das menschliche Bewußtsein zu hinterlassen imstande sind. Die materiellen Verhältnisse der sowjetischen Gesellschaft begünstigen im Gegenteil gerade das Entstehen amoralischer Verhaltensweisen und Handlungen.

Einerseits führt der allzu große Wohlstand der parteibürokratischen Oberschicht bei den Mitgliedern der »Nomenklatur« und besonders bei ihren Familienangehörigen häufig nicht nur zu Selbstzufriedenheit und zu Anmaßung, sondern nicht selten geradezu zur Perversion; er treibt sie dazu, nach noch größerem Wohlstand zu streben, er treibt sie zur Aneignung und Verschwendung staatlichen Eigentums, um ihre willkürlichen Begierden zu befriedigen, die sie manchmal bis zum Verbrechen führen.

Andererseits treibt die schlechte materielle Lage der Werktätigen in Stadt und Land diese häufig dazu, ihren allzu niedrigen Lebensstandard durch Diebstahl anzuheben; so unterliegen auch sie moralischem Verfall, der sich in Trunksucht, in der Mißhandlung von Frauen und Kindern, in Familienzank, Arbeitsverweigerung, Rowdytum und häufig auch in sinnlosen Verbrechen ausdrückt.

In einer besseren Lage befinden sich anscheinend die mittleren Bevölkerungsschichten der sowjetischen Gesellschaft, die einen nicht gerade hohen Lebensstandard haben, aber doch genug verdienen, um mit ihren Familien ein normales Leben zu führen. Doch gerade im moralischen Bewußtsein dieser Schichten tritt ein anderer negativer Zug des sowjetischen Lebens deutlich zutage: das Fehlen eines echten demokratischen Inhalts und der daraus resultierenden aktiven staatsbürgerlichen Interessen. Das führt dazu, daß diese Mitglieder der sowjetischen Gesellschaft sich in eine Welt von persönlichen und familiären, privaten Bedürfnissen und Beziehungen zurückziehen und ein kleinbürgerliches Dasein erstreben. Der durchschnittliche Sowjetbürger denkt außerhalb seiner Arbeit hauptsächlich an den Erwerb persönlicher Konsumgüter: er will eine schöne Wohnung, ein Grundstück für eine Datscha, einen Fernsehapparat, Kleider etc. Dafür spart er Geld, damit rühmt er sich vor seinen Verwandten und Nachbarn. Leute dieser Art zeigen sich vor allem als die Vertreter des sowjetischen Kleinbürgertums.

Das Fehlen eines lebendigen demokratischen Inhalts und der Meinungs- und Redefreiheit in unserer Gesellschaft sowie der offizielle und dogma-

tische Charakter der Ideologie vereinzeln die Mitglieder unserer Gesellschaft im täglichen Leben und machen sie gleichgültig und teilnahmslos gegeneinander. Natürlich findet man auch geschlossene familiäre oder berufliche Kollektive, deren Mitglieder einander moralisch unterstützen. Doch sind das nur vereinzelte Oasen in einer Wüste der Gleichgültigkeit und moralischen Vereinsamung. Wer keine große Familie und keine guten Freunde hat, sieht sich nur kalten Bürokraten und gleichgültigen Nachbarn gegenüber. In einer mißlichen Lage wird ihm kaum jemand beistehen.

Insgesamt haben die Bürger der sowjetischen Gesellschaft nicht die geringste Ahnung davon, wie eine wirkliche sozialistische Demokratie und die daraus entstehende Kollektivität moralischer Beziehungen auszusehen hätten. So herrscht im sozialen und politischen Leben der sowjetischen Gesellschaft seit langem der bürokratische Zentralismus, und in ihren ideologischen und moralischen Prinzipien beruht sie seit langem auf einer willkürlich-autoritären Struktur. Die Mehrzahl der bewußten Sowjetbürger, die der bestehenden Ordnung ergeben sind, besitzen eine »marxistisch-leninistische«, materialistische Weltanschauung – und eine kleinbürgerliche Mentalität.

Die sowjetrussische Gesellschaft – eine schlechte Karikatur des Sozialismus

Dies ist das negative Bild des gesellschaftlichen Lebens des Volkes, das als erstes den russischen Weg des Übergangs zum Sozialismus beschritten hat. All diese negativen Erscheinungen bildeten sich in der Periode der Stalinschen Führung, die etwa 30 Jahre dauerte. Stalin starb 1953, und nach seinem Tod spielten sich im Leben der sowjetischen Gesellschaft scheinbar entscheidende Veränderungen ab: die Legalität kam wieder zum Zug, hörte auf, völlig unschuldige Menschen zu »Feinden des Volkes« zu erklären, sie zu verhaften, hinter verschlossenen Türen abzuurteilen und sie hinzurichten, zu verbannen und in Konzentrationslager zu sperren.

Doch hat sich dabei die Organisation des gesellschaftlichen Lebens in unserem Land gewandelt? Diese Frage muß negativ beantwortet werden. Nach wie vor liegt die Staatsmacht in den Händen der partei-bürokratischen Oberschicht; nach wie vor werden die politischen Verhältnisse den werktätigen Massen verheimlicht. Weder die Gewerkschaften noch andere Organisationen haben irgendeinen Anteil an der Verwaltung der Produktion. Nach wie vor stimmen die Werktätigen mechanisch für Sowjetdeputierte, die schon im Vorhinein ausgesucht wurden; nach wie vor regieren

Minister und Vorsitzende von Exkutivkomitees und Bezirkskomitees, die vom ZK und den Gebietskomitees der Partei ernannt wurden, das Land im Namen der Sowjets. Nach wie vor besteht ein krasser Widerspruch zwischen dem übermäßigen materiellen Wohlstand der herrschenden Oberschicht und der äußerst niedrigen Bezahlung aller Arbeiter, Angestellten und Kolchosbauern. Nach wie vor ist dies die Ursache für zahlreiche Verbrechen und Vergehen. Nach wie vor herrscht im gesellschaftlichen Bewußtsein die offizielle ideologische Konzeption, die von oben aufgepfropft und kaum diskutiert wird. Und all das bedingt nach wie vor das Fehlen einer gesellschaftlichen Moral. Die Sowjetbürger besitzen keine wirklich demokratische Bildung.

Gefügig unterwerfen sie sich den Vorschriften der höchsten Macht und leben ein spießbürgerliches Leben als Produzenten und Angestellte. Diese Unbeweglichkeit in den Regierungsprinzipien des Landes hat innere wie äußere Ursachen. Die ersteren bestehen im Grunde darin, daß die partei-bürokratische Oberschicht, die unter Stalin geschaffen und herangezogen wurde, auf ihre unbeschränkte, unkontrollierte und keiner Verantwortung unterworfene persönliche Macht, auf die Geheimhaltung ihrer politischen und ökonomischen Unternehmungen, auf ihre rechtlichen und materiellen Privilegien zu verzichten für unmöglich hält. Sie hat sich an all das gewöhnt und versteht nicht oder tut so, als verstände sie nicht, wie sehr all das im Grunde der wirklichen sozialistischen Demokratie widerspricht. Charakteristisch ist in dieser Beziehung das Faktum, daß die Versuche Chruschtschovs, den materiellen Wohlstand der Mitglieder der »Nomenklatur« wenigstens teilweise einzuschränken, völlig fehlschlugen. Man hat ihm die Durchführung solcher Maßnahmen einfach nicht gestattet.

Als äußerer Umstand für die Aufrechterhaltung dieser Regierungsprinzipien zeigt sich das Auftreten der USA als neuer mächtiger und besonders aggressiver Macht an der Spitze der kapitalistischen Welt. Dies veranlaßt die Regierung der UdSSR, ungeheure Mittel auf die Verteidigung zu verwenden, ihr eigenes politisches Regime im Land, die Geheimhaltung von Ökonomie und Politik und ihre unumschränkte Macht weiterhin aufrecht zu erhalten.

Für eine Veränderung der gegenwärtigen Situation im Lande ist eine Wendung an der Spitze unumgänglich. Man kann unmöglich von der Basis eine Initiative erwarten. Die werktätigen Massen haben sich so stark an die Unterwerfung gewöhnt, daß sie nicht in der Lage sind, die herrschenden Kreise zu zwingen, jene Aufgaben zu erfüllen, die Lenin der sowjetischen Gesellschaft in seinen letzten Lebensjahren gestellt hat.

Aufbau des Kommunismus bedeutet nicht nur die Entfaltung der Pro-

duktivkräfte, das Wachstum der Produktivität der Arbeit und der materiellen Kultur. Kommunismus bedeutet vor allem den vollen Triumph des demokratischen sozialistischen Geistes und der freien staatsbürgerlichen Selbsttätigkeit der Massen, die auf der Selbstbestimmung der Arbeiter in allen Lebensbereichen beruht. Solange man nicht beginnt, allmählich und zielbewußt die schrecklichen Deformationen der sozialistischen Demokratie, die eine wesentliche Eigenart des bestehenden Regimes sind, zu beseitigen, wird in diesem Land kein Kommunismus – nicht in zwanzig und nicht in hundert Jahren – verwirklicht werden. Unter solchen Bedingungen ist nur eine Karikatur von Kommunismus möglich.

Aus dem Russischen von Hartmut Mehringer

Anmerkungen und Kommentare

Das hier veröffentlichte Dokument wird von seinen russischen, französischen und englischen Herausgebern (Samizdat, Moskau 1968; Grasset, Paris 1970; New Left Review, London 1970) dem sowjetischen Ökonomen Eugen (Evgenij Samojlovič) Varga als dessen *Politisches Testament* zugeschrieben; wir übernehmen diese Zuschreibung, weisen jedoch darauf hin, daß sie von offizieller sowjetischer Seite bestritten worden ist.

Varga war Ungar. Er ist 1879 als Sohn eines Dorfschullehrers geboren. 1919 war er einer der Volkskommissare der Räteregierung Bela Kuns. Nach dem Sturz der Räterepublik entkam er mit Kun, Lukács und Rakosi über Wien nach Moskau. Er gehörte jahrelang dem Exekutivkommittee der Komintern an und leitete zeitweilig deren Berliner Büro. 1927 übernahm er die Leitung des Instituts für Weltwirtschaft in Moskau. 1948 verlor er seine Stellungen und wurde aus der Akademie der Wissenschaften ausgestoßen, weil seine Abhandlung über den *Strukturwandel des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg* als defätistisch und abweichlerisch kritisiert worden war. Nach Stalins Tod wurde Varga rehabilitiert. Er ist im Jahr 1964 als fünfundachtzigjähriger gestorben.

Wir betrachten die Frage der Autorschaft an diesem Text als ungeklärt. Alle inneren und äußeren Kriterien weisen jedoch darauf hin, daß er aus der Sowjetunion und von der Hand eines Verfassers stammt, der den Staats- und Parteiapparat aus eigener Anschauung kennt. Auch weist seine Behandlung der sowjetischen Geschichte darauf hin, daß er über Erfahrungen aus erster Hand verfügt. Es muß sich also um einen Angehörigen der alten Garde handeln. Im übrigen zeugt die Analyse, bei allen prinzipiellen

Einwänden, die sie herausfordert, von einer Vertrautheit mit der marxistischen Methode, die den landläufigen Äußerungen der innersowjetischen Opposition, beispielsweise den Versuchen Sacharovs und Amalriks, ganz und gar fehlt. Die Frage nach der Person des Verfassers halten wir demgegenüber für sekundär.

Die Redaktion

Varga, der Polonius der Komintern

Wie konnte es geschehen, daß die russische Arbeiterklasse von einer unterdrückerischen Bürokratie so gründlich unterworfen worden ist? Varga stellt in einem verkürzten Rückblick die verzweifelten ökonomischen Bedingungen dar, unter denen das zurückgebliebene Rußland am Vorabend der Oktoberrevolution und in der unmittelbaren nachrevolutionären Periode litt. Die Bolschewiki mußten versuchen, den Sozialismus in einem unterentwikkelten Land aufzubauen; gleichzeitig wurden alle ihre Erwartungen im Hinblick auf eine Umwälzung in den kapitalistischen Ländern enttäuscht. Angesichts eines von Hunger und Chaos erfaßten Landes, von Invasionsarmeen bedroht und dann durch eine lebensgefährliche Blockade isoliert, ohne jede Aussicht auf einen Sozialismus im Westen, der Rußland aus seinen Schwierigkeiten heraushelfen könnte, begann Lenin, wie Varga meint, die Oktoberrevolution in einem neuen Licht zu sehen. Während in den Städten das Proletariat die Macht ergriff, löste sich das Land aus dem Feudalismus und bereitete sich auf eine bürgerliche Revolution vor. Dieser Widerspruch erregte Lenins Besorgnis. Er befürchtete, daß der bürgerliche Quasi-Kapitalismus auf dem Lande die schwache Revolution des Industrieproletariats in den Städten besiegen könnte. Somit mußte das Proletariat seinen gefährdeten Sieg nicht nur gegen den äußeren sondern auch gegen den Klassenfeind im eigenen Land verteidigen. In dieser Lage war an das Absterben des Staates nicht zu denken; vielmehr mußte seine militärische Macht und seine zivile Armee von Inspektoren, Kontrolleuren, Beamten und Spitzeln, mit andern Worten: die Bürokratie, gestärkt werden.
Drei Jahre nach der Revolution, während der Auseinandersetzung über die Rolle der Gewerkschaften, trat die Arbeiteropposition mit der Forderung hervor, die russische Wirtschaft und die Industrie müßten von einem frei gewählten Rat der Produzenten geleitet werden. Lenin sah in dieser Forderung eine gefährliche anarcho-syndikalistische Tendenz. Er hielt ihr entgegen, sie gefährde die führende Rolle der Partei, der einzigen Organisation, die fähig sei, die allmähliche, anfangs vielleicht

fast unmerkliche Restauration des Kapitalismus zu verhindern, dessen Wurzeln in der neuen Gesellschaft keinesfalls abgestorben seien. Lenin erkannte die Anfänge einer »bürokratischen Deformation« des Arbeiterstaates, doch hielt er sie für eine vorübergehende Phase. Varga kommentiert diese Hoffnung Lenins, indem er die herablassende Formulierung von H. G. Wells wiederholt, Lenin sei der »Träumer im Kreml« gewesen. Die Person Stalins unterzieht Varga einer bitteren und rücksichtslosen Kritik. Gleichwohl stimmt er Stalins Politik und seinen Maßnahmen letzten Endes zu. Denn war Stalins Endziel nicht mit dem Lenins identisch, bestand es nicht darin, »das Land auf einem russischen Weg zum Sozialismus zu führen« und dabei die kapitalistische Phase der Entwicklung zu überspringen? (Varga scheint anzudeuten, daß die Wurzeln des Stalinismus eben in jenem »russischen Weg zum Sozialismus« zu suchen seien, den kein anderer als Lenin selbst abgesteckt hat, als bedeute er eine Abweichung vom reinen Marxismus, eine Anpassung an die unmittelbaren Realitäten. Man gewinnt den Eindruck, daß Varga am Ende seines Lebens einem menschewikischen Geschichtsbild recht nahe gekommen ist.) Selbstverständlich hat sich der Führungsstil in der Partei nach Lenins Tod erheblich verändert. Doch um die Fundamente einer neuen Gesellschaftsordnung zu legen, mußte die ursprüngliche Akkumulation in kürzester Zeit erfolgen. Ohne Aussicht auf Kapitalhilfe von außen mußte der Staat sowohl Arbeiter als auch Bauern auspressen und sich soviel Mehrwert wie nur möglich aneignen. Zwang, nicht Ansporn stand auf der Tagesordnung, ein Zwang, der die Bürokratie zur Blüte brachte. . . .

Als führender Ökonom der Komintern war Varga zu intelligent und zu wohlinformiert, um den Sinn der »großen Debatte« mißzuverstehen, die sich im inneren Kreis der bolschewistischen Partei 1925/26 abspielte. Selbstverständlich ging es nicht um die Frage, ob eine Entwicklung zum Sozialismus hin in Rußland möglich war oder nicht. Darüber herrschte Einverständnis. Fraglich war dagegen, ob der Aufbau des Sozialismus in einem Land allein zum Abschluß gebracht werden konnte. »Bildlich gesprochen ging der Streit nicht darum, ob es möglich war, das Haus zu bauen, sondern darum, ob es zu überdachen war.« (Isaac Deutscher, *Stalin*. S. 187.)

Stalin, der an eine sozialistische Form der Autarkie glaubte oder daran zu glauben vorgab, nahm das Schlagwort vom »Sozialismus in einem Lande« auf. Viele Russen, die von der ausgebliebenen Revolution im Westen enttäuscht waren, griffen mit Erleichterung nach dieser »Doktrin des Trostes«, wie Varga sie nennt, weil sie versprach, sie für die Opfer zu entschädigen, die sie bringen mußten.

Varga selbst hat in einer langen Diskussion, die er mit Trockij und Krestinskij in der Sowjetischen Botschaft in Berlin führte, ganz zynisch zugegeben, daß die neue Lehre unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen Theorie Unsinn war, daß sie aber »im Augenblick« taktischen Nutzen verspreche. In seinen Aufzeichnungen über dieses Gespräch hat Trockij Varga den »Polonius der Komintern« genannt. (Isaac Deutscher, *The Prophet Unarmed*. S. 266.) Ähnlichen Nutzen konnte sich versprechen, wer Trockij und seine Leute als Leute hinstellte, die keinen Mut oder kein Vertrauen auf die Fähigkeiten des großen russischen Volkes setzten, und wer sie als »Kapitulanten« hinstellte. Varga hält an dieser Bezeichnung auch nach vierzig Jahren, in seinem Testament noch fest.

Zur Zeit der offenen Kämpfe in der Parteiführung stellte sich Varga auf die Seite Stalins. Das Gefühl, sich deshalb rechtfertigen zu müssen, hat ihn offenbar von diesem Moment an gequält. Stellten die linke und die rechte Opposition tatsächlich eine Gefahr für das Land dar? Handelte Stalin richtig, indem er sie auslöschte? Varga distanziert sich in dieser Frage nicht vom Stalinismus, nur von seinen »Auswüchsen« und Gefahren. Er stellt fest, daß von 1936 an die willkürliche Repression sich ausbreitete und bald das ganze Land erfaßte. Das Massaker an den alten Bolschewiki, die Prozesse, die auf erpreßten Geständnissen und gefälschten Anklagen beruhten, die Herrschaft des Schreckens und der Verleumdung zerstörten die Autorität, welche die stalinistische Führung anfangs bei der Bevölkerung genoß. Der Ersatz für das verlorene Vertrauen war in Vargas Augen der »Personenkult«. Stalins einzige Stütze war von da an der sykophantische und bürokratische Apparat des Staates und der Partei; er war zugleich die einzige organisierte politische Kraft. So erklärt sich Varga die Unterwerfung der russischen Arbeiterklasse durch eine diktatorische Bürokratie.

Wie wenig haltbar selbst diese qualifizierte historische Ehrenrettung Stalins ist, geht aus dem Panorama hervor, das Varga selbst von den nachstalinistischen Gesellschaft entwirft. Dieses Bild ist düster. Varga bringt es nicht fertig, Stalins Politik radikal zu verurteilen, doch beschreibt er ihre Ergebnisse mit unverhüllter Abneigung. Er stellt die heutige Sowjetunion als ein Land ohne gesellschaftliche Moral, ohne Ideologie und ohne Solidarität dar. Indem die Führer der UdSSR den Massen eine verfälschte Fassung des »Marxismus-Leninismus« aufzwangen, haben sie eine allgemeine Abwehrreaktion auch dem wahren Marxismus gegenüber provoziert. Da es gefährlich war, diesen Gefühlen Ausdruck zu verleihen, sind die arbeitenden Massen in Apathie, Gleichgültigkeit oder Zynismus versunken. Die alte religiöse Moral mit ihrer Höllenfurcht ist verschwunden, aber die

Sehnsucht nach religiösen Symbolen und Ritualen ist geblieben. Die herrschende Bürokratie ist nicht bereit, auf irgendeines ihrer Privilegien zu verzichten; der aggressive Imperialismus der USA kommt ihr bei der Aufrechterhaltung stalinistischer Regierungsmethoden insofern gelegen, als er enorme Verteidigungsausgaben und eine Atmosphäre der Geheimhaltung rechtfertigt. Die *nomenclatura,* das heißt, die bürokratische Oligarchie, ist nicht homogen genug, um eine Klasse zu bilden; ihre innere Solidarität ist schwach entwickelt. Doch in ihrer Jagd nach immer neuen Privilegien, immer höherem Lebensstandard ist sie unersättlich. Unter den Angehörigen dieser *nouveaux riches* breiten sich Arroganz, Korruption und Perversionen aus, was sie zu kriminellen Handlungen bringt. Die Mittelschichten in der sowjetischen Gesellschaft sind von kleinbürgerlichen Ambitionen durchdrungen. Sie sparen Geld und sind stolz darauf; ihr einziger Ehrgeiz besteht darin, ihren Nachbarn durch eine neue Datscha, eine bessere Wohnung und teurere Konsumgüter zu imponieren. Der »Marxismus-Leninismus« ist für sie nichts weiter als ein offizielles Glaubensbekenntnis, das Selbstzufriedenheit und kleinbürgerliche Selbstgerechtigkeit ausdrückt. Die ausgebeuteten Arbeiter und Bauern suchen ihr Los durch Diebstahl und Betrug zu bessern und sich über ihr Elend in der gewohnten Flasche (staatlich oder schwarzgebrannten) Wodkas hinwegzutrösten; Rowdytum und Kriminalität nehmen zu.

Vargas düsterer Überblick hat große atmosphärische Ähnlichkeit mit dem Amalriks. Beiden gemeinsam ist die Furcht vor den Massen und die Verzweiflung über ihren Zustand. Die positiven Vorschläge Vargas kommen denen Sacharovs und Medvedevs nahe. Er sieht keinerlei Anzeichen für eine Bewegung an der Basis der sowjetischen Gesellschaft. Veränderung ist nur von oben her für ihn denkbar, dadurch, daß sich die herrschende Gruppe »reformiert«. Aber das Porträt, das er selbst von dieser Gruppe entwirft, gibt keinerlei Gründe für die Annahme ab, daß sie dazu in der Lage wäre.

Vargas Testament kann vielleicht als die dunkle Kehrseite des russischen *pays légal* von heute gelten. Das bedeutet freilich noch lange nicht, daß er das *pays réel* vertritt. Denn die Unruhe, die Gärung und die Turbulenz der wirklichen sowjetischen Gesellschaft ist unverkennbar. Als Lenin auf dem Gipfel seiner Kraft stand, konnte man da nicht davon sprechen, daß die russischen Arbeiter »die Unterdrückung gewohnt« waren? Gab es vor 1917 und selbst im Lauf dieses großen Jahres keine Demoralisierung, keine Trunkenheit, kein Rowdytum, keine Kriminalität? *E pur si muove.*

Tamara Deutscher

Welcher Klassenstandpunkt bestimmt Vargas Analyse?

Zunächst fällt auf, daß die hier verwendeten Begriffe unpräzise und widersprüchlich sind: es wird einmal von den »Leuten, die die Macht besitzen« als der »herrschenden *Klasse* der sozialistischen Gesellschaft« gesprochen, an anderer Stelle von der »partei-bürokratischen *Oberschicht*«. Und obwohl anfangs von einer herrschenden bürgerlichen Klasse gesprochen wird, also die Arbeiterklasse nicht mehr die Macht innehaben kann, soll am Ende der Kommunismus »durch eine Wendung an der Spitze«, »allmählich und zielbewußt« verwirklicht werden. Wie soll diese »Wendung an der Spitze« sich jedoch ereignen? Wer innerhalb der herrschenden Klasse soll ein Interesse an der Einführung des Kommunismus haben?
Der Standpunkt des Autors ist nicht der Standpunkt der russischen Arbeiterklasse, daher muß die Analyse unrichtig werden, sie kann keine Perspektive enthalten, sie muß bei Erscheinungsformen stehenbleiben und kann die Ursachen der Entwicklung in der Sowjetunion nicht erfassen. Für eine Veränderung – schreibt der Autor – »kann man unmöglich von der Basis eine Initiative erwarten ... Die Sowjetbürger besitzen keine wirklich demokratische Bildung. Gefügig unterwerfen sie sich den Vorschriften der höchsten Macht und leben ein spießbürgerliches Leben als Produzenten und Angestellte«. Die russischen Werktätigen werden als dumpf und apathisch beschimpft, sie werden vom Standpunkt der Bourgeoisie aus betrachtet. Wenn die Werktätigen in der Sowjetunion sich noch nicht ihrer revolutionären Traditionen erinnert haben und den Kampf gegen die neue Bourgeoisie im Massenmaßstab und organisiert noch nicht wieder aufgenommen haben, dann liegt das an den Klassenverhältnissen in der SU, an der rücksichtslosen Unterdrückung jeder Aktivität der Arbeiterklasse durch die Staatsbourgeoisie. Sie versucht, die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen ideologisch zu entwaffnen, indem sie sich mit den Worten des Marxismus-Leninismus schmückt, um ihre eigene Klassenherrschaft zu verschleiern. Das macht es den sowjetischen Werktätigen zunächst schwer, den Feind zu identifizieren. Die neue Bourgeoisie unternimmt zusätzlich viele Versuche, die Arbeiter zu entpolitisieren, sie unterbindet jede politische Diskussion und will die Arbeiter durch ein ausgeklügeltes System der materiellen Anreize und alle Sorten von Prämien von ihren politischen Interessen ablenken, damit sie selbst in Ruhe ihre Herrschaft ausbauen und festigen kann.
Für die Kommunisten stellt sich die Aufgabe, durch konkrete Analysen und präzise Begriffe (Revisionismus, Bourgeoisie neuen Typs etc.) die sowjetische Wirklichkeit zu analysieren, um der russischen Arbeiterklasse

den Feind zu zeigen und den Schleier der revolutionären Phrasen der sowjetischen Bourgeoisie zu zerreißen. Der Autor dieser Schrift leistet hierzu keinen Beitrag. Er kritisiert *Formen:* daß die Partei zentralistisch organisiert ist, daß sie eine einheitliche Ideologie besitzt; er bemängelt den »Personenkult« und die Tatsache, daß zwischen dem XVIII. und XIX. Parteikongreß 14 Jahre lagen. Für Kommunisten sind jedoch die inhaltlichen Fragen wichtig: *welche Linie* und *welche Arbeitsmethoden* die Partei vertritt; ob ihre einheitliche Ideologie einen proletarischen *Inhalt* hat; ob die führenden Persönlichkeiten, die den Massen als Symbol und Vorbild dargestellt werden, große Revolutionäre sind und den Kampf um die klassenlose Gesellschaft kompromißlos führen; aus welchen Gründen Parteikongresse nicht regelmäßig einberufen werden; ob – wenn Fraktionskämpfe stattfinden – die revolutionäre Linie sich auf dem neuen Parteitag schließlich durchsetzt.

Für den Autor ist jedoch nicht die miserable Lage der Arbeiterklasse in der SU Ausgangspunkt, von dem aus die revisionistische KPdSU kritisiert wird. »Doch ein besonders gefährlicher Zug in der Tätigkeit der parteibürokratischen Oberschicht besteht nicht in ihrer Neigung zu persönlichem Mißbrauch, sondern in ihrer allgemeinen Unfähigkeit, das Land richtig zu regieren.« Hier zeigt sich der liberale Technokrat, der an der Fraktion der Staatsbourgeoisie, die augenblicklich am Ruder ist, ihre »innere Trägheit und ihren Konservativismus« kritisiert; der die aufbrechenden Widersprüche erkennt und sie abschwächen will; der nur den *»allzuhohen* Lebensstandard« der obersten Repräsentanten der neuen Bourgeoisie anstößig findet.

Er wundert sich folglich auch, daß unter Chruschtschow die herrschende Klasse nicht auf ihre politischen Privilegien und ihren »übermäßigen materiellen Wohlstand« verzichten will. In Chruschtschow sieht er einen ehrlichen Makler, der versucht haben soll, die Privilegien der »Nomenklatur« einzuschränken und am bösen Willen seiner Klassengenossen scheiterte. Der Autor stellt keine marxistische Analyse an, die von den realen Klassenverhältnissen ausgeht, er will auch nicht die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion. Er möchte einige Reformen innerhalb des Revisionismus, damit das Land »richtiger regiert« wird. Er möchte einige bürgerliche Freiheiten, mit der revisionistischen Partei das Monopol jeder Partei beseitigen; mit der Beseitigung der revisionistischen Ideologie eine Pluralität der Ideologien und Parteien einführen. Nicht eine neue proletariche Revolution schwebt ihm vor, sondern ein Wechsel an der Spitze, eine Politur des Systems.

Philip Neumann

Die programmatischen Äußerungen der intellektuellen Opposition in der UdSSR und in den osteuropäischen Ländern rufen bei der Linken im kapitalistischen Westen eine Reihe von stereotypen Abwehrreaktionen hervor. Soweit sie überhaupt diskutiert werden, begegnet man ihnen mit gereiztem Mißtrauen und in einem besserwisserischen, schulmeisterlichen Tonfall, der an die sowjetischen Handbücher der vierziger und fünfziger Jahre erinnert. Diese Reaktion ist leicht zu erklären; sie ist die Kehrseite jenes hämischen Jubels, mit dem die Ideologen der Bourgeoisie jede oppositionelle Regung in den revisionistischen Ländern begrüßen.

Eine marxistische Analyse muß sich von der Frage leiten lassen, welche gesellschaftlichen Interessen die Opposition mit ihren Forderungen vertritt. Diese Frage ist weniger leicht zu beantworten, als es scheinen mag. Die Dokumente, die uns zugänglich sind, lassen den Schluß zu, daß es ihren Verfassern keineswegs um die spezifischen Klasseninteressen des Proletariates geht. Autoren wie Medvedev oder Sacharov argumentieren offensichtlich von menschewistischen oder sozialdemokratischen Positionen aus. Die Probleme, die sie aufwerfen, lassen sich leicht und linientreu umgehen (wenn auch nicht beantworten), indem man sie in Bausch und Bogen zu Renegaten, Agenten der Bourgeoisie, mindestens aber zu Handlangern des herrschenden Revisionismus erklärt. Mit diesem naheliegenden Ergebnis begnügen sich die landläufigen Interpretationen, als ließen sich damit Fälle wie *Literární listy* und Solzenicyn, wie Kuroń und Modzelewski ad acta legen.

Demgegenüber wäre festzuhalten, daß die abstrakte ideologische Reduktion eine konkrete Klassenanalyse nicht ersetzen kann; diese aber ist ohne eine historische Dimension nicht zu denken. Auch den üblichen schematischen Interpretationen liegt ein Verständnis der sowjetischen Geschichte zugrunde, nur daß dieses Verständnis meist stillschweigend vorausgesetzt, also nicht offen diskutiert wird. Dabei werden gewöhnlich die folgenden Annahmen gemacht: Bis 1953 war die Sowjetunion ein sozialistisches Land, in dem das Proletariat die Macht ausübte; das gleiche gilt für die übrigen osteuropäischen Länder. Erst nach dem Tode Stalins eroberte eine Clique von Verrätern hinterrücks die Macht und erfand den Revisionismus als eine Methode, um den Kapitalismus wieder einzuführen. Alle politischen Probleme, denen die UdSSR sich heute konfrontiert sieht, gehen auf die Zeit Chruschtschows zurück. Das sowjetische (tschechische, polnische usw.) Proletariat kann nur durch Waffengewalt an einer Erhebung gehindert werden, die sich zum Ziele setzt, die Verhältnisse wieder-

herzustellen, die im Jahre 1952 geherrscht haben. Eine solche Lösung läge im objektiven Interesse der Arbeiterklasse, und diesem Interesse entspricht ein Klassenbewußtsein, das massenhaft verbreitet ist.
Ob dieses Schema zutrifft oder nicht, kann an den Texten der sowjetischen Opposition nicht abgelesen werden. Diese Frage läßt sich auch nicht durch Rekurse auf den *Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU(b)*, gleichgültig welcher Auflage, entscheiden. Nur die gesellschaftliche Wirklichkeit kann darüber Auskunft geben. Diese Auskunft aber ist negativ. Der Wunsch nach einer Rückkehr zu stalinistischen Zuständen ist weder in der Sowjetunion noch in irgendeinem osteuropäischen Land massenhaft verbreitet. Dagegen wurden die Verheißungen des Zwanzigsten Parteitages massenhaft begrüßt, und zwar keineswegs nur von einer kleinen Schicht korrupter Funktionäre oder kleinbürgerlicher Intellektueller, sondern von der Arbeiterklasse. Rückkehr zur sozialistischen Legalität; Garantie eines Minimums innerparteilicher Demokratie; Abbau der willkürlichen Repression, des Spitzeltums, des Systems der Zwangsarbeit; Maßnahmen gegen Wohnungsnot und Steigerung des Lebensstandards der Massen: nicht diese Versprechungen stießen auf den Widerstand der Massen, sondern die Tatsache, daß sie nicht eingelöst worden sind. Keinen andern Schluß lassen die politischen Massenbewegungen, die Streiks und die Aufstände zu, die sich im sowjetischen Machtbereich während der letzten fünfzehn Jahre ereignet haben.
Das Beschimpfen eines Sachverhalts ist keine ideologische, geschweige denn eine wissenschaftliche Leistung. Eine marxistische Analyse wäre verpflichtet, ein historisches Schema zu sprengen statt zu konservieren, das zu absurden Fehlschlüssen führt. Sie hätte die Geschichte der Sowjetunion unter Stalin dergestalt aufzuklären, daß Chruschtschovs Revisionismus nicht mehr als Akt einer reaktionären Vorsehung, als Verschwörungs-Phantasie oder als bloßes Kriminalstück erscheint, sondern als Produkt realer gesellschaftlicher Verhältnisse. Die revisionistische Misere ist ohne Regreß auf den Stalinismus, dessen Konsequenz sie ist, nicht zu verstehen. Die Apathie und der Zynismus, mit denen die sowjetischen Massen (und nicht ein paar Dutzend verirrter Kleinbürger) dem Kommunismus begegnen, ihre tiefgreifende Entpolitisierung sind tief in der Vorgeschichte des heutigen Regimes verwurzelt. Diese Vorgeschichte verschafft dem Revisionismus seine (eher passive als aktive) Massenbasis; sie hat auch die innersowjetische Opposition ermöglicht und hervorgebracht, und sie allein macht deren Äußerungen verständlich und die große Breitenwirkung, die sie finden.
Unter diesen Bedingungen erscheint der Stellenwert der sowjetischen

Opposition in einem anderen Licht. Ungeachtet ihrer manifest reaktionären Züge, ungeachtet ihrer latenten Massenfeindlichkeit, ungeachtet der Sonderinteressen, die sie vertritt, decken sich ihre Forderungen doch in einem zentralen Punkt mit dem Klasseninteresse der Arbeiter und der Bauern: sie verlangen, daß die Vorbedingungen für eine Politisierung der Gesellschaft, die Vorbedingungen dafür hergestellt werden, daß ein sowjetischer Bürger sich überhaupt als politisches Subjekt verstehen kann. Und eben aus diesem Grunde sind sie oppositionell. Wären sie nämlich in der Tat bloße Handlanger des herrschenden Revisionismus, so wäre unerklärlich, weshalb die Staatsmacht sie kriminalisiert und mit den Mitteln der Geheimpolizei verfolgt.

Das heißt mit anderen Worten: Forderungen, die unter westlichen Bedingungen als rein bürgerliche erscheinen müssen, wie die nach innerparteilicher Demokratie und Redefreiheit, nach Rechtsschutz vor Zensur- und Polizeiwillkür, setzen in revisionistischen Ländern explosive Energien und eine politische Dynamik frei, die für den offenen Klassenkampf des Proletariats gegen die Staatsbourgeoisie eine notwendige Voraussetzung darstellt. Die Politisierung der Massen bringt, wenn sie nicht mehr gewaltsam unterbunden wird, riesige und rapide Lernprozesse in Gang, deren objektive Dialektik vom Revisionismus nicht mehr zu kontrollieren ist. Das deutlichste Beispiel für diesen Vorgang hat bisher die CSSR geliefert. Erst heute, drei Jahre danach, beginnt die Hilflosigkeit und das Mißtrauen der europäischen Linken einem tieferen Verständnis dieses Prozesses zu weichen. (Vgl. beispielsweise Max Borin und Vera Plogen, *Management und Selbstverwaltung in der* CSSR. *Bürokratie und Widerstand*. Berlin 1971.)

Hoffnungen auf einen spontanen, unmittelbaren Übergang vom heutigen Zustand des sowjetischen Proletariats zu einem revolutionären Klassenbewußtsein muten demgegenüber illusorisch an. Die appellatorischen Beschwörungen der KPDSU(ML) zum Beispiel stoßen ins Leere; die sowjetische Propaganda fängt sie mühelos ab. Sie mobilisiert dabei nicht nur nationale und rassische Ressentiments gegen China, sondern sie benutzt die Volksrepublik auch als einen riesigen Projektionsschirm, auf dem den Massen zur Abschreckung ein Remake des Stalinismus vorgeführt wird: Mao in der Rolle Stalins, die Kulturrevolution als Säuberung im Stile des NKWD. Der enorme Erfolg dieser Operation ist nur dadurch zu erklären, daß sie an die kollektive Erfahrung des sowjetischen Proletariats in der Stalinzeit anknüpft und dieses Moment gewissenlos ausbeutet.

Der Revisionismus ist eine Sackgasse. Die Befreiung aus einer Sackgasse erfordert Umwege und sogar Rückzüge. Der Rückzug von der Entpoliti-

sierung, von der Repression, von der systematischen Lüge fordert einen Preis, der den politischen Kosten des Stalinismus zuzurechnen ist. Dabei ist mit einer historischen Phase zu rechnen, die nicht von langer Dauer sein wird, die sich aber nicht überspringen läßt – einer Phase, in der die Klasseninteressen des Proletariats mit denen der Technokratie (im weitesten Sinn des Wortes) in einem Punkte miteinander übereinstimmen. Dieser Punkt ist die Entmachtung der Monopolbürokratie. Das Bündnis, das zu ihrem Sturz nötig ist, wird nicht lange währen. Sobald die Massen sich politisiert, sobald sie ihre Bewegungsfreiheit zurückerobert, sich in den Betrieben organisiert, das Gewaltmonopol des Partei- und Staatsapparates gebrochen haben, wird es wieder zerfallen. Dann und erst dann werden die oppositionellen Intellektuellen, die Manager, Wissenschaftler und Technokraten sich vor die Frage gestellt sehen, ob sie sich in den Dienst des revolutionären Prozesses stellen wollen, den in Gang zu setzen sie halb bewußt und halb bewußtlos mitgeholfen haben, oder ob sie den Klassenkampf gegen die Arbeitermacht aufnehmen wollen.

Hans Magnus Enzensberger

Informationen zur Zeit

Bobby Seale
Wir fordern Freiheit
Der Kampf der Black Panther
Bd. 1198 DM 6.80

Hans-Jürgen Haug/Hubert Maessen
Was wollen die Lehrlinge?
Bd. 1186 DM 4.80

Schülerladen Rote Freiheit
Analysen Protokolle Dokumente
Herausgeberkollektiv
Bd. 1147 DM 5.80

Anpassung oder Widerstand?
Gewerkschaften im autoritären Staat
Hrsgg. v. Sven G. Papcke
Bd. 1094 DM 2.80

Weltfrieden und Revolution
Hrsgg. v. Hans E. Bahr
Bd. 1102 DM 3.80

Schulreform
oder der sogenannte Fortschritt
Hrsgg. v. J. Beck u. L. Schmidt
Bd. 1121 DM 3.80

In der Fischer Bücherei

Übergangsgesellschaft

Paul M. Sweezy/ Leo Huberman Sozialismus in Kuba
Aus dem Amerikanischen von Hans Werner Saß. edition suhrkamp 426. 201 Seiten. Doppelband DM 6,–
Das Buch von Sweezy und Huberman, die Kuba einige Monate lang bereist haben, kann helfen, Nachrichten an die Stelle von Spekulationen zu setzen. Es beschreibt den kubanischen »Weg zum Sozialismus« und belegt ihn mit statistischem Material, es macht den innenpolitischen und wirtschaftlichen Zustand des Landes transparent.

Juan Maestre Alfonso Guatemala
Unterentwicklung und Revolution. Aus dem Spanischen von Juan P. Mohr. edition suhrkamp 457. Doppelband DM 6,– (ca. März 71)
Die Monographie macht den deutschen Leser zum erstenmal mit der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Guatemalas bekannt. Sie stellt ausführlich die Populations- und Klassenstruktur und die politische Entwicklung des Agrarlandes dar von der Kolonialepoche über die Loslösung von Spanien bis zu den gegenwärtigen sozialen Krisen.

Anouar Abdel-Malek Ägypten: Militärgesellschaft
Das Armeeregime, die Linke und der soziale Wandel unter Nasser. Aus dem Französischen und Englischen von Richard Kruse. edition suhrkamp 503. Dreifachband DM 8,– (ca. Okt. 71)
Das Buch von Abdel-Malek beschreibt ausführlich die nationale Revolution Ägyptens in den Jahren 1952 bis 1967 und analysiert die komplexen Probleme, vor denen eine zur Modernisierung gezwungene »Entwicklungsgesellschaft« steht.

SUHRKAMP

Karl Otto Hondrich Wirtschaftliche Entwicklung, soziale Konflikte und politische Freiheiten
Bestimmungsgründe politischer Partizipationsrechte in soziologischer Analyse. Studientext. 336 Seiten. Kartoniert DM 18,–
Aus dem Inhalt: Wirtschaftliche Entwicklung, Sozialismus und Demokratie Sozialstrukturelle, sozialkulturelle und politische Bedingungen wirtschaftlicher Entwicklung · Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Konflikte · Bestimmungsgründe politischer Freiheiten.

Włodzimierz Brus Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft
Aus dem Polnischen von Edda Werfel. edition suhrkamp 472. Dreifachband DM 8,– (ca. Mai 71)
Brus arbeitete die Erfahrungen der sozialistischen Länder mit dem zentralistischen Modell der Planung systematisch auf. Sein Buch ist ein hervorragender Beitrag zur Neubestimmung der Wirtschaftsfunktion unter sozialistischen Produktionsverhältnissen.

Paul M. Sweezy Theorie der kapitalistischen Entwicklung
Aus dem Amerikanischen von Gertrud Rittig-Baumhaus. 436 Seiten. edition suhrkamp 433. Doppelband DM 6,–

Ernest Mandel Marxistische Wirtschaftstheorie
Aus dem Französischen von Lothar Boepple. Wissenschaftliche Sonderausgabe. 806 Seiten. Leinenkaschiert 18,–

Ausführliches Prospektmaterial erhalten Sie auf Anforderung vom

Suhrkamp Verlag
6 Frankfurt/M. 1
Postfach 2446

Wissenschaftliches Programm 1. Halbjahr 1971

Siegfried Kracauer Schriften I
Soziologie als Wissenschaft. Eine erkenntnistheoretische Untersuchung (1922) · Der Detektivroman. Ein philosophisches Traktat (1922-1925) · Die Angestellten. Aus dem neuesten Deutschland (1930)
ca. 288 S. Ln. ca. DM 24,–/Kart. ca. 16,–

Theodor W. Adorno Gesammelte Schriften 5
Zur Metakritik der Erkenntnistheorie · Drei Studien zu Hegel ca. 500 S. Ln. ca. DM 36,–/Kart. ca. DM 22,–
Bereits erschienen: Ges. Schriften 7. Ästhetische Theorie

Die negierte Institution oder die Gemeinschaft der Ausgeschlossenen
Ein Experiment der Psychiatrischen Klinik in Görz. Herausgegeben von Franco Basaglia. Aus dem Italienischen von Heidi Ascheri.
ca. 380 S. Kart. ca. DM 20,–

Eric H. Lenneberg Die biologischen Grundlagen der Sprache
Anhang: Noam Chomsky, Die formale Natur der Sprache · Otto Marx, Die Geschichte der Ansichten über die biologische Grundlage der Sprache.
ca. 604 S. Ln. ca. 60,–

Dietrich Böhler Metakritik der Marxschen Ideologiekritik
Erstes Prolegomenon einer reflektierten Ideologiekritik und ›Theorie-Praxis-Vermittlung‹.
ca. 400 S. Kart. ca. DM 20,–
(STUDIENTEXT)

Oswald Schwemmer Philosophie der Praxis
Versuch zur Grundlegung einer Lehre vom moralischen Argumentieren in Verbindung mit einer Interpretation der praktischen Philosophie Kants.
ca. 200 S. Kart. ca. DM 16,–
(STUDIENTEXT)

SUHRKAMP

Herbert Schnädelbach Erfahrung, Begründung und Reflexion
Versuch über den Positivismus. ca. 224 S. Balacron-Einband ca. DM 12,–
(THEORIE)

David J. de Levita Der Begriff der Identität
ca. 240 S. Balacron-Einband ca. DM 16,–
(THEORIE)

Alfred Schütz Zum Problem der Relevanz
Aus dem Nachlaß herausgegeben von Richard Zaner. Einleitung von Thomas Luckmann.
ca. 240 S. Balacron-Einband ca. DM 16,–
(THEORIE)

Jürgen Habermas/ Niklas Luhmann Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie — Was leistet die Systemforschung?
ca. 272 S. Balacron-Einband ca. DM 15,–
(THEORIE-DISKUSSION)

Hermeneutik und Ideologiekritik Herausgegeben von Jürgen Habermas
Mit Beiträgen von Apel, C. v. Bormann, Bubner, Gadamer, Giegel, Habermas u. a.
ca. 252 S. Balacron-Einband ca. DM 15,–
(THEORIE-DISKUSSION)

Maxime Rodinson Islam und Kapitalismus
Aus dem Französischen von Renate Schubert. ca. 320 S. Ln. ca. DM 40,–

C. B. Macpherson Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke
Aus dem Englischen von Arno Wittekind. 348 S. Leinenkasch. ca. DM 12,–
(WISSENSCHAFTLICHE SONDERAUSGABE)

Fordern Sie bitte ausführliche Prospekte an: Suhrkamp Verlag 6 Frankfurt/M. 1 Postfach 2446

Günter Maschke

Entfremdung – Herrschaft – Produzentendemokratie
Bemerkungen zum Problem der Übergangsperiode

Angesichts der in der westdeutschen Linken grassierenden Identifizierungslust und -wut mit den »sozialistischen Staaten« bzw. »Übergangsgesellschaften« – die ein Indiz ihrer theoretisch-praktischen Ohnmacht nach dem Zusammenbruch der antiautoritären Phase sind – erscheint es notwendig, sich der marxistischen Kriterien zu erinnern, mit denen die Praxis solcher Gesellschaften beurteilt werden muß.
Das wird hier in sehr vereinfachter und generalisierter Form versucht. Der Verfasser hält aber ein solches Verfahren – dem eine differenziertere Diskussion und Analyse folgen muß – für angebrachter als jene ambitiöse Literatur, die zur Legitimationsideologie verkommt, weil sie die zentralen Probleme beharrlich ignoriert.

1. *Altbekannt, oft vergessen*

Das Konzept der Übergangsperiode, »deren Staat nichts andres sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats«[1], wurde von Marx und Engels nach der Niederwerfung der Revolutionen von 1848 entwickelt. Die Klassiker verhehlen dabei keineswegs, daß es sich um eine Zwangsherrschaft handelt. Aber sie betonen, daß zum erstenmal in der Geschichte die Mehrheit über die Minderheit herrschen wird: das bisher ausgebeutete und unterdrückte Proletariat über die gestürzte Bourgeoisie.
Ein solches Herrschaftssystem dient nicht mehr der Sicherung von Exploitationsverhältnissen.
Die Funktion einer solchen Diktatur, in der die Gewaltenteilung beseitigt und die Herrschaft der Räte – die »Assoziation freier Produzenten« – errichtet wird und der Staat allmählich abstirbt, ist es, die gestürzte Klasse niederzuhalten, die neue Gesellschaft nach außen zu sichern und – als Hauptaufgabe – die *Selbst*erziehung des Proletariats für seine jetzt anstehenden Aufgaben: das heißt vor allem, für die bewußte und rationelle Regelung der Produktion im Sinne einer Bedarfsdeckung sich emanzipierender Individuen, zu ermöglichen. Die Aufgaben einer solchen Diktatur sind geschichtlich begrenzt; sie verschwindet, wenn diese gelöst sind. Obgleich Zwangsherrschaft, ist die »Diktatur des Proletariats« doch

genuin demokratischer Art. Marx und Engels schreiben sehr dezidiert: »Wir sahen schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariates zur herrschenden Klasse, *die Erkämpfung der Demokratie ist*«, und kurz darauf heißt es: »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.«[2]

Bekanntlich basierte dieses Konzept auf der Annahme einer Revolution in den entwickelten industriekapitalistischen Staaten. Marx und Engels sahen hier zu Unrecht das größere Konfliktpotential, die günstigsten subjektiven und objektiven Faktoren. Zu Recht bestand wohl ihre dahinterstehende Vermutung, daß in diesen Ländern der Aufbau einer sozialistischen Demokratie ohne größere Opfer und Hindernisse möglich wäre.

Doch der Kapitalismus wurde zuerst in Rußland zerstört – einem Land mit kaum vorhandenem Industrieproletariat, Massenanalphabetismus, und sogar starken feudalen Elementen. Die Periode des Übergangs hatte hier auch die Probleme der ursprünglichen Akkumulation zu lösen; an die Stelle der sozialistischen Demokratie trat die stalinistische Parteiherrschaft. Damit ist freilich nicht gesagt, daß diese Entwicklung »notwendig« gewesen wäre. Heute sollte aus ihr gelernt werden, daß, ungeachtet der realen Schwierigkeit, denen sich die vom Marxschen Modell differierende Übergangsperiode unter modernen Bedingungen konfrontiert sieht, sie nicht der illusionären Devise »Per aspera ad astra« unterworfen werden darf. Vielmehr muß sie ein *Übergang* zu einer qualitativ anderen, humaneren Gesellschaft sein. Der Zweck kann dabei nicht die Mittel heiligen, sonst verzehren die Mittel den Zweck: die menschliche Emanzipation.

»Der Kommunismus ist für uns nicht ein *Zustand*, der hergestellt werden soll, ein *Ideal*, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben (wird). Wir nennen Kommunismus die *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.«[3] Dieser Satz wird oft ins Apologetische gewendet. Ob die bestehenden »kommunistischen« Bewegungen in der Lage sind, »den jetzigen Zustand« aufzuheben und durch einen qualitativ neuartigen zu ersetzen, wird nicht untersucht; das wird einfach behauptet. Im Anschluß an diesen simplen Trick verweist man auf die »Realitäten« und bezichtigt jene, die auf marxistischen Kriterien beharren, des weltfremden Illusionismus. Der Satz weist aber gerade auf die Notwendigkeit hin, Nah- und Fernziele miteinander zu vermitteln. Soll die Übergangsperiode ihren Namen verdienen, so muß sie die herzustellende Emanzipation in ihren einzelnen Schritten antizipieren. Wenn nicht, mag sie ein Übergang zu allem möglichen sein – doch nicht der zu einer befreiten Gesellschaft.

»Es können gerade materialistisch keine Generationen verheizt, aufgeopfert werden um eine künftige Harmonie zu düngen, ein unvermitteltes Eschaton bloßer Ferne. Und auch sachlich muß sich das Fernziel in jedem Nahziel kenntlich machen, ebensowohl damit das Fernziel nicht leer, abstrakt, unvermittelt sei, wie damit das Nahziel nicht blind, opportunistisch, in den Tag hineinlebend sei. Eine der wichtigsten Aufgaben ist, scheint mir, beide sich durchdringen zu lassen, mit dem Weg, worin das Ziel, dem Ziel, worin der Weg impliziert ist.«[4] Um diese praktisch zu leisten, ist es freilich notwendig, sich auf die marxistische Methodik zu besinnen, auf den »Gesichtspunkt der Totalität« (Georg Lukács), um von hier aus die jeweils nächsten Schritte zu vollziehen.

2. *Klassengesellschaft »sozialistisch«?*

Bewegt man sich in der Übergangsperiode nicht auf die von den Klassikern geforderte Weise dem proklamierten Ziel zu, so endet das Ganze nach einer repressiv durchgeführten Entwicklungspolitik *bestenfalls* in einer entfremdeten Konsumgesellschaft. In ihr können für die realiter verwalteten und entpolitisierten Massen, die von der Verfügung über die Produktionsmittel abgeschnitten sind, für die Frustrationen der Arbeitswelt in zunehmendem Grade Möglichkeiten privater Kompensation bereitgestellt werden.
Der Apparat der »etatistischen Klasse« (Stojanovic) hat heute die Tendenz, »den individuellen Konsum zu vermehren, *um* seine Macht zu bewahren und zu konsolidieren und *um* die Produzenten auf dem Stand von individuellen Konsumenten zu halten«[5]. Da dies den Ostblockländern auf Grund der noch ungenügend entwickelten Produktivkräfte und auf Grund der Interessen der herrschenden Klasse, die einseitig auf Akkumulation ausgerichtet sind, nicht im gleichen Maße möglich und erwünscht ist wie den kapitalistischen, und da Gängelung und Manipulation *offen* politischen Charakter haben, darf es nicht wundernehmen, daß die Menschen dort, den Trug des Propagierten durchschauend, die ›Freiheit‹ und ›Unabhängigkeit des Individuums‹ im Kapitalismus als etwas Erstrebenswertes ansehen, und daß bei dem Kampf um Demokratisierung allzuoft westliche ‹Demokratie›-Modelle Pate stehen. (Teilweise gilt dies auch für die ČSSR). Die in den Ostblockländern praktizierte Herrschaft und ihre Ideologie, die sich als eine sozialistische ausgibt, macht es den Individuen *noch schwerer* als im Kapitalismus, zu definieren, was denn nun unter Sozialismus zu verstehen sein soll.
Peinlich um Abgrenzung zur bürgerlich-antikommunistischen politischen

Publizistik und zur Totalitarismustheorie bemüht, werfen leider auch kritische und undogmatische Marxisten[6] sich, wenn auch mit manchen Vorbehalten, zu Verteidigern dieses neuen Typs von Klassengesellschaften auf. Dies gelingt, indem sie an den Marxschen Definitionen von ›Klasse‹ und ›Eigentum‹ festhalten. Es ist aber nicht einzusehen, weshalb der Begriff des Eigentums der herrschenden Klasse heute noch ausschließlich »mit dem *privaten* Eigentum an den Produktionsmitteln zu verbinden« sein sollte.[7] Eine solche Definition ist inzwischen bereits angesichts der modernen kapitalistischen Realität zum blanken Formalismus oder zur Naivität geworden. Die herrschende Klasse im Ostblock ist »*kollektiver* Eigentümer der Produktionsmittel, und der Teil des Mehrwerts, den sich ihre Angehörigen individuell aneignen, entspricht ihrem Platz in der Staatshierarchie. Art und Grad der Teilhabe an *allen* Entscheidungen über die Produktion und die Verteilung des Mehrwertes sind nach demselben Prinzip bestimmt.«[8]

»Herrschen . . . die Arbeiter nicht über den Staatsapparat, wird dieser von einem Verwalter- und Beamtenkörper beherrscht, der sich der Rolle und Leitung durch die arbeitenden Massen entzieht, so ist es dieser Verwaltungs- und Funktionskörper, der zum tatsächlichen *Eigentümer* (im Sinne eines Produktionsverhältnisses) der Produktionsmittel wird. Dieser Körper bildet dann eine *gesellschaftliche Klasse* (eine Staatsbourgeoisie) aufgrund des Verhältnisses, das zwischen ihm und den Produktionsmitteln einerseits und den Arbeitern andererseits besteht. Diese Situation schließt natürlich nicht notwendig mit ein, daß diese Klasse persönlich die Gesamtheit der Mehrproduktion konsumiert, sondern daß sie darüber nach Normen *verfügt*, die Klassennormen sind.«[9]

Bezeichnungen wie »neue Klasse« (Djilas), «etatistische Klasse« (Stojanovic), »politische Zentralbürokratie« (Modzelewski/Kuroń) oder »Staatsbourgeoisie« (Bettelheim) haben zweifelsohne etwas Unbefriedigendes und Provisorisches. Das mag daran liegen, daß die marxistische Theorie erst beginnt, sich einer ihrer zentralen Aufgaben zuzuwenden: der Analyse der Klassenherrschaft in den ›sozialistischen‹ Staaten.[10]

Was man sich jedoch vergegenwärtigen sollte, anstatt sich hinter juristischen Definitionen zu verschanzen, das sind die *wirklichen* sozialen Beziehungen.

Es versteht sich, daß die Beziehungen zwischen Proletariat und Bourgeoisie differieren von denen zwischen Proletariat und ›etatistischer Klasse‹. Entscheidend ist aber, daß das Proletariat nicht an der Macht ist, ja, sich nicht einmal in einer dominierenden Position befindet. Die Entscheidungen über Produktion und Konsum, über die Verwendung des Mehrpro-

duktes, die Prioritäten des Planes werden nicht vom Proletariat gefällt. Die Interessen der neuen herrschenden Klasse und die des Proletariates schließen einander aus. Der Konflikt ist in den Ostblockländern, wie in allen Klassengesellschaften, nicht evolutionär zu lösen, sondern nur revolutionär. Freilich läßt er sich durch technokratische Reformen verschleiern und aufschieben – ein inzwischen oft genug gehandhabtes Mittel, das aber für die Herrschenden nicht ungefährlich ist: die von den Technokraten teil- und stückweise inaugurierte ›Demokratisierung‹ verschafft den Forderungen der Arbeiter einen breiten Artikulationsraum. (Siehe die Entwicklung in der ČSSR während des Jahres 1968.)
Inwiefern solche Gesellschaften gegenüber den kapitalistischen eine Alternative darstellen – diese Frage ist nur zu berechtigt. Daran ändern auch ihre Konflikte mit der kapitalistischen Welt nichts. Zwar sind die Schwierigkeiten der Übergangsperiode heute ohne Zweifel größer, als Marx und Engels es vorherzusehen vermochten. Ein marxistisches Bewußtsein kann sich jedoch dabei nicht beruhigen, sich verfestigende Klassen immer noch als Übergangsgesellschaften definieren und die abenteuerliche Behauptung aufstellen, daß in den Ostblockländern »eine objektiv herrschaftsfreie Gesellschaft, der also das Merkmal der Aneignung fremder Arbeit fehlt«[11], vorliege. Denn gerade *dieses* Merkmal ist vorhanden, wenn auch in anderer Form als in der kapitalistischen Gesellschaft. Dabei handelt es sich nicht um Deformationen, um »bürokratische Degeneration« usw. Auch das Wiederaufleben der Marktbeziehungen in zahlreichen Staaten des Ostblocks kann nicht als »Verrat«, als »Abkehr vom Sozialismus« denunziert werden (eher als tendenzielle Transformierung ›bürokratischer‹ in ›technokratische‹ Herrschaft), denn die betreffenden Gesellschaften erfüllen nicht die Bedingungen, auf Grund derer sie als Übergangsgesellschaften bezeichnet werden könnten. Deren Inhalt kann *nur* »die zunehmende Herrschaft der unmittelbaren Produzenten über ihre Existenzbedingungen, primär also über ihre Produktionsmittel und Produkte« sein.[12]

3. *Die Revisionismuskritik Che Guevaras – eine Verschleierung des Problems*

Die Entwicklung der »sozialistischen« Staaten hat ihre linken Kritiker gefunden. Unter ihnen ist Che Guevara einer der wichtigsten. Dies liegt nicht am Niveau seiner Argumente, sondern an seinem Einfluß auf die Politik Cubas und auf die Vorstellungen der Neuen Linken.
Che Guevara ist sich der Notwendigkeit einer Vermittlung zwischen Nah-

und Fernzielen während des sozialistischen Aufbaus bewußt; ebenso hat er erkannt, daß diese Vermittlung in den Ostblockländern nicht geleistet wird. Zu Recht begreift er als Aufgabe der Übergangsperiode den Abbau der Entfremdung. Deren Quelle sieht er in der Warenproduktion. Die hier waltenden Kategorien Ware, Geld, Gewinn entstammen der entfremdeten Arbeit, um deren Abschaffung es geht.

Die Reformökonomen des Ostblocks sehen die einzige Möglichkeit hierzu in der Entwicklung der Produktivkräfte. Deren gegenwärtig noch niedriger Standard verhindere bis auf weiteres die Entfaltung sozialistischer Produktionsverhältnisse. Jetzt gehe es »erst einmal« um Effizienz, Rentabilität, wissenschaftliche Leitung usw. – das geläufige Argument der Technokraten. Arbeiterdemokratie wird auf eine imaginäre Endphase verschoben – Gestank aus Kautskys Grab: die Verhältnisse sind noch nicht reif; sie sind *nie* reif. Dabei geht es hier nicht sosehr um die Frage der Perfektibilität, sondern um das, was man nach vorurteilsloser Analyse der Möglichkeit und Notwendigkeit tun kann. »Die *Produktionsverhältnisse* ändern sich so lange nicht, wie der private Arbeitgeber lediglich durch den Arbeitgeber Staat... ersetzt wird. Sie ändern sich nur, wenn das Kollektiv der Arbeiter und der Angestellten *tagtäglich* einen *tatsächlichen* (und nicht nur einen formalen und juristischen) Einfluß auf die Leitung der Unternehmen, auf die Ausarbeitung und die Durchführung der Pläne, auf die Verfügung über das erzeugte Mehrprodukt haben.«[13] E. Mandel schlägt in diesem Zusammenhang die Reihenfolge Arbeiterkontrolle, Arbeitermitbestimmung, Arbeiterselbstverwaltung vor.

Die Reformökonomen leugnen de facto den Primat der Politik; sie klammern die politische Problematik aus. So dienen ihre Thesen, die den Hauptinhalt der sozialistischen Phase, die schrittweise Emanzipation der Produzenten durch Selbsterziehung, verschwinden lassen, als Legitimationsideologie der herrschenden ›etatistischen Klasse‹. Deren Existenz wird von Che Guevara freilich übersehen. Ebensowenig ist er – im Gegensatz zu seinen Kommentatoren[14] – in der Lage, den Zusammenhang zwischen Stalinismus und Revisionismus aufzuweisen.

Die Gefahr besteht für ihn vielmehr darin, daß der nichtexistente Sozialismus des Ostblocks durch die »Ware als ökonomische Zelle, die Rentabilität, das individuelle Interesse als Hebelkraft«, den Markt, das Wertgesetz usw. bedroht ist: diese sollen das sozialistische Bewußtsein der Massen (das sich anscheinend vor der technokratischen und während der stalinistischen Phase gebildet hat) unterminieren und es schließlich zerstören, wenn dem Prozeß nicht entgegengetreten wird. Geschieht dies nicht, so besteht jederzeit die Möglichkeit einer Restaurierung des Kapitalismus.

Die Sensibilität Guevaras gegenüber den realen Gefahren des Marktes und des Warenfetischismus mündet in ein neues Konzept sozialistischen Aufbaus, das man in Cuba zu realisieren versucht hat. Die bewußte Anwendung des Wertgesetzes wird dabei negiert, dem moralischen Stimulus größere Bedeutung als dem materiellen beigemessen. (Während Guevara dem materiellen Anreiz noch ein gewisses Recht zugesteht, ist er aus der cubanischen Realität und der Ideologie Fidel Castros de facto verschwunden.) Vor allem aber werden der freie Residualmarkt und die Warenbeziehungen zwischen den staatlichen Unternehmen abgeschafft. Dies alles soll dazu beitragen, den »Neuen Menschen« zu schaffen, der, nicht länger mit den Malen der Entfremdung und des Egoismus behaftet, »Freude an der Arbeit zurückgewinnt, die Freude, eine Pflicht zu erfüllen, sich innerhalb der gesellschaftlichen Mechanismen wichtig zu fühlen«[15]. Der moralisierend-paternalistische Ton und die manipulative Absicht sind unverkennbar.

An anderer Stelle heißt es, um vieles erträglicher: »Dabei stützen wir uns auf die marxistische Einsicht, daß der Mensch seinen vollen menschlichen Zustand erst dann wirklich erreicht, wenn er produziert, ohne den Zwang der physischen Notwendigkeit, sich als Ware verkaufen zu müssen.«[16] Dies soll erreicht werden durch zentralisierte Planung, die laut Guevara »das Wesen der sozialistischen Gesellschaft, die sie definierende Kategorie und der Punkt« ist, »an dem das Bewußtsein der Menschen es endlich erreicht, die Wirtschaft zusammenzufassen und auf ihr Ziel zu lenken: die völlige Befreiung des Menschen im Rahmen der kommunistischen Gesellschaft.«[17] Von wem und in wessen Interesse dieser Plan erstellt wird, das diskutiert Guevara nicht. Wiederum ist das entscheidende Problem – ist das Proletariat an der Macht oder nicht? – ausgeklammert. Sozialismus bedeutet für Guevara nicht primär die Herrschaft der Produzenten, sondern die Ersetzung des Marktes durch den Plan.

Wir können hier nicht detailliert in die ökonomische Diskussion eintreten. Es läßt sich nur sagen, daß das Konzept Guevaras nicht zu den erhofften Fortschritten geführt hat, sondern daß es im Gegenteil eine der Ursachen des jetzigen katastrophalen Zustandes der kubanischen Ökonomie ist.[18] Vergeudung von Ressourcen, autoritäre Zentralisation der Planung einerseits und anarchistische Dezentralisation an der Basis andererseits (ein Widerspruch, den man durch dezisionistische Improvisation zu »lösen« sucht[19]), mangelnder Informationsfluß, Desinteresse der Arbeiter (Abwesenheitsquote am Arbeitsplatz 30% und mehr), unkoordinierte und ineffiziente Investitionen, ungenügende bzw. nichtexistente Qualitäts- und Rentabilitätskontrollen und überstürzte Zerschlagung des privaten Sektors

haben das Land in die schwierigste Situation seit dem Sieg der Revolution gebracht.

Kann sich eine Gesellschaft, deren Mitglieder hauptsächlich mit der Sorge um ihre physische Reproduktion beschäftigt sind, die Fragen, um die es im Sozialismus geht, überhaupt ernsthaft stellen? Die auf Cuba stattfindende Militarisierung, die Unterdrückung jeglicher politischer Diskussion, der autokratische Führungsstil, der durch keinerlei institutionelle Faktoren gebremst wird, und der die Fehlentscheidungen akkumuliert, lassen daran Zweifel aufkommen. Auch mittels des Konzeptes von Guevara können die Aufgaben der Übergangsperiode nicht gelöst werden, nicht einmal soweit sie rein ökonomischer Natur sind. Die deutschen Herausgeber der Aufsätze Guevaras zur Politischen Ökonomie[21] fragen auf der Umschlagseite: »Wie kann die Arbeit im Sozialismus organisiert werden, ohne daß neue Herrschaft entsteht?« Gerade dieses Problem stellt sich Guevara nicht. Stattdessen starrt er gebannt auf die aus dem Markt und der Warenproduktion fließende Entfremdung. Es ist für einen Marxisten aber unzulässig, Herrschaft und Entfremdung voneinander zu trennen: Herrschaft ist es, die dem Produzenten die Verfügung über die Produktion entreißt. Herrschaft ist also die Quelle der Entfremdung, nicht das Produkt, das unter entfremdeten Verhältnissen als Ware geschaffen wird. Was Guevara betreibt, ist die Fetischisierung des Warenfetischismus; mit dem erstaunlichen Erfolg, daß diese »Theorie«, die in Cuba das zentrale Problem der Übergangsperiode verdeckt und damit zum Herrschaftsinstrument wird, bei uns als »Alternative« zu dem Ökonomismus des Ostblocks gefeiert wird.

Ohne Zweifel ist es notwendig, die Warenverhältnisse in der Übergangsperiode zurückzudrängen und schließlich zu beseitigen. Dies kann jedoch nicht – wie in Cuba – durch Ukas geschehen. Denn »die Eliminierung der Warenkategorien stößt auf ideologische und zugleich auf politische . . . sowie auf ökonomische Grenzen, die wiederum abhängen vom Zustand der Struktur Produktivkräfte/Produktionsverhältnisse.«[22] Solange Knappheit herrscht, müssen Markt- und Geldwirtschaft fortbestehen. In der Tätigkeit der Produzentendemokratie, die als ›Diktatur des Proletariates‹ die schöpferische Energie der Arbeiter freisetzt, »können die Marktverhältnisse allmählich abgeschafft werden durch *konkrete* Maßnahmen, die *konkreten* Situationen angepaßt sind«[23]. Wird der Markt aber einfach mittels Dekret zum Verschwinden gebracht, ohne daß die dazu nötigen Bedingungen bestehen, so setzt er sich als Schwarzmarkt wieder durch. (Wofür Cuba ein besonders abschreckendes Beispiel gibt.) Eine solche Situation führt zu Moral mit doppeltem Boden. Die hier stattfindende Zerstörung des Bewußtseins ist gefährlich. Gelöst kann das Problem nur werden, wenn die

sozialistischen Produktionsverhältnisse das Übergewicht über die Warenbeziehungen besitzen, und wenn die Produzenten selbst, gestützt auf einen *demokratisch und wissenschaftlich zustande gekommenen Plan*, der sich den Markt unterordnet[24], die Warenbeziehungen Schritt für Schritt eliminieren. Fehlen diese Bedingungen, so ist der Plan allein keineswegs eine Garantie dagegen, »daß neue Herrschaft entsteht«. Wird er von den Interessen der etatistischen Klasse formuliert, die über die alleinige Macht verfügt und die das systematisch verschweigt, so wird die Verteidigung des Planes (identifiziert mit Sozialismus) gegen die des Marktes (identifiziert mit Kapitalismus) zur Legitimierung von Ausbeutung und Unterdrückung.
Der Marxismus orientiert seine Kritik an der Diskrepanz von Wirklichkeit und Möglichkeit. Entscheidend ist z. B. nicht, daß Fortschritte stattfinden – entscheidend für jede marxistische Beurteilung ist, welche Fortschritte möglich sind. Die Wirklichkeit der »sozialistischen« Staaten besteht darin, daß dort eine etatistische Klasse über die Produzenten herrscht und sie ausbeutet. Der von Land zu Land differierende Charakter dieses Zustandes und das Maß jeweils real möglicher Emanzipation wären zu eruieren. Wer aber die Dinge nicht beim Namen nennt, wer glaubt, den Marxismus im Westen als kritisches Instrument und im Osten als Legitimationsideologie gebrauchen zu können, wer schließlich angesichts der heutigen Machtkonstellation in der Welt den Herrschaftsprozeß im Ostblock ignoriert, der verleugnet den Marxismus und seine Methode und wird zum Agenten der Unterdrückung.

4. Folgerungen

Zu den wichtigsten Aufgaben marxistischer Theorie gehört heute die Analyse der Gesellschaften des »sozialistischen Lagers« (auch deren Bedeutung für eine revolutionäre Strategie hier), sowie die Entwicklung von Modellen einer Übergangsgesellschaft, in deren Praxis Nah- und Fernziele vermittelt sind, und in der Herrschaft kontinuierlich ab- statt aufgebaut wird.[25] Und last but not least die Schaffung einer Revolutions- und Organisationstheorie, die von Anfang an Revolution als Handeln sich emanzipierender Massen definiert, und die Vorbedingung hierzu in ihren Organisationsformen findet. Der erste Schritt in der BRD wäre die kritische Aufarbeitung der antiautoritären Phase, die zugunsten einer mechanistischen Rezeption obsoleter, historisch gescheiterter Organisations- und Revolutionsmodelle verdrängt wurde. So einfach ist die Rezeptsuche nicht! Die neue Wirklichkeit muß analysiert werden, wenn Organisation die »Vermittlung von Theorie und Praxis« (Lukács) bedeuten soll; man kann ihr nicht mit

Organisationskonzepten entgegentreten, deren geheimer Impetus die psychische Stabilisierung der potentiellen Revolutionäre einerseits, die Errichtung von Herrschaftsstrukturen andererseits ist. Mit anderen Worten: was not tut, ist die »Reorganisierung politischer Masseninitiative in den organisatorischen Verkehrsformen einer politisch fungierenden und diskutierenden sozialistischen Öffentlichkeit, um allererst neue Inhalte von Klassenbewußtsein auf der Ebene emanzipativer Vernunftprinzipien vermitteln zu können«[26].
Wer diese Prinzipien negiert, gleichzeitig aber über die Krise des Sozialismus jammert, sollte als das hingestellt werden, was er ist: als ein Mitschuldiger an dieser Krise.

5. Altbekannt, oft vergessen

»Der Sozialismus wird frei sein – oder er wird nicht sein.«

Anmerkungen:

1 Karl Marx, *Kritik des Gothaer Programms. Ausgew. Schriften*, München 1962, S. 1199.
2 Karl Marx/Friedrich Engels, *Manifest der Kommunistischen Partei. Ausgew. Schriften*, München 1962, S. 827 f.
3 Dies., *Die Deutsche Ideologie*. Berlin 1960, S. 33.
4 Ernst Bloch, *Liegt es am System (Togliatti)?*. In: *Tübinger Studentenzeitung ›notizen‹*, Nr. 61/1965.
5 André Gorz, *Der schwierige Sozialismus*. Frankfurt 1968, S. 130.
6 So u.a. Werner Hofmann, *Stalinismus und Antikommunismus*. Frankfurt 1967; Leo Kofler, *Stalinismus und Bürokratie*. Neuwied a. Rh. und Berlin 1970; Isaac Deutscher, *Die unvollendete Revloution 1917-1967*. Frankfurt 1967 u. v. a.
7 Svetozar Stojanović, *Kritik und Zukunft des Sozialismus*, München 1970, S. 51.
8 Ebenda.
9 Charles Bettelheim, *Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen*. Berlin 1970, S. 89.
10 Hierzu am Beispiel Polens: Karel Modzelewski und Jacek Kuroń, *Offener Brief an die »Vereinigte Polnische Arbeiterpartei«*. O. O., o. J. (»Agitpropdruck«). Hinweise in den Schriften Bettelheims, Stojanovics u. a.
11 Werner Hofmann, *Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft*. Reinbek bei Hamburg 1969, S. 117.
12 Charles Bettelheim, a.a.O., S. 147.
13 Ernst Mandel, *Marxistische Wirtschaftstheorie*. Frankfurt 1968, S. 688.
14 Peter Strotmann (Einleitung zu Bettelheim u. a., *Zur Kritik der Sowjetökonomie*. Berlin 1969), Wolfgang Müller (Einleitung zu Bettelheim u. a., *Wertgesetz, Pla-*

nung und Bewußtsein. Frankfurt 1969) und Kurnitzky/Schubert, Vorwort zu Guevara, *Ökonomie und neues Bewußtsein.* Berlin 1969).

15 Ernesto Che Guevara, *Ökonomie und neues Bewußtsein.* Berlin 1969, S. 118.

16 Ebenda, S. 147.

17 Ebenda, S. 47.

18 Hierzu detailliert: René Dumont, *Cuba – est-il-socialiste?*, Paris 1970.

19 Siehe Isy Joshua, *Organisation et rapports de production dans une économie de transition (Cuba).* École Pratique des Hautes Etudes, Paris, November 1967.

20 Siehe die Belege hierzu bei Dumont, a.a.O. – Allgemein: Die nicht-proletarische Praxis »ist gleichgültig gegenüber Inflation oder Knappheit und sie verschleiert diese Gleichgültigkeit, indem sie verächtlich von ›ökonomischen Geld- und Finanzproblemen‹ redet. Diese Verachtung ist aber in Wirklichkeit Verachtung für die Masse und ihre Rechte. Es hat daher denselben Charakter wie die Verachtung der proletarischen Demokratie und der freien Meinungsäußerung der Massen«. Bettelheim, Brief an Sweezy in: *Zur Kritik der Sowjetökonomie*, Berlin 1969, S. 119 f.

21 A.a.O.

22 Charles Bettelheim, *Ökonomischer Kalkül . . .*, S. 152.

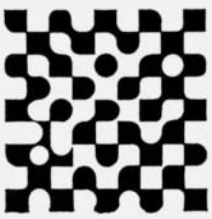
23 Ders., *Zur Kritik . . .*, S. 115 (Brief an Sweezy).

24 Hierzu siehe Mandel, a.a.O.

25 Vgl. den Ansatz und die Vorschläge von Gorz, a.a.O., S. 114-115.

26 *Die ML-Kritik am Intellektuellen ist eine logische Unmöglichkeit.* Vorwort des Marxismus-Kollektivs Frankfurt zu Max Horkheimer, *Kritische Theorie der Gesellschaft*, III, (Reprint), S. XVII.

Beck'sche Schwarze Reihe



Im Frühjahr 1971 erscheint:

Helmut Seiffert: Marxismus und bürgerliche Wissenschaft

Ideologie – Utopie – Dialektik und Analytik – Rechtfertigung der Wissenschaft. Etwa 230 Seiten. Paperback DM 12,80

Bereits erschienen:

Helmut Seiffert: Einführung in die Wissenschaftstheorie

Band 1: Sprachanalyse – Deduktion – Induktion in Natur- und Sozialwissenschaften. 3., unveränderte Auflage. 1971. X, 281 Seiten. Paperback DM 12,80
Band 2: Geisteswissenschaftliche Methoden: Phänomenologie – Hermeneutik und historische Methode – Dialektik. 1970. VIII, 308 Seiten. Paperback DM 12,80

Prospekte ›Beck'sche Schwarze Reihe‹ im Buchhandel oder vom Verlag C. H. Beck, 8 München 23

Verlag C. H. Beck

Philip Neumann
Der »Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsformation«
Zur Kritik der Politischen Ökonomie des Sozialismus und ihrer Anwendung in der DDR

»Wenn wir den Klassenkampf vergessen, die Revolution nicht machen und nur einseitig von der Produktion von Material, der Herstellung von Maschinen und der eifrigen Beschäftigung mit der Mechanisierung in Anspruch genommen werden, werden unsere sozialistischen Unternehmen zu kapitalistischen entarten, wird die politische Macht ihre Farbe ändern, und alle Errungenschaften des wirtschaftlichen Aufbaus werden der Bourgeoisie in die Hände fallen und zur Unterdrückung und Ausbeutung der breiten Massen der Werktätigen benützt werden. Daher ist es notwendig, zuerst die Revolutionierung durchzuführen und die Revolutionierung die Mechanisierung leiten zu lassen.«
›Der Weg der sozialistischen Industrialisierung Chinas‹, *Peking Rundschau* 43/69

In der DDR, der Sowjetunion und den übrigen osteuropäischen Ländern sind alle wesentlichen Produktionsmittel verstaatlicht, die Landwirtschaft ist in Produktionsgenossenschaften organisiert, das Handwerk und der Handel zum größten Teil in den Händen von Genossenschaften oder des Staates. 1963 erklärt die SED auf dem VI. Parteitag in ihrem Programm:

»In der DDR ist das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln in der Form des Volkseigentums und des genossenschaftlichen Eigentums zur festen ökonomischen Grundlage der Gesellschaft geworden ... Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in allen Bereichen der Volkswirtschaft sind in der DDR die sozialen und ökonomischen Möglichkeiten für die Wiederherstellung des Kapitalismus ein für allemal beseitigt.«[1]

Die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln ist eine der größten Errungenschaften in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Sie nimmt der Bourgeoisie und den Großgrundbesitzern die ökonomische Grundlage ihrer Macht und bietet die Basis für die Errichtung der

Diktatur des Proletariats. Aber die historischen Erfahrungen der letzten 50 Jahre beim Aufbau des Sozialismus haben gezeigt, daß mit der Enteignung der Bourgeoisie, mit der ökonomischen Entmachtung der alten Ausbeuterklassen noch nicht die Garantie gegeben ist, daß es keinen Weg zurück zum Kapitalismus gibt.

Dieser Beitrag will versuchen einige Überlegungen anzustellen über die wirklichen Produktionsverhältnisse, die in den »sozialistischen« Ländern herrschen, die sich hinter der Fassade des Staatseigentums verbergen. Er fußt auf den Analysen der Kommunistischen Partei Chinas, die in der *Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung* (vor allem in dem 9. Kommentar »Über den Pseudokommunismus Chruschtschows«) zusammengefaßt sind.[2] Hier sollen einige *Konsequenzen* aufgezeigt werden, zu denen Fehler beim Aufbau des Sozialismus führen können, und nach den *Wurzeln* dieser Entwicklung gesucht werden. Denn der Revisionismus stieg nicht erst auf dem XX. Parteitag wie ein Phönix aus der Asche; die Keime existierten früher und wurden nicht mit den richtigen Methoden bekämpft. Der qualitative Umschwung auf dem XX. Parteitag kann nur möglich gewesen sein aufgrund eines langen Prozesses kleiner quantitativer Veränderungen, die nicht rechtzeitig durchschaut und analysiert wurden.

Zum Anlaß nimmt diese Analyse sich das Erscheinen eines neuen Lehrbuchs der *Politischen Ökonomie des Sozialismus und iher Anwendung in der DDR*[3]. In diesem Buch werden die theoretischen Diskussionen und die praktischen Veränderungen der vergangenen Jahre, vor allem seit dem XX. Parteitag der KPdSU und seit dem VI. Parteitag der SED sowie seit der Einführung des »Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung« zusammengefaßt. Es ist dies *die neue ideologische Grundlage der SED.* Das Erscheinen des Buches, das mit einem Vorwort Ulbrichts versehen ist, wurde durch eine große propagandistische Kampagne vorbereitet und unterstützt. Durch wissenschaftliche Konferenzen, Fernseh- und Rundfunkdiskussionen, Zeitungsinterviews mit den Autoren, Anleitungsbroschüren und Schulungskurse soll es in die Massen getragen werden. Im neuen Parteilehrjahr und in allen Ausbildungsinstitutionen dient es als Grundlage für die Ausbildung der Kader der Partei.

Hier wird mit der Darstellung und Kritik der *Theorie* der SED und nicht mit der Analyse der konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR *begonnen*, weil in Gesellschaften, in denen der Kapitalismus zunächst abgeschafft war, der Theorie der Partei eine sehr große Bedeutung zukommt. Denn die Partei ist der »Kern« der Gesellschaft, die Institution,

die alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringt und anleitet, verändert oder die alten Verhältnisse restauriert. Nach welcher *Richtschnur* sie das tut, von welcher Theorie sie ihre Praxis anleiten läßt, ist entscheidend für das Schicksal des Sozialismus in diesen Ländern. Deshalb werden hier die zentralen Thesen des neuen Lehrbuchs behandelt. Das kann nicht die konkrete Analyse der realen Verhältnisse, unter denen in der DDR produziert wird, ersetzen. Aber die Theorie gibt hier sehr weitgehenden Aufschluß über die wirklichen Verhältnisse.

Der Beitrag kann nur eine Vorarbeit für die konkrete Analyse der Klassenverhältnisse in der DDR und den übrigen ehemals sozialistischen Ländern sein. Er ist gegliedert in drei Teile, von denen der erste die Probleme benennt, vor denen der Sozialismus als Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus steht; im zweiten Teil wird die neue Theorie der DDR-Führung dargestellt und kritisiert; es wird gezeigt, wie die Produktionsverhältnisse unter dem neuen Wirtschaftssystem nach den Vorstellungen der SED organisiert sein sollen und zu welchen Konsequenzen das führt; im dritten Teil werden einige vorläufige Schlußfolgerungen bezüglich der Klassenverhältnisse in den revisionistischen Ländern gezogen.

I. Was ist Revisionismus?

Der Begriff des Revisionismus wird im politischen Kampf auf die unterschiedlichsten Richtungen angewandt, vom Revisionismus der Sozialdemokraten bis zum angeblichen »Linksrevisionismus« der chinesischen Kommunisten. Es ist deshalb ratsam, den Begriff anfangs genau zu klären, damit er aus dem Bereich der Schlagworte herausgenommen wird und als wissenschaftlicher Begriff verwendet werden kann.

Der Begriff entstand um die Jahrhundertwende in der Debatte um die Richtigkeit der Marx'schen Analyse des Kapitalismus und um den Weg zur proletarischen Revolution in der SPD. Lenin bildete seine eigene Theorie im Kampf mit dem Verrat der II. Internationale heraus und definierte den Revisionismus so:

»Die Haltung von Fall zu Fall festlegen, sich an Tagesereignisse, an das Auf und Ab im politischen Kleinkram anpassen, *die Grundinteressen des Proletariats*, die Grundzüge der ganzen kapitalistischen Ordnung und der gesamten kapitalistischen Entwicklung *vergessen*, diese Grundinteressen um wirklicher oder vermeintlicher Augenblickvorteile willen opfern – darin besteht die revisionistische Politik.«[4]

Lenin bekämpfte den Revisionismus der Sozialdemokraten, weil sie, statt die Diktatur des Proletariats anzustreben, den Klassenkampf aufgaben

zugunsten eines Bündnisses und »Burgfriedens« mit der Bourgeoisie. Hier ging es um die Strategie *vor der Revolution*, um den Weg zur Beseitigung des kapitalistischen Systems. Mao Tse-tung entwickelte diesen Begriff weiter. Er wurde mit neuen historischen Fakten – der Verwandlung der UdSSR von einer Diktatur des Proletariats in einen bürgerlichen Staat – konfrontiert und faßte die tragischen Erfahrungen der Entwicklung der Sowjetunion zusammen zu einer Theorie, die den Revisionismus *nach* der Revolution, die Abweichungen einer ehemals proletarischen Partei analysiert.

»Die Grundprinzipien und die allgemeingültigen Wahrheiten des Marxismus verleugnen – das heißt Revisionismus. Der Revisionismus ist eine Art der bürgerlichen Ideologie. *Die Revisionisten verwischen den Unterschied zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus*, den Unterschied zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Diktatur . . Die Revisionisten oder Rechtsopportunisten geben ein Lippenbekenntnis zum Marxismus ab und greifen dabei auch den ›Dogmatismus‹ an. *Aber das, was sie angreifen, ist gerade das Fundamentalste am Marxismus.*«[5]

Lenin und Mao Tse-tung bezeichnen hier als das Wesentliche in der Position der Revisionisten, daß sie *die Grundinteressen des Proletariats vergessen* und verraten und den *Unterschied zwischen dem Kapitalismus und Sozialismus verwischen*. Nur konkrete Analysen können diese Vorwürfe belegen.
Hier soll versucht werden, zunächst die Grundinteressen des Proletariats im Sozialismus zu bestimmen, um dann die objektiven Schwierigkeiten und Bedingungen und Gefahren aufzuzeigen, die beim Aufbau des Sozialismus existieren: die »Muttermale« der alten Gesellschaft, die schrittweise überwunden werden müssen. Von da ausgehend sollen die theoretischen Konzeptionen vom Sozialismus untersucht werden, die in den revisionistischen Ländern vorherrschen.

Das grundlegende Interesse der Arbeiterklasse im Sozialismus

Die proletarische Revolution unterscheidet sich ihrem Wesen nach von allen bisherigen Revolutionen. Die bürgerliche Revolution z. B. konnte nur mit Hilfe der proletarischen und bäuerlichen Massen die politische Macht erlangen, indem sie deren Unmut und Verzweiflung über die herrschenden Zustände im absterbenden Feudalismus für ihre eigenen Zwecke ausnutzte: zur Errichtung ihrer eigenen Klassenherrschaft, der Herrschaft der Bourgeoisie. Die Massen hatten rebelliert, um erneut, allerdings unter anderen Formen (als Lohnarbeiter) ausgebeutet zu werden.

In der sozialistischen Revolution vertritt das Proletariat keine Sonderinteressen. Die Arbeiterklasse als die Repräsentantin aller unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und Schichten hat *ein Grundinteresse: die Abschaffung aller Klassen.* Sie ist die Klasse, die die materiellen Werte in der unmittelbaren Produktion schafft, die im Kapitalismus von anderen Klassen angeeignet werden. Sie ist die Klasse, die im Kapitalismus die Drecksarbeit zu machen hat, ohne an den Früchten dieser Arbeit teilzuhaben; sie ist die Klasse, die im Kapitalismus herumkommandiert wird, die auszuführen hat, was andere planen und entwerfen, die die unterste Stellung in der gesellschaftlichen Werteskala einnimmt.

Die proletarische Revolution bedeutet die Emanzipation von dieser unterdrückten gesellschaftlichen Stellung, von einem Zustand, in dem die Arbeiterklasse das Instrument ist, das den Interessen der bürgerlichen Klasse dient, *für sie* arbeitet und lebt. Das Hauptinteresse der Arbeiterklasse muß folglich darin bestehen, die Reste der ehemals herrschenden Klasse zu beseitigen und jeden Ansatz zur Herausbildung einer neuen bürgerlichen Klasse zu verhindern, die sie auf die alte Position der herumkommandierten Lohnarbeiter zurückwerfen würde. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn die Klassenunterschiede überhaupt beseitigt werden, und damit jeder Keim einer neuen Klasse, die ihre Herrschaft über die anderen Klassen aufbaut.

Diese Aufgabe: die Beseitigung der Überreste des Kapitalismus und die Verhinderung neuer Klassenbildungen, ist in der Übergangsphase vom Kapitalismus zum Kommunismus zu leisten: in der Periode des Sozialismus. Der Sozialismus kann vom Kommunismus nicht durch eine große Chinesische Mauer getrennt sein; er ist als die erste Phase des Kommunismus bezeichnet worden, in der konsequent und schrittweise das Erbe der alten Ausbeutergesellschaften überwunden wird.

Marx grenzt diesen »revolutionären Sozialismus« von allen Schattierungen kleinbürgerlicher Sozialismusvorstellungen ab:

»Dieser Sozialismus ist die Permanenzerklärung der Revolution, die Klassendiktatur des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesen Klassenverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen.«[6]

»Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt.«[7]

Die Konzeption vom Sozialismus als der Periode nach der proletarischen Revolution, in der diese Muttermale permanent und etappenweise zurückgedrängt werden, ist keine fixe Idee von irgendwelchen Intellektuellen, sondern betrifft die materielle Existenz der Arbeiterklasse nach der Revolution. *Das richtige Bewußtsein von den Muttermalen der alten Gesellschaft und ihre genaue Analyse ist entscheidend für das Schicksal der Revolution, für den kapitalistischen oder sozialistischen Weg.* Denn wenn die Kommunistische Partei die Unterschiede zwischen Kapitalismus und Kommunismus verwischt, wenn sie nicht bewußt und planmäßig die Muttermale der alten Ausbeutergesellschaften und die seit Jahrtausenden in den Menschen verankerten Ideen der Ausbeuterklassen analysiert und zurückdrängt, dann findet eine spontane Entwicklung zum Kapitalismus statt, dann entfalten sich die alten Kräfte aufs neue, die nicht bekämpft wurden. Dann entstehen unter dem Deckmantel »sozialistischer Eigentumsformen« und geschmückt und verschleiert mit sozialistischen Phrasen gesellschaftliche Verhältnisse, in denen die Arbeiterklasse erneut das ausführende, herumkommandierte und ausgebeutete Organ einer neuen bürgerlichen Klasse ist. Dann stehen die arbeitenden Klassen erneut unter dem Kommando von Nichtarbeitern; dann herrschen in den Betrieben, in Ausbildungsinstitutionen, in politischen Institutionen nicht die Interessen der Arbeiter vor, sondern die Sonderinteressen einer privilegierten herrschenden Bourgeoisie neuen Typs.

Es ist ersichtlich, daß es nicht darum gehen kann, unmittelbar sämtliche Errungenschaften und neuen Lebensformen des Kommunismus in die Tat umzusetzen. Nur eine materialistische Analyse der Bedingungen jeder *Etappe* in der Revolution kann Aufschluß geben darüber, was an kapitalistischen Elementen zur gegebenen Zeit zurückgedrängt werden kann. Entscheidend ist nicht die Lösung sämtlicher Klassenwidersprüche zu einem Zeitpunkt. Entscheidend ist nicht, die Rätedemokratie einzuführen, wenn die materiellen Bedingungen, die politischen, ökonomischen, ausbildungsmäßigen Bedingungen dafür noch nicht gegeben sind. Auch die permanente Revolution kennt Etappen, die genau bestimmt sein müssen, wenn voluntaristische Fehler verhindert werden sollen. Es geht hier vielmehr um das *Programm* der Partei, um das klare Bewußtsein über die Aufgaben, die noch zu leisten sind. Lenin schrieb zum Problem der Weiterführung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats:

»Zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus liegt eine gewisse Übergangsperiode, die unbedingt *Merkmale oder Eigenschaften dieser beiden sozialökonomischen Formationen in sich vereinen muß.* Diese Übergangsperiode kann nur eine *Periode des Kampfes* zwischen dem sterbenden Kapitalismus und dem entstehenden Kommunismus

oder, mit anderen Worten, zwischen dem besiegten, aber nicht vernichteten Kapitalismus und dem geborenen, aber noch ganz schwachen Kommunismus sein . . .
Sozialismus ist Abschaffung der Klassen. Die Diktatur des Proletariats hat für diese Abschaffung alles getan, was sie tun konnte. Aber auf einen Schlag kann man die Klassen nicht abschaffen . . . Der Klassenkampf verschwindet nicht unter der Diktatur des Proletariats, sondern nimmt nur andere Formen an. Die Diktatur wird nicht mehr gebraucht werden, wenn die Klassen verschwunden sind. Sie werden nicht verschwinden ohne die Diktatur des Proletariats.«[8]

Die Abschaffung der Klassen ist ein langer Prozeß, der mehrere Generationen in Anspruch nehmen wird. Es werden je nach den konkreten historischen Bedingungen Rückzüge notwendig sein, Konzessionen an die Bourgeoisie, weil die Stärke der Arbeiterklasse nicht ausreicht, das Ziel im ersten Ansturm zu nehmen. So war die Neue Ökonomische Politik der UdSSR ab 1921 ein Rückzug. Der Markt wurde wieder eingeführt, die Bereicherung der Bauern und Händler ermöglicht – weil den Bolschewiki angesichts des totalen Chaos der Wirtschaft nach dem Bürgerkrieg keine andere Möglichkeit blieb. Schon vorher waren bürgerliche Spezialisten in die Leitung der Betriebe eingesetzt und mit hohen Gehältern und diktatorischen Vollmachten ausgestattet worden. Soll man daraus schließen, daß die KPdSU sich schon damals auf dem kapitalistischen Weg befand?
Lenin definierte diese Maßnahmen als Zugeständnisse, als zeitweiliges Abweichen von sozialistischen Prinzipien, erzwungen durch die konkreten Umstände in Rußland, als »einen Schritt zurück für unsere sozialistische, sowjetische Staatsmacht . . . Es ist klar, daß eine solche Maßnahme ein Kompromiß, eine Abweichung von den Prinzipien der Pariser Kommune und jeder proletarischen Macht ist.«[9] Diese Maßnahmen waren notwendig als eine Etappe innerhalb der Revolution. Sie stellten kein Modell des Sozialismus dar, wie die DDR-Theoretiker behaupten[10].
Das Grundinteresse der Arbeiterklasse an einer klassenlosen Gesellschaft, das Interesse am konsequenten Weg zum Kommunismus muß der Ausgangspunkt der Politik jeder Kommunistischen Partei sein; an ihm muß jede konkrete ökonomische, politische, ideologische Maßnahme gemessen werden. Das schließt zeitweilige Rückzüge und Kompromisse und einen zickzackförmigen Weg der Revolution mit ein. Das ist auch der Kern der These vom *Primat der Politik über die Ökonomie:* die wirtschaftliche Entwicklung nicht dem Selbstlauf überlassen oder ihre Struktur durch den kapitalistischen Weltmarkt bestimmen lassen, sondern die Wirtschaft nach politischen Kriterien hin umorganisieren, so daß die Wirtschaft insgesamt zu einer »soliden Basis der Weltrevolution wird«[11], und die Verhältnisse innerhalb und zwischen den Produktionseinheiten immer wieder so umgestalten, daß jeder neue Ansatz von Klassenbildungen zurück-

gedrängt wird. Hierin liegt das Hauptinteresse der Arbeiterklasse, nicht in der Steigerung der Produktion, egal unter welchen gesellschaftlichen Formen. Die Voranstellung der Produktion vor die Revolution bedeutet, die Arbeiterklasse zu entpolitisieren, sie von der politischen Bühne zu entfernen, sie von ihrem Hauptinteresse abzulenken und auf den Ökonomismus hin zu orientieren. Letztlich wird darunter auch die Produktion leiden, weil sie nur mit dem Enthusiasmus und der bewußten Beteiligung der arbeitenden Massen zu entwickeln ist.

II. Die neue DDR-Theorie über den Sozialismus

Seit der Einführung des »Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung« und besonders seit dem VI. Parteitag der SED 1963 wird in der DDR schrittweise eine neue Auffassung vom Charakter des Sozialismus herausgebildet. In zunehmendem Maße wird in DDR-Publikationen gegen einige Stellen von Marx polemisiert, die den Sozialismus als Übergangsgesellschaft auffassen, die die Beseitigung der Überreste des Kapitalismus und die Schaffung völlig neuer, klassenloser, kommunistischer Produktionsverhältnisse zur Aufgabe hat. So schrieb der Ökonomie-Professor W. Kalweit im theoretischen Organ der SED, der *Einheit:*

»Wollen wir in undialektischer Interpretation etwa der Bemerkung Marx' zum Gothaer Programm den Sozialismus nur als eine kurze Übergangsphase zum Kommunismus begreifen, in der sich die Gesellschaft lediglich von den ›Muttermalen‹ der alten Gesellschaft befreien müsse, so würde eine solche theoretische Konzeption dazu verleiten, die Bedeutung z. B. der Ware-Geld-Beziehung zu unterschätzen ... Warenproduktion, Wertgesetz Preis, Gewinn etc. müssen durch richtige Ausnutzung zur Wirkung gebracht werden.«[12]

Kurz vorher hatte Walter Ulbricht selbst schon anläßlich der Session »100 Jahre ›Das Kapital‹« dieses Jubiläum benutzt, um »neue Erkenntnisse« zu formulieren und den Marxismus »weiterzuentwickeln«:

»Unsere Partei hat schöpferisch, dem Geist des Marxismus entsprechend, die Vorstellungen vom Sozialismus als einer neuen Gesellschaftsordnung vertieft.
Was sind die wichtigsten Schlußfolgerungen, zu der wir in dieser Hinsicht gelangt sind? *Sie besteht darin, daß der Sozialismus nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft ist, sondern eine relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab.* Früher war es üblich, besonders ausgehend von Marx' Bemerkungen zum Gothaer Programm, den Sozialismus nur als Übergangsphase anzusehen, in der sich die Gesellschaft von den ›Muttermalen‹ des Kapitalismus frei machen und die materiellen und geistigen Voraussetzungen für die zweite Phase des Kommunismus schaffen muß. Es wurde wenig beachtet, daß der Sozialismus sich auf seiner eigenen Grundlage

entwickelt. Die Bürde der kapitalistischen Vergangenheit erschwerte diese Einsicht. Deshalb wurden häufig die Kategorien, die formal den Kategorien der kapitalistischen Ökonomie ähnlich sind (Geld, Preis, Gewinn und andere), als ›unvermeidliche Übel‹ betrachtet, deren Wirksamkeit überwunden werden muß . . .
Die Gesetzmäßigkeiten und Kategorien der sozialistischen Gesellschaftsformation, darunter Warenproduktion, Wertgesetz, Preis und Gewinn, wirken auf ihrer eigenen sozialökonomischen Grundlage. Diese Kategorien existieren auch im Sozialismus objektiv, weil sie zutiefst in den gegenwärtigen konkreten Bedingungen des Wechselverhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen verwurzelt sind. Deshalb besteht die Aufgabe der wissenschaftlichen Führungstätigkeit beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsformation nicht darin, diese Kategorien zu überwinden, sondern darin, sie im Interesse der Werktätigen vollständig auszunutzen.«[13]

Der Sozialismus nicht mehr als Übergangsgesellschaft, sondern als »eigenständige Sozialökonomische Formation« – das ist die neue Theorie der Führer der DDR. Für sie stellt sich nun ein *neuer Begriff des Übergangs* ein: Mit Übergang ist der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gemeint. In der DDR hat er sich von 1952 bis 1962 vollzogen:
Nach der Zerschlagung des Faschismus durch die Rote Armee 1945 wurde nicht unmittelbar mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen: In der antifaschistisch-demokratischen Revolution wurde die Gesellschaft zunächst von den Überresten des Faschismus gesäubert, die bürgerliche Revolution von 1848 und 1918 wurde konsequent zuende geführt: die Partei und die Massenorganisationen des Faschismus wurden zerschlagen, die faschistischen Kriegsverbrecher enteignet, demokratische Parteien wurden zugelassen, und demokratische und antifaschistische Kräfte in die Verwaltung, die Justiz und den Polizeiapparat eingesetzt. Ein entscheidender Schritt war die Vereinigung der SPD und der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei 1946; damit war eine einheitliche Partei der Arbeiterklasse geschaffen, die in den Jahren 1948 bis 1950 zu einer leninistischen »Partei neuen Typs« wurde. Nachdem klar wurde, daß die Spaltung Deutschlands durch die USA und die Adenauer-Regierung vorangetrieben wurde und nicht mehr rückgängig zu machen war, proklamierte die SED 1952, nach der notdürftigen Wiederherstellung der Wirtschaft durch den ersten Zweijahresplan, den Aufbau des Sozialismus (II. Parteikonferenz). Die SED gibt den Übergang zum Sozialismus in der DDR als ein Beispiel für den »Friedlichen Weg zum Sozialismus« aus; in Wirklichkeit war diese Form des Übergangs nur dadurch möglich, daß die deutsche Bourgeoisie militärisch durch die Rote Armee zerschlagen und entwaffnet und politisch völlig durch den Faschismus entlarvt war.
Die zweite, die sozialistische Revolution wurde zehn Jahre später, im Januar 1963 auf dem VI. Parteitag für siegreich beendet erklärt: in diesen

zehn Jahren wurden die wichtigsten Produktionsmittel verstaatlicht und der Handel, das Handwerk und die Landwirtschaft in die genossenschaftliche Produktionsweise überführt, ein einheitliches sozialistisches Bildungswesen aufgebaut und schließlich die nationale Souveränität durch die Schließung der offenen Grenzen zu Westberlin erreicht. *Die Periode des Übergangs war hiermit abgeschlossen.* Der Begriff des Übergangs wurde reduziert auf den Übergang zum Sozialismus, nicht zum Kommunismus. Mit dem »Sieg des Sozialismus« wurde das »Neue Ökonomische System der Planung und Leitung« eingeführt, das schließlich auf dem VII. Parteitag der SED in das »Entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus mit seinem Kernstück, dem Ökonomischem System des Sozialismus« umbenannt wurde. Im selben Jahr (1967) gibt Ulbricht diesem System die theoretische Weihe, indem er die Theorie vom Sozialismus nicht als Übergangsphase zum Kommunismus, sondern als eigenständige Gesellschaftsformation definiert. Diese neue Theorie, dieses – wie die DDR-Führer selbst sagen – »moderne Sozialismusbild« steht im Mittelpunkt sämtlicher theoretischer Ausführungen der Führer der DDR. Wir müssen fragen, ob das Kind hierdurch nur einen neuen Namen bekommen hat, oder ob sich die Produktionsverhältnisse in der DDR qualitativ verändert haben – und in welche Richtung.

Wodurch ist der »Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsformation« gekennzeichnet?

Vor allem sind die wichtigsten Produktionsmittel nicht mehr in privater Hand, sie sind verstaatlicht. Daraus leitet man ab, daß innerhalb der Gesellschaft kein Klassenkampf mehr stattfindet:

»Unser volksdemokratischer Staat ist die politische Organisation des Volkes ... Die Klassen und Schichten in der DDR identifizieren sich mit dem Sozialismus, weil sich auch ihre Interessen im Sozialismus vereinigen. Das ist die Basis für die immer enger werdenden Beziehungen der Klassen und Schichten und ihres Zusammenwachsens zur sozialistischen Menschengemeinschaft ... So erstreckt sich die Demokratie auf die Angehörigen aller Klassen und sozialen Schichten.«[14]

Das ist zunächst eine erstaunliche Feststellung des SED-Vorsitzenden, weil ja in der DDR noch nicht einmal die *alte* Bourgeoisie beseitigt ist. 1968 wurden nur 67% des Nettoprodukts der DDR in volkseigenen Betrieben erzeugt. In der DDR gibt es noch private Betriebe und Betriebe mit staatlicher Beteiligung. Die alte Bourgeoisie lebt noch, sie hat in der DDR teilweise sogar noch eine ökonomische Basis. Es ist richtig, die alten Kapitalisten in den Dienst des Sozialismus zu stellen, ihre Fähigkeiten auszunutzen; aber gleichzeitig muß ein proletarischer Staat sie überwachen, einschränken und bekämpfen mit dem Ziel, ihnen die ökonomi-

sche Grundlage zu nehmen, sobald die Arbeiterklasse genügend qualifizierte Kräfte zur Leitung der Produktion hervorgebracht hat. Ihr gesellschaftlicher Einfluß muß zurückgedrängt werden, die bürgerliche Kultur, die seit Jahrhunderten die Aufgabe hatte, den Massen die Ausbeutergesellschaft schmackhaft zu machen, muß bekämpft werden. Wie kann man da vom Absterben des Klassenkampfes im Innern der »sozialistischen« Gesellschaft reden?
Die DDR-Theorie beschwört den Klassenfrieden: »Die Bourgeoisie hat aufgehört, eine eigene selbständige Klasse zu sein.«[15] Oder Walter Ulbricht:

»Durch die Entwicklung zu Komplementären finden ehemalige kapitalistische Privateigentümer mit Hilfe der Arbeiterklasse und ihrer Partei ihren Platz in der sozialistischen Gesellschaft. Sie können teilhaben an der Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution. Sie erhalten die Perspektive einer kontinuierlichen Entwicklung.«[16]

Diese Bemerkungen auf dem VII. Parteitag sind bezeichnend, obwohl die Bedeutung der alten Kapitalisten in der DDR hier nicht überschätzt werden soll. Wichtiger ist die *neue* Bourgeoisie. Hier zeigt sich aber, daß die Aufgaben der Partei, die führende Rolle der Arbeiterklasse, die *Diktatur des Proletariats* im Sozialismus *nicht mehr aus dem Klassenkampf abgeleitet wird*. An diesen Begriffen wird verbal festgehalten, aus Tradition und um die neuen Herrschaftsverhältnisse zu verschleiern, aber sie werden nicht mehr mit der Notwendigkeit der Beseitigung der Muttermale der alten Gesellschaft, der Klassen überhaupt, des Unterschiedes zwischen Stadt und Land, zwischen körperlicher und geistiger Arbeit begründet. Dem Staat und der Partei wird eine wachsende Rolle zugeschrieben, aber nur, um den status quo zu verteidigen und um die Produktivkräfte planmäßig zu erhöhen, um wissenschaftlich technische Höchstleistungen auf dem Weltmarkt anbieten zu können. Wie soll diese Gesellschaft sich zum Kommunismus hin entwickeln, zu dem Ziel, an dem noch verbal festgehalten wird? Walter Ulbricht beantwortete diese Frage in derselben Rede, in der er das »moderne Sozialismusbild« begründete:

»Vielleicht wird die Frage gestellt, wie wir das Verhältnis von der sozialistischen zur kommunistischen Gesellschaftsformation sehen. Beide Gesellschaftsformationen beruhen auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln. Der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus wird auch bei uns und in den anderen sozialistischen Ländern in dem Maße erfolgen, wie die Voraussetzungen und die Keime der höheren Gesellschaftsordnung, vor allem das Niveau der Produktivkräfte reifen.«[18]

Das Niveau der Produktivkräfte als das entscheidende Moment, das den Sozialismus vom Kommunismus trennt. Die Konsequenz ist klar: das

Hauptinteresse der Partei und der Arbeiterklasse wird es folglich, die Produktivkräfte zu entwickeln, das Weltniveau zu erreichen.
Wenn die Entwicklung der Produktivkräfte die *Haupt*aufgabe im Sozialismus ist, dann wird auch verständlich, warum Klassenharmonie herrschen soll: denn auch Privatunternehmer dienen diesem Hauptziel, solange sie produktive Beiträge leisten. Der Klassenkampf tritt zurück hinter dem allumfassenden Produktionskampf.
Nun ist es selbstverständlich, daß im Sozialismus sich die Produktivkräfte sehr viel schneller entwickeln können als im Kapitalismus, und daß ein hohes Niveau der Produktivkräfte *eine* Voraussetzung für den Kommunismus ist. Aber die Produktivkräfte an die erste Stelle setzen heißt, die Politik an die zweite Stelle setzen, heißt den Klassenkampf vergessen, vergessen, daß im Sozialismus sich zwei verschiedene Produktionsweisen überlagern: die alte kapitalistische und die neue sozialistische. In jeder Produktionseinheit und jedem gesellschaftlichen Bereich müssen die alten Produktionsverhältnisse, die alten Beziehungen zwischen den Klassen und Menschen bekämpft und überwunden werden. Der Klassenkampf taucht bei den revisionistischen Theoretikern nur noch in den Außenbeziehungen auf, im Verhältnis zum Weltkapitalismus, den es vor allem auf dem Weltmarkt zu besiegen gilt. Die Mittel sind wissenschaftlich-technische Höchstleistungen:

»Wir müssen uns ... der Tatsache bewußt sein, daß Wissenschaft und Technik zunehmend zum *Haupt*feld der Klassenauseinandersetzungen mit dem Imperialismus geworden sind.«[19]

Diese *Theorie der Produktivkräfte* ist der Kern aller revisionistischen Theorien.[20] Sie behauptet, daß mit der Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln der Sozialismus ein für allemal gesichert ist, und daß die Entwicklung der Produktivkräfte, hauptsächlich der Produktionsmittel, von sich aus zum Kommunismus führen wird. Die Produktivkräfte können nur vorangetrieben werden durch die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution. Der soziale Träger dieser »Revolution« ist in erster Linie die wissenschaftlich-technische Intelligenz, der das Etikett »technisches Proletariat« zugeteilt wird.[21] Der Kommunismus erscheint als eine ferne Angelegenheit. Der »Sozialismus als eine eigenständige Gesellschaftsformation« ist durch eine Große Chinesische Mauer von ihm getrennt. Diese Mauer ist nur zu überwinden durch die Schaffung der materiell-technischen Basis, durch die Beschleunigung der Produktion – so daß der Kommunismus durch eine quantitative Entwicklung, die einfache Extrapolation der gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände erreicht wird.

Die Umgestaltung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die Beseitigung der Muttermale der alten Gesellschaft, die Beseitigung der Klassen wird nicht in Angriff genommen. Das Grundinteresse des Proletariats wird stattdessen als Produktionssteigerung definiert. Der Klassenkampf wird in dieser Theorie durch den Produktionskampf ersetzt.
Diese Konfrontation der neuen Theorie der DDR-Führung mit den Auffassungen von Marx, Engels, Lenin vom Sozialismus als Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus ist keine buchstabengläubige Haarspalterei über Definitionen und Begriffe. Denn die neue, revidierte Theorie spiegelt gesellschaftliche Verhältnisse wider. Es soll hier im folgenden versucht werden, genauer zu untersuchen, was diese Theorie des »Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsformation« im einzelnen bedeutet, welche Konsequenzen sich für die Gestaltung der Produktionsverhältnisse der DDR ergeben. Dabei soll das »Ökonomische System des Sozialismus«, der »Kern« des neuen Systems des »Sozialismus«, untersucht werden: die Verhältnisse der Arbeiter zu den Produktionseinheiten, das Verhältnis der Betriebe zueinander und schließlich das Verhältnis der Betriebe zur Gesellschaft.

Der Aufbau des Sozialismus in der DDR

Ähnlich wie die Sowjetunion hatte die DDR zunächst die Aufgabe, eine eigenständige schwerindustrielle Basis für ihre ökonomische Entwicklung aufzubauen. Das Territorium der SBZ war von den Industriezentren des Ruhrgebiets und Oberschlesiens abgeschnitten. Es hatte kaum eigene Rohstoffquellen (außer Braunkohle) und keine ausgeprägte Schwerindustrie. Die Produktionsstruktur dieses Gebietes umfaßte vor allem verarbeitende Industrien, besonders Konsumgüterindustrien.
Unter diesen Umständen mußten alle Kräfte konzentriert werden auf die Schaffung der eigenen schwerindustriellen Basis. Denn die kapitalistischen Länder weigerten sich nach dem Kriege, die benötigten Ausrüstungen und Rohstoffe an die Wirtschaft der SBZ zu liefern; sie bauten in Westdeutschland eigene Konkurrenzbetriebe für die Produkte auf, die ehemals aus dem SBZ-Gebiet bezogen wurden. Um ökonomisch vom Westen unabhängig zu sein, um nicht ständig das Objekt von Druck und Erpressungsmaßnahmen von Seiten der Westmächte zu sein, mußte sich die Wirtschaft in der SBZ so schnell wie möglich auf die eigenen Beine stellen. Der ständige Versuch von Seiten der Adenauerregierung, den »Interzonenhandel« als politisches Druckmittel zu verwenden, bestätigte die Richtigkeit dieser politischen Entscheidung.

Das bedeutete jedoch, daß mit allen Mitteln die Produktion wieder auf Hochtouren gebracht werden mußte und daß die Akkumulation zum Ersatz der verlorengegangenen und zur Herstellung neuer Produktionsmittel beschleunigt werden mußte.

Das *alte ökonomische System* entsprach diesen Erfordernissen. Die Autonomie der Unternehmen war weitgehend beschränkt: die Planung wurde nach relativ einfachen Methoden durchgeführt, indem die wichtigsten Schwerpunkte aus politischen Entscheidungen abgeleitet und auf die einzelnen Industriezweige und Betriebe aufgeschlüsselt wurden. Die Planziffern wurden den Betrieben in Mengeneinheiten vorgegeben und mit technischen und Qualitätsauflagen versehen. Die Preise wichen bewußt stark vom Wert ab, weil ja politisch bestimmte Prioritäten durchgesetzt werden sollten. Die Gewinne der Unternehmen mußten völlig an den Staat abgeliefert werden, der gesellschaftliche Mehrwert wurde nach einer politischen Prioritätenliste neu auf die Zweige und Betriebe zum Zweck der Akkumulation verteilt bzw. für die Lösung gesellschaftlicher Aufgaben verwendet. Dieses System sollte nicht nur wirtschaftlichen Erfordernissen entsprechen, vor allem sollten damit politische Ziele erreicht werden: statt spontan-ablaufenden Marktprozessen zu unterliegen, sollten die wirtschaftlichen Vorgänge jetzt bewußt geplant und umgestaltet werden. Die Warenproduktion wurde als ein Muttermal der alten Gesellschaft angesehen, die zumindest im staatlichen Sektor beseitigt werden sollte. Man war der Auffassung, daß nur durch eine strenge Zentralisierung und Beseitigung der Autonomie der Unternehmen der Einfluß der Partei in den einzelnen Produktionseinheiten zu gewährleisten sei.

In der Praxis wurden durch dieses System zwar die hauptsächlichen Disproportionen in der Wirtschaft beseitigt und sowohl in der Sowjetunion als auch in den anderen osteuropäischen Ländern ein hohes Wachstum und besonders eine eigene industrielle Basis aufgebaut, aber die Autonomie der Unternehmen konnte letztlich durch diesen Versuch nicht beseitigt werden, sie schlich sich unter einer neuen Form ein: die Direktoren der Unternehmen suchten sich aus den vielfältigen Plandaten die Variationen heraus, die für sie die günstigsten und bequemsten Lösungen brachten. Diese Lösungen entsprachen meistens nicht den gesellschaftlichen Erfordernissen. Die Mängel des alten Systems, seine Auswirkungen auf Betrieb und Gesellschaft sind oft bis ins Detail beschrieben worden[22] und sollen hier nicht wiederholt werden. Auf die objektiven und subjektiven Ursachen dieser Erscheinungen wird weiter unten bei der Begründung der Warenproduktion im Sozialismus eingegangen. Hier interessiert die Antwort, die die Führer der SED auf diese Schwierigkeiten gaben.

Die neuen Produktionsverhältnisse:
Das »ökonomische System des Sozialismus«

Das neue System seit der Wirtschaftsreform ab 1963 wird von den DDR-Theoretikern als ein System *qualitativ* neuer Produktionsverhältnisse bezeichnet[23], weil vor allem das Verhältnis der Betriebe zur Gesellschaft und zueinander sich verändert hat. Es wurde eingeführt – nicht, weil das alte sich nicht bewährt hätte, sondern weil es seine Aufgaben erfüllt hat und zu neuen Produktivkräften führte, die neue Produktionsverhältnisse verlangen. In dieser Theorie ist der Übergang von der extensiven Phase des Wirtschaftsaufbaus (Beseitigung der gröbsten Disproportionen, Wachstum durch Einstellung neuer Arbeitskräfte in neue Betriebe) zum intensiven Wirtschaftswachstum (bei gleichbleibender Beschäftigungshöhe in der Industrie muß ein Wachstum der Produktion durch Rationalisierung und Automatisierung, also durch Meisterung der wissenschaftlich technischen Revolution erreicht werden) die Ursache für die Einführung des neuen Systems.
Walter Ulbricht sieht ein neues Verhältnis der Produktionseinheiten zur zentralen Planungsinstanz als Kern des neuen Systems:

»Das ökonomische System des Sozialismus beruht in allen seinen Seiten auf einem entscheidenden *Grundgedanken*. Die zentrale staatliche Planung und Leitung der Grundfragen des gesellschaftlichen Gesamtprozesses nämlich ist organisch zu verbinden mit der eigenverantwortlichen Planungs- und Leitungstätigkeit der sozialistischen Warenproduzenten einerseits und mit der eigenverantwortlichen Regelung des gesellschaftlichen Lebens im Territorium durch die örtlichen Organe der Staatsmacht andererseits.«[24]

Wenn man das liest, könnte man auf die Idee kommen, daß Ulbricht hier mit Mao Tse-tung übereinstimmt und daß eventuell doch eine Ähnlichkeit zwischen den Ideen Mao Tse-tungs und denen Ulbrichts besteht. Denn Mao forderte schon vor dem Sieg der sozialistischen Revolution in China 1945 die Eigenverantwortung der unteren Ebenen bei einheitlicher Führung:

»Wenn aber die oberen Ebenen ... sich stets die ganze Last, *die faktisch über ihre Kräfte geht*, aufbürden, dann werden trotz noch so großer Anstrengungen der oberen Ebene sowohl diese als auch die unteren in eine schwierige Lage geraten ... Unter den gegenwärtigen Umständen ... darf man keineswegs die ganze Verantwortung für die materielle Versorgung der Armee den leitenden Organen aufbürden; denn auf diese Weise würden den breiten Massen auf den unteren Ebenen die Hände gebunden und könnten die von unten kommenden Forderungen nicht befriedigt werden ... Das Prinzip der ›einheitlichen Leitung und dezentralisierten Wirtschaftsführung‹ ist, wie bereits bewiesen, unter den gegenwärtigen Bedingungen das richtige Prinzip für die Organisierung des gesamten wirtschaftlichen Lebens in unseren befreiten Gebieten.«[25]

Dieses Zitat von Mao Tse-tung gilt als Richtschnur für die dezentrale Organisation bei einheitlicher Führung der chinesischen Volkswirtschaft[16]. Die Begründung ist bei Mao politisch: die Initiative der Massen soll entfaltet werden; auch in der Industrialisierung ist die Massenlinie das oberste Gebot, nicht das Sich-Verlassen auf einige wenige Experten. Die Alternative Zentralismus-Dezentralismus ist folglich nicht die Streitfrage zwischen Marxisten-Leninisten und Revisionisten. Umstritten ist die *Form*, unter der die verschiedenen dezentralen Einheiten, die ihre Bereiche unter relativer Eigenverantwortlichkeit verwalten, miteinander und mit der Gesellschaft koordiniert werden: ob es die Wertform und die Ware-Geld-Beziehungen sind oder politische Verbindungslinien; ob das innere Band, das die Betriebe mit der Gesellschaft verbindet, das Wertgesetz ist – oder ob die proletarische Partei das innere Band der Gesellschaft ist. Deshalb muß jetzt die Funktionsweise des »Ökonomischen Systems des Sozialismus« genauer dargestellt werden.

Grob gezeichnet, stellt sich dieses System als die *Einheit dreier unterschiedlicher Ebenen* dar: der Ebene der gesamten Gesellschaft, der sozialistischen Warenproduzenten (Betriebskollektive) und der einzelnen Individuen. Die oberste Ebene, die Gesellschaft, hat die Grundzüge der Ökonomie zu planen und die Schwerpunkte der Produktionsaufgaben festzulegen anhand einer weitsichtigen Prognose der Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Weltmärkte. Aus dieser Prognose von 20–25 Jahren werden die Aufgaben für den Fünf-Jahresplan abgeleitet und dieser wiederum für die jeweiligen Jahrespläne aufgeschlüsselt. Für die zentrale Planung ergibt sich daraus, daß sie weitgehend auf operative Eingriffe in die Planung der Volkseigenen Betriebe (VEB) und der Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB – umfassen mehr oder weniger sämtliche Betriebe eines Wirtschaftszweiges) verzichtet. Sie setzt die Schwerpunkte und bestimmt die Struktur der Wirtschaft. Die zweite Ebene, die der VVB und VEB, muß eigenständig ihre Pläne aufstellen und vor den Industrieministerien in Ostberlin verteidigen. Sie führt auch diese Pläne eigenständig durch, ihr Erfolgskriterium ist der erzielte Gewinn. Ihre Tätigkeit wird durch geldmäßige Regulierungen (Preispolitik, Kredite etc.) und staatliche Normen für die Bildung und Verwendung der Gewinne beeinflußt.

Der Gewinn ist die Zielfunktion der Betriebe und spielt eine entscheidende Rolle in der Verbindung der drei Ebenen miteinander: an ihm wird der Erfolg eines Betriebes, sein Beitrag zur Gesellschaft, gemessen, und gleichzeitig ist er die Schaltstelle, die die individuellen Interessen mit den kollektiven und gesellschaftlichen Interessen verbinden soll. Denn aus ihm wird

der Prämienfond gebildet. Die unterste Ebene, der einzelne Arbeiter ist im allgemeinen durch Akkord- bzw. Leistungslohn motiviert, seine Arbeitskraft einzusetzen. Zu seinem Lohn bekommt er eine Prämie, die vom Ergebnis des gesamten Betriebes – gemessen am Nettogewinn – abhängt.
Diese drei Ebenen, die vor allem *Interessenebenen* sind, müssen jetzt im einzelnen untersucht werden. Die Fragen lauten: Wie sind die verschiedenen Ebenen miteinander verbunden? Welchen Einfluß hat die Art dieser Verbindung auf das Bewußtsein der Beteiligten, auf ihre Interessen, auf die Klassenbildung?

a. Die Ebene des einzelnen Arbeiters
Die *Form* der Entlohnung ist für jeden Werktätigen ein entscheidender Faktor, der sein Bewußtsein, seine Motivation und Antriebskraft für die Arbeit, seine Einstellung zu und Verbindung mit der Gesellschaft sehr wesentlich beeinflußt.
Im Kapitalismus verschleiert die Form des Lohnes den Klassencharakter der Gesellschaft: durch die Bindung des Lohns an die Leistung (im Akkordlohn z. B.) erscheint es dem Arbeiter so, als ob die Stückzahl, nicht aber seine Arbeitskraft bezahlt würde, als ob er den »Wert der Arbeit«, ein Äquivalent für die neugeschaffenen Werte, erhielte. Es erscheint so, als ob im Kapitalismus alles mit rechten Dingen vor sich ginge; der Mehrwert verschwindet hinter der Form des Lohns; die Arbeit, die die Arbeiter umsonst leisten und die sich die Kapitalisten aneignen, wird nicht unmittelbar sichtbar wie z. B. in der Sklavenhaltergesellschaft oder bei der Fronarbeit im Feudalismus. Die Form des Lohns beeinflußt also die Ideologie, das Bewußtsein der Werktätigen.
Marx schrieb, »daß der Stücklohn die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechendste Form des Arbeitslohns ist«. Er ist der deutlichste Ausdruck der *Lohnarbeit*, weil er zeigt, daß der Arbeiter an sich kein Interesse an der Produktion und an der kapitalistischen Gesellschaft hat, daß er nur durch die Peitsche des Geldlohns zu produktiver Arbeit zu bewegen ist. Der Stücklohn ist in der Geschichte der Arbeiterbewegung immer bekämpft worden (in den letzten Monaten ist in den Alfa Romeo-Werken in Mailand von den Arbeitern die Abschaffung des Stücklohns erkämpft worden), weil er die Solidarität der Arbeiter zerstört und sie gegeneinander ausspielt. Im Ruhrgebiet meinen die Arbeiter: »Im Akkord ist jeder dem andern sein Deibel.« Im Schulungsmaterial der KPD der Weimarer Zeit heißt es: »Was aber beim Stücklohn am schädlichsten für die gesamte Arbeiterklasse ist, ist die Konkurrenz, die sie in

den Reihen der Arbeiterklasse entfesselt. Der Stücklohn dient dem Kapitalisten zur Zerstörung der Klassensolidarität.«[27]

In der DDR wird der Stücklohn überall dort angewandt, wo das vom Arbeitsprozeß her möglich ist. Er soll die materiellen Interessen auf die Erhöhung der Produktion hinlenken und gilt gleichzeitig als Verwirklichung des Prinzips »Jedem nach seiner Leistung«. Wo der Akkordlohn nicht anzuwenden ist, wird Zeitlohn mit verschiedenen Formen von Prämien gezahlt, die gleichfalls eine materielle Stimulierung der Werktätigen zum Ziel haben. Diese Entlohnungsformen werden als die dem Sozialismus typischen und angemessenen bezeichnet.

In der *Kritik des Gothaer Programms* beschreibt Marx die Entlohnung nach der Leistung als einen Fortschritt gegenüber dem Kapitalismus, in dem die Aneignung des Mehrwerts durch den Kapitalisten nicht auf seiner Leistung beruht.

»Trotz dieses Fortschritts ist dieses gleiche Recht stets noch mit der bürgerlichen Schranke behaftet. Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen proportional: die Gleichheit besteht darin, daß an gleichem Maßstab, der Arbeit, gemessen wird. Der eine ist aber physisch oder geistig dem anderen überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten . . . Dies *gleiche* Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie ein anderer; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit als natürliche Privilegien an. *Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht . . .*

Alle diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein, als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.«[28]

Die Entlohnung nach der Leistung kann aus ersichtlichen Gründen nicht voluntaristisch beseitigt werden, sobald die Diktatur des Proletariats errichtet ist. In der DDR herrschten noch dazu besonders ungünstige Bedingungen beim Aufbau des Sozialismus, weil der Einfluß der bürgerlichen Ideologie durch das Erbe des Faschismus, durch die ständige Propaganda aus dem Westen und die offene Grenze bis 1961 die unabhängige Ausprägung und Weiterentwicklung der »Ökonomischen Gestaltung«, also der Produktionsverhältnisse, und einer eigenen proletarischen Kultur erschwerte. Der Leistungslohn, selbst der Akkordlohn hat so sicherlich eine vorübergehende Notwendigkeit. Das Problem ist nur, daß die Führer der SED mit der Einführung des »Ökonomischen Systems des Sozialismus« diese Muttermale der alten Gesellschaft nicht mehr als »Mißstände« ansehen, sondern als die angemessenen Formen der sozialistischen Gesellschaft. Die Löhne sollen die Individuen dazu bewegen, höhere Ar-

beitsleistungen zu vollbringen, sie sollen die Werktätigen auf das gesellschaftlich Notwendige hin orientieren. Durch materielle Anreize sollen sie zu dem politischen Ziel hin »bestochen« werden – und das nicht als ein notwendiges, schrittweise zu ersetzendes Übel, sondern als ideale Entlohnungsform der neuen Gesellschaft.

Die materiellen Anreize, die Akkordschinderei, das Prämienwesen bergen aber Gefahren in sich, die zur Entwaffnung der Arbeiterklasse führen können, wenn sie nicht erkannt und bekämpft werden. Durch die verschiedenen »ökonomischen Hebel« wird Konkurrenz unter den Arbeitern erzeugt und die Klassensolidarität zerstört.

Das Antriebsmotiv der Individuen bleibt die Jagd nach der Mark; die Form des Lohns individualisiert und atomisiert die Kollektive; die Arbeiter werden insgesamt von ihren Grundinteressen, vom politischen Interesse am Kampf um die klassenlose Gesellschaft, abgelenkt und auf ausschließlich ökonomische Interessen und Motive hin orientiert. Wenn die Verhältnisse, unter denen die Arbeiter tagtäglich produzieren, durch Konkurrenzmechanismen gestaltet sind, dann bleiben sozialistische Parolen für sie Phrasen, die im Widerspruch zu ihrer materiellen Wirklichkeit stehen.

Dennoch wird man auf Leistungslohn in der ersten Zeit nach der Revolution nicht verzichten können. Denn das setzt einen sehr langfristigen und schwierigen Prozeß kollektiver Diskussionen und Erfahrungen voraus, in deren Verlauf politische an die Stelle von ökonomischen Antriebskräften und Motivationen treten. Jedoch das notwendige Übel als neue Errungenschaft des Sozialismus auszugeben heißt, das Ziel verraten, den Kampf um die kommunistische Gesellschaft aufgeben.

In der DDR wird gegen die oben zitierte Stelle von Marx heftig polemisiert.[29] In der Praxis wird stattdessen immer wieder gefordert, die Löhne zu differenzieren und geistige Arbeit höher zu bewerten als körperliche Arbeit.[30] Man beklagt sich, daß »bestimmte einfache, körperlich schwere Arbeiten zu hoch bewertet werden«, und fordert, daß die qualifizierte Arbeit aufgestuft wird. Je höher die Technik in einem Betrieb ist, umso höhere Löhne sollen gezahlt werden:

»Der höchste Basislohn der jeweiligen Lohngruppe wird bei vollautomatisierten Prozessen und bei Prozessen mit zeitlichem Zwangsverlauf, der niedrigste Basislohn bei manuellen Arbeiten und niederen Formen der Produktionsorganisation angewandt.«[31]

Diese Tendenz zeigt zweierlei: einmal kann man ahnen, welche gesellschaftlichen Kräfte ein Interesse an der Revision der Marxschen Aussagen über den zu überwindenden Leistungslohn im Sozialismus haben: die

Hoch- und Fachschulkader, die wissenschaftliche Intelligenz, die die soziale Basis der Wandlungsprozesse in den osteuropäischen Ländern und die Basis der neuen Staasbourgeoisie zu sein scheint.
Zum anderen kann man hier sehen, daß es gar nicht mehr um die Entlohnung von Leistung geht. Denn die Verausgabung physischer und psychischer Arbeitskraft ist nicht mehr das Kriterium der Lohnhöhe, sondern der ökonomische *Anreiz* zur Qualifizierung oder zur Arbeit mit hochtechnisierten Produktionsmitteln. Das *politische* Problem, das mit der Form der Entlohnung und der Arbeitsorganisation verbunden ist, hatte auch Stalin nicht gesehen. 1929 wurde der Mangel an Facharbeitern zu einem Hauptproblem erklärt, das durch eine starke Differenzierung der Löhne gelöst werden sollte. Die Facharbeiter erhielten damit nicht nur ein Äquivalent für ihre Leistung, sondern außerdem einen Zuschlag dafür, daß sie so knapp waren. Höhere Löhne wurden als Anreizmittel zur Ausbildung von Facharbeitern angesehen.[32] Die Tarifreform in der Sowjetunion 1931/32 erweiterte erheblich die Spanne zwischen den Löhnen und vergrößerte den Stücklohnanteil von 60% (1928) auf 75% im Jahre 1938. 1935 führte die Stachanovbewegung neben vielen positiven Errungenschaften durch die progressiven Akkordlöhne zu verstärkten Lohndifferenzierungen, die durch eine weitere Änderung des Tarifsystems 1936 noch verstärkt wurden.
Stalin beschrieb in einer Rede zur Tarifreform 1931 die (vor allem saisonale) Fluktuation der Arbeiter und sah die Ursache hierfür

»in der unrichtigen Organisierung des Arbeitslohns, in dem unrichtigen Tarifsystem, in der ›linkslerischen‹ Gleichmacherei auf dem Gebiet des Arbeitslohns. Die Gleichmacherei führt dazu, daß der unqualifizierte Arbeiter kein Interesse daran hat, sich zum qualifizierten Arbeiter fortzubilden ... Die Gleichmacherei führt dazu, daß der qualifizierte Arbeiter gezwungen ist, von Betrieb zu Betrieb zu wandern, bis er schließlich einen Betrieb findet, wo man die qualifizierte Arbeit gebührend zu schätzen versteht ... Die qualifizierten Arbeiter ... können nur erhalten bleiben, wenn das Niveau ihres Arbeitslohns erhöht wird ... Den unqualifizierten Arbeitern (muß man) eine Perspektive eröffnen und ihnen einen Ansporn geben, damit sie vorwärtskommen, damit sie in die Kategorie der qualifizierten Arbeiter aufrücken ... Hier sparen wollen heißt, ein Verbrechen begehen, heißt gegen die Interessen der sozialistischen Industrie handeln.«[33]

Bei Stalin werden diese Maßnahmen nicht mehr als Rückzug definiert, sondern einfach pragmatisch mit den Mängeln an Fachkräften begründet, als richtige Reaktion auf das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Fachkräften bezeichnet. »Die demoralisierende Wirkung hoher Gehälter auf die Sowjetmacht ... als auch auf die Arbeitermasse«[34] wird nicht mehr als Problem gesehen. Und so wird es den Revisionisten leicht gemacht, nach dem qualitativen Umschlag auf dem XX. Parteitag der

KPdSU, das »System der materiellen Interessiertheit« als ein Wesensmerkmal der sozialistischen Gesellschaft auszugeben.
In der chinesischen Revolution werden Versuche unternommen, den politischen Stellenwert der Lohnformen und ihren Einfluß auf das Bewußtsein und die Motivation der Werktätigen zu berücksichtigen und generell die Organisation der Arbeit in den einzelnen Produktionseinheiten sozialistisch zu gestalten, d. h. ideologische und institutionelle Mittel zu suchen, um neue Klassenbildungen zu verhindern.
In einem Interview mit Helene Marchisio beschreibt der Vorsitzende des Parteikomitees der Produktionsbrigade Dadschai, Tschen Yong-gui das neue System der Arbeitsleitung in den chinesischen Volkskommunen.[35] Dieses neue System steht unter der Parole »Arbeitet mit ganzem Herzen für das Gemeinwohl, Selbsteinschätzung und öffentliche Diskussion der Arbeitspunkte«[36] und ist unter zwei Gesichtspunkten von großer Bedeutung:
1. soll durch dieses System – obwohl entsprechend der Leistung bezahlt wird – die Antriebskraft des »materiellen Anreizes« abgebaut werden. Die Initiative der Werktätigen wird auf den Gebrauchswert der herzustellenden Güter orientiert, nicht auf die »Jagd nach Arbeitspunkten« und einen hohen Platz in der Einkommensskala. Die politische Bewußtseinsbildung wird nicht durch Konkurrenzmechanismen und Streben nach individuellen ökonomischen Vorteilen behindert.
2. soll in diesem System die Beziehung von Kadern zu den Massen, von Fachkräften zu einfachen Arbeitern richtig gestaltet werden, so daß die Bildung von Privilegien und Sonderinteressen verhindert wird und die volle Aktivität aller Werktätigen nicht durch die Kontrollmaßnahmen von Nicht-Arbeitern blockiert wird.
In der Produktionsbrigade in Dadschai wurde dieses System im Laufe eines langen Lernprozesses eingeführt. Die erste Stufe bestand in der Entlohnung nach dem System der Grundpunkte: jedem Bauern wurden gewisse Arbeitspunkte gemäß seiner Qualifikation, seiner Kraft und seiner Einstellung zur Arbeit zugeteilt.[37] Außerdem wurde in einer beweglichen Schätzung die tatsächlich verrichtete Arbeit pro Tag bewertet. Die Kollektive der Bauern nahmen diese Bewertung selbst in ausführlichen Diskussionen vor.

»Da das ideologische Niveau damals noch nicht sehr hoch war und die angewandten Bewertungsmethoden nicht sehr gut waren, dauerten die Diskussionen unendlich lange und streckten sich oft bis zum Sonnenuntergang hin. Wenn die ermittelte Punktzahl hoch war, dann herrschte Stille. Im umgekehrten Fall gab es ein Geschrei ohne Ende und man kam oft zu keinem Ergebnis. Schließlich, um die Rechnung abzuschließen, bekam jeder seine Grundpunktezahl.«

Dieses System hatte zur damaligen Situation, in der die Produktionsgenossenschaften noch nicht lange existierten, erhebliche Schwächen. Weil das ideologische Niveau noch nicht hoch genug war, gab es Simulanten, die die schwierigen Arbeiten verweigerten. Durch das Normensystem (Stücklohn) sollten in der zweiten Etappe die Arbeitsbewertungen objektiviert werden. Für jede einzelne Aufgabe wurden Normen festgelegt und Arbeitspunkte verteilt.

»Diese Methode hatte damals die Funktion, den Unternehmensgeist der Massen zugunsten der Kollektivwirtschaft zu mobilisieren. Je nachdem, ob man mehr oder weniger Arbeit leistete, gewann man die entsprechende Zahl an Arbeitspunkten ... Die Normen wechselten entsprechend den veränderten Bedingungen. Jede Parzelle, jede Tätigkeit hatte ihren eigenen Charakter. Zählt man das alles zusammen, dann nimmt die Festlegung der Normen beträchtliche Zeit in Anspruch und jedesmal, wenn sich eine Veränderung ergibt, wenn sich die natürlichen Bedingungen verändern, muß alles entsprechend korrigiert werden. *Die Folge davon war, daß sich die Kader nicht mehr an der manuellen Arbeit beteiligten und oft bis nach Mitternacht beschäftigt waren.*
Wir haben schließlich festgestellt, daß der Gebrauch dieser Methode dazu führt, daß nur noch in Arbeitspunkten gedacht wird. Des Morgens setzte man alles daran, soviel Punkte wie möglich zu beanspruchen, tagsüber stritt man sich über die Punkte am Arbeitsplatz und abends, wenn man heimkehrte, machte man auch noch Punkte! Es schien wirklich so, als ob ohne Arbeitspunkte das Leben unmöglich wäre! Jeder wurde mit einer besonderen Aufgabe betraut: wer pflügte, scherte sich nicht darum, das Unkraut von der benachbarten Mauer zu jäten und bückte sich nicht, um einen Stein zu beseitigen. Sie werden fragen warum? Und die Antwort wird sein: ›Das ist nicht in den Arbeitspunkten enthalten‹.«

Diese Mängel wurden 1960 zur allgemeinen Diskussion gestellt. Das Parteikomitee erkannte, daß das ideologische Bewußtsein, die Bereitschaft, für die kollektiven Interessen zu arbeiten, das Entscheidende bei den Entlohnungsmethoden ist. Durch langjährige intensive politische Arbeit des Parteikomitees in der Produktionsbrigade wurde schließlich ein neues Lohnsystem, das System der »Selbsteinschätzung und öffentlichen Diskussion der Arbeitspunkte« durchgesetzt.

»Das Hauptproblem ist, die *Qualität* der landwirtschaftlichen Arbeit zu gewährleisten. Auf ein Kontrollsystem vertrauen, funktioniert nicht. Man muß sich auf das Bewußtsein der Bauern stützen; ist es tief, können auch die strengsten Systeme nichts ausrichten ... Im Verlauf von Diskussionen wählten sich die Bauern einen der Ihren als ›Bezugspunkt‹: sie untersuchten Qualität und Quantität seiner Arbeit, sein Verhalten bei der Arbeit und gegenüber der Gemeinschaft und legten so die Zahl der Punkte fest, die dieser während eines Tages gemacht hatte. Dann verglich sich jeder mit ihm und schrieb sich selbst die Anzahl der Punkte zu – gleich viel, mehr oder weniger –, die er glaubte, geleistet zu haben. Es folgte eine allgemeine Diskussion.
Seit dieses System angewendet wird, hat es sich entsprechend der Entwicklung des Bewußtseinsstandes der Bauern verbessert. So sind die Versammlungen zur Selbstbewer-

tung und Diskussionen nach und nach immer seltener geworden. Nachdem man sie anfangs täglich abgehalten hatte, entschloß man sich erst, sie nur noch alle zwei Tage zu machen, dann alle 10 Tage. 1965 war es nur noch einmal im Monat. 1967 hatte man eine neue Etappe erreicht. Die Feststellung der von jedem erreichten Zahl der Arbeitspunkte war nur noch Gegenstand einer einzigen Sitzung am Jahresende. Der mit der Buchführung beauftragte begnügte sich damit, die Zahl der von jedem gemachten Pausen einzutragen.

Es wäre jedoch verfehlt, anzunehmen, dieses System sei ›simpel‹. Im Gegenteil, es ist das Ergebnis einer langen Entwicklung. Es hätte nicht früher in Gang gesetzt werden können, es war notwendig, daß alle Bedingungen ausgereift waren. Und es war nicht einfach, diese Bedingungen: Entwicklungsstand der Produktivkräfte und ideologischer Bewußtseinszustand der Massen – zu vereinen. Und zum zweiten darf man nicht vergessen, daß dieses System aus einem anderen, komplizierteren und detaillierteren hervorging – dem Normensystem – und aus der vertieften ideologischen Arbeit. Diese ideologische Arbeit hat es ermöglicht, vom Komplexen zum Einfachen überzugehen. Der Weg über das Normensystem war notwendig.

Die Selbstbewertung richtet sich nach der Einstellung zur Arbeit, den technischen Fertigkeiten, den gegebenen Schwierigkeiten. Sie ist also in der Tat eine Verlängerung des Normensystems.«

Dieses neue System der Produktionsbrigade Dadschai ist ein Modell für die Landwirtschaft Chinas. Es hat den Vorteil, einfach und überschaubar zu sein, die Einkommensunterschiede zu reduzieren, den Individualismus zu verringern. Vor allem aber wurde die Arbeit der Kader reduziert. Die Aufstellung der Arbeitsnormen, die komplizierten und unübersichtlichen Systeme der analytischen Arbeitsbewertung werden im Kapitalismus von den Refa-Leuten durchgeführt. Sie gehören zu den »toten Kosten« der kapitalistischen Produktionsweise. In China wird dieses System der Arbeitsleitung vor allem gesehen als eine Methode, die Isolierung der Kader von den Massen und die Lähmung der Initiative der Massen, die daraus folgt, zu vermeiden:

»*Die Kader kontrollieren keine Arbeiten mehr, an denen sie nicht teilnehmen.* Früher war es so, daß die Bauern arbeiteten und die Kader inspizierten und die Arbeitspunkte aufschrieben. So konnten sich Beziehungen zwischen Verwaltern und Verwalteten herausbilden. Es war dann tatsächlich so, daß eine ganze Menge Fragen von den Kadern monopolisiert wurden, die folglich überlastet und den Aufgaben nicht gewachsen waren. Das war die Basis, auf der sehr leicht der Autoritarismus entstehen kann ... Seit das neue System angewandt wird, wird die Zahl der Arbeitspunkte, die Qualität der Arbeit von den Massen selbst kontrolliert. Auf diese Weise sind es viele Bauern, die ›sprechen‹, viele Bauern, die sich mit den Angelegenheiten des Kollektivs beschäftigen. Das ist besser, als sich auf eine kleine Zahl von Kadern zu verlassen. So können die Bauern die Kader besser kontrollieren, und alle erhalten ihre Arbeitspunkte auf derselben Grundlage.«

Dieses neue System der Arbeitsleitung in Dadschai ist ein Teil der Versuche der chinesischen Genossen, die Produktionsverhältnisse im Einzel-

nen, die gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen die Werktätigen in den Produktionseinheiten arbeiten, zu revolutionieren, um auf diese Weise das Entstehen einer neuen Bourgeoisie zu verhindern. Dazu gehören der Kampf gegen die Einmannleitung der Betriebe[38], das »System der Teilnahme der Kader an der produktiven Arbeit und der Arbeiter an der Betriebsleitung«[39], die Reform unvernünftiger und veralteter Regeln und Vorschriften, die Verkleinerung des Verwaltungsapparates[40] sowie die Verhinderung der Verselbständigung der technischen Intelligenz durch die enge Zusammenarbeit von Kadern, Arbeitern und Technikern (Werkzeugmaschinenfabrik Schanghai).[41]

Es kann nicht darum gehen, die Erfahrungen der chinesischen Revolution bis ins einzelne zu kopieren. Es geht vielmehr darum, ob die alten, vom Kapitalismus übernommenen Organisationsstrukturen und Entlohnungsmethoden unproblematisch übernommen werden können; ob sie schon dadurch sozialistischen Charakter enthalten, daß der größte Teil der Produktionsmittel nicht mehr in der Hand der alten Kapitalisten ist; ob sie – mit einem neuen theoretischen Heiligenschein umrandet – auch noch als Errungenschaften des Sozialismus ausgegeben werden können, ohne daß der Charakter des Arbeiterstaates sich ändert, seine Farbe wechselt.

b. Die Ebene der Produktionseinheiten

Im »ökonomischen System des Sozialismus« wird die »materielle Interessiertheit« für den einzelnen Werktätigen als Lohn wirksam, für die Betriebe als Gewinn. »Die Betriebe sind innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung die Grundeinheiten der Volkswirtschaft und als solche objektiv gesetzmäßig Warenproduzenten.«[41a] Während früher den Betrieben von der übergeordneten Instanz (VVB, Industrieministerien oder Planungsbehörde) detaillierte Planauflagen gemacht wurden und die erzielten Bruttogewinne an den Staat abgeliefert wurden, so haben sie jetzt eine größere Selbständigkeit in der Vorbereitung, Durchführung und Zielbestimmung des Produktionsprozesses. In der Literatur der DDR wird zur Kennzeichnung dieser Unterschiede das Begriffspaar »administrativ oder ökonomisch« verwendet und der Übergang zu ökonomischen Leitungsmethoden als ein großer Fortschritt gefeiert. Als *administrativ* wird die Bestimmung der Ziele und Methoden der Tätigkeit der Betriebe durch *über*betriebliche Institutionen nach politischen Kriterien bezeichnet. *Ökonomisch* werden die Betriebe dann geplant und geleitet, wenn sie bei einer größeren Selbständigkeit von den übergeordneten Planungsinstanzen durch ökonomische Hebel zur Erzielung eines höchstmöglichen Gewinns orientiert werden.

Dieses Begriffspaar spiegelt die *falsche Alternative* wider, vor die die DDR-Führer sich gestellt sehen: entweder zentrale Planung und Beschränkung der Autonomie der Unternehmen sowie Bestimmung der Tätigkeit der Betriebe anhand von politischen Kriterien – *oder* Erhöhung der Selbständigkeit der Unternehmen, verbunden mit der Orientierung auf den Gewinn als höchsten Maßstab für Erfolg oder Mißerfolg und Koordinierung der Betriebe untereinander und mit der Gesellschaft durch Geldbeziehungen, durch ein ausgeklügeltes System ökonomischer Hebel.
Die Eigenverantwortung, die seit den Wirtschaftsreformen gemeint ist, ist eine »Eigenverantwortung *als Warenproduzenten*«.[42]
Auch in der chinesischen Gesellschaft herrscht ein hohes Maß an Eigenverantwortung der einzelnen Produktionseinheiten nach dem Prinzip der »einheitlichen Leitung und dezentralisierten Wirtschaftsführung« (s. o.). Entscheidend ist jedoch, *wie* sich diese Eigenverantwortung gestaltet, an welchen Größen sich die eigenverantwortliche Tätigkeit der Betriebe orientiert, welche Ziele, welche politischen Inhalte eigenverantwortlich verfolgt werden. Um diesen konkreten Verhältnissen auf die Spur zu kommen, muß man zunächst auf die Begründung der Existenz der Warenproduktion im Sozialismus durch die DDR-Theoretiker eingehen.
Die Auseinandersetzungen über die Existenz der Warenproduktion hat innerhalb der Arbeiterbewegung eine lange Geschichte. Marx hatte das *Kapital* mit der Analyse der Ware begonnen, weil er in ihr die Grundform der bürgerlichen Gesellschaft sah, die alle Widersprüche dieser Gesellschaft schon im Kern enthält. Er und Engels glaubten, daß der Sozialismus die Warenproduktion abschaffen werde.
Dieser Auffassung schlossen sich alle revolutionären Marxisten an. In seiner Schrift *Ökonomische Probleme des Sozialismus* kämpfte Stalin gegen ökonomistische Strömungen innerhalb der Partei und nahm auch zum Problem der Warenproduktion im Sozialismus Stellung. Stalin war der Meinung, daß es in der Sowjetunion Waren gibt. Sein Kriterium dafür, daß die Produkte die Warenform annehmen, ist der *Eigentumswechsel.* Im staatlichen Sektor sind die Produktionsmittel keine Waren, weil sie nicht gekauft und verkauft, sondern nur innerhalb des staatlichen Sektors neu verteilt werden. Sie verbleiben bei demselben Eigentümer, dem Staat, und sind folglich keine Waren. Anders verhält es sich mit den Konsumgütern, die verkauft werden und vom Eigentum des Staates zum Privateigentum der Bürger werden. Ebenso die Exportgüter, die an ausländische Kapitalisten verkauft werden und somit in deren Eigentum übergehen. Ebenso – und das ist der wichtigste Sektor – sämtliche Produkte der Kollektivwirtschaften, wenn sie an den Staat oder an Konsumenten verkauft

werden. Im Falle des Staates werden sie vom Gruppeneigentum zum Staatseigentum. Die Existenz zweier Eigentumsformen ist also nach Stalin die Ursache für das Fortbestehen der Warenproduktion.

Wenn Stalin vom Unterschied zwischen staatlichem und kollektivwirtschaftlichem Sektor spricht und in dem ersteren schon keine Waren mehr sieht, dann drückt er damit ein richtiges Moment aus: nämlich die Tatsache, daß der proletarische Staat durch das Staatseigentum in seinem Sektor eine stärkere *Möglichkeit* der Einflußnahme und der Veränderung der alten Produktionsverhältnisse hat als in den Kolchosen. Es analysiert jedoch nicht, ob und wieweit der Staat auch schon die *Fähigkeit* hat, die Verhältnisse in den Betrieben bis ins einzelne zu bestimmen. Er nimmt die juristische Form des Eigentums, ohne die hinter dieser Form sich abspielenden realen gesellschaftlichen Prozesse zur Grundlage der Analyse zu machen. Er sagt nichts über die Gründe, warum denn auch in diesem Sektor noch die Wertform vorherrscht und in Preisen und Gewinnen gerechnet wird und der Staat seinen eigenen Betrieben Kredite gibt. Im Gegenteil, indem er feststellt, die Wertform habe in diesem Sektor einen neuen Inhalt, bereitet er indirekt seinen revisionistischen Nachfolgern den Weg, die das verallgemeinern, die Wertform weiter verharmlosen und betonen, daß die Ware eine allgemeingültige, »systemimmanente« Kategorie des Sozialismus ist und nicht zurückgedrängt werden soll. Im Gegenteil: Ihr Wirkungsbereich soll »im Sozialismus« in vollem Umfang ausgedehnt werden. Stalin hatte sich gegen diese Strömungen zur Wehr gesetzt und betont, daß »die Warenzirkulation mit der Perspektive des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus unvereinbar ist«[43]. Aber mit stumpfen Waffen! Denn bei ihm werden die Wertkategorien innerhalb des staatlichen Sektors nicht mehr untersucht, ihre Existenz nicht erklärt, sie werden verharmlost.

In der DDR und den anderen osteuropäischen Ländern wurden die Wirtschaftsreformen nicht aus einer neuen Theorie abgeleitet, sondern sie waren eine pragmatische Antwort auf diejenigen Schwierigkeiten, die aus dem alten System der Planung aufgrund der neuen Entwicklungen entstanden.

»Man könnte davon ausgehen, daß einfach die Praxis gezeigt hat, daß die Produkte, die unsere Betriebe produziert haben, sich (ich will es einmal etwas vereinfacht ausdrücken) wie Waren benahmen.«[44] Erst im nachhinein wurde an einem theoretischen Überbau gebastelt, so daß in der DDR mit dem neuen Lehrbuch eine relativ geschlossene neue Theorie der Warenproduktion im Sozialismus vorliegt.

Die Ursachen liegen nach dieser Theorie nicht mehr einfach in der Exi-

stenz verschiedener Eigentumsformen; denn die Warenproduktion innerhalb des staatlichen Sektors soll erklärt werden:

»In diese Gesamtheit der Ursachen sind sowohl der heutige Stand der gesellschaftlichen *Arbeitsteilung* und der Charakter der Arbeit als auch die notwendige *ökonomische* Verbindung zwischen den gesellschaftlichen Erfordernissen und Einzelinteressen *durch materielle Interessiertheit* und Aneignung nach Leistung eingeschlossen. Auch der *Entwicklungsstand des gesellschaftlichen Bewußtseins* sowie der Einfluß der historischen Kontinuität in den Formen wirtschaftlicher Tätigkeit, *die Tradition* in der Gestaltung ökonomischer Beziehungen erklären die Notwendigkeit der Warenproduktion als historisch begründete Produktionsweise im Sozialismus.«[45]

Dieses zentrale Zitat benennt einen objektiven und einen subjektiven Bereich von Ursachen: *Objektiv* läßt der gegenwärtige Stand der Arbeitsteilung es nicht zu, daß die Arbeit anders als in einzelnen, voneinander organisatorisch getrennten Produktionseinheiten verausgabt wird. Marx schrieb: »Gebrauchsgegenstände werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte voneinander unabhängig betriebener Privatarbeiten sind.«[46] Der mangelnde Grad der technischen und organisatorischen Integration der Produktionseinheiten ist nicht voluntaristisch zu überspringen. Er macht es notwendig, die »voneinander unabhängig betriebenen Privatarbeiten«, also die voneinander getrennten Arbeiter, miteinander zu koordinieren, zu verbinden.

Über *die Art und Weise dieser Verbindung* geht der Kampf zwischen der bürgerlichen und proletarischen Linie: Verbindung durch ökonomische oder politische Bande. *Wie* die Partei auf diese objektive Lage reagiert – der arbeitsteiligen, in verschiedenen voneinander getrennten Unternehmen durchgeführten Produktion – das ist einer der Punkte, an denen sich entscheidet, ob sich die sozialistische Gesellschaft zur klassenlosen Gesellschaft hinentwickelt oder ob erneut eine bürgerliche Klasse die Herrschaft ausübt.

In der oben zitierten Begründung der Warenproduktion im Sozialismus nimmt jedoch das zweite, das *subjektive* Element einen breiteren Raum ein: die Notwendigkeit, die verschiedenen Interessen ökonomisch, durch materielle Interessiertheit zu koordinieren; *die Tradition*, die historische Kontinuität usw. werden als Ursachen angegeben dafür, daß die Betriebe »objektiv gesetzmäßig Warenproduzenten« sind. Das ist ein erschreckender Verzicht auf die politischen Aufgaben der Diktatur des Proletariats. Denn eine proletarische Partei hat die Aufgabe, durch geduldige politische Überzeugungsarbeit die alten, bürgerlichen Interessen, die auch nach der Revolution überleben, zu verändern, nicht, sich ihnen anzupassen. Sie hat die Traditionen und die historische Kontinuität umzustülpen und von

allen Resten der alten Ausbeutergesellschaften zu befreien, statt sie zur Begründung der »Gesetze« des Sozialismus heranzuziehen. Diese Notwendigkeit leugnet Walter Ulbricht, er verwischt den Unterschied zwischen Kapitalismus und Kommunismus und erweist sich als Erzrevisionist, wenn er schreibt, daß die im Sozialismus wirkenden Kategorien, die

»eine formale Ähnlichkeit mit den entsprechenden Kategorien des Kapitalismus haben . . ., keine ›Transplantation‹ von Elementen oder Verhältnissen des alten sozialen Organismus in den neuen (sind); es handelt sich um *eigene* ökonomische Kategorien des Sozialismus, die die objektiven Erfordernisse und den Charakter der Produktivkräfte widerspiegeln und die qualitativ durch das Wesen des *gesamten* gesellschaftlichen Systems des Sozialismus bestimmt werden.«[47]

Die DDR-Theoretiker haben, um die neuen Produktionsverhältnisse seit der Wirtschaftsreform zu erklären, theoretisch zu untermauern und zu rechtfertigen, den *Begriff der Aneignung* neu gefaßt, »weiterentwickelt«. Das sozialistische Eigentum wird jetzt nicht einfach als juristisches Eigentum verstanden, das dem Staat Eingriffsmöglichkeiten in den Wirtschaftsprozeß gibt, sondern als ein Prozeß der Aneignung. Unter Aneignung wird nicht mehr nur die individuelle Aneignung von Produkten verstanden, sondern der gesamte gesellschaftliche Reproduktionsprozeß und seine Struktur. Die »Gliederung des Aneignungsprozesses«[48] führt zu den Ursachen der Warenproduktion: die Aneignung der Natur durch die Menschen findet auf drei Ebenen statt, die eng miteinander verknüpft sind: gesamtgesellschaftliche Aneignung, Aneignung durch die Produzentenkollektive und individuelle Aneignung durch die Werktätigen. Jeder dieser drei Ebenen entspricht eine besondere Interessenstruktur. Das Grundinteresse ist zwar allen drei Ebenen gemeinsam: das Interesse am Aufbau des Sozialismus und am maximalen Zuwachs des Nationaleinkommens; dennoch gibt es *Interessenwidersprüche*, die nichtantagonistischen Charakter tragen. Die Werktätigen haben ein Interesse an möglichst hohem Lohn, die Betriebe an möglichst hohem Gewinn und niedrigen Lohnkosten, der Staat an maximalem Produktionszuwachs.

»Die relative Eigenständigkeit der materiellen Interessen der Betriebe ist die Ursache der Warenproduktion im Sozialismus.«[49]

Wie werden diese verschiedenen Interessenebenen miteinander verbunden; wie werden die Interessenwidersprüche zwischen den Betrieben und zwischen Werktätigen, Betrieb und Gesellschaft gelöst?
Die Antwort ist klar und einfach: sie werden ökonomisch gelöst, durch Geldbeziehungen, und entstehen erneut, damit sie wiederum durch ökonomische Hebel und Ware-Geld-Beziehungen gelöst werden – in einem unendlichen Prozeß. Wie sieht das im Einzelnen aus?

Die Betriebkollektive sind durch den *Nettogewinn* mit dem Interesse der gesamten Gesellschaft verbunden. Indem sie mit dem geringsten Aufwand den höchsten Gewinn anstreben, leisten sie den besten Beitrag zum Zuwachs des Nationaleinkommens. *Das Interesse des Betriebes ist jedoch nicht direkt auf das gesellschaftliche Erfordernis gerichtet,* denn die Gesellschaft benötigt Gebrauchswerte.

»Das Interesse des Betriebskollektivs richtet sich nicht unmittelbar auf die Gebrauchswerte der produzierten Waren, sondern zunächst auf den Wert.«[50]

Diesen Widerspruch in dem Doppelcharakter der Ware kennen wir schon aus der Analyse des Kapitalismus, wie Marx sie im *Kapital* aufgezeigt hat. Hier erklärte Marx, daß in der Ware als Einheit von *Gebrauchswert* und *Wert* schon alle Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise enthalten sind. Im »Ökonomischen System des Sozialismus« zeigen sich dieselben Widersprüche in modifizierter Form: die Gesellschaft ist an Gebrauchswerten interessiert, der Betrieb am Wert, an dem, was für ihn an Geld herausspringt. Die DDR-Theoretiker weisen darauf hin, daß der Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Wert im »ökonomischen System des Sozialismus« nicht antagonistisch sei. Denn im Kapitalismus werde dieser Widerspruch erst in der Zirkulationssphäre, auf dem Markt gelöst, in der DDR sei der Markt selbst Gegenstand der Planung, er werde durch Marktforschung etc. prognostiziert, die meisten Betriebe wüßten schon vor dem Verkauf ziemlich genau, daß sie ihre Produkte auch absetzen können. Aber das ist nur eine formale technische »Überwindung« dieses Widerspruchs. Sie betrifft die reibungslose Durchführung der Reproduktionsprozesse, das Vermeiden von Stauungen und Krisen, läßt jedoch das Interessenproblem, das Klassenproblem unberührt. Es handelt sich um *bürgerliche Planung.*

Das zeigt sich in voller Schärfe, wenn man nachfragt, wie der Betrieb seinen Nettogewinn erhöhen kann. Dieser setzt sich zusammen aus dem Umsatz mal Preis pro Erzeugnis minus Selbstkosten, Produktionsfondabgabe, Nettogewinnabführung an den Staatshaushalt:

$NG = U \cdot P - (SK + PFA + NGS)$

Nun soll das Interesse des Betriebes am Gewinn »entfaltet« werden, der Betrieb soll als sein höchstes Ziel einen möglichst großen Nettogewinn anstreben. Das kann er auf unterschiedliche Weise: dadurch, daß er die Nettogewinnabführung zu verringern strebt oder die Produktionsfondabgabe herunterzusetzen versucht (Gegensatz zu Staat und Banken) – durch Einflußnahme auf die Wirtschaftspolitik des Staates. Oder dadurch, daß er die Preise der Erzeugnisse heraufsetzt und Kostenersparnisse nicht durch Preissenkungen weitergibt.

»Durch die Erhöhung der Preise kann der Nettogewinn vergrößert werden ... der Betrieb ist nicht an der Senkung, wohl aber an der Erhöhung der Preise seiner Erzeugnisse materiell interessiert«[51],

wird ratlos in einem Buch der Parteihochschule von Ruth Walter festgestellt. Oder es kann (wenn die ersten Möglichkeiten schwer durchzusetzen sind) der Gewinn erhöht werden durch eine Verschlechterung der Qualität der Erzeugnisse bei gleichem Preis, eine Erscheinung, die wir aus dem Kapitalismus zur Genüge kennen. Oder der Betrieb versucht im Verkehr mit den Zulieferfirmen möglichst gute Bedingungen auszuhandeln, ohne Rücksicht auf die Bedingungen der anderen Betriebe. Die Konkurrenz unter den Betrieben wird durch die Gewinnorientierung scharf angetrieben.

Vor allem aber wird der Gewinn erhöht, wenn die Löhne gesenkt werden, wenn schärfere Arbeitsmethoden und genauere Arbeitsplatzbewertungsmethoden eingeführt werden. Das führt zu einem Interessengegensatz zwischen Arbeitern und Geschäftsleitung, der auf der Seite der Arbeiter das alte Lohnarbeiterbewußtsein beleben muß (man geht in die Fabrik, um seine Arbeitskraft zu verkaufen; um den Lebensunterhalt zu verdienen; an den gesellschaftlichen Verhältnissen, unter denen produziert wird in der Fabrik, besteht kein unmittelbares Interesse). Die Geschäftsleitung betrachtet die Löhne als Kosten, die es möglichst zu reduzieren gilt; sie entwickelt die Interessen des kapitalistischen Managers, des Agenten, der Charaktermaske des gesellschaftlichen Kapitals.

Ziel der Betriebsleitungen ist es, den Anteil des gesellschaftlichen Produktionsfonds, über den sie verfügen, möglichst hoch zu verwerten. Vor allem *ihre* Selbständigkeit wurde durch die Wirtschaftsreformen erhöht. Sie sind die eigentlichen »Besitzer« der Produktionsmittel, sie bestimmen über den Ablauf, die Methoden und Ziele des Produktionsprozesses. Der Staat setzt ihnen den Rahmen, durch Steuergesetze, Normative für Gewinnbildung, Gewinnverwendung, Lohnfonds etc. Innerhalb dieses Rahmens müssen sie eigenverantwortlich nach der Maximierung des Gewinns streben. Aus den Gewinnen müssen die Mittel für die Investitionen und Abschreibungen bezahlt werden sowie der Prämienfonds der Betriebe.

Dieser Prämienfonds stellt einen Versuch dar, die Interessen der Werktätigen mit denen der Betriebsleiter zu harmonisieren. Doch es handelt sich um einen ebenso trügerischen Versuch, die Arbeiter an den Betrieb zu binden, wie bei der »Gewinnbeteiligung« in kapitalistischen Ländern. Der grundsätzliche Tatbestand wird dadurch nicht angerührt: die Grundinteressen der Arbeiter im Sozialismus bestehen darin, die Verhältnisse auch in den Betrieben zu revolutionieren, die Klassentrennung aufzuhe-

ben, die Privilegien der Geistesarbeiter, der technischen Intelligenz und der leitenden Angestellten abzubauen und schließlich selbst über die Produktionsmittel, den Produktionsprozeß und die Produkte zu verfügen.
Weil diese Grundinteressen in der DDR und den anderen osteuropäischen Ländern nicht verwirklicht werden, greift man zu ökonomischen Mitteln, um die Arbeiter zur Produktion anzureizen. Mit den »verzuckerten Geschossen der Bourgeoisie« sollen die Arbeiter von ihren politischen Grundinteressen auf ökonomistische Tagesinteressen abgelenkt werden. Durch Betriebsprämien sollen die Klassenverhältnisse verschleiert werden.
Dies gelingt immer weniger, weil in der Praxis der DDR der Betriebsprämienfonds in zunehmendem Maße nicht für die Masse der Arbeiter ausgegeben wird, sondern an die technische Intelligenz für Erfindungen und technische Neuerungen und an die leitenden Angestellten verteilt wird. Die Klassengegensätze werden sich auf diese Weise verschärfen.
Die neuen Formen der Koordination der Interessen sind nicht aus der Luft gegriffen. Sie sind Reaktionen auf anti-sozialistische Verhaltensweisen der Manager unter dem *alten* Leitungssystem, die durch diese Reformen »neutralisiert« werden sollen. Das läßt sich an einigen Mißständen des Alten Systems zeigen.
Im alten Plansystem wurden den einzelnen Betrieben quantitative Planauflagen von der übergeordneten Instanz vorgegeben. Diese Methoden führten dazu, daß die Betriebe häufig Produkte mit schlechter Qualität produzierten, weil das für sie bequemer war, weil sie damit den Plan leichter übererfüllen konnten. Wurden die Produktionsziele nach fertigen Maschinen gemessen, gab es einen Mangel an Ersatzteilen; wurden die Planziele bei der Organisation des Transports nach Tonnen pro Kilometer gemessen, so wurden optimale und billige Transportmöglichkeiten vernachlässigt. Wurden Kerzenständer nach Gewicht geplant, so wurden sie unnötig schwer. Wurde Stoff nach Länge gemessen, so wurde er zu schmal. Wurde der Plan für Investitionsgüterbetriebe nach verbrauchtem Material festgelegt, so verschwendete man absichtlich Metall, um den Plan zu erfüllen.
Dies alles sind einige Beispiele für Erscheinungen, die zu den überhöhten Lagern von unabsetzbaren Produkten führten, weil die Qualität miserabel war und die Produktionskosten in die Höhe schnellten.
Was war die Ursache solcher Mißstände? Es waren nicht in erster Linie die vorgegebenen Planziffern (auch die hätte man verbessern können, aber das trifft hier nicht den Punkt), noch organisatorische Mängel, sondern anti-sozialistisches Verhalten auf seiten der Leiter der Produktion. Die Manager der Staatsbetriebe hatten kein *Interesse* daran, möglichst gute

Waren mit hoher Qualität und niedrigen Kosten zu produzieren. Sie waren nicht interessiert am *Gebrauchswert* der Waren, sondern an hohen Prämien für Übererfüllung der Pläne bei minimalem Einsatz an Energien und Organisationsanstrengungen. Sie entwickelten ein Sonderinteresse der Gesellschaft gegenüber, setzten ihre Bedürfnisse über die der Gesellschaft; sie verfuhren nicht nach dem Prinzip »Dem Volke dienen«, sondern waren auf der Jagd nach Privilegien für sich selbst.

Was wurde an diesem *politischen* Tatbestand durch die Wirtschaftsreformen geändert? Die antisozialistischen Interessen der Produktionsleiter wurden nicht in einer politischen Kampagne gebrandmarkt; sie wurden nicht der rücksichtslosen Kritik der Massen ausgesetzt und abgesägt, wenn unverbesserlich. Sie wurden nicht zur Selbstkritik bewogen; es wurde keine politische Überzeugungsarbeit geleistet.

Stattdessen wurde der Mechanismus des Plans umgestaltet, ihre Selbstständigkeit erhöht, ihr anti-sozialistisches Interesse in andere Bahnen gelenkt, dorthin, wo sie nicht ganz so viel Schaden anrichten können. Der Wirkungsraum des Wertgesetzes wurde ausgedehnt, die Aktivität der Manager auf einen einheitlichen Indikator gelenkt: auf den Gewinn, den sie jetzt mit denselben skrupellosen Methoden zu verwirklichen trachten.

»Die Ausnutzung des Wertes *zwingt ökonomisch*, den gesellschaftlichen Arbeitsaufwand zur Produktion materieller Güter einzuhalten und ständig zu senken. Diese Wirkung erzeugt der Wert allerdings nur, weil und insofern er mit der materiellen Interessiertheit verbunden ist.«[52]

Das Problem antisozialistischer Verhaltensweisen wird nicht politisch angegangen, sondern durch »ökonomischen Zwang«. Dadurch wird der status quo aufrechterhalten, ja die Klassenstruktur wird verschärft.

c. Die gesamtgesellschaftliche Ebene: der Plan

»Es gibt sowohl sozialistische Planung als auch revisionistische ›Planung‹. Der kennzeichnende Unterschied zwischen ihnen ist, auf der Politik welcher Klasse sie basiert und den Interessen welcher Klasse sie dient.«[53]

In der DDR ist der Plan nicht abgeschafft worden, er hat vielmehr seinen Charakter, seinen Inhalt verändert.

Im neuen ökonomischen System wird zunächst angestrebt, die gesamte Planung auf eine längerfristige Perspektive zu orientieren. Das Hauptsteuerungsinstrument ist nicht mehr – wie im alten System – der Jahresplan, sondern der Perspektivplan. Das ergibt sich schon daraus, daß es nicht mehr als Aufgabe des staatlichen Plans angesehen wird, den gesellschaftlichen Produktionsprozeß so weit wie möglich im Detail zu planen, sondern der zentrale Plan soll die *langfristigen* Entwicklungstendenzen

der Produktion und dabei besonders die *strukturbestimmenden* Prozesse festlegen. Das geschieht dadurch, daß die großen Veränderungen der volkswirtschaftlichen Struktur herausgefunden und dann die ökonomischen Hebel so geplant werden, daß sich diese Strukturänderungen reibungslos, und ohne die Interessen der nach Gewinn strebenden Warenproduzenten zu verletzen, durchsetzen können.

Die konkrete Planung vollzieht sich in der DDR in vier Stufen. In der *Prognose* wird die »Dynamik« der Produktivkräfte der nächsten 20–25 Jahre vorausgeschaut. Aus der Entwicklung der Wissenschaft und Technik, vor allem aber durch den Vergleich mit dem »fortgeschrittenen« kapitalistischen Weltmarkt wird abgeschätzt, was für Veränderungen sich in der Struktur der Produktion ergeben werden. Diese Prognose hat zwar einen hohen Wahrscheinlichkeitsgrad in ihrer Aussage, aber noch keinen verbindlichen Charakter. Aus ihr wird im zweiten Schritt eine *Strukturpolitische Konzeption* abgeleitet, in der die Hauptlinien der Entwicklung der Technologien, der Energieträger, der Anforderungen an die Arbeitskräftestruktur, des Ausbildungswesens sowie für die internationale Kooperation festgelegt werden. Diese Konzeption ist das Bindeglied zum 5jährigen *Perspektivplan,* der dadurch entsteht, daß die Ergebnisse der Prognose zurückgerechnet werden, die Entwicklungstendenz bewertet und eine verbindliche Auswahl der erfolgversprechenden Zweige getroffen wird. Der Perspektivplan ist das Hauptsteuerungsinstrument, er setzt die Aufgaben für die staatliche Investitionspolitik und die Normative, an denen sich die Betriebe und VVB orientieren, verbindlich fest. Er wird für den *Volkswirtschaftsplan* aufgeschlüsselt, der für die gesellschaftlichen Bereiche Produktionsziele eines Jahres festlegt.

Diese Form der Planung durch Prognosen und Zurückrechnung soll gewährleisten, daß nicht die bisherige Produktionsstruktur einfach in die Zukunft verlängert wird; sie soll eine qualitative, den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution angepaßte Entwicklung garantieren und Fehlentwicklungen aus einer rein quantitativen Ausdehnung der Produktion vermeiden.

Das sieht zunächst wie eine sehr vernünftige Konzeption aus, die eine reibungslose, krisenfreie Anpassung an langfristige Entwicklungstendenzen erlaubt und den Erfordernissen der Zukunft gerecht wird. Aber was sind die »Erfordernisse der Zukunft«, *nach welchen Kriterien* werden die langfristigen Entwicklungstendenzen festgelegt, wonach wird bestimmt, was langfristig produziert und wie das Produzierte verteilt werden soll?

Zunächst fällt auf, daß der Jahresplan eine völlig neue Stellung in die-

sem System bekommt. Er weist den Betrieben nicht mehr bestimmte Produktionsauflagen zu und bestimmt nicht mehr Umfang und Struktur der betrieblichen Investitionen, sondern steuert die Aktivität der Betriebe über langfristige ökonomische Normative. Es findet im Allgemeinen keine direkte Zuteilung von Ressourcen mehr statt, denn

»eine ausschließlich direkte Zuteilung der verfügbaren Ressourcen auf die Wirtschaftseinheiten würde bewirken, daß die *Interessen* der sozialistischen Warenproduzenten weniger darauf gerichtet wären, durch eigene Anstrengungen einen hocheffektiven Einsatz der Ressourcen durchzusetzen, als vielmehr darauf, bedingungslos möglichst viele Ressourcen zu erhalten.«[54]

Weil diese Interessenstruktur nicht angetastet werden soll, leitet der Staat die Produktion nicht mehr durch Produktionsauflagen und materiell-technische Zuteilung direkt, sondern *indirekt,* indem das System der ökonomischen Hebel festgelegt wird. In ihm werden die Bedingungen bestimmt, unter denen die Gewinne der Betriebe entstehen und verwendet werden sollen. Das System der ökonomischen Hebel umfaßt das wirtschaftspolitische Instrumentarium, mit dem der Staat den Reproduktionsprozeß steuert: die Gestaltung der Preise, Löhne, Kredit- und Zinsbedingungen beeinflußt die Bildung der Gewinne bei den Betrieben. Die staatlichen Normative der Gewinnverwendung sind Richtlinien für die Verwendung des in den Betrieben erzeugten Mehrprodukts: die *Produktionsfondabgabe* (ein fester Prozentsatz, der auf die Grundmittel und Umlauffonds unabhängig vom Ergebnis der Produktion erhoben wird) soll die Betriebe materiell stimulieren zur sparsamen Verwendung der Produktionsmittel; die *Nettogewinnabführung* ist das wichtigste wirtschaftspolitische Steuerungsinstrument, da sie nach Zweigen und Betrieben verschieden hoch angesetzt wird und die staatliche Strukturpolitik durchsetzen soll; die Normative der Zuführung und Verwendung der *Prämienfonds* regeln in gewissem Umfang die Art der materiellen Anreize für die Belegschaft. Die staatlichen Normative sollen möglichst langfristiger Natur sein, damit die Betriebe sie als relativ stabile Daten einbauen können und nicht befürchten müssen, daß hohe Gewinne z. B. durch eine plötzliche Erhöhung der Gewinnabführung wieder »geraubt« werden. Die *Investitionen* werden nicht mehr vom Staat vorgegeben, sondern sie werden bestimmt

»durch den Spielraum zwischen staatlich gesetzten Normativen und der eigenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Der sozialistische Warenproduzent kann durch Qualifizierung seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit *diesen Spielraum ausdehnen.*«[55]

Der jährliche Volkswirtschaftsplan sorgt durch die Festlegung der Normative und der Steuerungsinstrumente dafür, daß die Proportionen zwischen Konsum und Investition und zwischen den Zweigen eingehalten werden;

er bewirkt durch staatliche Investitionen, daß die Wachstumsindustrien sich entsprechend dem Perspektivplan entwickeln.
Der Staat beeinflußt also noch die Aktivitäten der Betriebe, aber ihre Selbstständigkeit wächst. Die Beziehungen zum Staat sind Geldbeziehungen; das treibende Motiv ist das Streben nach möglichst hohem Nettogewinn. Dies muß vom Staat bei all seinen Maßnahmen berücksichtigt werden.
So steigt auch der Einfluß der Betriebe auf den Plan, auf die Festlegung dessen, was produziert werden soll. Denn sie produzieren nur das, was rentabel ist, was einen ausreichenden Nettogewinn gewährleistet. Die Löhne und Einkommen weisen in der DDR und in vielen revisionsistischen Ländern sehr hohe Unterschiede auf. Diese Differenzen gab es auch schon früher, aber wegen der zentral festgelegten staatlichen Investitionen konnten sie sich kaum auf die Struktur der Produktion auswirken. Denn die Investitionen konzentrieren sich auf gesellschaftlich notwendige Produkte, die nach politischen Kriterien zentral ausgesucht wurden, nicht auf Luxusproduktion.
Im neuen System müssen die hohen Unterschiede der Löhne voll zur effektiven Nachfrage werden; der Warenkorb der Gesellschaft verändert sich zugunsten der Güter, die von den hohen Einkommensschichten verlangt und bezahlt werden. Diese Produktion ist für die Betriebe rentabel. Auf welche Weise sie ihren Gewinn erzielen, kann ihnen gleichgültig sein; sie richten sich nach Angebot und Nachfrage, und die effektive Nachfrage aus hohen Einkommen verlangt die Produktion von relativ luxuriösen Produkten, die sich die Masse der Bevölkerung nicht leisten kann. Andererseits wird aber auch nur auf diese Weise die Logik der materiellen Anreize sinnvoll, wenn sich hohe Einkommen und Prämien nicht nur in dicken Sparbüchern, sondern in tatsächlichen materiellen Privilegien niederschlagen.
Durch die Ausdehnung der Warenproduktion auf alle Bereiche der Produktion übt das Wertgesetz zunehmend eine regulierende Funktion aus. Der Plan vollzieht dann nur noch das, was auch durch den Markt – mit größeren Reibungen und Umwegen – vollbracht worden wäre. Der Plan wird zu einer passiven Widerspiegelung der Inhalte, die durch Marktprozesse bestimmt sind. Das wird ersichtlich in der *Annäherung des Konsummodells* der revisionistischen Länder an das des Westens (private Motorisierung, individueller Hausbesitz etc). Noch deutlicher wird das in der Orientierung der gesamten Produktionsstruktur nicht an den politischen Zielen einer Gesellschaft, die die klassenlose Gesellschaft anstrebt, sondern am *Weltmarkt*.

»Wachsende Exporte und Importe werden die Folge dieser stärkeren weltwirtschaftlichen Verflechtung sein. Mit dieser Entwicklung sind Auffassungen nicht mehr zu vereinbaren, wonach Exporte Bilanzüberschüsse darstellen und Importe ausschließlich zum Ausgleich von Defiziten erforderlich sind und sowohl Ex- als auch Importe als ›notwendige Übel‹ betrachtet werden.«[56]

Dieser Prozeß der Verflechtung der DDR-Wirtschaft mit dem Weltmarkt wird von der SED bewußt vorangetrieben und beschleunigt. Die Betriebe sollen dem Druck des Weltmarks ausgesetzt werden, damit sie nicht stagnieren und immer wieder neue Technologien und Produktionsverfahren einführen. In zunehmendem Maße bestimmt der Außenhandel die Binnenstruktur der Wirtschaft; die Maßstäbe dafür, was produziert werden soll und worauf verzichtet wird, werden immer mehr durch die kapitalistischen Welt-Produktionsverhältnisse bestimmt. Der »Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe« und die Rolle der Sowjetunion in ihm kann hier nicht behandelt werden. Jedoch richtet auch der RGW seine Preis- und Produktionsstruktur insgesamt an den Bedingungen des kapitalistischen Weltmarks aus.

Die *politischen* Auswirkungen, die damit verbunden sind, kommen den Führern der SED überhaupt nicht ins Bewußtsein:

»›Der industrielle Kapitalist‹, schrieb Marx, ›hat beständig den Weltmarkt vor sich, vergleicht und muß ständig vergleichen, seine eigenen Kostpreise mit den Marktpreisen nicht nur der Heimat, sondern der ganzen Welt.‹ Was für den am Profit interessierten Kapitalisten gilt, muß für unsere Industrie, die mit ihren Gewinnen entscheidend zum Zuwachs des Nationaleinkommens beiträgt, um so mehr Gültigkeit haben. Auch hier gilt, daß mittelmäßig und schlecht arbeitende Betriebe nicht mehr länger auf Kosten der Gesellschaft arbeiten dürfen ... Unsere Volkswirtschaft ist kein Naturschutzpark für schlecht arbeitende Betriebe.«[57]

Die Partei ist unfähig, die mittelmäßig und schlecht produzierenden Betriebe durch eine richtige Politik, durch die Beseitigung korrupter Kader und die Mobilisierung der Massen zu gut arbeitenden Betrieben zu machen, sie überläßt das dem Weltmarkt, gewissermaßen als »neutraler Instanz«, der sich jeder zu beugen hat. Das Außenhandelsmonopol wird formal beibehalten, in Wirklichkeit aber ausgehöhlt. Denn die Betriebe sollen sich selbständig an den Erfordernissen des Außenhandels orientieren, neue Absatzmärkte erschließen, »kundengerechte Systemlösungen« entwickeln und effektive »Kundendienstleistungen« gewährleisten.[58] Hohe Exportumsätze führen zu hohen Gewinnen und Prämien bei den Betrieben, so daß sie ein starkes Interesse an der Expansion auf den Außenmärkten entwickeln.

Kurz nach dem Krieg begann man in der damaligen SBZ unter ungeheuren Anstrengungen mit dem Aufbau einer eigenen Rohstoffbasis und

Schwerindustrie. Diese politische Entscheidung zur Lostrennung von den imperialistischen Märkten, besonders von Westdeutschland, ging von der grundlegenden Einsicht aus, daß ein Land nicht politisch unabhängig sein kann, wenn es nicht die ökonomische Unabhängigkeit besitzt. Das schließt nicht grundlegend den Außenhandel auch mit kapitalistischen Ländern aus, aber beschränkt dessen Umfang und Gewicht. Die wesentlichen Produkte, die eine Gesellschaft braucht, müssen im eigenen Land hergestellt werden, aus eigenen Kräften, wenn es nicht in ökonomische und damit auch politische Abhängigkeit geraten will. Diese Politik der »Unabhängigkeit, Selbstständigkeit, Vertrauen auf die eigene Kraft« ist ein Grundsatz für jene revolutionäre Regierung. In der DDR mag dieser Grundsatz kurzfristig nicht einfach zu erfüllen sein, weil sie ein kleines Land ist, das eine geringe eigene Grundstoffbasis besitzt. Aber das Beispiel Albanien zeigt, daß es auch für ein äußerst kleines Land möglich ist, sich ökonomisch unabhängig zu entwickeln und damit sein politisches Schicksal selbst zu bestimmen.

In der DDR wird der Einfluß, der von den Weltmärkten ausgeht, nicht mehr als Problem gesehen, ebensowenig wie die Abhängigkeit der DDR-Wirtschaft von der Sowjetunion in Frage gestellt wird.

In zunehmendem Maße bestimmt somit der Weltmarkt die Binnenstruktur der DDR-Wirtschaft und damit die Produktionsverhältnisse in der DDR. Über den ökonomischen Aspekt hinaus muß noch ein weiterer Aspekt betrachtet und untersucht werden: Die fortgeschrittene Technologie des Westens, die von den revisionistischen Ländern ohne Skrupel übernommen wird, ist in einer Klassengesellschaft entstanden, sie trägt den Stempel dieser Gesellschaften. Es gibt keinen losgelösten Arbeitsprozeß, im Kapitalismus ist er immer zugleich Verwertungsprozeß, d. h. in der Organisation der Produktion mittels der modernen Technologie muß sich die Klassenstruktur, die Trennung zwischen Kopf- und Handarbeit, Leitern und Geleiteten, Proletariat und Bourgeoisie widerspiegeln. Wenn diese westliche Technologie nun fetischisiert wird und alle Anstrengungen zu ihrer Nachahmung und umfassenden Einführung in die Wirtschaft der revisionistischen Ländern gemacht werden, dann schleichen sich damit die Klassenverhältnisse, unter denen diese Technologien entstanden sind, wieder in die neuen Gesellschaften ein. Es gibt keine von den Produktionsverhältnissen losgelösten Produktivkräfte; die ersteren formen und struktuieren die letzteren. In den ehemals sozialistischen Ländern wird die Technik fetischisiert und von den Klassenverhältnissen und vom Klassenkampf losgelöst. Die Folgen dieser Anbetung der westlichen Technologie müssen in Zukunft detailliert untersucht werden.

Auf der Ebene des Plans zeigt sich dieselbe Linie wie auf den beiden anderen Ebenen: der Plan ist nicht Instrument des Klassenkampfes, Mittel zur Beseitigung des Erbes der alten Ausbeutergesellschaften, zum Kampf um eine klassenlose Gesellschaft. Er ist zu einem technokratischen Instrument geworden, das einige Krisenerscheinungen, wie sie unter dem Kapitalismus üblich sind, beseitigen soll. Er koordiniert die sich aus der Warenproduktion ergebenden Prozesse, aber gestaltet die Produktionsverhältnisse nicht qualitativ um. Durch die Orientierung am Weltmarkt gehen in zunehmenden Maße Prioritäten in den Plan ein, die durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse im Weltmaßstab bestimmt sind, nicht aber von den Erfordernissen und Kämpfen einer Gesellschaft, die die Klassen beseitigen will.
Unter diesen Umständen ist die Polemik der DDR-Führung gegen die Wirtschaftsreformen in anderen revisionistischen Ländern (CSSR oder Ungarn) Augenwischerei: in diesen Ländern werden zwar die Auswirkungen des Marktes noch mehr berücksichtigt (durch teilweise freigegebene Preise und weniger Eingriffe des Staates in den Planungs- und Produktionsprozeß der Betriebe) als z. B. in der DDR. Aber das Vorherrschen von finanziellen Regelungen, die umfassenden Systeme ökonomischer Hebel und materieller Anreize, die Öffnung zum Weltmarkt – all das ist den Wirtschaftsreformen aller revisionistischen Länder gemeinsam. Die Unterschiede sind nur quantitativer, nicht qualitativer Art.
Es bleibt jetzt die Frage zu klären, welche Klasse ein Interesse an den neuen Produktionsverhältnissen in den revisionistischen Ländern hat, und wie es dazu kommen konnte, daß die Arbeiterklasse in diesen Ländern die Macht wieder verlor.

III. Die Klassenverhältnisse

Die offizielle Ideologie der DDR und der anderen revisionistischen Länder besagt, daß es in diesen Ländern zwar noch Klassen gibt, aber keine antagonistischen Gegensätze zwischen ihnen. Im allgemeinen werden die Arbeiterklasse, die Genossenschaftsbauern und die Schicht der Intelligenz benannt. Das Unterscheidungskriterium ist das Eigentum an den Produktionsmitteln: die Genossenschaftsbauern besitzen die von ihnen benutzten Produktionsmittel als Gruppeneigentum; die große Mehrheit der Werktätigen besitzt keine Produktionsmittel. Der Unterschied zwischen Arbeitern, Angestellten und Intelligenz wird auf diese Weise verwischt, weil ein juristisches Verhältnis, nicht aber die wirkliche Stellung und Funktion

im Produktionsprozeß zum Bestimmungsfaktor der Klassen gemacht wird.

»Mit der politischen und ökonomischen Machtergreifung durch die Arbeiterklasse beginnt jener Entwicklungsprozeß, der dazu führt, daß die Arbeiterklasse in der sozialistischen Gesellschaft nicht nur mehr vorwiegend im unmittelbaren Produktionsprozeß Arbeitende umfaßt, sondern sie wird in zunehmendem Maße eine körperlich-geistig produktiv tätige und machtausübende Klasse. Zum bestimmenden Merkmal wird immer mehr die rasche Zunahme des Anteils der geistigen Arbeit sowohl in der Produktion unmittelbar als auch durch die Teilnahme an der Leitung des Staates und der Gesellschaft.«[60]

So werden in der DDR 83,9% der Berufstätigen zur Arbeiterklasse gerechnet und 9,7% zur Klasse der Genossenschaftsbauern. Die restlichen Gruppen teilen sich auf in Mitglieder der Handwerksgenossenschaften (2,8%), der Komplementäre und Kommissionshändler (0,5%) und der selbständigen Berufe (3,1%).[59]

Um die wirklichen Klassenverhältnisse in diesen Ländern zu analysieren, um die herrschende Klasse auszumachen, die auch ein Interesse an der Einführung der Wirtschaftsreformen und an der Formulierung der neuen Theorie vom Sozialismus als eigenständiger Gesellschaftsformation hat, muß man zunächst nach den wirklichen Bestimmungsgründen der Klassen fragen.

Das Eigentum an den Produktionsmitteln als juristisches Verhältnis ist *ein* Bestimmungsgrund der Klassen, doch bei weitem nicht der hinreichende. In der *Deutschen Ideologie* geht Marx nicht von einem juristischen Verhältnis aus, sondern von der gemeinsamen *Stellung im Reproduktionsprozeß*, den gemeinsamen *Interessen* und dem gemeinsamen *Interessengegensatz* zu den anderen Klassen und Schichten:

»Aus den vielen lokalen Bürgerschaften entstand erst sehr allmählich die Bürger*klasse*. Die Lebensbedingungen der einzelnen Bürger wurden durch den Gegensatz gegen die bestehenden Verhältnisse und durch die davon bedingte Art der Arbeit zugleich zu Bedingungen, welche ihnen allen gemeinsam und von jedem einzelnen unabhängig waren ... Die gemeinsamen Bedingungen, derselbe Gegensatz, dieselben Interessen mußten im Ganzen und Großen auch überall gleiche Sitten hervorrufen.«[61]

Lenin benennt als zusätzliches, abgeleitetes Kriterium auch noch den Anteil am gesellschaftlichen Reichtum:

»Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem gesellschaftlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen.«[62]

Diese Definition bestimmt die Klassen allgemein, nicht nur für den Kapitalismus. Sie schreitet von allgemeinen zu konkreteren Kriterien: Platz im System der gesellschaftlichen Produktion – Verhältnis zu den Produktionsmitteln – Stellung im Arbeitsprozeß – schließlich Quelle und Höhe des Einkommens. Über das Entstehen und die Veränderungen der Klassen wird hier keine Aussage getroffen, das ist Gegenstand der Untersuchung der konkreten historischen Produktionsverhältnisse. Im Kapitalismus entscheiden der Kapitalverwertungsprozeß und die von ihm abhängigen politischen Verhältnisse darüber, welcher Klasse die Individuen zugeordnet sind. Im Sozialismus dürfte der Prozeß zunächst anders verlaufen und bedarf konkreter Analysen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Feststellung Lenins, daß das Verhältnis zu den Produktionsmitteln *meistens*, aber nicht immer, juristisch fixiert ist, und daß die legalisierte Stellung zu den Produktionsmitteln nicht das erschöpfende Kriterium der Klassen ist. Historisch ist die Herausbildung neuer Klassen zumeist Ergebnis von Veränderungen der Produktionsweise und von Verschiebungen in den Produktionsverhältnissen, die erst *nachträglich* den Stempel juristischer Legalität erhalten.

Hieraus folgt, daß wir es nicht mit einer Analyse der juristisch fixierten Eigentumsverhältnisse bewenden lassen können, daß wir uns von den juristischen Fiktionen freimachen müssen. Was sich hinter der juristischen Hülle abspielt, ist einer materialistischen Analyse zu unterziehen. Die realen *Aneignungsverhältnisse*, die Stellung der »großen Menschengruppen« im Produktionsprozeß und im Arbeitsprozeß ist zu untersuchen, wenn man die bestehenden Klassenverhältnisse erfassen will.

Mit der juristischen Eigentumsfiktion verdecken die Revisionisten die realen Verhältnisse in ihren Ländern: innerhalb des staatlichen Sektors haben Direktor und Angestellter und Arbeiter dasselbe Verhältnis zu den Produktionsmitteln. Es gilt also nach dieser Theorie nur noch, den Bereich des staatlichen Sektors auszudehnen, um zur klassenlosen Gesellschaft zu gelangen.

Die Herausbildung einer neuen herrschenden bürgerlichen Klasse, der *Staatsbourgeoisie*, kann nicht erst das Ergebnis der Veränderung der Produktionsverhältnisse in den ehemals sozialistischen Ländern durch die neuen ökonomischen Systeme sein. Durch diese Reformen werden die Klassenverhältnisse verschärft und überschaubarer; sie dienen den Interessen der Staatsbourgeoisie, aber die Tatsache, daß sie eingeführt werden konnten, bedeutet, daß es vor den Reformen Verschiebungen in den Klassenverhältnissen gegeben haben muß.

Diese Verschiebungen müssen exemplarisch in dem ersten sozialistischen Land untersucht werden, weil die Prozesse in den anderen jetzt revisionistischen Ländern größtenteils von den Verhältnissen in der UdSSR abgeleitet wurden. Wie konnte es kommen, daß in diesem Land die Diktatur des Proletariats nach den heroischen Kämpfen gegen die in- und ausländischen Kapitalisten und Großgrundbesitzer, nach den großen Aufbauleistungen und der Ausschaltung der alten herrschenden Klassen aufgegeben wurde? Es kann dies nur ein *politischer* Prozeß sein: das fehlerhafte Reagieren der Partei auf die aus dem materiellen Reproduktionsprozeß entstehenden Probleme.

Die bolschewistische Partei ist die Avantgarde des Proletariats, der Klasse, die die Gesellschaft nach der Revision beim Aufbau des Sozialismus führt. Wie ist es möglich, daß sie bei den Versuchen, die Gesellschaft von den Muttermalen aller Ausbeutergesellschaften zu befreien, selbst zu einer bürgerlichen Partei wird?

Die materialistischen Ursachen scheinen in der Größe des Erbes zu liegen, das die alte Gesellschaft den neuen Kräften übergibt. Die Feinde der Revolution sind zunächst klar zu erkennen: die alten Ausbeuterklassen, die feudalen Klassen und die Bourgeoisie. Wenn sie ausgeschaltet sind, ist damit jedoch noch nicht ihr Einfluß beseitigt. Ihre Ideologie, ihre Wertvorstellungen, die sich im Denken der Menschen, nicht nur der Ausbeuter, niederschlägt und seit Jahrhunderten tiefe Wurzeln geschlagen hat, ist das »letzte Erbland der Bourgeoisie«, auch wenn die Bourgeoisie selbst über keine materiellen Mittel mehr verfügt. Die Beseitigung der Kleinproduktion durch die Kollektivierung der Landwirtschaft schafft zwar für alle Werktätigen die gleichen kollektiven Produktionsbedingungen; die ökonomische Basis ändert ihren Charakter. Doch die Kultur, die Ideen der alten Klassengesellschaften sind damit nicht verschwunden, sie beeinflussen nach wie vor das Denken auch der Arbeiter und Bauern. In der alten Gesellschaft sollte die herrschende Ideologie, die Ideologie der Herrschenden, die unterdrückten Klassen zur Duldung der herrschenden Klasse bewegen und deren Ausbeutung eine Legitimationsbasis verschaffen. Jetzt wirkt sie fort, sie beeinflußt auch das Denken der Revolutionäre, sie kann bei ihnen die Fortsetzung der alten Denkschemata von oben und unten, von Höherbewertung der geistigen vor der körperlichen, der leitenden vor der ausführenden, arbeitenden Tätigkeit bewirken. Es können bürgerliche Haltungen entstehen, das Streben, in die Partei einzutreten und in ihr zu wirken, um den gesellschaftlichen Aufstieg zu vollziehen. Die Partei ist keine von der Gesellschaft losgelöste Oase: in ihr spiegeln sich die gesellschaftlichen Verhältnisse wider, die bis zum Kommunismus immer

Klassenverhältnisse sein werden. Auch proletarische Kader sind nicht immun gegen die »verzuckerten Geschosse der Bourgeoisie«.
Diese *Möglichkeit*, das revolutionäre Ziel zu verlieren, die sich aus dem Weiterwirken der bürgerlichen Ideen, der *Kultur* ergibt, wie sie sich in der Sprache, in Literatur und Kunst, in den Vorstellungen und Traditionen der Menschen zeigen, wird durch die *Struktur des materiellen Produktionsprozesses* ergänzt. Die Differenzierung der Arbeiten und Funktionen kann zu einer Differenzierung der Interessen führen. Die von den alten Gesellschaften übernommene *Arbeitsteilung* kann nicht nach Gutdünken abgeschafft werden.[61a] Die objektiven und subjektiven Bedingungen dafür können erst in einem langen revolutionären Prozeß geschaffen werden. Bis dahin erfordert der Arbeitsprozeß selbst, daß verschiedene Funktionen (Oberaufsicht, Ausführung) von verschiedenen Personen ausgeführt werden. Die Trennung zwischen Leitenden und Geleiteten und zwischen Kopf- und Handarbeit wird auch dann fortbestehen, wenn die bürgerlichen Spezialisten durch Arbeiterspezialisten ersetzt sind. Ein Arbeiter ändert seine Stellung im Produktionsprozeß, wenn er zum Techniker, zum Produktionsleiter, zum Funktionär oder zum Kopfarbeiter im kulturellen Bereich wird. Er übt eine andere Tätigkeit aus: er plant, leitet, denkt nach, schreibt. Er macht keine körperliche Arbeit mehr. – Welche Folgen hat das für sein Bewußtsein, für sein Verhältnis zu seiner Klasse, welche Interessen entwickeln sich bei ihm? Wird er das Nicht-Arbeiten als Privileg betrachten und verteidigen?
Ob sich Sonderinteressen bei den Nichtarbeitern entwickeln, hängt von den politischen Verhältnissen, letztlich von der Politik der Partei ab, davon, ob sie den Klassenkampf weiterführt oder nicht. Das Zusammenwirken der Differenzierung der Stellung im Produktionsprozeß und des Einflusses der aus der Klassengesellschaft fortlebenden Ideologie ergibt die Möglichkeit des kapitalistischen Weges und die Notwendigkeit, die Revolution unter der Diktatur des Proletariats weiterzuführen. Die alte gesellschaftliche Arbeitsteilung muß allmählich überwunden, die Trennung von Kopf- und Handarbeit aufgehoben werden. Die alte Kultur, die der Klassengesellschaft entsprach und ihr diente, muß durch eine neue, proletarische Kultur ersetzt werden.
Die alten Klassen und Schichten müssen umorganisiert, umerzogen und proletarisiert werden, wenn das Wiedererstehen einer neuen bürgerlichen Klasse verhindert werden soll.
Wenn ein Arbeiter, der studiert hat, dann eine Fabrik leitet und somit eine veränderte Stellung im Produktionsprozeß einnimmt, hängt es von seiner Ideologie, seiner Motivation ab, ob er diese neue Stellung als Privi-

leg betrachtet und verteidigt oder als eine normale Funktion innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Und von der Organisationsform der Wirtschaft und der Einflußnahme der Masse der Arbeiter auf seine Tätigkeit hängt es ab, ob er Sonderinteressen vertreten und durchsetzen kann. Ein chinesischer Funktionär beschreibt die Gefahren, die aus der unterschiedlichen Arbeitsteilung entstehen können:

»Als ich zum Vorsitzenden des Revolutionskomitees der Produktionsbrigade gewählt wurde, änderte sich meine Stellung, meine Arbeit veränderte sich, meine Umgebung wurde eine andere – würde sich mein Denken auch ändern? . . . Weil ich ein Führer war, stand ich oft im Rampenlicht. Es gibt immer einige Leute, die mir schmeicheln und sich mir gegenüber herausstellen . . . Ich muß wesentlich mehr Versammlungen beiwohnen und Berichte lesen oder anhören. Ich habe weniger Zeit, an der kollektiven Produktionsarbeit teilzunehmen . . . Das Gefährliche ist jedoch nicht, von unten nach oben aufzusteigen, sondern nach persönlichem Ruhm zu streben. Wenn man die eigene führende Position nicht als Teil der allgemeinen gesellschaftlichen Arbeitsteilung betrachtet, sondern als Mittel, eine Stufe höher als andere zu stehen, dann ist das sehr gefährlich. Das ist der Beginn der ›friedlichen Evolution zum Kapitalismus‹«[63]

Das Zurückdrängen der alten Kultur, die Herausbildung der proletarischen Ideologie durch die Überzeugungsarbeit der Partei ist eine Form der Weiterführung des Klassenkampfes. Sie muß begleitet sein von der Umgestaltung der realen gesellschaftlichen Verhältnisse selbst. So wurde in China und Albanien das von der Pariser Kommune praktizierte und von Lenin unterstrichene Prinzip wieder eingeführt, nach dem die leitenden Funktionäre und alle nicht-bürgerlichen Spezialisten nur den durchschnittlichen Facharbeiterlohn erhalten. Von besonderer Bedeutung ist die Umgestaltung des Ausbildungssystems, das nicht mehr »Drei-Häuser-Funktionäre: zuerst das Elternhaus, dann das Schulhaus und danach das Bürohaus«[64] produzieren soll, sondern proletarische, mit den Massen arbeitende und lebende kommunistische Funktionäre, die Nachfolger der Revolution. Sie sind nicht nur Triebkräfte, sondern »selbst gleichzeitig Objekt der Revolution«. Sie nehmen in regelmäßigen Abständen an der kollektiven Produktionsarbeit teil, um die Verbindung mit den Massen nicht zu verlieren, keine privilegierten Lebensformen zu entwickeln und Untersuchungen unter den Massen anstellen zu können. Die Arbeiter nehmen nach der »Betriebsordnung von Anschan«[65] an der Betriebsleitung teil; das Büropersonal beteiligt sich in regelmäßigen Abständen an der produktiven Arbeit: die technische Intelligenz in den Betrieben arbeitet selbst an den Maschinen und bildet mit den Arbeitern zusammen Forschungs- und Entwicklungsteams. Die Leiter der Produktion müssen sich über alle Fragen mit den Massen beraten und sich der Massenkritik unterziehen. Die Arbeiter bestimmen, was in den Betrieben geschieht, sie

haben die alten bürokratischen Vorschriften beseitigt, den Verwaltungsapparat reduziert. Sie wissen, wofür sie arbeiten, und setzen ihre Energien und Fähigkeiten selbstbewußt und zielgerecht für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft ein.

Diese Veränderungen in den Klassenverhältnissen können nicht durch materielle Anreize und ökonomische Hebel erreicht werden, sondern nur durch die bewußte, von der Partei angeleitete Weiterführung des Klassenkampfes. In der Sowjetunion wurden die Keime neuer Klassenbildungen nicht früh genug erkannt und nicht mit den richtigen Mitteln bekämpft. Die Nichtarbeiter, vor allem die Intelligenz, sind wegen ihrer Stellung im Produktionsprozeß die gesellschaftliche Schicht, aus der sich die neue herrschende bürgerliche Klasse bilden *kann*. Eine albanische Analyse sieht in der sowjetischen Intelligenz auch die klassenmäßige Basis der neuen Staatsbourgeoisie:

»Man fragt sich: ›Wie ist diese Rechtsschwenkung eines bedeutenden Teils der Intelligenz in der SU und in den anderen revisionistischen Ländern möglich?‹ Diese Schwenkung ist ein jahrelanger Prozeß, der noch nicht abgeschlossen ist. Er ist eine Folge der schwachen ideologischen Klassenarbeit der Partei mit der Intelligenz, und zwar in zwei Richtungen: Die Lehrer der theoretischen Ideologie sorgten nicht dafür, daß ihre Zuhörer z. B. auch den Spaten kennenlernten. Diese Kategorie von gebildeten Menschen, seien es Arbeiter-, Angestellten- oder Kolchossöhne, verschlangen die Verwaltung, das Büro und die Leitung. Sie bildeten sozusagen die ›Elite des proletarischen Regimes‹, die neue Proletarische Intelligenz, welche die Verwaltungsposten, Universitäten, die Direktionen, Theater, Redaktionen etc. besetzten. Aus dieser Schicht gingen die Philosophen, Schriftsteller und Künstler hervor, und alle trugen den Titel des Proletariats. Einige von ihnen bleiben wirklich Proletarier, aber die meisten entarteten zusammen mit der Verwaltung, weil sich diese allmählich von einem Werkzeug der proletarischen Diktatur in ein Ungeheuer verwandelte, das den Staat der Proletarier beherrschte, nach Gutdünken leitete und erstickte.

Andererseits ging ein großer Teil der Intelligenz in die Produktion und lebte und arbeitete dort zusammen mit der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. Dieser Teil war technisch sehr gut ausgebildet, weil man eben dieser Seite besondere Aufmerksamkeit gewidmet hatte, während man auf ihre ideologische und politische Erhärtung wenig Gewicht legte.

Auf diesen beiden Gebieten hatte die ›hohe proletarische Intelligenz‹ wichtige Stellen inne und dachte nicht daran, sie zu verlassen. Sie hielt sich für ›sehr fähig‹, für ›unerreichbar in der Wissenschaft‹ und für berufen, die anderen, die Masse zu führen und zu dirigieren. Die Arbeiterklasse und die Bauernschaft sollten entsprechend ihrer ›Natur‹ und ›Funktion‹ ausschließlich arbeiten, während die Intelligenz die ›proletarischen‹ Gesetze macht, oder besser gesagt, entstellt, und die Diktatur des Proletariats und die Partei gegen den Sozialismus und gegen die Partei selbst benützt. In den revisionistischen Ländern sind es also die ehemaligen Proletarier oder die intellektualisierten, verbürgerlichten, entarteten Proletariersöhne, die das Klassenbewußtsein verloren haben, nach einem langen und komplizierten Prozeß wichtige Stellen im Staate und in der Partei eingenommen haben und jetzt mit Hilfe der starken Partei und des Staatsapparates die proletarische Macht

und die Partei paralysieren. Tatsächlich sind in den revisionistischen Ländern sowohl die Diktatur des Proletariats als auch die Partei des Proletariats ausgeschaltet.«[66]

In einem langen Prozeß hat sich aus der proletarischen Intelligenz heraus eine neue herrschende bürgerliche Klasse entwickelt, die die Produktionsmittel kollektiv besitzt. Aus der neuen Stellung im Produktionsprozeß, beeinflußt durch die Ideen, Verhaltensweisen und Ideologie der alten Gesellschaft, hat sie Sonderinteressen entwickelt, die sie in Gegensatz zur Arbeiterklasse brachte. Sie verfügt kollektiv über die Produktionsmittel, die Produktionsprozesse und die Produkte; ihre Interesse ist die Erhaltung und Festigung ihrer herrschenden Position. Die Basis für ihre Herrschaft, für ihre privilegierte Stellung im gesellschaftlichen Produktionsprozeß und für ihren relativ hohen Anteil am gesellschaftlichen Produkt ist die Ausbeutung der Arbeiter.

Durch die Wirtschaftsreformen wird ihre Herrschaftsposition verfestigt und abgesichert. Die einzelnen Mitglieder der Staatsbourgeoisie erhalten größere Selbständigkeit durch die Autonomie der Betriebe[67]. Die Lage der Arbeiterklasse verschlechtert sich, die Ausbeutung wird durchschaubarer. Der Produktionsprozeß wird immer mehr zum Verwertungsprozeß; die Widersprüche innerhalb der Staatsbourgeoisie und zwischen ihr und den anderen Klassen werden sich verschärfen.

Für die Arbeiterklasse der revisionistischen Länder ergeben sich jedoch schwierigere Kampfbedingungen als für die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder. Hier erkennen die Arbeiter den Feind und wissen, wie sie ihn bekämpfen sollen. In den revisionistischen Ländern dagegen wird die marxistisch-leninistische Ideologie dazu verwandt, die kapitalistische Praxis der neuen Bourgeoisie zu verschleiern. Für die Arbeiter ist es schwieriger, den Feind zu erkennen und den Schleier des Geredes vom Sozialismus zu zerreißen.

Es ist daher Aufgabe der Kommunisten, die Klassenverhältnisse in den revisionistischen Ländern rücksichtslos zu entlarven und sichtbar zu machen, damit die Arbeiterklasse dieser Länder erneut den Kampf aufnehmen kann, um die Herrschaft der Arbeiterklasse wieder zu errichten und damit die Voraussetzungen für den Kampf um die klassenlose Gesellschaft zu schaffen.

Anmerkungen

Wir bitten um Diskussionsbeiträge zu diesem Aufsatz an die Adresse der Kursbuch-Redaktion: 1 Berlin 31, Jenaerstraße 9.

1 *Programm der SED*, Berlin 1963, S. 45.
2 *Polemik über die Generallinie der internationalen Kommunistischen Bewegung*, Nachdruck, Oberbaumverlag, Berlin 1970.
3 *Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR*, Dietz Verlag, Berlin 1969.
4 Lenin, *Ausgewählte Werke*, Berlin 1965, Bd. I, S. 89.
5 *Worte des Vorsitzenden Mao Tsetung* (Kleine Ausgabe), Peking 1968, S. 25.
6 Karl Marx, *Die Klassenkämpfe in Frankreich*, MEW Bd. 7, S. 88.
7 Karl Marx, *Kritik des Gothaer Programms*, MEW Bd. 19, S. 21.
8 Lenin, »Ökonomie und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats«, *Ausgewählte Werke*, Bd. III, S. 323 ff.
9 Lenin, »Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht«, *Ausgewählte Werke*, Bd. II, S. 744 ff.
10 Siehe *Politische Ökonomie* . . ., S. 36 ff.
11 »Sozialistischer Aufbau und Klassenkampf im Bereich der Ökonomie«, *Peking Rundschau* 16/1970.
12 W. Kalweit in *Einheit*, hrsg. vom ZK der SED, Jan. 1968, S. 88.
13 Walter Ulbricht, »Die Bedeutung des Werkes ›Das Kapital‹ von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland« (12. 10. 1967), in: Walter Ulbricht, *Zum ökonomischen System des Sozialismus in der DDR*, Bd. 2, Berlin 1968, S. 530.
14 Walter Ulbricht, »Zur Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR«, Referat auf dem VII. Parteitag der SED, a.a.O., S. 197.
15 *Politische Ökonomie* . . ., S. 180.
17 Ulbricht, a.a.O., S. 196.
18 A.a.O., S. 592.
19 *Neues Deutschland*, 12. 9. 1970, S. 1.
20 Dazu: »Widerstand gegen die proletarische Revolution ist das Wesen der ›Theorie der Produktivkräfte‹«, *Peking Rundschau* 38/1969.
21 A. Solowjow, »Die Arbeiterklasse und die Welt von heute«, in *Neues Deutschland*, 10. 11. 1970, S. 4.
22 Siehe die Aufzählung der Mängel in *Zur Kritik der Sowjetökonomie*, Rotbuch 11, Wagenbach Verlag, Berlin 1969, S. 14 ff.
23 Harry Nick, *Gesellschaft und Betrieb im Sozialismus*, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1970, S. 64.
24 Ulbricht, a.a.O., S. 250.
25 Mao Tsetung, *Ausgewählte Werke*, Bd. III, Peking 1969, S. 325.
26 *Peking Rundschau* 39/1970.
27 *Marxistische Arbeiterschulung*, Kursus »Politische Ökonomie«, Berlin/Wien 1930, Politladen-Reprint (852 Erlangen, Hindenburgstr. 17), S. 107.
28 A.a.O., S. 18.
29 Ruth Walter, *Interessen im ökonomischen System*, hrsg. von der Parteihochschule »Karl Marx« beim ZK der SED, Dietz Verlag, Berlin 1970, S. 108.
30 A.a.O., S. 122 ff.
31 *Politische Ökonomie* . . ., S. 814.
32 Werner Hofmann, *Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion*, Berlin 1964, S. 372 ff.
33 J. Stalin, *Fragen des Leninismus*, Nachdruck 1970, Oberbaumverlag, S. 406.

34 Lenin, *Ausgewählte Werke*, Bd. II, S. 745.
35 Helene Marchisio: »La contradiction, moteur du développement dans une commune populaire chinoise«, in: *Archives Internationales de Sociologie de la Coopération*, No 23, 1968.
36 *Die rote Sonne erhellt den Weg, auf dem Dadschai vorwärtsschreitet*, Bildband, Peking 1969, S. 11.
37 Siehe auch Bettelheim, Marchisio, Charrière, *Der Aufbau des Sozialismus in China*, Trikont-Verlag, München 1969, S. 69-100.
38 *Peking Rundschau* 43/1969.
39 A.a.O., 14/1970.
40 A.a.O., 9/1969.
41 A.a.O., 31/1968.
41a Ulbricht, a.a.O., S. 255.
42 Ebda.
43 J. Stalin, *Ökonomische Probleme des Sozialismus*, Nachdruck, Berlin 1970, S. 93.
44 Karl Bichtler, »Die Marxsche Theorie von der Gesellschaftsformation und das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus«, in *Kritik der politischen Ökonomie heute, 100 Jahre ›Kapital‹*, Frankfurt 1968, S. 327.
45 *Politische Ökonomie* . . ., S. 264 (Hervorhebungen von mir).
46 *Das Kapital*, MEW Bd. 23, S. 57, 87.
47 Zitiert in *Politische Ökonomie* . . ., S. 263.
48 A.a.O., S. 251.
49 Harry Nick, a.a.O., S. 74.
50 Ruth Walter, a.a.O., S. 145.
51 A.a.O., S. 151.
52 *Politische Ökonomie* . . ., S. 266.
53 »Sozialistischer Aufbau . . .«, vgl. Fn. 11.
54 *Politische Ökonomie* . . ., S. 351.
55 A.a.O., S. 357.
56 Walter Ulbricht, a.a.O., S. 318.
57 A.a.O., S. 314.
58 *Politische Ökonomie* . . ., S. 678 u. 466.
59 Ruth Walter, a.a.O., S. 26.
60 *Politische Ökonomie* . . ., S. 94.
61 MEW Bd. 3, S. 53.
62 Lenin, »Die große Initiative«, *Ausgew. Werke*, Bd. III, S. 255.
62a Zum Problem der Überwindung der bürgerlichen Arbeitsteilung siehe den wichtigen Beitrag von Marco Macciò »Partei, Techniker und Arbeiterklasse in der chinesischen Revolution« in: *Sowjetunion und China – zwei Wege des sozialistischen Aufbaus*, Trikont-Verlag/München 1971.
63 Piao Hsing-shu, »On Change«, *China Reconstructs*, 12, 1969.
64 Untersuchungsbericht: »Neue Erfahrungen der Funktionärsschule ›7. Mai‹ in Linho bei der Revolutionierung der Organisationen«, *Peking Rundschau* 41/68.
65 *Peking Rundschau* 14/1970.
66 »Möge der revolutionäre Sturm mächtig losbrechen«, *Zeri i Popullit*, 17. 5. 1968.
67 Siehe die ausführliche Behandlung bei Charles Bettelheim, *Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen*, Rotbuch 12, Wagenbach Verlag, Berlin 1971.

Im Frühjahr 1971 bei Luchterhand

J. P. Donleavy:
Die bestialischen Seligkeiten des Balthasar B
Roman.
Deutsch von Johannes Piron.
Ca. 528 Seiten.
Leinen DM 24,80 (Fr. 30.50).

Günter Herburger:
Birne kann alles
26 Kindergeschichten.
Mit zahlreichen ein- und mehrfarbigen Illustrationen von Daniel Herburger.
100 Seiten. Großformat,
kartoniert DM 12,80 (Fr. 16.—).

Robert Pinget:
Passacaglia
Roman.
Aus dem Französischen von Gerda Scheffel.
136 Seiten.
Kartoniert DM 14,80 (Fr. 18.40).

William Butler Yeats:
Werke in 5 Bänden
Band I
Ausgewählte Gedichte
Hrsg. von Werner Vordtriede.
512 Seiten. Leinen.
Subskriptionspreis pro Band DM 28,— (Fr. 34.40);
bei Einzelbezug DM 34,— (Fr. 41.80).

Franz Fühmann:
Der Jongleur im Kino oder Die Insel der Träume
Studien zur bürgerlichen Gesellschaft.
Ca. 130 Seiten.
Kartoniert DM 12,80 (Fr. 16.—).

Josef Skvorecky:
Junge Löwin
Ein kriminalistisches Melodrama.
Aus dem Französischen von Ludmilla Saß.
272 Seiten.
Leinen DM 24,80 (Fr. 30.50).

Gaston Salvatore:
Der langwierige Weg in die Wohnung der Natascha Ungeheuer
Gedichte.
Ca. 64 Seiten.
Kartoniert ca. DM 8,80 (Fr. 11.10).

Hadayat-Ullah PG Hübsch:
ausgeflippt
Luchterhand Typoskript.
Ca. 64 Seiten.
Kartoniert DM 5,80 (Fr. 7.30).

Lars Gustafsson:
Die nächtliche Huldigung
Schauspiel in zwei Akten.
Deutsch von H. C. Artmann.
Ca. 64 Seiten.
Luchterhand Typoskript.
DM 6,80 (Fr. 8.60).

Ernst Jandl / Friederike Mayröcker:
Fünf Mann Menschen
Hörspiele.
Luchterhand Typoskript.
158 Seiten.
Kartoniert DM 6,80 (Fr. 8.60).

Phonetische Poesie
Herausgegeben von Franz Mon.
Langspielplatte.
30 cm Ø. 33 upm.
DM 20,— (Fr. 24.60).

Georg Lukács:
Werke Band 4
Probleme des Realismus I
Ca. 688 Seiten.
Leinen DM 78,— (Fr. 94.—).

Gunter Schmidt / Volkmar Sigusch:
Arbeiter-Sexualität Zwischen Anpassung und Protest
Soziologische Texte Band 75.
Ca. 200 Seiten.
Leinen ca. DM 26,—
(ca. Fr. 32.—).
Studienausgabe ca. DM 18,—
(ca. Fr. 22.30).

Hans Kilian:
Dialektische Sozialpsychologie
Eine Studie zur Wandlung der Struktur des Menschen.
Soziologische Texte Band 74.
Ca. 365 Seiten.
Leinen ca. DM 36,—
(ca. Fr. 44.30).
Studienausgabe ca. DM 28,—
(ca. Fr. 34.40).

Uta Gerhardt:
Rollenspiel als Wirklichkeit
Ein konzeptueller Rahmen zur empirischen und methodologischen Begründung einer Theorie der Vergesellschaftung.
Soziologische Texte Band 72.
Ca. 370 Seiten.
Leinen ca. DM 36,—
(ca. Fr. 44.30).
Studienausgabe ca. DM 28,—
(ca. Fr. 34.40).

K. H. Tjaden:
Soziale Systeme
Soziologische Texte Band 68.
Ca. 480 Seiten.
Leinen ca. DM 40,—
(ca. Fr. 49.—).
Studienausgabe ca. DM 30,—
(ca. Fr. 36.90).

Peter Christian Ludz:
Soziologie und Marxismus in der DDR
Soziologische Texte (70/71).
Band 70. Ca. 552 Seiten.
Leinen ca. DM 36,—
(ca. Fr. 44.30);
Studienausgabe ca. DM 28,—
(ca. Fr. 34.40).
Band 71. Ca. 384 Seiten.
Leinen ca. DM 28,—
(ca. Fr. 34.40).
Studienausgabe ca. DM 22,—
(ca. Fr. 27.10).

Selltiz / Jahoda / Deutsch / Cook:
Untersuchungsmethoden in der Sozialforschung
Soziologische Texte Band 76/77.
Pro Band ca. 400 Seiten.
Leinen ca. DM 40,—
(ca. Fr. 49.—).
Studienausgabe ca. DM 30,—
(Fr. 36.90).

Walter Bagehot:
Die englische Verfassung
Übersetzt und eingeleitet von Dr. Klaus Streifthau
Politica Band 33.
Ca. 264 Seiten.
Leinen. Ca. DM 36,—
(Fr. 44.30).
Studienausgabe ca. DM 28,—
(ca. Fr. 34.40).

Harry Pross: Protest
Versuch über das Verhältnis von Form und Prinzip.
Luchterhand Typoskript.
Ca. 150 Seiten.
Kartoniert DM 6,80 (Fr. 8.60).

Joseph Scholmer:
Die Krankheit der Medizin
Luchterhand Typoskript.
Ca. 220 Seiten.
Kartoniert DM 7,80 (Fr. 9.90).

Kurt Gerhard Fischer

Einführung in die Politische Bildung

160 Seiten, kartoniert 9.– DM

Ein Studienbuch über den Diskussions- und Problemstand der Politischen Bildung in der Gegenwart. Der Autor bezieht soziologische, psychologische und politologische Forschungen ein.

Heinz Ide (Hrsg.)

Bestandsaufnahme Deutschunterricht - Ein Fach in der Krise

256 Seiten, Paperback 16,80 DM

Die Bestandsaufnahme bringt zum erstenmal eine zusammenfassende umfangreiche Kritik am herkömmlichen Deutschunterricht, an Lesebuch, Sprachunterricht, Klassikerlektüre, Besinnungsaufsatz und Methodik.

Hans-Werner Saß (Hrsg.)

Antiautoritäre Erziehung oder Die Erziehung der Erzieher

ca. 250 Seiten, Paperback ca. 15.– DM
(in Vorbereitung)

Antiautoritäre Erziehung bedeutet einen Lernprozeß, der in erster Linie den erwachsenen Erzieher erfaßt und ihn zu seiner Umerziehung zwingt. Hier soll das Buch eine Orientierungshilfe bieten. Viele pragmatische Probleme, wie z. B. die Frage nach dem »richtigen« Spielzeug oder die, weshalb in den Erwachsenengruppen ständig aneinander vorbeigeredet wird, lösen sich von selbst, wenn die Erzieher ihr eigenes Selbstverständnis gefunden haben.

J. B. Metzlersche
Verlagsbuchhandlung Stuttgart

Jan Myrdal
Bericht aus einem chinesischen Dorf

Liu Ling – Sieben Jahre später

Wir kommen eines frühen Morgens im Spätherbst 1969 wieder nach Liu Ling. Noch liegt der Nachtfrost an den schattigen Stellen. Die Luft ist klar. Das Dorf hat sich verändert.

Im Jahre 1962 bestanden nur die Schule und die Reihe der Verwaltungsbüros, in denen wir damals wohnten, aus Steinhöhlen. Alles andere waren Erdhöhlen. Das Wort »Höhle« ist eigentlich irreführend. Es erfordert mindestens genausoviel Arbeitskraft, eine Erdhöhle zu bauen wie ein Haus zu errichten. Aber Höhlen geben eine geschütztere Wohnung ab. Das gilt für Erdhöhlen wie besonders für Steinhöhlen. Letztere sind sozusagen ungewöhnlich stabile und besonders gut isolierte Steinhäuser.

Nun soll die Schule neu gebaut werden. Für die neuen Schulhöhlen werden Steine behauen. In der Höhle, in der ich 1962 arbeitete, wohnen jetzt Studenten aus Sian, und unsere einstige Schlafhöhle ist Lagerraum geworden. Eine Reihe von zehn neuen Höhlen ist für den Bedarf der Brigade gebaut worden: eine Arztpraxis, zwei Versammlungsräume (die durch Doppeltüren miteinander verbunden sind), Büros für die Arbeitsgruppen und die Brigade (diese Büros dienen gleichzeitig als Wohnungen).

Im Hauptdorf sind fast die Hälfte aller Haushaltungen (16 von 37) in neue Steinhöhlen eingezogen. (In der ganzen Brigade sind es 59 von 161 Haushaltungen). Sie alle sind während der Kulturrevolution von den Baukolonnen der Brigade gebaut worden. Durch Rationalisierungsmaßnahmen konnten die Baukosten während der letzten drei Jahre um ungefähr 10% gesenkt werden.

1966 hatte die Brigade damit angefangen, Steinhöhlen zu bauen. Es war schon früher davon gesprochen worden. Man hatte sich jedoch nicht über die erforderlichen Investitionen einigen können. Aber 1966 wurden die Steinhöhlen für die Nudelfabrik gebaut.

»Während dieses Baus«, sagte Feng Chang-yeh, »setzte die Diskussion ein. Man müsse den Plan, das ganze Dorf umzubauen, verwirklichen. Einige hielten das für unmöglich. Es würde viel zuviel kosten. Wir erörtern diese Frage viele Male. Wir gingen von Mao Tse-tungs Denkweise aus. Wir mußten eben von der Arbeitsbrigade Tachai in der Provinz Shensi

lernen. Die hatte ja aus eigener Kraft die Verhältnisse ändern können und Armut und Rückständigkeit überwunden. Die Diskussionen dauerten sehr lange. Schließlich wurden wir uns einig. Aus zwei Gründen hatten wir in den Jahren 1963, 1964 und 1965 die Pläne von 1962 nicht verwirklichen können. Einerseits war nicht genügend gespart worden. Man muß ja sparen, wenn man Steinhöhlen bauen will. Andererseits folgten wir damals einer falschen Politik, nämlich der sogenannten ›Linie‹ von Liu Shao-chi, und die Kader führten das Volk nicht auf dem richtigen Wege.«

Im Durchschnitt lagen die Baukosten bei 220 Y per Höhle. Jeder Haushalt baute im allgemeinen zwei Steinhöhlen und behielt die alte Erdhöhle als Lager- und Vorratsraum. In besonderen Fällen wurde sie als Wohnung für die älteren Familienmitglieder benutzt. Mau Pei-hsin baute sich zwei Steinhöhlen, sein Vater Mau Ke-yeh verblieb in der alten Wohnung.

»Die neuen Wohnungen«, sagte Mau Pei-hsin, »sind besser und geräumiger. Sie haben viele Vorteile. Wenn man nicht mehr so beengt wohnt, ist es auch leichter mit der Familienplanung. Für diejenigen, die eng wohnen, ist es oft schwierig, Vorbeugungsmittel zu benutzen.«

Die Baukosten schwankten, je nachdem wo man baute (es war billiger, am Hang zu bauen, und teurer, wenn man auf ebener Erde baute; es war billiger, wenn die Bodenverhältnisse günstig waren, und teurer, wenn viel Ausschachtungsarbeit geleistet werden mußte) und wie man baute (ob man eine Steinfassade haben wollte oder ob man sich mit einer weiß gekalkten Ziegelfassade begnügte).

Mau Pei-hsins beide Höhlen kosteten zusammen 520 Y. Für jede der Höhlen fielen folgende Kosten an: Steinmetzarbeiten und Transport vom Steinbruch zum Bauplatz 60 Y, Ausschachtungsarbeit 40 Y, Bauarbeiten 50 Y, Tischlerarbeiten 60 Y. Dazu kam das Essen der Arbeitskolonne in Höhe von 50 Y. Für diesen Preis hatte er dann noch ein paar Extraschränke und eine Arbeitsbank bekommen.

Die Bauten wurden durch privates Sparen finanziert. Um einen Begriff zu geben, was das bedeutet, sei hinzugefügt, daß eine Steinhöhle dem Wert von vier Haushaltsschweinen entspricht. Aber die Brigade bewilligte auch finanzielle Darlehen für den Hausbau. 1968 hatte zum Beispiel Ma Hai-hsiu 80 Y für seinen Bau geliehen und diesen Betrag bis zum Jahresende zurückgezahlt.

Fenster und Türen wurden von einem Berufstischler angefertigt. Dieser entwarf für jeden Haushalt ein besonderes Gitterwerk für das Fenstergewölbe. Keine zwei Gitterwerke im Dorf glichen einander.

»Er setzt seinen Ehrgeiz darein, daß die Fassade zur Familie paßt«, sagte Mau Pei-hsin. »Wer zum Beispiel irgendwelche Blumen besonders gern

hat, bekommt ein Muster mit genau diesen Blumen. Es soll Harmonie herrschen zwischen dem Haus und seinen Bewohnern. Darum gibt es hier bei uns keine zwei gleichen Fenster. Aber das kostet nichts extra. Er ist dafür angestellt. Er wird von der Brigade entlohnt, und wir, die ein Haus bauen, zahlen für die Tischlerarbeiten nach der Anzahl der Fenster, Türen und Schränke, die wir haben wollen.«

Dieser Schönheitssinn kam nicht nur bei den privaten Bauten, sondern natürlich auch bei den Bauten für die Brigade selbst zur Wirkung. 1962 hatte es nur wenige Typen von Gitterwerk gegeben. Jetzt – nach der Kulturrevolution – wurde jeder Neubau individuell ausgestaltet. Man baute nun nicht nur mehr, sondern baute auch haltbarer und schöner.

Es gibt jetzt einen Zeitplan für die Durchführung der einzelnen Bauten. Die Familien bestimmen selber, wann sie bauen wollen und wie groß ihre Wohnung werden soll. Normalerweise werden zwei Steinhöhlen gebaut. In einem einzigen Fall hat ein Haushalt nur eine Höhle gebaut, in einigen Fällen waren es aber auch drei. Das richtet sich nach der Größe der Familie. Aber das Revolutionskomitee muß darauf achten, daß der Bauplatz geeignet ist. Es ist besser und billiger, wenn in Reihen gebaut wird.

Es wird also nach einem bestimmten Plan gebaut. Die Baukolonne der Brigade geht von einem Dorf zum anderen. Steinhöhlen sind nicht nur teurer als gewöhnliche Erdhöhlen; sie erfordern auch eine längere Bauzeit. Sie müssen einen Sommer lang offen stehen und austrocknen, ehe sie verputzt werden, und dann müssen sie noch ein paar Monate trocknen, bevor die Tischlerarbeiten ausgeführt werden und die Familien schließlich einziehen können. Nur durch einen genauen Zeitplan für die Bauarbeiten der ganzen Brigade kann rationell gearbeitet und können Baukosten gespart werden.

Aber der Bauplan der Brigade wird keineswegs hinter geschlossenen Türen vom Revolutionskomitee festgelegt. Er wird durch allgemeine Diskussion auf öffentlichen Versammlungen vorbereitet und dann vom Revolutionskomitee bearbeitet, aber beschlossen wird er erst nach erneuten und gründlichen gemeinsamen Diskussionen.

Die Hauptzüge im Bauplan der Brigade liegen bereits fest. In fünf bis zehn Jahren sollen sämtliche Haushalte der Brigade in neue Steinhöhlen eingezogen sein. Solche Steinhöhlen können dann fünfhundert Jahre ohne größere Reparaturen überdauern. Was jetzt gebaut wird, bleibt lange bestehen. Deswegen ist es wichtig, daß jeder die Pläne genau durchdenkt und seine Meinung dazu auf den Veranstaltungen sagt.

»Wir sind dabei, einen detaillierten Plan für unsere Bautätigkeit auszuarbeiten«, sagte Feng Chang-yeh, »aber bevor wir alles festlegen, müssen

wir die Erfahrungen aus unserer Arbeit der letzten drei Jahre durchsprechen. Die Diskussion darüber ist jetzt im Gange. Wir haben ja planmäßig gebaut, nach Richtlinien, die für die ganze Brigade gemeinsam aufgestellt wurden. Inzwischen haben die ersten Familien schon ein paar Jahre in diesem neuen Typ von großen Steinhöhlen gewohnt. So haben wir jetzt schon Erfahrungen, auf die wir uns stützen können, wenn wir den gesamten Bauplan beschließen.«

Im Jahre 1962 war die Trinkwasserbeschaffung immer noch ein Problem. Man nahm Wasser aus dem Bach. Nun hat man gegraben und neue Steinbrunnen für Trinkwasser angelegt. Alle Haushaltungen im Dorf haben Zugang zu gutem Wasser. Wang You-nan, der Arzt der Brigade, sagt, daß man davon trinken kann, ohne es zu kochen. Aber es würde ja immer gekochtes Wasser getrunken.

Der große Lautsprecher war zum Schulhof verlegt worden. Der Schulhof wird für Versammlungen und Filmvorführungen benutzt. Tsao Chen-kuei sagte:

»Nun hat im großen und ganzen jeder Haushalt einen eigenen Radioapparat. Einen kleinen Transistor oder einen größeren Apparat. Deswegen brauchen wir kein zentral aufgestelltes Radio mehr. Wenn wir die Einwohner des Dorfes zusammenrufen wollen, tun wir es mit Triangeln.«

Die Zahl der Fahrräder und zweirädrigen Zugkarren (mit Gummirädern), die entweder mit der Hand gezogen werden oder an ein Fahrrad angeschlossen werden können, hatte sich erhöht. Die Leute waren besser angezogen. 1962 war man stolz darauf, daß jeder Dorfbewohner Winterkleidung besaß, nun war man dazu übergegangen, sich abends oder für besondere Veranstaltungen umzuziehen.

Die »planmäßige Warenzufuhr« von 1962, die die Rationierung einiger Verbrauchsgüter bedeutete, hatte – mit Ausnahme für Baumwolle – aufgehört. Doch auch für diesen Artikel war die Ration erheblich heraufgesetzt worden. 1962 hatte die Jahresration (im *Bericht aus einem chinesischen Dorf*, S. 43 ist die *Halbjahresration* angegeben) 7,4 ch'ih für Erwachsene und 10,4 für Kinder betragen. Jetzt betrug sie 17,6 pro Person und Jahr.

Die Preise im Laden von Siebenmeilendorf waren im allgemeinen niedriger als 1962. Zum Beispiel kostete Baumwollstoff 0,28 Y per ch'ih anstelle von 0,295 Y per ch'ih im Jahre 1962. Gummischuhe waren von 4,59 auf 4,09 Y gefallen. Nähgarn und Speiseöl waren etwas teurer geworden als 1962 (Nähgarn 0,18 Y per Rolle gegenüber 0,15 Y 1962, Speiseöl 0,77 Y per chin gegen 0,72 Y im Jahre 1962). Für bestimmte Waren waren die Preise sehr kräftig gesenkt worden. Taschentücher waren von 0,435 Y

auf 0,18 Y gefallen; Weinessig von 0,09 auf 0,05 Y per chin; Steingutkrüge mit einem Fassungsvermögen von 80 chin Getreide von 9,91 auf 4,26 Y; eiserne Wassertöpfe für 20 l Wasser von 7,82 auf 5,30 Y; Zugkarren mit Fahrradrädern von 125 auf 100 Y; Fahrräder von 178 auf 145 Y. (Es war auch ein neues Weckeruhrenfabrikat im Handel, das 7,10 Y pro Stück kostete im Vergleich zu den alten Weckeruhren von 1962 zu 16,30 Y.) 60%iger Schnaps, Keks und Bonbons waren ebenfalls billiger geworden.

Es gab mehr Bienenkörbe ringsum im Dorf. Die Anzahl der Haushaltsschweine war gestiegen. Jede Familie sollte nun zwei Schweine haben. Eines, das sie essen, und eines, das sie verkaufen konnte. Die Brigade verkaufte Spanferkel zu 5 Y das Stück auf dem Markt und zu 4 Y das Stück an ihre Mitglieder. Der Staat kaufte die Schweine zu 50-60 Y per Stück, wenn sie großgezogen waren. Der Mist wurde an die Brigade geliefert, die dafür Arbeitspunkte zahlte (100 chin = 1 Arbeitspunkt.)

Es gab jetzt zehn Hunde im Dorf Liu Ling. Große zottige und zutrauliche Hunde. Soweit ich feststellen konnte, hatten sie keine andere Aufgabe, als mit den Kindern zu spielen, von ihren Besitzern gestreichelt zu werden und in der Sonne zu schlafen. Es gab keine auf der Straße herumstreichenden Hunde. (Aber es gab auch Arbeitshunde. Große Hirtenhunde. Doch dies hier waren Familienhunde.)

Es mag abwegig erscheinen, ein Buch über die Kulturrevolution mit relativ belanglosen Fragen wie Hausbau, Fensterschmuck, Haushaltsschweinen und Familienhunden einzuleiten.

Aber es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß der Lebensstandard in Liu Ling während der Kulturrevolution gestiegen ist. Die Propaganda aus Moskau und Washington hat versucht, der Welt den Eindruck zu vermitteln, daß die chinesische Politik darauf hinauslaufe, das Volk hungern zu lassen. Die Pekingologen sprechen von der Kulturrevolution als einem Machtkampf in der Parteiführung, der einen gesenkten Lebensstandard zur Folge gehabt habe. Sie haben schwarz gesehen. Nun versuchen sie, sich von dem, was sie 1966/67 gesagt haben, zu distanzieren.

Die chinesische Politik soll – mit Mao Tse-tungs Worten ausgedrückt – »dem Volke dienen«. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, Chinas Hunderte von Millionen Menschen einem besseren Leben entgegenzuführen.

Der Sieg der chinesischen Revolution forderte große Opfer. (Die Alten in Liu Ling konnten davon erzählen; siehe *Bericht aus einem chinesischen Dorf*.) Aber der Sieg konnte 1949 errungen werden, weil die Kommunistische Partei Chinas einen Volkskrieg geführt hatte. Mao Tse-tung drückte den Zusammenhang zwischen dem revolutionären Krieg und dem

Wohlergehen der Massen auf dem Zweiten Nationalkongreß der Arbeiter- und Bauernvertreter in Juichin am 27. Januar 1934 wie folgt aus:

»Unsere Hauptaufgabe ist es gegenwärtig, die breiten Massen für den revolutionären Krieg zu mobilisieren, um mittels dieses Krieges den Imperialismus und die Kuomintang zu stürzen, die Revolution über das ganze Land zu verbreiten und den Imperialismus aus China zu verjagen. Wer dieser Hauptaufgabe keine genügende Bedeutung schenkt, ist kein guter Revolutionär. Wenn unsere Genossen sich dieser Aufgabe wirklich bewußt werden und einsehen, daß die Revolution um jeden Preis über das ganze Land verbreitet werden muß, dann dürfen sie nicht verabsäumen, sich in jeder Hinsicht um die unmittelbaren Interessen und das Wohlergehen der breiten Massen zu bekümmern, und die Bedeutung dieser Aufgabe keinesfalls unterschätzen. Denn der revolutionäre Krieg ist ein Krieg der Massen; er kann nur geführt werden, wenn man die Massen mobilisiert und ihnen vertraut ... Ich schlage diesem Kongreß allen Ernstes vor, daß wir dem Wohlergehen der Massen unsere ganze Aufmerksamkeit zuwenden, angefangen von den Problemen der Landbeschaffung und der Arbeitskräfte bis zu den Fragen der Versorgung mit Brennstoff, Reis, Speiseöl und Salz. Die Frauen wollen lernen, zu pflügen und zu eggen. Wen könnten wir damit beauftragen, sie zu unterrichten? Die Kinder wollen zur Schule gehen. Haben wir für Grundschulen gesorgt? Die Holzbrücke dort hinten ist zu schmal, so daß die Leute herunterfallen können. Müßten wir sie nicht reparieren? Viele Menschen leiden an Geschwüren und anderen Beschwerden. Was sollen wir dagegen tun? Alle derartigen Probleme, die das Wohlergehen der Massen betreffen, gehören auf unsere Tagesordnung. Wir sollten sie diskutieren, Beschlüsse fassen und durchführen und die Ergebnisse kontrollieren.«

Die Dreschmaschine als Politikum

Die große kulturrevolutionäre Diskussion in den ländlichen Gebieten Chinas über »die beiden Linien« war keine Erörterung zwischen den Fürsprechern »eines besseren Lebens« (privater Verbrauch) und den Verfechtern eines »gesenkten Lebensstandards« (kollektive Investitionen). Die Kulturrevolutionäre haben stets darauf hingewiesen, daß kollektive Investitionen erst die Voraussetzung für »ein besseres Leben« seien.
Der Zusammenhang ist keineswegs so besonders merkwürdig. Nehmen wir ein konkretes Beispiel: die Dreschmaschine.
Man hatte früher mit Dreschflegeln gedroschen und das Getreide durch Ochsen herausstampfen lassen. Auf der Jahresversammlung zu Beginn des Jahres 1969 war über das Dreschen diskutiert worden. Es dauere so lange und erfordere soviel Arbeitskraft. Da schlug Mau Pei-hsin, der Elektriker, vor, eine Dreschmaschine zu kaufen. Man hätte ja zumindest in Liu Ling Zugang zu elektrischer Kraft.
Der Kauf würde ein vermindertes Bareinkommen für die Mitglieder der Brigade bedeuten. »Im Durchschnitt wird es für jeden von uns in diesem

Jahr 3 Y kosten.« Aber eine Dreschmaschine würde die Arbeit erleichtern und zu einer gesteigerten Produktion beitragen. Viel Arbeitskraft würde dadurch frei werden.
Nach einer eingehenden Diskussion beschloß die Versammlung einhellig, die Dreschmaschine zu kaufen und sie aus den Mitteln zu bezahlen, die eigentlich unter die Mitglieder aufgeteilt werden sollten. Die Dreschmaschine wurde also angeschafft. Nun, im Herbst 1969, lief sie Tag und Nacht.
Man kann hier nicht von einem Kampf zwischen »privatem Verbrauch« und »kollektiver Investition« sprechen. Die Versammlung war der Ansicht, daß die kollektive Investition die Voraussetzung für einen erhöhten Ertrag und damit zugleich für einen höheren Lebensstandard sei.
Vor sieben Jahren hatten die Frauen alles Getreide mit der Hand oder an der durch einen Esel angetriebenen Mühle gemahlen. Das war eine schwere Arbeit, sie erforderte viel Zeit. Es war mühselig. Nun waren die Mühlsteine bei der großen Eselsmühle tief in die Erde versunken. Die Mühle war nicht mehr in Betrieb. Die kleinen Handmühlen werden nur ganz gelegentlich benutzt, wenn sehr kleine Mengen schnell gemahlen werden sollen. Die Brigade hat ein Mühlenhaus (eine große Steinhöhle) mit elektrischen Mühlen gebaut. Dort mahlen auch die Haushaltungen. Li Yang-chings Haushalt besteht aus 7 Personen, die ungefähr 1500 kg Getreide jährlich verbrauchen. Früher hatte sie alles selber mit der Hand gemahlen. Jetzt erledigt dies die Mühle der Brigade für sie.
Die Brigade erhebt einen Selbstkostenpreis für diese Arbeit. Der Preis ist für die einzelnen Getreidesorten etwas verschieden. Durchschnittlich beträgt er 0,66 Y per 100 kg Getreide. Li Yang-ching bezahlte im vorigen Jahr ungefähr 10 Y. Diese werden von ihrem Arbeitseinkommen abgezogen. Aber seit die Mühle sie – und die anderen Frauen – von der härtesten und zeitraubendsten Haushaltsarbeit befreit hat, steht ihr mehr Zeit für die Arbeit in der Landwirtschaft zur Verfügung, so daß ihr Arbeitseinkommen in Wirklichkeit gestiegen ist.
In diesen Jahren waren in der Brigade große Investitionen vorgenommen worden. Man hatte gebaut, man hatte Maschinen angeschafft, und man hatte terrassiert.
»Vor der Kulturrevolution«, sagte Feng Chang-yeh, »kam es vor, daß wir um Darlehen von der Volkskommune oder vom Staat baten. Nunmehr bewältigen wir alle Investitionen mit eigener Arbeit und eigenem Kapital. Dazu sind wir in der Lage, weil wir Mao Tse-tungs Denken studiert haben. Wir haben von Tachai gelernt.«
Das Bankdarlehen, das die Brigade 1962 aufgenommen hatte – 4000 Y –

wurde bis 1965 zurückgezahlt. Seitdem ist nichts mehr von der Volkskommune oder vom Staat geliehen worden.
»Größere Ausgaben«, sagte Feng Chang-yeh, »müssen vom Revolutionskomitee der Volkskommune genehmigt werden. Das gilt zum Beispiel für den Bau von Steinhöhlen auf Rechnung der Brigade. Wegen ein oder zwei Höhlen brauchen wir nicht zur Volkskommune zu gehen, aber wenn es sich um ganze Reihen handelt, muß die Investierung von der Volkskommune genehmigt werden. Das gilt auch für den Ankauf von größeren Objekten wie Dreschmaschinen, Mühlen und dergleichen. Neue Projekte, wie zum Beispiel die Nudelfabrik, müssen ja ebenfalls genehmigt werden. Die Volkskommune selber hat in diesen Jahren keine eigenen großen Projekte durchgeführt.«

Das Dorf hat sich verändert. Es sieht anders aus. Es gibt viele neugebaute Höhlenreihen. Auch die Produktion hat zugenommen. Die Getreideproduktion der Brigade, die im Jahre 1961 nur 160 t betragen hatte, war 1965 auf 240 t angestiegen, und 1969 wurde die Ernte auf 325 t geschätzt. Die Anbaufläche war nicht größer geworden, aber man hatte terrassiert, Brunnen gegraben, die bewässerte Fläche vergrößert und mehr gedüngt. 1962 hatte man uns 4 Äpfel mitgegeben, als wir Liu Ling verließen. Das war die erste Apfelernte. 1969 wurden 50 t Äpfel an den Staat verkauft. Die Gemüseerzeugung war auf 300 t angewachsen, obwohl die Anbaufläche verkleinert (aber die Düngung kräftig verstärkt) worden war. Die kollektiven Rücklagen der Brigade beliefen sich nun auf 160 000 Y, und es war ein Reservelager eingerichtet worden. (Als Notbehelf bei Krieg, Naturkatastrophen und schlechter Ernte). In diesem Reservelager befanden sich nunmehr 75 t Getreide. Es sollte noch vergrößert werden.
Was war nun eigentlich in Liu Ling geschehen?

Umwandlung

Es war eine komplizierte Verwaltungsstruktur gewesen, die man in Liu Ling bis zum Jahre 1962 aufgebaut hatte (siehe u. a. Feng Chang-yehs Darstellung im *Bericht aus einem chinesischen Dorf*): Kammer und Vorstand, Revisionsausschuß und Buchhaltung, alle mit genau abgegrenzten Funktionen. Zwar war »Der Alte Sekretär« im Jahre 1962 noch die unbestreitbar führende Persönlichkeit, aber junge, rührige – und des Lesens kundige – Männer begannen in die Verwaltungsposten aufzusteigen. Das bedeutete zugleich, daß alte – nicht des Lesens kundige – Bauern, die an der Revolution teilgenommen hatten, nun von vornherein durch Leute

ersetzt wurden, deren eigentliches Verdienst nur darin bestand, daß sie Bücher lesen und Bücher führen konnten.
Während der Kulturrevolution war diese Verwaltung in eine einheitliche und direkt gewählte Führung umgewandelt worden: das Revolutionskomitee, das unter ständiger Überwachung durch allgemeine Versammlungen und öffentliche Diskussion arbeitete. Die Buchführung war vereinfacht worden. Sie wurde nunmehr in der Freizeit erledigt. Dafür gab es keine Arbeitspunkte. In Liu Ling – wie überall in China – folgte man Mao Tse-tungs Mahnung, die gesamte Verwaltung zu vereinfachen und unnötige Bestimmungen und Vorschriften zu beseitigen.
Es hatte jedoch 1962 keine wirkliche Bürokratie, keine eigentlichen Beamten in Liu Ling gegeben. Aber die Kader hatten angefangen, sich von der Produktion und von der Kontrolle des Volkes freizumachen. Diese Entwicklung wurde noch durch die zunehmende Müdigkeit und Schwäche des Alten Sekretärs im Jahre 1963 beschleunigt. Als der Alte Sekretär 1964 dann ernsthaft erkrankte, wurde mehr und mehr von seiner Verantwortung durch jüngere und des Lesens kundige Kräfte übernommen, und als er schließlich im Herbst des Jahres 1965 an Magenkrebs starb, übernahm Feng Chang-yeh den Posten des Parteisekretärs, allerdings nicht ohne seinen zeitlichen Arbeitsanteil in der Produktion kräftig herabzusetzen.
Der Prozeß verlief automatisch. Er war keine bewußte und planmäßige Verfälschung der von Mao Tse-tung angeordneten Generallinie. Aber er fand seinen theoretischen Ausdruck in Liu Shao-chis Rede über das niedrige Kulturniveau draußen in den Dörfern. Durch sie fühlten sich die Kader – die wußten, daß sie eine bessere Schulung besaßen – natürlich ermutigt, künftig »selber zu bestimmen«, denn sie »verstanden es ja besser«. Das war eine natürliche Entwicklung. Aber sie hatte im Laufe der Jahre politische und wirtschaftliche Folgen.
Im Jahre 1962 hatte Li Hsiu-tang sich jedesmal freundlich verbeugt, wenn Gun oder ich ihm begegneten. Seine Kinder befanden sich in der höheren Ausbildung. Er würde der Schwiegervater Lo Han-hungs – des Buchhalters und des Sekretärs im Jugendverband – werden. Seine Höhle war die feinste im ganzen Dorf. Aber der Alte Sekretär sagte: »Ich kenne ihn in- und auswendig«, und Mau Ke-yeh sagte: »Er ist der einzige wirkliche Konterrevolutionär hier im Dorf. Wenn er irgendwann einmal schwer arbeiten und zeigen würde, daß er ein anderer Mensch geworden ist, könnte er seine politischen Rechte zurückbekommen. Doch bis jetzt deutet nichts darauf hin. Sein Vater hat ja viele tausend mu hier besessen.« Aber der junge Tsao Chen-kuei, der damals stellvertretender Vorsitzender des Brigadevorstandes und verantwortlich für die Landwirt-

schaft und Parteimitglied war und für die Zeitung schrieb, sagte nur: »Ach, die Leute reden so viel.« Das war im gleichen Jahr, in dem Mao Tse-tung die Kommunisten ermahnte, nie den Klassenkampf zu vergessen.
Die Entwicklung verlief überall in China gleichartig. Die Kader fingen an, sich als Beamte zu fühlen, und redeten sich ein, daß das Volk ja doch nicht so viel verstünde. Die vor nicht langer Zeit gestürzte Grundbesitzerklasse gewann allmählich Beziehungen, heiratete in die Familien der Kader hinein, lachte freundlich und machte Verbeugungen. Ihre Kinder waren es, die höhere Schulen besuchten und bessere Zeugnisse erhielten, doch wenn die Rede auf den Klassenkampf kam, sagten die jungen Kader nur: »Die Leute reden so viel.«
Auch die Wirtschaftspolitik begann sich zu verändern. Man fing an, als selbstverständlich anzusehen, daß es »effektiver« war, irgendein Akkordsystem zu verwenden.
Mit allem dem hatte die Kulturrevolution aufgeräumt. Das hatte lange Zeit gedauert. Es ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß die Kulturrevolution keine plötzliche Umwälzung, nicht der politische Kampf einiger Tage oder Wochen war. In Liu Ling wurde das Revolutionskomitee zwei Jahre und fünf Wochen nach dem Tage gebildet, an dem das Zentralkomitee in den »sechzehn Punkten« darauf hingewiesen hatte, »daß man ein allgemeines Wahlsystem im Stile der Pariser Kommune einführen müsse«. Diese beiden Jahre waren von einer anhaltenden politischen Diskussion gekennzeichnet. Die Bildung des Revolutionskomitees geschah nicht durch einen formellen Beschluß, sie war das Ergebnis eines langen revolutionären Prozesses.
Der Kulturrevolution war Kritik von älteren Revolutionären vorausgegangen, die aber totgeschwiegen wurde. Sie wurde durch Kritik von Seiten der Jugendverbandsmitglieder fortgesetzt. Die hatten Mao Tse-tung gelesen und sagten zu den Kadern: »Was ihr macht, stimmt nicht mit den Worten des Vorsitzenden Mao überein.« Als die Rotgardisten dann im Herbst 1966 kamen und das kleine rote Bändchen: *Zitate aus dem Werk des Vorsitzenden Mao* verbreiteten, setzte die große Kritik ein.
Es waren vor allen Dingen zwei Gruppen, die die Initiative zur Kulturrevolution in Liu Ling ergriffen hatten: die lesenden und politisch aktiven Jugendlichen, die die Worte des Vorsitzenden Mao mit der Wirklichkeit im Dorf verglichen, sowie die alten armen Bauern und frühen Kommunisten. Diese hatten alle in der Brigade zusammengerufen, damit sie an der Diskussion teilnehmen und Kritik üben sollten. Es waren also organisierte Kommunisten, Veteranen und Jugendliche, die an der Spitze der Kulturrevolution marschierten.

Die Kulturrevolution war kein Streit um des Kaisers Bart oder des Esels Schatten, sie war auch keine Debatte über irgendwelche feineren Nuancierungen, sondern sie rührte an den Kern der Dinge. An die Fragen, die jeden einzelnen unmittelbar betrafen. Daß man die Führenden angriff und kritisierte, hatte nicht etwa zu bedeuten, daß man sie als Feinde behandelte. Feng Chang-yeh war Vorsitzender der Brigade gewesen und seit 1965 Sekretär der Parteiorganisation in der Brigade. Er war dafür kritisiert worden, daß er falschen Direktiven von oben gefolgt sei und angefangen habe, als Beamter aufzutreten. Er selber gab zu, daß er auf gefährliche Wege geraten war. Im Laufe der langen Diskussionen änderte er sich. Als am 15. September 1968 das Revolutionskomitee gebildet wurde, wählte man ihn zum Vorsitzenden.
Die Kulturrevolution war kein Machtkampf um Stellungen. Mau Pei-hsin war der erste, der im Dorf eine Wandzeitung anschlug. Sie richtete sich direkt gegen Feng Chang-yeh und beschuldigte ihn, die Instruktionen des Vorsitzenden Mao außer acht gelassen und eine falsche Wirtschaftspolitik betrieben zu haben. Auch seine Beamtenmanieren wurden gerügt.
Mau Pei-hsin war Mau Ke-yehs Sohn. Mau Pei-hsin hatte sich dem Jugendverband im Jahre 1949 angeschlossen und war 1952 Mitglied der Partei geworden. Er war Elektriker. Auf Veranlassung der Partei kehrte er im Jahre 1965 in das Dorf zurück, um politisch zu arbeiten und zur Mechanisierung der Landwirtschaft beizutragen. Er war einer der politisch aktivsten Männer des Dorfes. Das war er auch während der ganzen Kulturrevolution gewesen. An den Abenden versammelte sich nun die Dorfjugend von 1969 in seiner Höhle und diskutierte Politik. Aber er hatte Feng Chang-yeh nicht etwa angegriffen, um selber einen Posten zu bekommen. Die Kulturrevolution bedeutete nicht, daß man Feng gegen Mau austauschte. Sie bedeutete, daß die Politik geändert wurde und daß Feng und Mau sich einig wurden.

Im September 1966 kamen die Rotgardisten

Fu Hai-tsao: Es war Herbst 1966, als die Rotgardisten hier eintrafen. Das erste Mal kamen sieben Mann. Das zweite Mal waren es zehn. Von September bis Dezember 1966 kamen verschiedene Gruppen hierher. Jede blieb sieben bis zehn Tage. So fing bei uns die Kulturrevolution an.
Die Rotgardisten kamen mit dem Roten Buch. Sie lasen daraus Zitate vor, die wir nie vorher gehört hatten. Sie hielten Reden und veranstalteten Diskussionen. Wir hießen sie mit Trommeln willkommen. Sie besuchten uns in unseren Höhlen. Wir wärmten ihnen den K'ang, damit sie sich

nicht erkälteten. Sie bezahlten ihren Lebensunterhalt. Ja, das taten sie alle.
Es gab einige Menschen im Dorf, die befürchteten, daß die Rotgardisten Unannehmlichkeiten verursachen würden. Unter anderen auch meine Mutter. »Ich verstehe das alles nicht«, sagte sie. Doch sie ist sehr alt. Über 70 Jahre. Aber die Rotgardisten waren sehr höflich zu ihr. Sie nannten sie »Alte Großmutter«. Sie behandelten sie immer sehr respektvoll. Darum änderte sie ihre Meinung.
Die Rotgardisten waren gut organisiert. Sie verteilten sich und gingen in alle Haushaltungen des Dorfes. Dort lasen sie Zitate vor und erzählten von der Kulturrevolution in Peking und Shanghai. Nie zuvor waren so viele Fremde im Dorf gewesen. Sie fragten uns nach unserem Leben. Sie wollten von uns lernen und erkundigten sich, wie wir dieses und jenes hier in der Brigade machten. Sie diskutierten mit leitenden Kadern der Brigade und fragten auf öffentlichen Versammlungen nach Arbeitspunkten und allem möglichen.
Ich bekam das Zitatenbuch von ihnen. Sie gaben es an einige Haushaltungen aus. Schließlich hatten wir alle ein Exemplar. Die Rotgardisten bedeuteten viel für uns. Wir studierten das Büchlein auch noch, nachdem sie uns verlassen hatten. Wir lasen und verglichen die Zitate mit dem, was hier in Liu Ling geschah, und wir kamen zu dem Schluß, daß vieles geändert werden müsse. Denen, die selber nicht lesen konnten, wurden die Zitate vorgelesen.

Ching Chung-ying: Acht von ihnen wohnten bei mir. Sie kamen alle aus Sian und waren ungefähr 18 Jahre alt. Sie propagierten Mao Tse-tungs Ideen. Sie fragten, ob es Probleme in der Brigade gebe und ob die Kader Fehler begangen hätten. Immer wieder mobilisierten sie die Leute und veranstalteten große Diskussionen. Sie ermahnten uns, offen zu reden und Wandzeitungen zu schreiben. »Ihr müßt mutig auftreten und kritisieren, was falsch ist«, sagten sie zu mir. »Wir sind die Rotgardisten des Vorsitzenden Mao. Der Vorsitzende Mao steht hinter den Armen Bauern. Habt keine Angst zu kritisieren!«
Die Rotgardisten wollten genau wissen, wie wir vor der Revolution gelebt hatten. Ich erzählte ihnen mein Leben. Ich erzählte ihnen auch, wie wir damals gezwungen waren, meine beiden jüngsten Brüder während der Hungersnot im Jahre 1928 zu verkaufen. Wir saßen in meiner Höhle, als ich ihnen darüber berichtete. Sie zeigten viel Verständnis und sagten, daß sie niemals die Leiden vergessen würden, die wir alten armen Bauern durchgemacht hatten.

Aber dadurch, daß ich ihnen all das erzählte, fand ich meinen fünften Bruder wieder, ihn, den wir für 28 Silberdollar verkauft hatten. Denn die Rotgardisten setzten alsbald ihren Weg von Liu Ling nach Lanchien fort. Dort trafen sie einen Mann namens Mau Ying. Als sie ihm von mir berichteten, stellte sich heraus, daß er meinen Bruder, für den damals 28 Silberdollar bezahlt worden wären, kannte und daß dieser Bruder jetzt in Shensi lebte. Er schrieb dann an meinen fünften Bruder, erzählte ihm die ganze Geschichte und teilte ihm mit, daß ich jetzt in Liu Ling wohnte. Daraufhin schrieb mein fünfter Bruder an mich, und so fanden wir uns nach all diesen Jahren durch Vermittlung der Rotgardisten wieder. Aber niemand hat bislang Auskunft geben können, wo mein vierter Bruder geblieben ist.

Li Hai-tsai: Wir bildeten ein Empfangskomitee in der Brigade, um die Rotgardisten zu betreuen. Sie zogen zu Hunderttausenden nach Yenan, um den Geist von Yenan kennenzulernen, um sich hier umzusehen und das Feuer der Revolution zu verbreiten. So kamen sie auch zu uns. Deswegen mußten wir dafür sorgen, daß sie ein Dach über den Kopf bekamen. Für ihren Lebensunterhalt zahlten sie selber. Alles war gut organisiert. Wir vermittelten ihnen Kontakte zu revolutionären Helden und alten Kadern. Mit Mau Ke-yeh, der von Anfang an dabeigewesen war, sprachen sie oft. Das war die Zeit, in der die Kulturrevolution bei uns richtig begann. Denn die Rotgardisten aus Peking sprachen auch mit unseren Jugendlichen im Dorf, so daß diese eine eigene Abteilung gründeten und unsere Kader zu kritisieren begannen. Das hätten sie niemals gewagt, bevor sie mit den Rotgardisten aus den großen Städten diskutiert hatten.

Die große Kritik in Liu Ling

Besonders in der sowjetischen Presse ist behauptet worden, daß die Kulturrevolution sich »gegen die Partei gerichtet« habe. Bezeichnend genug ist die Entrüstung hierüber in hohem Maße von der Presse in den kapitalistischen Ländern geteilt worden. Westliche Journalisten konnten ihre Abneigung gegen den Kommunismus offenbar ohne weiteres mit der Bereitschaft kombinieren, jenen Kommunisten, die damals in entscheidenden Stellungen saßen, das heißt sogenanntes »Beschlußfassungsniveau« erreicht hatten, Schützenhilfe zu leisten. So eigenartig dies klingt, ist es doch nicht weiter verwunderlich.
In der Tat waren es führende Parteimitglieder, die in Liu Ling kritisiert wurden. An anderen Orten sind leitende Parteimitglieder sogar aus ihren Stellungen entfernt worden. Trotzdem waren diejenigen, die mit der Kri-

tik begonnen hatten, Kommunisten, die die Kulturrevolution im Interesse des Kommunismus durchführen wollten.
Wenn man sich mit chinesischen Parteimitgliedern hierüber unterhält, verweisen sie auf Mao Tse-tung:

»Alle unsere Kader, welchen Rang sie auch immer einnehmen mögen, sind Diener des Volkes, und alles was wir tun, geschieht, um dem Volk zu dienen. Wie sollten wir da nicht bereit sein, unsere schlechten Eigenschaften abzulegen?«

Die Überlegung, die Kommunisten wie Mau Pei-hsin, der die große Kritik der Kulturrevolution in Liu Ling in Gang gebracht hatte, anstellten, war nicht, ob die Kritik »sich gegen die Partei richtete«, sondern ob die Partei – im Gegensatz zu dem, was Marx und Engels im Manifest gefordert hatten – andere Interessen als das Proletariat verfolgen dürfe. Wenn jetzt leitende Gruppen innerhalb der Partei angefangen hatten, eigenen Interessen nachzugehen, wenn sie »beschlußfassend« geworden waren und sich Vorrechte anmaßten, dann repräsentierten sie nicht mehr die Partei, sondern waren höchstens noch ihr Firmenschild. Das erklärt auch, warum die kapitalistische Presse diese Machthaber für »vernünftige Kommunisten« hielt, mit denen sie sich solidarisch fühlte, und warum sie in ihren Meldungen über die Kulturrevolution in China von Anarchie und Bürgerkrieg und Zusammenbruch sprach, als diese Machthaber vom Volk kritisiert wurden.
In Liu Ling war die Kulturrevolution durch Diskussionen und Studien vorbereitet worden. Die Rotgardisten waren ins Dorf gekommen, hatten die Worte des Vorsitzenden Mao mitgebracht und zu ernsthafter Kritik aufgerufen.

Mau Pei-hsin: Nun ja, als ich die Rotgardisten zum ersten Mal traf, war mir vieles nicht klar. Ich fragte mich, warum sie gekommen waren und was sie hier wollten. Aber dann sprach ich mit ihnen. Wir diskutierten darüber. Und schließlich begriff ich, daß sie als Stimme Maos und des Zentralkomitees hierhergekommen waren.
Die Zitate hatte ich ja noch nicht gelesen, als die Rotgardisten hier auftauchten. Ich hatte nur von den Werken des Vorsitzenden Mao gehört. Aber die waren schwer zu bekommen. Sie waren auch teuer und außerdem nicht einmal leicht zu verstehen. Deswegen war es wichtig für mich, das Zitatenbuch zu bekommen. Ich studierte es sorgfältig. Nachdem ich es gelesen hatte, faßte ich Mut und schrieb meine erste Wandzeitung. Die schlug ich hier draußen an der Mauer an.
Darin kritisierte ich Feng und Tsao. Sie waren nicht der Linie des Vorsitzenden Mao gefolgt. Sie hatten nicht der Getreideerzeugung den Vor-

rang gegeben. Auch sonst hatten sie die Landwirtschaft vernachlässigt und blind auf schnelle Verdienstmöglichkeiten gestarrt.
Viele kamen, um sich meine Wandzeitung anzuschauen. Aus der ganzen Brigade kamen sie und lasen einander daraus vor. Dann begannen sie zu diskutieren. Vorher hatte es ja noch keine konkrete Kritik gegeben.
Dabei gab es ja immerhin bei uns in der Brigade einige Probleme, die eine Diskussion verlohnten. So hatten zum Beispiel wir darüber gesprochen, wie man von Tachai lernen könne, und wir hatten Feng nach Tachai geschickt, um sich zu informieren, aber es waren immer nur Worte dabei herausgekommen. Geschehen war nichts. Darüber hatte ich nachgedacht. Viele andere auch. Aber wir hatten nichts öffentlich gesagt. Erst als die Rotgardisten kamen und erzählten, wie sie ihre Wandzeitungen in Peking angeschlagen hatten und die Machthabenden, die falsche Wege gegangen waren, kritisiert hatten, faßte ich mir ein Herz und schrieb selber eine Wandzeitung über die Verhältnisse hier in Liu Ling.
Schon ab September 1966 wurden große Versammlungen abgehalten, auf denen allgemein diskutiert wurde. Wir verurteilten Liu Shao-chis revisionistische Linie. Wir sprachen immer nur vom chinesischen Chrustschow. Wir wußten ja, wen wir damit meinten. Die Rotgardisten erzählten mir von Liu. Wir sprachen auch untereinander über ihn und nannten dabei auch seinen Namen. Er war ja ein mächtiger Mann. Aber wir folgten der Linie des Vorsitzenden Mao und hatten keine Furcht vor den Mächtigen. Wenn es darauf ankommt, kann man sogar den Kaiser vom Pferd werfen. Deswegen wagte ich es, Liu Shao-chi zu kritisieren.
Liu Shao-chis revisionistische Linie führte zur Wiedereinführung des Kapitalismus auf dem Lande. Ich sprach auf den Versammlungen und wies darauf hin, daß Shao-chi die ländlichen Gebiete für rückständig halte, daß er die Landwirtschaft vernachlässige und daß dies der Grund sei, weswegen sich die Erträge nur langsam steigerten. Im übrigen hatte Liu Shao-chi ja sogar behauptet, das kulturelle Niveau auf dem Lande sei so niedrig und die Technik so rückständig, daß die Massen selber nicht in der Lage seien, die Mechanisierung durchzuführen. Deswegen müsse sie aufgeschoben werden. Es könne nur langsam vorangehen. Wir seien nun einmal so zurückgeblieben und hätten ein so niedriges kulturelles Niveau, daß wir eben warten müßten.
Ich bin Kommunist und war im Auftrage der Partei aufs Land zurückgekehrt, um die Mechanisierung der Landwirtschaft voranzutreiben. Ich war ganz anderer Meinung als Liu Shao-chi. Seine Einstellung war revisionistisch und konterrevolutionär.
Wir Parteimitglieder studierten die »Sechzehn Punkte« der Versammlung

des Zentralkomitees. In ihrem Geiste riefen wir nun das Volk zur offenen Kritik auf. Im Laufe dieser Diskussionen und Veranstaltungen begannen die Kader schließlich einzusehen, daß sie falsche Wege beschritten hatten.

Aber unsere Kader waren keine Verbrecher. Das war nur Liu. Unsere Kader hatten ja nur seine Anweisungen befolgt. Durch diese Diskussionen half das Volk den Kadern, ihre Fehler einzusehen.

Die Diskussionen wurden ein ganzes Jahr fortgesetzt. Wir erörterten, wie wir eine Kraftleistung in der Produktion zuwege bringen und die Revolution unterstützen könnten. Wir führten viele praktische Verbesserungen durch. Auch besprachen wir die Probleme der einzelnen Kader. Wir wollten ihnen ja helfen.

Dann begannen wir mit den Projektierungsarbeiten; wir erprobten verschiedene Verbesserungen in der landwirtschaftlichen Arbeit, und ich erhielt den Auftrag, das elektrische System zu überprüfen und die Instandhaltung unseres Maschinenparkes zu überwachen.

Im September, Oktober 1967 waren wir soweit gekommen, daß wir uns grundsätzlich einig waren, Veränderungen in der Führung vorzunehmen. Sie sollte vereinfacht und vereinheitlicht werden. In diesem Sinne diskutierten wir über die einzelnen Kader. Wer ausgetauscht werden mußte, und wer keine leitenden Funktionen mehr haben sollte. Das geschah allerdings nicht auf Großveranstaltungen, sondern in kleinen Gruppen innerhalb der einzelnen Arbeitsgemeinschaften. Es handelte sich ja um wichtige Fragen. Jeder x-beliebige kann sich ja hinstellen und sagen, daß er die Linie des Vorsitzenden Mao befolgt. Aber das genügt nicht. Darüber muß genau diskutiert werden. Auf diese Weise halfen wir den Kadern.

Im Sommer 1968 waren diese Diskussionen im großen und ganzen abgeschlossen. Parteisekretär Feng hatte es zwar mit Liu Shao-chi gehalten, aber mit Hilfe des Volkes hatte er seine Fehler eingesehen. Weil er aufrichtigen Willen zeigte, sich zu ändern, und versprach, sich nunmehr entschlossen für die revolutionäre Linie einzusetzen, durfte er seinen Posten als führender Kader behalten.

Wir bereiteten die Bildung des Revolutionskomitees sehr sorgfältig vor. Gewisse Versuche, eine neue Verwaltung einzusetzen, hatten wir schon vor dem Juli 1968 unternommen, aber die Diskussion hatte kein klares Resultat ergeben, und wir waren nicht zum Ziele gekommen.

Schließlich, am 15. September 1968, wurde das Revolutionskomitee mit Feng als Vorsitzendem gebildet. Es besteht jetzt also seit einem Jahr und hat sich als arbeitsfähig erwiesen. Auch das Volk hat seine Zufriedenheit mit dem Revolutionskomitee zum Ausdruck gebracht. Unsere jetzigen

Kader sind gut. Ihre Arbeitsweise und die Arbeit des Revolutionskomitees werden ständig vom Volk überwacht. Das geschieht auf regelmäßigen Diskussionen.
Den Entwurf zu neuen Parteistatuten haben wir viele Male und sehr genau durchgesprochen. Sowohl auf Parteiversammlungen als auch auf öffentlichen Veranstaltungen. Über das Resultat dieser Diskussionen waren wir alle sehr froh. Die neuen Statuten sind besser als die alten.
Wir entsandten einen Vertreter zum 9. Parteikongreß. Es war ein armer Bauer aus dem Dattelgarten, der sich beim Studium der Ideen des Vorsitzenden Mao und ihrer Verwirklichung besonders eifrig gezeigt hatte. Wir schickten ihn nach Peking. Er wurde von den Parteimitgliedern gewählt. Das Volk kann ja in Parteiangelegenheiten nicht abstimmen. Aber die Leute diskutieren und sagen ihre Meinung. Das ist sehr wichtig.

Kao Pin-ying: Einige Personen schrieben Wandzeitungen. Dann begann die Kritik an den Kadern auf verschiedenen Ebenen. Die Fehler wurden aufgezeigt. Einige meinten, daß Feng nicht gut gewesen sei. Er habe die revolutionäre Linie nicht eingehalten und auch nicht aktiv genug an der körperlichen Arbeit teilgenommen. Aber die meisten waren doch der Ansicht, daß Feng im Grunde gut war. Er hatte ja mehrere Jahrzehnte für die Revolution gearbeitet. Der Vorsitzende Mao hat uns gelehrt, unsere politischen Führungskräfte unter Berücksichtigung ihrer ganzen Lebensgeschichte zu beurteilen.
Nach und nach sahen die Kritisierten ihre Fehler ein. Wenn das Volk keine Kritik geübt hätte, wären sie nicht in der Lage gewesen, ihre Irrtümer zu erkennen. Deswegen wagten die Kader es auch, Selbstkritik zu üben. Schließlich ist es ja so, daß die Kader dem Volk dienen sollen; sie dürfen keine Herren werden.
Ich weiß, wie es zuging, denn ich bin ja selber kritisiert worden. Anfänglich hatte ich eine falsche Einstellung zu dieser Kritik an meiner Arbeit. Wenn die Leute sich auf den Versammlungen hinstellten und behaupteten, ich hätte dies und jenes vernachlässigt und alles mögliche falsch gemacht und sei nicht der richtigen Linie gefolgt, dann fühlte ich mich sehr unglücklich. Ich empfand das als ungerecht, wo ich doch so angestrengt gearbeitet hatte. Ich hielt diese Kritik für unangebracht. Es fiel mir sogar schwer, ihnen zuzuhören, wenn sie in den Versammlungen über mich herzogen. Aber dann sah ich ein, daß ich tatsächlich Fehler begangen hatte. Und ich las den Vorsitzenden Mao. Wir sind ja Diener des Volkes. Wir müssen es wagen, uns der öffentlichen Kritik zu stellen. Nur auf diese Weise kann man sich eine bessere Arbeitsweise aneignen. Deswegen

muß ich zugeben, daß die Kritik mir geholfen hat, obwohl sie mir zuerst schwer zusetzte. Aber nachdem wir dann die ganze Frage gründlich durchgesprochen hatten und ich meine Arbeit rückschauend überblickt und mich damit abgefunden hatte, kritisiert zu werden, nachdem ich Selbstkritik geübt und meine Fehler eingesehen hatte, da gaben die Leute mir wieder ihr Vertrauen und wählten mich erneut zum Kassenverwalter.
Zu Beginn der Kulturrevolution erschienen die Wandzeitungen, und es wurden viele Versammlungen abgehalten, auf denen die Kader kritisiert wurden oder Selbstkritik übten. Jeden dritten Tag fand eine Versammlung statt. Auf diesen Veranstaltungen ergriffen alle Mitglieder der Brigade das Wort. Viele Male sogar. Keiner in der ganzen Brigade blieb stumm. Zu Anfang gab es allerdings viele, die nicht gewohnt waren zu reden. Sie hatten ja noch nie öffentlich gesprochen. Aber während der Kulturrevolution faßten sie alle Mut, sich auf den Versammlungen zu äußern. Sie begriffen, daß die Kulturrevolution letzten Endes nur durchgeführt werden konnte, wenn alle ihre Meinung sagten und ihre Ansichten auf öffentlichen Veranstaltungen vertraten.
Da nunmehr alle aktiv mitarbeiten, konnte die Anzahl der Versammlungen verringert werden. Zuerst fand noch jeden fünften Tag und dann nur noch an jedem zehnten Tag eine Versammlung statt. Nun ist nur noch zweimal im Monat Studienversammlung. Jetzt sind alle daran gewöhnt, öffentlich zu sprechen. Auch die Frauen.
Vor der Kulturrevolution trauten wir Kader den Leuten nicht so recht. Wir traten so auf, als ob wir allein richtig Bescheid wüßten. Viele taten ja auch auf den Versammlungen ihren Mund nicht auf, und so glaubten wir, daß es genüge, wenn nur wir sprächen. Nun, nach der Kulturrevolution, ist das alles anders geworden. Jetzt verlassen wir uns auf das Volk. Jetzt haben die Massen die Macht. Sie entscheiden in allen wichtigen Fragen. Sie diskutieren alles. Jetzt haben die Massen die Führung übernommen.
Es ist gut, daß es so gekommen ist. Früher gab es viele verschiedene Parallelorganisationen, die allerdings formell alle von der Partei dirigiert wurden. Nun gibt es nur noch das Revolutionskomitee, das eine einheitliche Leitung darstellt. Das bedeutet eine kleinere Verwaltung. Die kann von den Leuten kontrolliert werden. So ist die Macht des Volkes gewachsen. Die Massen sprechen jetzt offen über alles und haben mehr zu sagen als früher. So hat es der Vorsitzende Mao gewollt.

Chi Chung-chou: Früher, als die Schulen dem Unterrichtsbüro im hsien Yenan unterstanden, wurden die Lehrer hierhin und dorthin versetzt. Das war nicht gut. Es ist besser für die Kinder, wenn sie ihre Lehrer behalten

können. Ich war eine Zeitlang Lehrer in Yenan. Nun bin ich hier nach Liu Ling zurückgekommen. Jetzt, nach der Kulturrevolution, bestimmt das Volk selber, wo die Lehrer eingesetzt werden. Das ist auch besser.
Das ganze Jahr 1966/67 war hier in der Schule von Liu Ling eine kulturrevolutionäre Kritik im Gange. Die revolutionären Lehrer und Schüler kritisierten die falsche Schulpolitik. Sie bestand darin, daß den Zeugnissen zuviel Bedeutung beigemessen wurde. Wir Lehrer hatten unsere Schüler unausgesetzt angespornt, daß sie studieren sollten, um es in unserer Gesellschaft zu etwas zu bringen. Auf diese Weise hatten wir aber nur Streber und Leute herangezüchtet, die berühmt werden wollten. Das war bestimmt ein Fehler gewesen.
Ich weiß es, denn ich hatte es jedesmal als ein großes Glück und als einen Erfolg meiner Lehrertätigkeit empfunden, wenn einer meiner Schüler in die Mittelschule in Yenan aufgenommen wurde. Mein ganzes Streben war darauf ausgerichtet gewesen, so viele Schüler wie möglich zu höheren Studien zu schicken. Deswegen hatte ich ihnen immer umfangreichere Hausarbeiten aufgegeben und sie zu immer härterer Arbeit angehalten. Zu ihrem eigenen Besten, wie ich glaubte.
Ich kümmerte mich eben überhaupt nicht um die Richtlinien, die der Vorsitzende Mao für die Schularbeit erlassen hatte, sondern war zu sehr in den Ideologien der Vergangenheit befangen.
Dann, als die Kritik einsetzte, erhoben sich die Schüler in meiner Klasse. Sie alle, jeder einzelne, kritisierten mich, und meine besten Schüler machten noch dazu den Anfang. Auch Li Chi-shen, der die Mittelschule in Yenan besucht hatte und auf den ich so stolz gewesen war, kam zurück und kritisierte mich. Jetzt ist er hier Lehrer. Aber damals, als sie mich kritisierten, fand ich es sehr bitter. Ich hatte ja geglaubt, ein guter Lehrer zu sein. Jetzt standen alle meine Schüler auf, sowohl die ehemaligen als auch diejenigen, die ich gerade unterrichtete, und kritisierten mich. Ich war nicht genügend aufgeschlossen damals. Ich verstand nicht. Da fingen die Schüler an, mit mir den Vorsitzenden Mao zu studieren, und so sah ich allmählich meine Fehler ein. Ich war zwar kein schlechter Lehrer gewesen, der seinen Unterricht vernachlässigt oder die Schüler geschlagen und sie angeschrien hätte. Aber meine Ziele waren trotzdem falsch gewesen: ich hatte versucht, meine Schüler zu Stubenhockern und Bücherwürmern zu erziehen. Meinen Fehlern lag eben eine Überzeugung zugrunde, über die ich mir nie Rechenschaft abgelegt hatte, die in mir verborgen lag: nämlich die irrige Ansicht, daß die Gebildeten besser sind. Daß die Gebildeten die Führung übernehmen müssen.
Auf diese Weise hatte ich sozusagen versucht, meine Schüler zu geistigen

Aristokraten auszubilden, die auf den Schultern des Volkes reiten sollten. Es dauerte einige Zeit, bis ich dies begriff. Ich konnte es nur einsehen, indem ich die Werke des Vorsitzenden Mao studierte und mit meiner praktischen Tätigkeit verglich. Auf diese Weise gelangte ich dann allmählich zur Einsicht über meine Irrtümer. Ich hatte den Schülern ein falsches Ideal vorgegaukelt. Ein Ideal, das einer feudalen Welt mit gelehrten Beamten und unterdrückten Massen entlehnt war. Und dies war letzten Endes wohl auch die Erklärung für den Stolz, den ich empfunden hatte, wenn es mir gelungen war, einzelne Schüler so weit zu fördern, daß sie in der Mittelschule in Yenan aufgenommen wurden.

Aber in dieser meiner Arbeit hatte ich zugleich viele Schüler insofern geschädigt, als ich zu hohe Anforderungen an ihre Hausarbeiten und überhaupt an intellektuelle Arbeit stellte. Ich hatte eine Gruppe von Schülern veranlaßt, sich von praktischer Erfahrung und wirklicher Arbeit zu distanzieren, und eine andere Gruppe hatte ich unterdrückt, so daß bei einigen Minderwertigkeitsgefühle entstanden waren. Ja, ich hatte sogar der Gesundheit vieler geschadet, indem ich ihnen so schwere Hausarbeiten zumutete.

Das alles war natürlich nicht bewußt geschehen. Ich hatte nur die allgemeinen Richtlinien für den Unterricht befolgt, wie sie durch Liu Shao-chis Linie festgelegt waren. Das mag zwar eine Erklärung sein, aber es ist keine Entschuldigung. Ich brauchte einige Zeit, um zur Einsicht zu gelangen. Aber dadurch, daß ich mit Hilfe meiner Schüler den Vorsitzenden Mao studierte, lernte ich einsehen, daß es meine Aufgabe sein mußte, dem Volk zu dienen. Auf diese Weise konnte ich mich wandeln und meine Arbeit fortsetzen, diesmal mit voller Unterstützung und dem Vertrauen meiner Schüler und gemeinsam mit ihnen.

Doch es gab noch eine weitere Schwierigkeit. Es ist ja nicht weiter schwer, sich einer berechtigten Kritik zu stellen. Dem steht höchstens ein falscher Stolz im Wege, den man leicht überwinden kann. Wirklich schwierig wird es erst, wenn man eine Kritik gutheißen soll, die unwahr und verlogen ist. Das ist sogar sehr schwer. Das sollte man sich klar vor Augen halten.

Bestimmte Schüler erhoben nämlich unberechtigte Vorwürfe. Was sie sagten, stimmte nicht. Aber was wäre geschehen, wenn ich mich zur Wehr gesetzt hätte? Dann hätte meine Lehrerautorität – die ja falsch war, weil sie auf feudalem Gehorsam und nicht auf proletarischem Bewußtsein basierte – die Schüler zum Schweigen gebracht, so daß sie überhaupt keine Kritik mehr geübt hätten, auch keine berechtigte Kritik, die ich aber doch brauchte, um mich weiterentwickeln zu können. Als nun also die Kritik während der Kulturrevolution einsetzte und meine falsche Autorität zer-

stört wurde, benutzten bestimmte Schüler die Gelegenheit, mich mit unwahren Behauptungen anzugreifen. Hätte ich mich verteidigt, würde ich sie und andere vielleicht erschreckt und mundtot gemacht haben. Dann wäre also auch die berechtigte Kritik verstummt. Ich suchte Rat beim Vorsitzenden Mao, um dieses Problem zu lösen. Und ich gelangte zu der Einsicht, daß ich nicht zurückschlagen, sondern der Kritik – auch der unwahren – freien Spielraum lassen sollte. Wenn ich tatsächlich Fehler begangen hatte, würde ich aus der Kritik lernen, wenn aber nicht, würde mir sogar die falsche Kritik als Warnung gegen künftige Fehler dienen können. Später, als die Kulturrevolution schon weiter vorangeschritten war und alle Schüler gelernt hatten, offen zu sprechen und in der richtigen Art zu kritisieren, wurde auch in den Diskussionen deutlich, was richtig und was falsch war, und ich erklärte, warum die eine oder die andere Kritik gegen mich ungerechtfertigt gewesen war, indem ich zeigte, daß sie nicht mit den Tatsachen übereinstimmte. Aber ich benutzte nie meine Autorität als Lehrer, um mich an den Schülern zu rächen. Und das war wichtig. Denn so und nur so konnte ich sie zur Entfaltung ihrer Anlagen bringen.
Als Lehrer genieße ich jetzt eine andere Art von Autorität als vor der Kulturrevolution. Nun arbeiten wir ja auch mit anderen Zielsetzungen. Wir hetzen uns nicht mehr nach guten Zensuren ab, um sogenannte Gebildete heranzuzüchten, sondern wir lernen mit- und voneinander.

Liu Teh-ching: Anfänglich fanden die Kader, daß ihre Fehler geringfügig seien. Sie weigerten sich, unsere Kritik hinzunehmen. Wir lasen ihnen Zitate vor. Wir diskutierten mit ihnen. Wir zeigten ihnen, daß es sich nicht nur um ihre Fehler als solche handelte, sondern auch um deren Tendenz; um die Entwicklung, zu der sie führten. Wir Jugendlichen hatten freimütige Auseinandersetzungen mit den Kadern. So kamen wir einander näher und konnten ihnen helfen, zur Einsicht zu gelangen. Dann stellten sich die Kader dem Volk und übten Selbstkritik.

Tsao Chen-kuei: Während der Kulturrevolution wurde die gesamte Führung kritisiert. Die Kulturrevolution wurde vom Vorsitzenden Mao geleitet, die Armen Bauern und die Bauern des Niederen Mittelstandes erhoben sich und begannen, sich für die Angelegenheiten des Staates zu interessieren und alle Fragen zu diskutieren. Wir hatten Fehler begangen. Man kritisierte unsere Wirtschaftspolitik und die bürokratischen Manieren, die wir uns im Laufe der Zeit zugelegt hatten.

Aus dem Englischen von G. A. Modersohn

Rotbücher Ende März:

Ulrike Marie Meinhof:
Bambule
Fürsorge – Sorge für wen?
Nachwort Klaus Wagenbach
Rotbuch 24. Ca. 100 Seiten. DM 4,50 (3,50)
Das Drehbuch des unterdrückten Fernsehfilms. – »Eine Gesellschaft, die vom gegenseitigen Beschiß lebt, ist ein Gaunerkartell. Gauner können sich Mitleid mit Betrogenen leisten – das System bleibt.«

P. L. Lavrov:
Die Pariser Kommune vom 18. März 1871
Vorwort Klaus Meschkat
Rotbuch 25. Ca. 192 Seiten. DM 6.50 (5,50)
Zum 100. Jahrestag der Kommune:
Der noch nie übersetzte Bericht eines Teilnehmers; kritische Grundlage für Marx und Lenin.

Zum Thema dieses Kursbuchs:

Bettelheim/Dobb/Foa
Robinson/Sweezy u. a.:
Zur Kritik der Sowjetökonomie
Rotbuch 11. 160 Seiten. DM 5,50 (4,50)

Charles Bettelheim:
Ökonomischer Kalkül und Eigentumsform
Rotbuch 12. 168 Seiten. DM 6,50 (5,50)

Im Abonnement jeder Band 1 Mark billiger.

Wagenbach

internationale marxistische diskussion

1. charles bettelheim: über das fortbestehen von warenverhältnissen in den "sozialistischen ländern" dm 2 ,-
2. colletti/libertini/maitan/magri: lenins "staat und revolution" – heute dm 5 ,-
3. martin nicolaus: konkurrenz und mehrwert. zur klassentheorie bei marx dm 4 ,-
4. edoarda masi: der marxismus von mao und die europäische linke dm 2 ,-
5. "partei und klasse". eine diskussion zwischen jean paul sartre und "il manifesto". eingeleitet von rossana rossanda dm 3 ,-
6. jean laplanche: marcuse und die psychoanalyse dm 2 ,-
7. lucio colletti: zur stalin-frage dm 2 ,-
8. maurice godelier: system, struktur und widerspruch im kapital dm 2 ,-
9. ernest mandel/martin nicolaus: kontroverse über die möglichkeit einer revolution in den usa dm 4 ,-
10. louis althusser: freud und lacan dm 2 ,-
11. die notwendigkeit des kommunismus. die plattform von "il manifesto" dm 5 ,-
12. mario tronti: revisionismus und extremismus 3 aufsätze ca. dm 3,-
13. martin nicolaus: die objektivität des imperialismus. anti-mandel ca. dm 6 ,-
14. lucio colletti: marxismus als soziologie dm 3 ,-
15. ralph miliband: marx und der staat dm 3 ,-
16. nicos poulantzas: zum marxistischen klassenbegriff ca. dm 5 ,-

Merve-Verlag
1 Berlin 15 Postfach 327

der MERVE VERLAG ist kein profitunternehmen; alle mitarbeiter können einsicht in rechnungsführung und kalkulation nehmen.

Heinz Rudolf Sonntag
Gespräch mit Darcy Ribeiro

Der folgende Beitrag geht über den thematischen Rahmen dieses *Kursbuchs* hinaus. Er stellt zum erstenmal in Deutschland eine neue Gesellschaftstheorie aus Lateinamerika zur Diskussion, die in den letzten Jahren eine weltweite Debatte ausgelöst hat.

Darcy Ribeiro ist ein brasilianischer Anthropologe, der seine wissenschaftliche Arbeit mit Forschungen über die eingeborenen Bevölkerungen Amerikas begann. Unter der Regierung Kubitschek wurde er damit beauftragt, das Modell einer neuen Universität für die Hauptstadt Brasilia zu entwerfen; er wurde ihr erster Rektor. Der reformistische Präsident Joa Goulart berief Ribeiro zum Minister für Kultur und Erziehung; etwa ein Jahr vor dem Militärputsch der Gorillas (1964) wurde er zum Jefe de la Casa Civil, also zu einer Art Premierminister, ernannt. Nach der Errichtung der Diktatur ging Ribeiro ins Exil. Aus dem Scheitern des reformistischen Experiments in Brasilien zog er jedoch auch theoretische Konsequenzen. Er machte sich nicht nur auf die Suche nach einem tieferen Verständnis für die Ursachen und Folgen der Unterentwicklung, sondern auch nach politischen Strategien zu deren Überwindung. Dazu hielt Ribeiro es für notwendig, ein neues Schema der sozio-kulturellen Entwicklung überhaupt zu entwerfen. Von seinem Werk liegen inzwischen die folgenden Bände vor: *Der zivilisatorische Prozeß* (1968, deutsche Ausgabe für 1971 geplant); *Die beiden Amerika und die Zivilisation* (1969); *Das lateinamerikanische Dilemma* (1971).

Ribeiros Thesen sprechen aller Orthodoxie Hohn. Einige der Einwände und Widersprüche, die es herausfordert, hat Heinz Rudolf Sonntag, der als Soziologe an der Universität von Caracas (Venezuela) arbeitet, in dem folgenden Gespräch bereits formuliert. Der wissenschaftliche Standard, die Streitbarkeit und Originalität des Autors und sein rapide zunehmender Einfluß machen eine kritische Auseinandersetzung mit seinem Werk notwendig.

Heinz Rudolf Sonntag: Darcy, du sagst in Deiner Arbeit, du hättest dich gezwungen gesehen, die letzten zehntausend Jahre der menschheitlichen Entwicklung neu zu durchdenken. Du sagst, es sei notwendig, ein neues Schema der Entwicklung der Menschheit zu entwerfen, weil die Interpretation, welche man bisher anwandte, sich innerhalb bestimmter Regionen und für sie entfaltet haben. Du wirfst einigen der gängigen Erklärungsmuster vor, sie seien »eurozentrisch«. Lassen sich die gebräuchlichsten Evolutionstheorien auf Lateinamerika nicht anwenden? Müssen wir wirklich, um die Unterentwicklung Lateinamerikas zu verstehen und zu überwinden, zehntausend Jahre menschlicher Geschichte neu interpretieren?
Darcy Ribeiro: Durch Jahrhunderte hindurch haben wir, die Nichteuropäer, uns mit den Augen der Europäer gesehen. Dieser von Europa geprägte Blickwinkel wird mehr und mehr von den »Unterentwickelten« für außerordentlich naiv gehalten, und es wird gesehen, daß er von den Umständen markiert ist, unter denen er sich entwickelt hat. Nehmen wir das Beispiel von Marx. Sein Denken funktionierte den Prinzipien gemäß, die er dafür entwickelte; und sein Grundprinzip ist, daß es nicht das Bewußtsein ist, das das gesellschaftliche Sein, sondern umgekehrt das gesellschaftliche Sein, das das Bewußtsein bestimmt. Das gesellschaftliche Sein Marx' – eines Mannes, der seine Hauptwerke vor mehr als einem Jahrhundert schrieb – war das der Anfänge der Industriellen Revolution und der Krise der europäischen Gesellschaft. Sein Denken entfaltete sich als Bewußtwerdung jener Krise. So konnte er ein Erklärungsschema entwikkeln, welches viel umfassender, profunder und erregender war als alle Versuche seiner Vorgänger. Dennoch war es defizient.
Du meinst, es war – wie die Interpretationsmuster seiner Vorgänger – eurozentrisch.
Ja. Mein Werk ist dagegen ein Versuch, unsere besonderen soziohistorischen Bedingungen theoretisch auszuwerten. Ein Europäer kann die Naivität seiner Vision über uns kaum erfassen. Bleiben wir beim Beispiel des Marxschen Systems. Er bezieht seine Konzepte und Kategorien aus konkreten historischen Ereignissen, die in Europa geschehen sind, und versucht, theoretische Begriffe daraus zu bilden, die oft abstrakt bleiben.
Es wäre vielleicht gut, wenn du das an einem konkreten Beispiel erläuterst.
Wenn Marx vom Feudalismus spricht, denkt er dabei an das Mittelalter, die dunklen Zeiten der europäischen Geschichte. Auf den ersten Blick scheint das ein Begriff zu sein, der in sich selbst ruht; denn niemand kann bezweifeln, daß Europa tatsächlich das Mittelalter erlebt und erfahren hat. Daher begreift der Europäer den Begriff des Feudalismus als deskrip-

tiven und explikativen zugleich. Das Problem entsteht, wenn man sich daran macht, in anderen, nichteuropäischen Gesellschaften den Feudalismus zu suchen. Wenn der Feudalismus die dem Kapitalismus vorausgehende Phase ist, wie es in Europa der Fall war, muß er dann auch in anderen Gesellschaften stattgefunden haben? Für einen Europäer mag es sinnvoll erscheinen, die Wiederholung eines Modells außerhalb Europas zu suchen, das als begriffliche und als historische Kategorie für ihn sinnvoll ist. Für einen Nichteuropäer ist das schon weniger sinnvoll. Das haben wir in den letzten Jahren immer deutlicher erkannt. Und die Falle des Marxschen Begriffssystems – um es einmal so zu sagen – besteht darin, daß es dazu verführt, seine historischen, also gesellschaftlich bedingten Konzepte auf außereuropäische Sachverhalte und Geschehnisse anzuwenden.

Nun sprechen ja nicht nur Europäer und nicht nur »Marxisten« vom Feudalismus, sondern auch Historiker und Sozialwissenschaftler etwa Nordamerikas. Die haben doch auch keine feudalistische Vergangenheit; dennoch benutzen sie die Kategorie.

In gewissem Sinne haben sie doch eine feudalistische Vergangenheit. Denn es handelt sich im Falle der Nordamerikaner, der Australier, der Neuseeländer doch um »verpflanzte Völker« europäischen Ursprungs, um Mitglieder derselben Kultur, die unbewohnte oder solche Territorien besetzten, die sie vorher auf die eine oder andere Weise unbewohnt gemacht hatten. Auch für sie ist also der Feudalismus eine dem Kapitalismus vorausgehende Epoche, ein historisches Ereignis, das nicht in Zweifel gezogen werden kann. Aber für einen Araber, für einen Indio, für einen Chinesen oder für einen Brasilianer sieht die Sache ganz anders aus.

Um beim Beispiel Lateinamerikas zu bleiben: willst du sagen, daß man den Begriff Feudalismus nicht auf die soziokulturellen Formationen anwenden kann, die vor der Entdeckung und Eroberung bestanden? Waren die Maya-Gesellschaft, die aztekische oder die Inka-Gesellschaften keine feudalen Gesellschaften?

Selbstverständlich nicht. Und das gilt nicht nur für den Begriff Feudalismus, sondern auch für andere Kategorien. Wir müssen von folgendem einfachen Sachverhalt ausgehen: Alle arbeiten wir mit einer Theorie großer geschichtlicher Reichweite; wenn wir vom Kapitalismus, vom Sozialismus oder vom Feudalismus sprechen, benutzen wir erklärende Kategorien für große historische Zeiträume. Selten aber bemüht man sich darum, den Gebrauch solcher Kategorien theoretisch zu erklären oder gar zu rechtfertigen. Diese Erklärung, diese Rechtfertigung würden genau jene Theorie der Geschichte oder großer geschichtlicher Reichweite ausmachen, von

der ich eben sprach. Der einzige, der eine solche Theorie explizit gemacht hat, ist Marx, und seine Theorie ist die wichtigste unter . . .

Auf welche beziehst du dich? Es gibt verschiedene Formulierungen des Marxschen Entwicklungsschemas.

Darauf komme ich gleich. Marx hat also seine Theorie explizit gemacht. Engels hat seinerseits diese Theorie vulgarisiert und mit Elementen des Morganschen Entwicklungsschemas durchsetzt. Henry Morgan hat bekanntlich im Jahre 1877 in seinem Werk *Ancient Society* zum ersten Mal eine komplette Darstellung der menschheitlichen Evolution versucht. Engels hat sie aufgegriffen, mit dem durchsetzt, was er unter Dialektik verstand und vor der ganzen Welt als die »marxistische Geschichtstheorie« ausgegeben.

Du denkst dabei vor allem an den Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. *Aber bei Marx finden wir doch ganz andere Interpretationsmuster, die nicht immer – besser: häufig gar nicht – mit den Engelsschen übereinstimmen.*

Einverstanden. Marx hat in den *Grundrissen* von 1857, die leider erst in den fünfziger Jahren unseres Jahrhunderts, also vor rund zwanzig Jahren publiziert wurden, ein Entwicklungsschema aufgestellt, das von dem Engelsschen grundverschieden ist. Wer betreibt also die Korrektur des sogenannten marxistischen Evolutionsschemas? Derselbe Marx, nur aus seinem Grab heraus. Er bietet nämlich eine vollkommen andere Theorie an als die von Engels verbreitete und später dogmatisierte. Und das Große ist, daß die Ideen von Marx viel eher mit den neueren historischen, ethnologischen und archäologischen Forschungen übereinstimmen als das Schema von Engels. Es gibt also zwei »marxistische« Interpretationsmuster: das von Marx und das von Engels, und beide sind in ihren Grundannahmen, vor allem im Hinblick auf die vorkapitalistischen Gesellschaftsformen, in sich widersprüchlich. Wenn ich nun annehme, daß die von Marx entwickelte Theorie die authentische ist, dann finde ich, daß bereits die Existenz einer authentisch marxistischen *und* einer »marxistischen« Evolutionstheorie dazu zwingt, das Problem neu zu überdenken und neue Erklärungsmuster zu suchen, die mit den Forschungen der letzten Jahre und Jahrzehnte übereinstimmen. Hinzu kommt – und das haben wir ja gleich zu Anfang festgestellt –, daß ich tatsächlich meine, daß die Marxsche Theorie, selbst die authentische, eurozentrisch ist. Deshalb stellt sich mir, stellt sich uns allen, die wir in der nichteuropäischen Welt leben, die Aufgabe umso dringender, eine neue Evolutionstheorie zu entwickeln. Schließlich kann es uns gleich sein, ob der Europäer auf seiner naiven Ansicht sitzen bleibt. Für uns verbinden sich damit aber ganz ent-

scheidende Fragen für unsere Zukunft. Denn eine der Schwierigkeiten, vor denen wir stehen, wenn wir eine angemessene Theorie der Revolution – und damit eine Strategie – entwickeln wollen, besteht darin, daß wir keine adäquaten Begriffe haben, mit deren Hilfe wir unsere Geschichte und damit uns selbst auf den Begriff bringen könnten. Wenn wir nämlich vom Engelsschen Schema ausgehen – oder meinetwegen auch vom authentischen Marxschen –, dann befänden sich unsere Gesellschaften in der dem Kapitalismus vorgelagerten Gesellschaftsform, wären also feudale Gesellschaften. Unsere »Rückständigkeit« erklärte sich demzufolge durch das Überleben feudaler Inhalte und Restbestände in unserem Kontinent. Deshalb wäre der Charakter unserer Revolution ein kapitalistischer; und nur nachdem wir jene Revolution gemacht hätten und zu einer »reifen« kapitalistischen Gesellschaft geworden wären, könnten wir eine sozialistische Revolution durchführen. Das ist eine offensichtlich absurde und antidialektische Argumentation, an der sich allerdings zeigt, welche Konsequenzen eine nicht angemessene Theorie der Gesamtentwicklung der Menschheit für die revolutionäre Praxis haben kann. Denn daß wir feudale Gesellschaften seien, behaupten ja heute nicht einmal mehr die, welche an die »Entwicklung« im Rostowschen Sinne glauben. Und antidialektisch ist jene Argumentation, weil sie nicht in Begriffen der geschichtlichen Totalität, sondern in denen der Separation denkt.

Dennoch sollten wir hier sagen, daß die Probleme der Abhängigkeit unserer Gesellschaften von den kapitalistisch-imperialistischen Ländern in letzter Zeit eingehend untersucht werden und daß erst damit das Problem der Totalität direkt angesprochen ist. Denn eines der Argumente, die die von mir charakterisierte Beweiskette vollends lächerlich machen, ist ja eben dies: Die Interdependenz von kapitalistischer Entwicklung und Unterentwicklung hat uns von Anfang an zu kapitalistischen Gesellschaften gemacht, die wir nur als solche, als subaltern-kapitalistische, nicht erkannten, weil wir fremden, nicht angemessenen Interpretationsmustern folgten.

Richtig. Dazu kommt noch ein anderer Grund, der uns zwingt, die Evolutionsschemata zu überprüfen. Offensichtlich ist bisher keine sozialistische Revolution in einer kapitalistischen Gesellschaft auf Grund ihres eigenen Reifeprozesses erfolgt. Sie fand vielmehr in Gesellschaften statt, die von kapitalistischen Strukturen innerhalb von der von dir angesprochenen Totalität zwar beherrscht waren, aber doch besondere Gesellschaftsformen darstellten. Die Gesellschaften, welche eine sozialistische Revolution machen konnten, waren ohne Ausnahme vom Imperialismus beherrschte und der kolonialen oder neokolonialen wirtschaftlichen, sozia-

len, kulturellen und politischen Ausbeutung unterworfene Länder. Eben daher erscheint der Sozialismus nicht in der Gestalt, in der ihn Marx vorausgesehen hatte, ebensowenig wie in der, die andere Theoretiker definiert haben. Ein solcher Sozialismus hätte nur in den entwickelten Gesellschaften kapitalistisch-industriellen Typs mit hohem Reifegrad eintreten können. Daß das nicht geschehen ist, verweist erstens auf eine offensichtliche Schwäche der Interpretationsmuster, zeigt zweitens die große Resistenz ausgereifter kapitalistischer Strukturen gegen die Versuche, sie tiefgreifend zu verändern, und zwingt uns drittens, uns Gedanken über eine neue Theorie zu machen.

Die Kritische Theorie hat einige Versuche dazu unternommen.

Aber sie ist dabei wesentlich negativ geblieben. Sie hat zur kritischen Untersuchung der ausgereiften kapitalistischen Gesellschaften, aber kaum nennenswert zu ihrer praktischen Überwindung beigetragen. Um es dir ganz drastisch zu sagen: die europäische theoretische Anstrengung – und die Deutschen haben sich ja um sie besonders verdient gemacht – erscheint uns »Unterentwickelten« wie das Wiederkäuen ein und desselben Materials, des Materials, das Marx hinterlassen hat. Diese Fixierung rührt von der historischen Frustration der Europäer her. Die sozialistische Revolution, die in Deutschland, in anderen Teilen Westeuropas hätte geschehen müssen, ist ausgeblieben. Das Denken, das aus einer solchen gesellschaftlichen Situation hervorgeht, ist voller Bitternis und Verzweiflung über die vereitelte Revolution. Für uns Nichteuropäer und besonders für uns Lateinamerikaner ist der Blickwinkel ein ganz anderer. Zuerst einmal sind wir nicht die Erben einer frustrierten Revolution, sondern für uns ist die Revolution noch eine Aufgabe, im Grunde die einzige, die sich uns stellt, weil nur die Revolution die bestehenden Strukturen zerbrechen kann. Und zum anderen ist für uns die Revolution, und damit die kritische Theorie unserer selbst, unserer Geschichte und unserer Gegenwart, nicht das Ergebnis reifer Bedingungen, sondern die einzige Möglichkeit, »reife Zustände«, d. h. einen höheren Grad der Entwicklung unserer Gesellschaften herbeizuführen.

Der erste Teil deines Werkes, Der zivilisatorische Prozeß, *entsprang also drei Notwendigkeiten. Erstens reichte das vorhandene Erklärungsmuster der soziokulturellen Entwicklung nicht aus, weil es eurozentrisch war. Zweitens ist es als dogmatisiertes und schematisiertes nicht geeignet, die neueren Forschungen in Rechnung zu stellen. Drittens sahst du dich gezwungen, die revolutionäre Strategie-Theorie nicht auf der kritischen Theorie der Gesellschaft, wie sie sich vor allem in Europa entwickelt hat, beruhen zu lassen, sondern diese zu überwinden. Sehe ich das richtig? Und*

wenn ja: da wir uns bisher nur auf das marxistische Interpretationsmodell bezogen haben, siehst du irgendeine andere Theorie, die angemessen wäre?

Auf deine erste Frage muß ich mit ja antworten. Auf deine zweite ist die Antwort etwas komplexer. Die anderen vorhandenen Evolutionstheorien befriedigten mich nicht, weil es sich um Theorien mittlerer und kurzer Reichweite handelte und weil sie nur teilweise erklärt haben, was zu erklären sie vorgaben. Die Anthropologie – und schließlich bin ich ja Anthropologe – hatte in der Vergangenheit eine eindeutig evolutionistische Grundhaltung, die im übrigen in Europa niemals in Frage gestellt wurde, zum Teil weil die Theorien, welche sich innerhalb des Umkreises der Anthropologie, der Archäologie und der Ethnologie entwickelten, indirekt und sozusagen gegen ihren Willen sich als evolutionistische entpuppten. Das gilt zum Beispiel für die Theorie der Kulturkreise. In Nordamerika gab es dagegen eine starke Tendenz, die evolutionistischen Theorien aus der Anthropologie auszuschalten. Wenn also einerseits die Marxisten und die kritischen Theoretiker sich nicht bemühten, die Theorien großer geschichtlicher Reichweite über Marx und Engels hinaus weiterzuführen, und wenn andererseits die Berufsanthropologen keine angemessenen Evolutionstheorien entwickelten, dann stellt sich diese Aufgabe um so dringender und eindeutiger.

Was verstehst du unter dem Begriff »evolutionistisch«? Häufig wird eine evolutionistische Position der revolutionären gegenübergestellt.

Man muß hier zwischen dem wissenschaftlichen und dem politischen Sprachgebrauch unterscheiden. Die Gegenüberstellung, auf die du hinweist, hat im politischen Sprachgebrauch Sinn, im wissenschaftlichen nicht.

Kann man das trennen?

Natürlich. Es ist doch leicht einzusehen, daß es eine nicht historische, sondern theoretische Sequenz zwischen dem Menschen, der Pfeil und Bogen benutzt oder zum ersten Mal Landwirtschaft betreibt, und dem Menschen gibt, der einen Computer benutzt.

Wenn du sagst, daß jene Sequenz keine historische ist, sondern eine theoretische, bedeutet das, daß sie im Nachhinein und auf Grund des empirisch Beobachtbaren und dessen, was in der Geschichte geschehen ist, konstruiert wird?

Ungefähr. Obwohl wir anerkennen, daß das, was zum Beispiel die Ägypter zur menschheitlichen Entwicklung beigetragen haben, beträchtlich ist, kann man keine historische Linie aufstellen, derzufolge etwa das Wissen der Ägypter auf die Griechen, von diesen auf die Römer, von diesen auf

die Germanen usw. übergangen wäre. Nur ein sehr naives historizistisches Denken, welches die Dinge als »Vorläufer« und »Folgen« zu erklären versucht, konnte einen derartig linearen Verlauf annehmen.

Die Evolution schließt also die Revolution nicht aus, sondern ein. Besser gesagt: Sie schließt Revolutionen ein.

Ja. Evolution ist die Bewegung, innerhalb derer die menschlichen Gesellschaften immer größere Potenzen der Beherrschung der Natur verwirklichen, die es ihnen erlaubt, immer größere Bevölkerungen zu erhalten, immer komplexere Formen der gesellschaftlichen Organisation zu entwikkeln, immer klarere Ansichten von der Welt sich zu verschaffen, z. B. ein immer einheitlicheres konzeptuelles System der wissenschaftlichen Sprache aufzubauen. Innerhalb der so verstandenen Evolution kommen Revolution im technologischen Sinne und demzufolge auch politische Revolutionen vor.

Der Begriff Evolution verweist also auf das, was Bloch einmal die »Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen« genannt hat.

Ich würde es in einer weniger philosophisch belasteten Sprache ausdrükken. Fassen wir uns konkret und bleiben wir beim Beispiel. Ägypten war eine Zivilisation, die sich auf einer bestimmten Technologie aufbaute, der Bewässerungstechnologie, und diese Technologie beherrschten zur gleichen Zeit und früher oder später auch andere Völker, etwa die Inka, die Azteken, die Chinesen, die Hindus und andere. Wenn ich den Begriff Evolution verwende, kann ich darauf verweisen, daß diese Zivilisationen die gleiche technologische Basis hatten und deshalb ähnliche Organisationsformen aufwiesen, unabhängig davon, ob sie zeitlich voneinander getrennt waren oder sich im gleichen Zeitraum entwickelten.

Wenn du Evolution so definierst, sehe ich nicht, wie man in evolutiven Sequenzen denken kann.

Weil eine evolutive Sequenz keine historische, sondern eine theoretische ist.

Dann stellt sich aber die Frage nach ihrem Erkenntniswert.

Die könnte sich nur stellen, wenn mit einer Evolutionstheorie der Anspruch erhoben würde, der Geschichtsschreibung sozusagen das theoretische Gerüst zu liefern. Das ist aber nicht der Fall. Es geht um weit mehr, nämlich um die Erkenntnis der tatsächlichen Abläufe soziokultureller Entwicklung über Jahrtausende hinweg, und in meinem spezifischen Fall um noch mehr: darum, eine nicht eurozentrisch geprägte Erkenntnis in eine Theorie zu fassen.

Das ist unbestritten. Dennoch kann eine Evolutionstheorie – und erst recht deine Evolutionstheorie – nicht darauf verzichten, mit den Forschungen

der Geschichtswissenschaftler übereinzustimmen. Sie muß also erlauben, auch *die Chronologie historischer Geschehnisse im Gesamtrahmen der menschheitlichen Entwicklung zu verstehen.*

Das tut sie auch. Ich komme darauf noch zurück. Ich möchte jetzt meine Definition noch etwas weiter klären.

Ich möchte nur nicht, daß die theoretischen Fragestellungen völlig verschüttet werden, und damit . . .

Eine berechtigte, aber auch typisch deutsche Sorge. – Der Begriff Evolution, wie ich ihn definiert habe, zeigt also, daß es gleiche oder ähnliche Formen gibt, nach denen der Mensch seine Geschichte gestaltet, die konkrete Geschichte seiner Gesellschaft. Unabhängig von der räumlichen und zeitlichen Nähe oder Ferne blühen Zivilisationen gleicher technologischer Basis und mit ähnlichem soziokulturellem Inhalt. Das beweist, daß der Mensch mehr oder weniger begrenzte Möglichkeiten realisiert und daß er dabei ein Muster wiederholt, das für ihn in jenem Augenblick auf Grund seines technologischen Wissens erreichbar war.

Die Technologie als Basis der soziokulturellen Evolution?

Jawohl. Die am weitesten verbreitete Evolutionstheorie, die marxistische in der Formulierung von Engels, geht davon aus, daß man die Stufen der menschheitlichen Entwicklung rekonstruieren könne, indem man den Klassenkampf studiere. Das ist falsch. Der Klassenkampf ist von enormer Bedeutung, er hat aber in einer Theorie großer geschichtlicher Reichweite keinen diagnostischen Charakter. Ein Beispiel: Die Griechen und Römer besaßen eine Gesellschaftsorganisation, in der es Sklaven gab, also Personen, deren Leben im persönlichen Besitz von anderen Personen war. Genau die gleiche Sklaverei zeigt sich wieder in den beiden Amerika im 16., 17. und bis ins 19. Jahrhundert. Nun leugnet niemand, daß die Sklaverei als eine der Formen der Beziehungen der Menschen untereinander ungemein wichtig ist. Man muß aber anerkennen, daß ihre Existenz innerhalb zwei ganz verschiedener Zivilisationen, der griechisch-römischen und der merkantil-kapitalistischen, ihr sozusagen den diagnostischen Charakter nimmt. Und was für dieses Beispiel gilt, gilt in ähnlicher Weise auch für andere Klassenstrukturen und -kämpfe.

Nun sind die Klassen bei Marx – allerdings nicht immer bei Engels – aber nicht für sich, sondern im Zusammenhang mit bestimmten Produktionsverhältnissen und damit im Zusammenhang mit einer technologischen Basis, d. h. mit bestimmten Produktionskräften zu sehen. Zumindest eine *Ebene der Marxschen Theorie behauptet jedenfalls, daß die Grundlage der dialektischen Entwicklung der Geschichte der stets von neuem auftretende Widerspruch zwischen dem Stand der Entwicklung der Produk-*

tivkräfte, der Technologie also, und dem der Produktionsverhältnisse ist.

In der Tat meine ich, daß die Theorie, die ich entwickelt habe, auf jenem Prinzip aufbaut, das du gerade erwähnt hast, oder doch zumindest mit ihm kongruent ist. Es ist möglich, die Stufen der menschheitlichen Entwicklung festzustellen, wenn man drei Zusammenhänge verknüpft: erstens die Technologie als Form des menschlichen Handelns der Natur gegenüber, um die materiellen Bedingungen der Existenz und Subsistenz der Gesellschaften zu produzieren und zu reproduzieren; diese Technologie entwickelt sich in einem akkumulativen und unumkehrbaren Prozeß, der von den einfachsten zu den kompliziertesten Formen führt. Zweitens die Form der gesellschaftlichen Organisation, d. h. die Formen der Beziehungen der Menschen innerhalb *einer* Gesellschaft und deren Beziehungen mit anderen Gesellschaften zum Zwecke der Produktion und Distribution. Und drittens die Erkenntnis- und Denkweisen, die sich in Werkzeugen und Gütern, im sozialen Verhalten und in der Ideologie ausdrücken. Diesen komplexen Sachverhalt kann eine Evolutionstheorie nicht auf den Begriff bringen, die ausschließlich mit der Klassenkampftheorie arbeitet. Weiter: Die technologischen Inhalte haben determinierende Kraft gegenüber den sozialen und ideologischen im Hinblick auf die Darstellung der soziokulturellen Entwicklungsstufen.

Es wäre vielleicht gut, wenn du das ein wenig konkretisieren würdest.

Gerne. In der Geschichte folgten technologische Revolutionen einander, d. h. eine Reihe von Innovationen in der Art, die Dinge zu machen, zu produzieren. Zum Beispiel trat eine ungemein wichtige Revolution ein, als die Menschen fähig wurden, ihre Lebensmittel selbst zu produzieren, anstatt sie da zu suchen, wo die Natur sie zufällig hatte wachsen lassen. Die voragrarischen Gesellschaften verfügten über sehr reduzierte Bevölkerungen und sahen sich schwierigen Überlebensbedingungen ausgesetzt. Die Landwirtschaft und später die Zucht von Tieren stellten einen großen Fortschritt dar, der es erlaubte, die Bevölkerungen zu vervielfachen und sich über weite Räume zu expandieren. Diese Agrarrevolution war in ihrer Phase die einzig praktikable und mögliche und wiederholte sich unabhängig, *nicht* kausal noch chronologisch verknüpft, in den verschiedensten und entferntesten Gebieten, z. B. in Asien und in den beiden Amerika. Sie trat vor etwa 10 bis 12 000 Jahren ein.

Jede technologische Revolution aktiviert in dem Augenblick, in dem sie sich ergibt, eine Gesellschaft, erlaubt ihr, zu expandieren und ihre Einflußsphäre zu erweitern. In dem Maße, wie die Revolutionen aufeinanderfolgen, erweitert sich der Raum, in dem sie wirken. Die Innovatio-

nen der Ägypter zum Beispiel, als sie die Bewässerungs-Revolution in Gang setzten, erlaubten ihnen, über einen großen Bereich hinweg zu expandieren. Die Römer und Griechen, Träger der metallurgischen Revolution, expandierten über noch größere Räume. Und im 16. Jahrhundert schufen die Europäer, die Protagonisten der neuen technologischen Revolution, das erste vereinheitlichte Weltsystem. Sie unterbrachen die Entwicklung anderer autonomer Zivilisationen wie der aztekischen oder der Inka- und Maya-Gesellschaften in Amerika. Sie zwangen alle Zivilisationen in *eine* historische Bewegung hinein. Von diesem Augenblick an ist wirklich die evolutive Entwicklung mit der historischen identisch. Immer handelt es sich noch um evolutive Stufen, aber sie haben Bedeutung für alle Völker der Erde.

Evolution und Geschichte fallen zusammen.

Die Evolutionstheorien, die meiner vorausgehen, rechnen mit Stufen der soziokulturellen Entwicklung, welche auf die eine oder andere Weise dann auch für Geschichtschronologien herhalten mußten. Meine Theorie hat den Vorteil, jene Stufen theoretisch zu rekonstruieren, ohne sie historisch und damit chronologisch verknüpfen zu müssen.

Damit ist aber die andere Frage nach dem Erkenntniswert der theoretischen Evolutionsstufen noch nicht beantwortet.

Um den Erkenntniswert festzustellen, muß man zwei Begriffe hinzunehmen, die für meine Theorie grundlegend sind, nämlich den der »evolutiven Beschleunigung« und den der »historischen Eingliederung«. Es handelt sich dabei um zwei verschiedene zivilisatorische Prozesse. Die evolutive Beschleunigung erlaubt einem Volk seine ethnische Autonomie zu erhalten und das Kommando über sein eigenes Schicksal in seinen Händen zu behalten, weil es die neue Technologie beherrscht. Die Macht, die von dieser ausgeht, bringt es dazu, sich über andere Völker zu expandieren, und diese gliedert jenes autonome Volk dann historisch ein. Das Volk, das von einer Stufe zur anderen in der menschheitlichen Entwicklung auf dem Wege über die evolutive Beschleunigung fortschreitet, bewahrt seine ethnische und politische Autonomie, hat die Möglichkeit, sich als makroethnische Struktur auszudehnen, als großes Imperium, als große historische Tradition. Aber nicht nur auf diesem Wege entfaltet sich der Evolutionsprozeß. Er geht auch über die historische Eingliederung oder Aktualisierung vonstatten. Das bedeutet, daß ein Volk von der Expansion eines anderen Volkes ergriffen wird, das der Träger einer neuen technologischen Revolution ist. Die Weltgeschichte kennt mehr Beispiele der historischen Aktualisierung als der evolutiven Beschleunigung: Der größte Teil der Menschheit wurde historisch eingegliedert oder aktualisiert, d. h. er-

obert und beherrscht. Zahllose Völker wurden in auswärtige Proletariate verwandelt, die zur Bedingung der Existenz und der Prosperität der beherrschenden Völker wurden.

Mir scheinen diese Begriffe sehr wichtig. Sie stehen dann ja auch im Mittelpunkt der meisten Diskussionen über diesen ersten Teil deines Werkes. Deine Fachkollegen lehnen allerdings diese Begriffe weitgehend ab.

Soweit sie Lateinamerikaner sind und daher zu Gesellschaften gehören, die historisch aktualisiert worden sind, verbietet es ihnen ihre eigene Erfahrung, diese Begriffe abzulehnen. Schließlich leben sie deren Inhalt ja täglich im Fleisch und Blut ihrer eigenen Gesellschaften.

Außerdem spielt die Ablehnung von neuen Begriffen durch die Spezialisten der alten Fächer bestenfalls eine untergeordnete Rolle. Das gilt vor allem für die neue lateinamerikanische Gesellschaftstheorie, der es ja so lange an einer theoretischen und begrifflichen Grundlage gefehlt hat.

Laß mich noch einmal versuchen zusammenzufassen, was ich mit den beiden Begriffen meine. In der Geschichte können wir feststellen, daß die technologischen Revolutionen und die durch sie erzeugten zivilisatorischen Prozesse das Produktionssystem bestimmter Gesellschaften autonom erneuern, ihre gesellschaftlichen Institutionen reformieren und das ideologische System neu anpassen; auf diese Weise ist es solchen Gesellschaften möglich, von einer soziokulturellen Formation zur nächsten fortzuschreiten. Zur gleichen Zeit können sie weniger entwickelte Völker historisch aktualisieren oder eingliedern. Dadurch werden Abhängigkeitsbeziehungen hergestellt, die den eingegliederten Gesellschaften nur die Möglichkeit lassen, eine Reflex-Modernisierung zu erfahren, welche ihnen die Autonomie raubt und sie häufig die ethnische Desintegration erleiden läßt. Das geschah mit den autochthonen Völkern der beiden Amerika und den Völkern Afrikas, die als Arbeitskräfte für die Minen und Plantagen zum neuen Kontinent geschafft wurden. Auf diese Weise wurden diese Gesellschaften als kolonial-sklaverische Formationen der merkantil-kapitalistischen Gesellschaften historisch eingegliedert. Ein anderes Beispiel stellt die Eingliederung und die resultierende Reflex-Modernisierung zahlloser Völker dar, welche durch die Träger-Gesellschaften der Industriellen Revolution vorgenommen wurde. Sie machte diese Völker zwar zu effizienteren Produzenten bestimmter Güter, vertiefte aber zugleich ihre Abhängigkeit gegenüber den industriellen Gesellschaften.

Wenn man deine Theorie akzeptiert, kann man nicht mehr davon ausgehen, daß die gegenwärtigen Gesellschaften verschiedene Stufen der Evolution durchmachen und daß demzufolge die unterentwickelten Völker die Morgendämmerung oder die Vorstufe dessen erleben, was heute

die entwickelten Gesellschaften darstellen. Deine Evolutionstheorie widerspricht also der gängigen Entwicklungsideologie entschieden.
Selbstverständlich. Man kann heute nicht mehr die Geschichte in dieser Form, d. h. als nicht vollendete Sequenz interpretieren und aus den unterentwickelten Gesellschaften einfach archaische machen. Sie sind vielmehr das notwendige Gegenstück zu den Zentren der »Entwicklung« und Beherrschung. Die Sequenz stimmt nicht. Unterentwickelte und entwickelte Gesellschaften sind, um deinen Ausdruck zu gebrauchen, historisch gleichzeitig, nur mit dem Unterschied, daß die einen den Prozeß der evolutiven Beschleunigung und die anderen den der historischen Eingliederung erlebt haben. Die anderen haben, und das in sehr beschränktem Umfang, Zugang zu den Früchten der menschlichen Entwicklung, nicht aber zu ihrem Samen. Die einen sind Völker »für sich«, die anderen sind auswärtige Proletariate.
Auf dem Wege über die Eingliederung oder Aktualisierung schreiten die ihr unterworfenen Völker von einer Stufe der menschheitlichen Evolution zur nächsten fort. Aber das geschieht wie gesagt in abhängiger Form als eine Art Reflex-Modernisierung, welche nur die herrschenden Schichten der Bevölkerung bevorteilt, die *autonome* Integration in die Zivilisation ihrer Zeit weitgehend verhindert und die Mehrheit der Bevölkerung in das externe Proletariat einer zentralen Gesellschaft verwandelt.
In der frühen merkantil-kapitalistischen Zivilisation und der ihr entsprechenden historischen Eingliederung waren z. B. die nach Amerika verschifften Neger der menschliche Brennstoff, die menschliche Energiequelle, die für die Produktion unerläßlich war. Erfuhren sie also eine evolutive Beschleunigung im Übergang von einer Stammesgesellschaft zur merkantil-kapitalistischen Produktion ihrer Zeit? Nein, sie erlitten eine Eingliederung, die für sie schreckliches Leiden, beinahe die ethnische Auslöschung und eine neue ethnische Mischung darstellte. Das will nicht etwa sagen, die evolutive Beschleunigung sei weniger problematisch für ein Volk. Als die Industrielle Revolution die auf die mechanische Energie gegründete Technologie entwickelte, wurden nicht mehr Neger, sondern Europäer nach den beiden Amerika geschickt, und das in Mengen, die denen der vorher importierten Neger kaum nachstanden: Man nimmt an, daß Europa rund 60 Millionen Menschen exportierte. Sie kamen aus Gesellschaften, die eine evolutive Beschleunigung erfuhren; sie hatte zuerst in England, später in Frankreich und dann im restlichen Europa stattgefunden. In dem Maße, wie jene Gesellschaften sich der neuen Technologie bemächtigten, setzten sie eine immer größere Menge an Arbeitskräften frei, für welche neue Siedlungsgebiete gesucht und gefunden werden mußten. Diese

Verpflanzung von Völkern erzeugte einen Prozeß des sozialen Wandels, der außerordentlich komplex und schmerzlich war. Mit anderen Worten: Sowohl die evolutive Beschleunigung als auch die historische Aktualisierung sind zivilisatorische Prozesse, die den von ihnen betroffenen Völkern Schaden und Traumata zufügen; keiner von ihnen ist ein ebener, von Schwierigkeiten freier Weg. Natürlich ist der der Eingliederung der schädlichere und schmerzvollere, denn die aktualisierten Völker leben in steter Abhängigkeit von der Macht, der Technologie, sogar den Werten und der Ideologie der zentralen Völker. Diese dagegen können auf dem Weg über die Beschleunigung das höchste Niveau der Möglichkeiten einer Zivilisation erreichen und aus den eingegliederten Völkern ihre Prosperität herausholen.

Ich frage mich, ob der Begriff des zivilisatorischen Prozesses nicht theoretisch zu weitmaschig ist. Ist die evolutive Eingliederung nicht eher die Negation eines zivilisatorischen Prozesses?

Ich benutze den Begriff »zivilisatorischer Prozeß« – und nicht etwa den des »zivilisierenden Prozesses« –, um eigenständige evolutive Sequenzen zu bezeichnen, die durch die Akkumulation von Innovationen erzeugt wurden. Diese dynamisieren das Leben der verschiedenen Völker. Spezifische zivilisatorische Prozesse sind für mich konkrete historische Sequenzen, etwa die Expansion der Bewässerungstechnologie in Zentralamerika. Darüber hinaus spreche ich von Zivilisation im Sinne eines soziokulturellen, historisch vereinzelbaren Komplexes, der sich als Tradition kristallisiert, wie etwa die ägyptische oder die griechisch-römische Zivilisation. Du siehst, daß der Begriff »zivilisatorisch« nichts Wertendes an sich hat und nicht auf »zivilisieren« verweist. Aus eurozentrischer Sicht gewinnt der Begriff allerdings oft jenen Wertcharakter, indem die Zivilisation als etwas dargestellt wird, das dem Europäer eigen ist, dem weißen Menschen, als hätte er eine höhere Qualität, anders als die »farbigen Völker«, und als wäre allein er in der Lage, die Welt zu zivilisieren, d. h. aus ihrem Stammes- und Fetisch-Niveau herauszuheben und auf ein höheres rationales Niveau zu bringen. Das ist natürlich blanker Unsinn. In Wirklichkeit haben die europäischen Völker mehrmals von ihrer Hegemonie über die Welt ablassen und historische Eingliederung erfahren müssen. Und daß sie es waren, welche die merkantile und die industrielle Revolution trugen, ist, theoretisch gesehen, reiner Zufall; es hätten auch die Araber oder die Inder sein können, und die Welt sähe heute anders aus.

Aber es waren die Europäer, welche . . .

Das ist, theoretisch gesehen, reiner Zufall. Jene technologischen Revolutionen waren notwendige Stufen der menschheitlichen Entwicklung, die,

wenn nicht in Europa, eben in anderen Teilen der Welt vonstatten gegangen wären. Und deshalb erzeugen sie keine europäischen Zivilisationen, sondern stellen die technologische Basis verschiedener zivilisatorischer Prozesse.

Die »christlich-abendländische Zivilisation« ist ein Mythos.

Nichtsdestoweniger gibt es doch strukturelle, historisch konkrete Gründe dafür, daß jene Revolutionen in Europa stattfanden.

Natürlich. Wir diskutieren hier aber nicht Geschichtswissenschaft, sondern eine Evolutionstheorie. Deshalb sagte ich vorher, daß eine Evolutionstheorie nicht notwendig ein Skelett für die Geschichtsschreibung abgeben kann.

Dazu kommt noch ein weiterer Punkt. Der Zeitraum, in dem Europa die Menschheit leitete und dabei schreckliche Zerstörungen von Völkern, Kulturen und Gütern beging, ist relativ kurz, wenn man sie auf die zehntausend Jahre menschheitlicher Entwicklung bezieht, die uns hier interessieren. Ägypten zum Beispiel hatte eine Zivilisation, die viel länger als diese knappen vierhundert Jahre, die Europas Herrschaft jetzt dauert, eine Hegemonie ausübte. Und: Heute ist die europäische Vorherrschaft schon erschöpft, die neue technologische Revolution, die ich die thermonukleare nenne, findet außerhalb Europas statt, in Rußland, in den USA. Sie weist die Tendenz auf, sich auf andere, außereuropäische Völker zu übertragen. Denk an China, wo das auf dem Weg über eine evolutive Beschleunigung vor sich geht, denk an Indien und unsere Gesellschaften, wo das auf dem Wege über die Aktualisierung sich vollzieht. Diese Tendenz ist neu und wird anhalten, so daß Europa auf das reduziert werden wird, was es de facto ist: eine an Asien angehängte Halbinsel, die dicht an Afrika liegt. Tatsache ist, daß Europa seine weltgeschichtliche Rolle erfüllt und damit ausgespielt hat.

Das verweist direkt auf die Rolle der unterentwickelten, der historisch eingegliederten oder aktualisierten Völker in der weiteren menschheitlichen Evolution. Ich möchte, bevor wir darüber sprechen, noch eine Frage vorschieben: Wer sind die Protagonisten jener zivilisatorischen Prozesse? Mir scheint, daß deine Theorie einen grundsätzlichen Mangel aufweist: Sie ist nicht in der Lage, die kausalen Beziehungen zu definieren, die zwischen den Protagonisten einer technologischen Revolution und denen der daraus erwachsenden zivilisatorischen Prozesse besteht.

Was du tatsächlich fragen willst, ist: Welche Rolle spielt der Klassenkampf?

Mich interessiert zu wissen, wer die Träger oder Protagonisten einer technologischen Revolution sind, wer die daraus resultierenden zivilisatori-

schen Prozesse voranträgt, welche Beziehungen zwischen diesen beiden Gruppen von Protagonisten bestehen.

Wenn du den Begriff »Protagonist« benutzen willst . . . Der Protagonist einer technologischen Revolution ist die technologische Revolution, d. h. eine Reihe von vorteilhaften Neuerungen in der Weise, die Dinge zu machen. Das ist der kausale Faktor, der Protagonist, der Motor der Geschichte.

Die Technik als Träger ihrer selbst? Das scheint mir äußerst fragwürdig.

Weit weniger fragwürdig als die Erklärung, die Klassenkämpfe seien der Motor der Geschichte.

Mit dem Begriff der Klassen ist zumindest die soziale Trägergruppe bezeichnet, welche in geschichtlichen Prozessen die entscheidende Rolle spielt.

Dafür erklärt er aber auch nichts wirklich, sondern leistet einer schrecklichen Vereinfachung Vorschub.

Du selbst hast vorher von »externen Proletariern« gesprochen und damit doch zweifellos auf eine soziale Trägergruppe bestimmter Prozesse verweisen wollen.

Wenn wir von technologischen Revolutionen sprechen, befinden wir uns auf dem Niveau einer sehr abstrakten Analyse und erkennen damit nur an, daß die Akkumulation der technischen Innovationen von kausaler Bedeutung ist. Marx selbst bezieht sich in einer Fußnote im *Kapital* auf sie, vergleicht sie mit den Stufen der biologischen Entwicklung und weist auf die Notwendigkeit hin, eine Naturgeschichte der Technologie zu schreiben. Für ihn ist eine solche Naturgeschichte der Technologie so wichtig wie die von Darwin verfaßte Naturgeschichte der biologischen Gattungen.

Ich streite ja nicht ab, habe vielmehr eingangs selbst gesagt, daß die Marxsche Evolutionstheorie sozusagen zwei Ebenen aufweist.

Wenn wir aber das Niveau der großen historischen Reichweite verlassen und Analysen mittlerer Reichweite anstellen, finden wir konkrete historische Einheiten, die miteinander in Wechselbeziehungen stehen. Wenn wir nun ein Analyse der konkreten Einheiten durchführen, sehen wir, daß in jedem historischen Augenblick drei Ebenen festzustellen sind: erstens die der Anpassung an die Natur, um ihr die für das Überleben wichtigen Dinge abzuringen; zweitens die der Ordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse zum Zwecke der Produktion und Reproduktion der Gattung; und drittens die der ideologischen Reflexion jener adaptiven und organisativen Elemente mit Hilfe von Religion, Philosophie usw. In einer Analyse geringer historischer Reichweite ist die menschheitliche Entwicklung nur durch die Interaktion dieser drei Ebenen zu erklären. In

einer Analyse großer historischer Reichweite kommt aber der Technologie, also dem ersten, adaptiven Niveau, die determinierende Kraft zu. In einer Studie mittlerer Reichweite zeigt sich dagegen die bedingende Kraft der sozialen, auf der zweiten Ebene liegenden Beziehungen, die sogar die Technologie beeinflussen können. Ein Beispiel: Die Landwirtschaft Brasiliens oder Venezuelas läßt sich nicht auf Grund der Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Technologie erklären, sondern nur auf Grund der Existenz des Latifundiums, d. h. einer Form der Beziehungen der Menschen untereinander, einer Form des Eigentums (was dasselbe ist), die tiefgreifende Konsequenzen für die Nutzung der technologischen Potenzen hat. Wenn wir jetzt die historische Reichweite unserer Analyse noch mehr verkürzen, können wir feststellen, daß eine bestimmte Zivilisation motiviert, aktiviert oder imprägniert ist durch religiöse Werte oder durch eine sozialistische oder revolutionäre Ideologie. Da kann also die Ebene der Ideologie – auf kurze Sicht – kausale Bedeutung haben. So kann man auf jedem Niveau der Analyse feststellen, daß der eine oder andere Faktor als kausaler vorherrscht: auf dem kurzer Reichweite sind es die ideologischen Faktoren, auf dem mittlerer Reichweite die historisch gewachsenen Formen der sozialen Organisation, und auf dem großer Reichweite die technologischen Innovationen und Revolutionen, die das Geschehen bedingen.

Diese drei Ebenen der theoretischen Analyse sind aber doch untereinander verbunden. Demzufolge müßte, theoretisch, die bedingende Kraft der sozial-organisatorischen und der ideologischen Faktoren, welche in den Studien mittlerer und kurzer Reichweite zu berücksichtigen ist, auch in den Studien großer historischer Reichweite zu finden sein. Wenn das nicht so ist, gerät die Theorie in die Nähe eines Fatalismus, der technologisch ist und nur extrahumanen Faktoren kausale Bedeutung zuspricht.

Keineswegs. Von Fatalismus kann nicht die Rede sein. Nehmen wir ein Beispiel: Wir leben heute den Vorabend einer neuen technologischen Revolution, die die menschlichen Gesellschaften mindestens so sehr ändern wird wie die industrielle. Aber wir erfahren die ersten Schritte dieser Revolution. Deshalb ist es möglich zu sagen, welche Möglichkeiten sie freisetzen wird. Wir sind in der Lage von jemand, der die industrielle Revolution in den Jahren 1810 oder 1820 analysierte. Mit anderen Worten: Analysen großer historischer Reichweite müssen notwendig die grundsätzlich determinanten Faktoren herausstellen und die anderen hintanstellen; sonst führen sie zu nichts und haben keinen Sinn. Das hat mit Fatalismus nichts zu tun.

Nun gut. Wenden wir uns einem letzten Problemkreis zu. Wenn du von

den Völkern sprichst, die durch die historische Eingliederung oder Aktualisierung von einer soziokulturellen Formation zur nächstfolgenden oder einer anderen übergehen, schlägst du zumindest implizit vor, daß der Begriff der Unterentwicklung sowie der der »Entwicklungsgesellschaften« abgelöst wird.

Nicht implizit, sondern auch explizit.

Richtig, und zwar indem du ihn durch den Begriff der historisch eingegliederten Völker und durch den der Reflex-Modernisierung ersetzt.

Dahinter stehen sehr ernste Wirklichkeiten, welche zudem die Überlegungen über die Theorie oder Strategie der Überwindung der Unterentwicklung beeinflussen müssen. Auf der Ebene der terminologischen Diskussion ist zu sagen, daß der Begriff der Unterentwicklung heute in seiner ursprünglichen Bedeutung kaum mehr von jemandem verteidigt wird. Warum nun ist diese Bedeutung des Begriffes obsolet geworden? Weil die Völker heute nicht mehr resignieren, sich mit ihrer Rückständigkeit gegenüber anderen nicht mehr abfinden. Sie haben angefangen zu verstehen, daß ihre Rückständigkeit nicht notwendig ist noch ein fatales Schicksal, sondern fortbesteht, weil sie für andere Völker und für die mit ihnen verbundenen Klassen innerhalb ihrer eigenen Gesellschaften lukrativ ist. Die Völker werden sich bewußt, daß die Rückständigkeit ein historisches Produkt ist.

Was besagt nun der Terminus »Reflex-Modernisierung«?

Er geht auf einen in der modernen Sozialwissenschaft häufig benutzten Begriff zurück, nämlich den der Modernisierung, wie ihn z. B. Eisenstadt definiert hat. Er ist außerordentlich naiv, weil er voraussetzt, daß die Phasen der Entwicklung, welche die zentraleuropäischen Völker seit der Industriellen Revolution durchlaufen haben, von den rückständigen Völkern sozusagen wiederholt werden müssen. Weiterhin impliziert die Modernisierung, daß jede Gesellschaft früher oder später sich nach dem Vorbild der europäischen oder europäisierten Völker auszurichten habe, und zwar in dem Maße, wie die Modernisierung fortschreitet. Wir wissen heute, daß beide Annahmen unsinnig sind. Kein Volk, das eine evolutive Beschleunigung erfahren hat, hat je einem anderen geholfen, denselben Prozeß durchzumachen. Nimm zum Beispiel Deutschland. Es hätte niemals sich modernisieren können, wenn es sich für immer darauf beschränkt hätte, mit England Handel zu treiben, ihm Waren zu verkaufen und von ihm zu kaufen. Dadurch kann man keine moderne Technologie erwerben. Deutschland mußte vielmehr einen eigenen Strukturumbruch durchführen und gesellschaftliche, auch ökonomische Verfahren entwickeln, die denen der Engländer, also dem freien Handel, dem freien Austausch, dem

Liberalismus, entgegengesetzt waren. Dieser Strukturumbruch wurde durch das Reich Bismarcks gesetzt. Das heißt: Deutschland schuf seine evolutive Beschleunigung durch einen tiefgehenden Strukturwandel und nicht auf dem Wege einer schlichten, von außen importierten Modernisierung. Die von der Modernisierung im Sinne der soziologischen Theorie à la Eisenstadt sprechen, bilden sich ein, daß, wenn Brasilien z. B. die Volkswagenwerke, die Mannesmannwerke oder General Electric dazu bringt, Fabriken zu bauen, es eines Tages dieselben Techniken beherrscht wie die zentralen Völker, wie etwa Deutschland. Zweitens, weil der Begriff Modernisierung in sich problematisch ist. Darauf will ich nicht eingehen, das ist eine sehr theoretische Diskussion. Und drittens, weil der Begriff Reflex-Modernisierung besser bezeichnet, was heute – wieder einmal – geschieht. Brasilien, die anderen Völker Lateinamerikas, die Völker der sogenannten Dritten Welt sehen sich angesichts der heraufziehenden neuen technologischen Revolution, der thermonuklearen, wieder einmal davon bedroht, eine neue historische Eingliederung oder Aktualisierung zu erleben. Ich sage: wieder einmal, weil das ja schon geschah, als die lateinamerikanischen Völker ihre Unabhängigkeit von Spanien erkämpften, um sich England auszuliefern. Natürlich wären die herrschenden Klassen in Lateinamerika heute genau so mit der Eingliederung zufrieden, wie sie es damals waren. Deshalb erfinden sie alle möglichen Mechanismen und Tricks, um eine Reflex-Modernisierung zu garantieren. Dazu gehören etwa die »Lateinamerikanische Integration«, der Gemeinsame Markt Lateinamerikas, der im Grunde nur der Gemeinsame Markt der großen internationalen Korporationen ist, und andere. Reflex-Modernisierung ist also, um auf deine Frage zu antworten, die Modernisierung unter der Hegemonie einer ausländischen Macht, die in jeder Beziehung die Abhängigkeit nur noch vertieft. Wenn nämlich Technologie, Wirtschaft und Gesellschaft abhängig modernisiert werden, sind die Produkte dieser Modernisierung nichts als Konsumprodukte, Resultate, die mit der eigenen Gesellschaft so gut wie nichts zu tun haben. Zu betonen ist, daß die ausländischen Mächte in den herrschenden Klassen der historisch eingegliederten Gesellschaften sehr bereite Helfershelfer sich herangezogen haben.
Dann macht die Reflex-Modernisierung aus jenen Völkern sozusagen subalterne Völker. Außerdem impliziert ihr Begriff, daß, um eine wirkliche Modernisierung der historisch eingegliederten Völker zu erreichen, die bestehenden Strukturen verändert werden müssen. Muß dieser Umbruch eine Revolution sein oder kann die Struktur des subalternen Kapitalismus auch auf evolutionärem Wege durchbrochen werden?
Dazu ist eine Revolution notwendig. Das, was du den evolutionären Weg

genannt hast, ist gescheitert. Dieser Weg hat die Abhängigkeit nicht überwunden, sondern dazu beigetragen, sie zu vertiefen.

Das gilt für alle historisch eingegliederten Gesellschaften, also auch für die afrikanischen und asiatischen?

Ja.

Dann könnte man also den Begriff »Dritte Welt« doch benutzen?

In gewisser Weise schon. Der Begriff ist in erster Linie ein topologischer. Ihm zufolge gibt es eine »Erste Welt«, und das ist die kapitalistische, und eine »Zweite Welt«, die durch die schon aus der Abhängigkeit vom Kapitalismus befreiten Völker gebildet wird, durch jene Völker also, die auf dem Wege über den revolutionären Sozialismus aus der Unterentwicklung herausgekommen sind und heute die zeitgenössische Zivilisation eingeholt haben oder dabei sind, etwa Rußland und China. Die »Dritte Welt« ist nach meiner Meinung ein Verbund von Völkern, die weder auf dem kapitalistischen Wege es geschafft haben, ihre Möglichkeiten freizusetzen, noch sich von der Abhängigkeit von den großen imperialistischen Mächten befreien konnten. Diese Völker stellen heute das Zünglein an der Waage der Weltgeschichte dar. Auf sie kann die Hegelsche Dialektik zwischen Herr und Knecht angewandt werden, eine Dialektik, in welcher die Befreiung des Knechtes notwendig die Veränderung des Herrn impliziert. Analog kann man sagen, daß die sogenannte Revolution der nationalen Befreiung der Völker der Dritten Welt für die USA und die anderen kapitalistischen Mächte außerordentlich bedrohlich ist; denn sie stellt eine Form der Provokation dar, die eine Revolution oder zumindest eine tiefgreifende Strukturveränderung der USA und anderer kapitalistischer Gesellschaften zur Folge haben wird.

NEUERSCHEINUNGEN

In der Reihe THEORIE UND PRAXIS:

Bd.3 Eugen Varga, Der deutsche Imperialismus – die historischen Wurzeln seiner Besonderheiten; mit Einleitung 56 S., DM 3.50

Bd.5 Der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft in der UdSSR, Teil 1 – ca. 530 S., ca. DM 14.–

Bd.6 Kampf–Kritik–Umgestaltung: proletarische Schule und Universität in China (Kommunistische Jugend- und Erziehungsarbeit Teil 1); ca. 250 S., ca. DM 8.–

In der Reihe PROLETARISCH–REVOLUTIONÄRE ROMANE:

– **K. Neukrantz, Barrikaden am Wedding** – Kampf einer Straßenzelle in den Berliner Maitagen 1929; 260 S. mit Nachwort, Fotos und Dokumenten zu den Maikämpfen 1929, DM 6.–

– **W. Schönstedt, Kämpfende Jugend** – Kommunistische Jugendarbeit in Kreuzberg (1932); 230 S. mit Nachwort, Fotos und Dokumenten zur kommunistischen Jugendarbeit, DM 6.–

– **Dschu Li–Bo, Orkan (2 Teile)** – Kampf um die Agrarrevolution unter Anleitung der KP China 1946–48; mit Dokumentenanhang und Kommentar je ca. 300 S., ca. DM 8.–

OBERBAUMVERLAG BERLIN · VERLAG FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE · 1 BERLIN 21 · BUNDESRATUFER 1

Anmerkungen der Redaktion

Unser Zitat von Charles Bettelheim stammt aus dem *Zweiten Brief: Zum Widerspruch zwischen Plan und Markt* von Ch. Bettelheim an Paul Sweezy, der als Anhang zu dem Band *Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen* von Charles Bettelheim im Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1970, erschienen ist. (Rotbuch 12, DM 6.50)

E. S. Vargas Aufsatz ›Der russische Weg zum Sozialismus und seine Ergebnisse‹, der bei uns leicht gekürzt erscheint, ist vollständig in dem Band *Sowjetunion und China – zwei Wege des Sozialistischen Aufbaus* enthalten, der als Band 20 der Reihe »Schriften zum Klassenkampf« (Preis: DM 5.80) bei Trikont/München erschienen ist. Der Band enthält außerdem einen Aufsatz von Charles Bettelheim ›China und die Sowjetunion – zwei Modelle der Industrialisierung‹ und einen Text von Marco Macció ›Partei, Techniker und Arbeiterklasse in der chinesischen Revolution‹.
Der Kommentar von Tamara Deutscher, der hier in gekürzter Fassung – Deutsch von Benedikt Pfaff – vorgelegt wird, ist in der *New Left Review*, Nr. 62, Juli/August 1970, erschienen.

Jan Myrdals Bericht aus einem chinesischen Dorf ist ein Auszug aus dem Band: Jan Myrdal, *China: Die Revolution geht weiter*, der Mitte März bei der Nymphenburger Verlagshandlung erscheint.

Kursbuch 24 — Erscheint im Mai/Juni 1971

Schule, Schulung, Unterricht

Das Heft mit einem Beitrag von Ivan Illich eröffnet, der die Abschaffung der Schule fordert. Es enthält einen Bericht von Peter Schneider über sein Praktikum an einer deutschen Volksschule, eine Darstellung des Schulsystems der DDR, eine Auseinandersetzung mit der Theorie und Praxis der kompensatorischen Erziehung; es befaßt sich kritisch mit behavioristischen Erziehungsmethoden, Instruktionspsychologie und Bildungstechnologie und stellt diesen Trends Modelle einer neuen Schulreform entgegen, die mit anderen Methoden andere Ziele anstrebt.

Martin Luther & Thomas Münzer oder Die Einführung der Buchhaltung

Dieter Forte

Dieses Stück prüft unsere Vorstellungen über die Reformation, die Bauernkriege und die Entstehung des Kapitalismus. Die Fakten stimmen, die Währungen wurden in DM umgerechnet. Ein Stück über zwei historische Personen, über die ordinären Interessen der Herrschenden und über Fugger, der mit allen sein Geschäft macht: 1000% Gewinn.

Quartheft 48. Mit Nachwort und Literaturhinweisen. 144 Seiten DM 5.80

Das deutschsprachige Theater hat einen neuen Autor

Frankfurter Rundschau

Verlag Klaus Wagenbach Berlin

Jost Hermand
Pop International
Eine kritische Analyse. Schriften zur Literatur, Band 16
1970, 250 Seiten, 48 Abbildungen, Leinen DM 28,–, kartoniert DM 18,–

Klaus Netzer
Der Leser des Nouveau Roman
Studie zur Wirkungsästhetik. Schwerpunkte Romanistik, 1971, 178 Seiten, kartoniert, DM 14,80

Beate Loos
Mythos, Zeit und Tod
Zum Verhältnis von Kunsttheorie und dichterischer Praxis in Hermann Brochs »Bergroman«.
1971, etwa 190 Seiten, Leinen, DM 19,80

Wolfram Mauser
Beschwörung und Reflexion
Die sarmatischen Gedichte Bobrowskis. Schriften zur Literatur Band 15, 1970, 106 Seiten, kartoniert, DM 9,80

Klaus von See
Deutsche Germanen-Ideologie
1970, 105 Seiten, kartoniert, DM 9,80

Gregor Laschen
Lyrik in der DDR
Zur Sprachverfassung des modernen Gedichts.
Literatur und Reflexion, Band 4, 1971, etwa 150 Seiten, Leinen, etwa DM 19,80

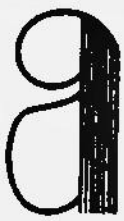
Athenäum Verlag GmbH

Jürgen Kobs
Kafka
Untersuchungen zu Bewußtsein und Sprache seiner Gestalten.
1970, 548 Seiten, gr. 8°, Leinen, DM 56,–

Schiller – Zeitgenosse aller Epochen
Dokumente zur Wirkungsgeschichte Schillers in Deutschland. Herausgegeben, eingeleitet und kommentiert von Norbert Oellers. Zwei Teile. Teil I: 1782–1859.
1970, 608 Seiten, Leinen, gr. 8°, 65,–

Gustav Radbruch
Kulturlehre des Sozialismus
Ideologische Betrachtungen. Vierte Auflage, nach dem Tode des Verfassers besorgt und mit einem Vorwort eingeleitet von Arthur Kaufmann.
1970, 83 Seiten, kartoniert, DM 9,80

Hefte für Literaturwissenschaft und Linguistik
Herausgegeben von Helmut Kreuzer, Wolfgang Klein, Rul Gunzenhäuser, Wolfgang Haubrichs.
Vierteljährliches Erscheinen, etwa 80 Seiten. Einzelpreis DM 8,80, Jahresabonnement DM 29,–; Einführungsheft mit doppeltem Umfang DM 9,80, zzgl. ermäßigten Abonnementspreis DM 24,30



Athenäum Verlag GmbH

marxismus bibliothek

Otto Bauer
Das Weltbild des Kapitalismus
MAB 1. 64 Seiten. 4 DM

A. M. Deborin
Lenin – der kämpfende Materialist
MAB 2. 64 Seiten. 4 DM

N. I. Bucharin
Proletarische Revolution und Kultur
MAB 3. 64 Seiten. 4 DM

A. W. Lunatscharski
Die Kulturaufgaben der Arbeiterklasse
MAB 4. 64 Seiten. 4 DM

Leo Kofler
Die Wissenschaft von der Gesellschaft
MAB 5. ca. 180 Seiten. 8 DM

A. Braunthal
Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft
MAB 6. 64 Seiten. 4 DM

Frank Böckelmann
Die schlechte Aufhebung der autoritären Persönlichkeit
MAB 7. ca. 150 Seiten. 6 DM

A. Bogdanow
Die Wissenschaft und die Arbeiterklasse
MAB 8. 64 Seiten. 4 DM

D. Rjazanow
Karl Marx als Denker, Mensch und Revolutionär
MAB 9. ca. 140 Seiten. 6 DM

Informationen bitte direkt von:
6 Frankfurt/M. 70, Schwanthaler Str. 49

makol Verlag

Reihe PASSAGEN

Neu im Frühjahr '71

Jean Meynaud, Heiner Stück, Jutta Matzner, Robert Jungk: Spekulationen über die Zukunft. Ca. 220 Seiten. DM 10,–.

Die Autoren untersuchen detailliert den gesellschaftlichen Stellenwert von Zukunftsforschung und die Möglichkeit auf Praxis bezogener Handlungsmöglichkeiten zur Errichtung wirklich ›wünschbarer Zukünfte‹.

Hella Tiedemann-Bartels: Versuch über das artistische Gedicht. Baudelaire, Mallarmé, George. Ca. 160 Seiten, DM 15,–.

Die Autorin zeigt, wie Lyrik, an die die Phrase vom elfenbeinernen Turm nicht heranreicht, gelesen werden muß.

Irmtraud Morgner: Gauklerlegende. Eine Spielfraungeschichte. 116 Seiten. 6 Farbtafeln. DM 10,–.

Die 37jährige Ostberliner Erzählerin ist nicht geneigt, die Sprache des weiblichen Körpers von Forderungen und Programmen sich übertäuben zu lassen.

Lenin über den Film. Dokumente und Materialien. Herausgegeben von Günther Dahlke und Lilli Kaufmann. 320 Seiten. 79 Abbildungen. DM 16,–

Das Buch enthält Zeugnisse, die deutsch bisher nicht erschienen sind, und Lenin-Fotos aus alten Wochenschauen.

Rogner & Bernhard

Zum
100. Geburtstag
am 5. März
erscheint

R. Luxemburg Briefe an Leon Jogiches

Mit einer Einleitung
von Feliks Tych

Aus dem Polnischen von
Mechthild Fricke-Hochfeld
und Barbara Hoffmann

392 Seiten, Leinen 28,– DM

Rosa Luxemburg:
Politische Schriften I–III
kt. je 12,– DM

Paul Frölich:
Rosa Luxemburg
Gedanke und Tat
Ln. 28,– DM

Lelio Basso:
Rosa Luxemburgs Dialektik
der Revolution
kt. 15,– DM

Europäische
Verlagsanstalt

K&W*)

Neu im Frühjahr 71

Rolf Schwendter
Theorie der Subkultur
ca. 352 Seiten
Broschur ca. 24,– DM

Wilhelm Reich
Die Massenpsychologie
des Faschismus
ca. 352 Seiten
Broschur ca. 18,– DM

*) Verlag
Kiepenheuer & Witsch
Köln

Lieferbar:

Nr. 35/Feb. 71: Fritz Kramer, Bemerkungen zur politischen Bedeutung der sozialistischen Studenten – Eine Antikritik zu Koch, Schmierer Schwarzenberg (NRF 3/70) – Richard Vahrenkamp, Entwicklungstendenzen des industriellen Arbeitsprozesses – Organisationskonzeption der spanischen Syndikalisten vor der Revolution, Vorwort von Erich Gerlach.

Nr. 34/Dez. 70: Die Septemberstreiks 1969.

Nr. 33/Nov. 70: Serge Mallet: Nach dem Mai 68: Streiks für Arbeiterkontrolle – Karl Korsch: Von der bürgerlichen Arbeiterpolitik zum proletarischen Klassenkampf – Radovan Richta: Die Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Produktionsverhältnisse.

Nr. 31/70: Kritik des Neoleninismus.

Nr. 30/Feb. 70: Von der antiautoritären Bewegung zur antiautoritären Organisation: Kritik des Kursbuch 19 – Lenin heute: Kein Schritt vorwärts – zwei Schritte zurück – Heißer Herbst in Italien – André Gorz: Weder Bolschewik noch Gewerkschaftler.

POLITIKON

SOZIALISTISCHE ZEITSCHRIFT

Einzelpreis: 0,50 DM; Jahresabonnement: 3,50 DM.
Zu beziehen durch den Buchhandel oder die Redaktion:
34 Göttingen, Leonard-Nelson-Straße 29

Eldridge Cleaver / Lee Lockwood, Gespräche in Algier
Band 58, Ca. 7.80 DM

Hermann Schürrer
Europa: Die Toten haben nichts zu lachen
Band 59, Ca. 7.80 DM

Paul Lüth, Ansichten einer künftigen Medizin
Band 60, Ca. 7.80 DM

Wolf Lepenies/Helmut Nolte
Kritik der Anthropologie
Marx und Freud, Lachen und Habermas, Über Aaron Sen
Band 61, Ca. 7.80 DM

Witold Wirpsza, Der Mörder
Erzählungen, Band 62, Ca. 5.80 DM

Verwaltete Musik
Analyse und Kritik eines Zustandes
Herausgegeben von Ulrich Dibelius, Band 63, Ca. 7.80 DM

Die Unterhaltung der deutschen Fernsehfamilie
Medizinkritische Unterhaltungen, Herausgegeben von Friedrich Knilli, Band 64, Ca. 7.80 DM

Alain Labrousse
Die Tupamaros
Stadtguerilla in Uruguay
Band 65, Ca. 9.80 DM

Die Tabus der bundesdeutschen Presse
Aufsätze von L. Gothe, R. Kippe, K. P. Kicker, H. D. Müller, H. Ostermeyer, H. Schweppenhäuser, A. Sklover, U. Sonnemann, R. Sulzer, G. Wallraff, Herausgegeben von Eckart Spoo, Band 66, Ca. 9.80 DM

Michael Hatry
Aus lauter Liebe
Band 67, Ca. 5.80 DM

[illegible] leuchten im Klee
[illegible] Texte
[illegible] DM

Siegfried Schober
Nach Woods[illegible]

Achten
Sie a
Rei
Hans

aktuell rororo

Roger Garaudy
Die ganze Wahrheit oder Für einen Kommunismus ohne Dogma
rororo aktuell Band 1403/04 DM 3,80

15 Millionen beleidigte Deutsche oder Woher kommt die CDU?
Herausgegeben von Imanuel Geiß und Volker Ullrich
rororo aktuell Band 1414 DM 2,80

Gérard Chaliand
Kann Israel noch besiegt werden? oder Die Kommandos kämpfen weiter
rororo aktuell Band 1409/10 DM 3,80

Reinhard Kühnl
Formen bürgerlicher Herrschaft
Liberalismus-Faschismus
rororo aktuell Band 1342/43 DM 3,80

Mit Maschinengewehr und Kreuz oder Wie kann das Christentum überleben?
Herausgegeben von Hildegard Lüning
rororo aktuell Band 1448 DM 2,80